

LINKE

KOMUNALPOLITIK



Margrit Zauner
Schwarz-grüne
Farbenspiele

Ulf-Birger Franz
Mehr Erfolg
durch Public Private
Partnership?

Ernst Wolowicz
Reformpolitik
in München

Steffen Lehndorff
Länger arbeiten?
Der falsche Weg!

Im **Forum DL21**
schreiben u.a.:
Andrea Nahles,
Joachim Schuster,
Björn Böhning und
Edgar Göll

„Die Parteien sind kein Spiegel unserer Gesellschaft mehr, wenn sie es jemals waren: Gewächshäuser, in denen selten Talente, kaum Originale, nur in Glücksfällen produktiv-unbequeme Außenseiter gedeihen. Eher Abstimmungsroutiniers, Begeisterungs- und Empörungstatistiken, Gesinnungsschmirgler, deren Verlautbarungen wie holländische Tomaten schmecken.“ Zunächst war ich geneigt, diese kleine Tirade von Klaus Harpprecht, (dem ehemaligen Redenschreiber von Willy Brandt) als gelungene, aber doch eher privat motivierte Abrechnung mit dem Parteiensystem amüsiert abzutun. Aber nach den zahlreichen Stellungnahmen der Parteivertreter zu den Anschlägen von Madrid, zur Bedrohungslage in Europa und in unserem Land, zu den Folterbildern der US-Streitkräfte und zum berühmten Kampf gegen den Terrorismus, da schoss es mir wieder durch den Kopf: „Gesinnungsschmirgler, Empörungstatistiken!“ Klaus Harpprecht hat Recht! Bei nur wenigen Themen ist die Abwesenheit von Politik, die „Verkrümelung“ gesellschaftspolitischer Ansprüche und die Kapitulation des politischen Gestaltungsziels vor den Fakten so nachhaltig unerträglich wie beim dem so genannten „Kampf gegen den Terror“. Das Feld wird beherrscht von Militär und Sicherheitsdiensten. Nach den Anschlägen von Madrid schlug die Stunde der Sicherheitskräfte auch in unserem Land. Keine Stimme aus der Politik war zu hören oder zu lesen, die nur versucht hat, darauf zu verweisen, dass der Kampf gegen Terroranschläge auf Dauer ein Kampf um Köpfe ist, den man nicht mit Maschinengewehren und Bomben gewinnen kann. Es war dem Chef des BND vorbehalten, darauf hinzuweisen, dass man einen Kampf gegen den islamisch motivierten Terror, über Jahrhunderte hinweg nicht gewinnen kann, wenn in den arabischen Ländern Millionen von Jugendlichen und Kindern den Hass auf den Westen täglich neu genährt bekommen. Genau in dieser Interpretationslinie müssen wir auch die Folterbilder aus den Gefängnissen des US-Militärs im Irak verstehen. Diese Bilder haben in den Köpfen und Herzen der nächsten Generationen der arabischen Bevölkerung einen unauslöschlichen Zusammenhang zwischen Tod, Vernichtung, Erniedrigung, Entmannung, Verachtung und der Kultur der westlichen Welt erzeugt, den Bin Laden bereits seit Jahren in seinen Hetzreden betont.

Kurzum: Wenn die US-amerikanisch angeführte Anti-Terror-Koalition jemals das Ziel verfolgt haben sollte, die Feindbildproduktion nach dem Muster des „Clash of Civilisation“ weiter anzutreiben, dann hat sie im Irak ganze Arbeit geleistet. Sie treibt die arabische Bevölkerung direkt in die Arme der El Kaida und bereitet so die nächste Welle der Gewalt vor. Der Welt droht ein globaler Dauerkonflikt, mit eingebauter Eskalationspirale.

Der ehemalige Bürgermeister von Palermo, Leoluca Orlando, hat in diesem Zusammenhang einen sehr wichtigen Hinweis für die Empörungstatistiken in unseren Parteien gegeben. Er zieht eine Parallele zwischen dem Kampf gegen die El Kaida im 21. Jahrhundert und dem Kampf gegen die Mafia seit dem 19. Jahrhundert in Sizilien. Orlando und der sizilianische Historiker Salvatore Lupo beschreiben eine spezifische Dialektik zwischen der Mafia und der sizilianischen Gesellschaft, die für die heutige Beziehung militanter

Islamisten und der gesamten arabischen Welt sehr aufschlussreich ist.

Lupo schreibt in seinem Buch „Die Geschichte der Mafia“: „Fasziniert von den ländlichen und „primitiven“ Kontexten, haben die Geschichtsforscher und die aktuellen journalistischen Beiträge regelmäßig die Idee wieder belebt, dass die Moderne (Industrialisierung, Schulbildung etc.) das Phänomen Mafia zerstören würde. Analog dazu ist in den USA die Mafia als bäuerliche Zivilisation beschrieben worden, die zum Aussterben bestimmt sei. Heute, über 130 Jahre später, hat sich der Kontext den man früher als archaisch bezeichnen konnte, in all seinen Elementen gewandelt und dennoch hat das Phänomen Mafia die Modernisierung überlebt. Ein Aspekt, der von den meisten nicht beachtet wird, ist dafür jedoch von zentraler Bedeutung: Die Mafia bedient sich selbst der kulturellen Kodizes, instrumentalisiert sie, modifiziert sie und macht daraus ein Bindemittel für das eigene Erscheinungsbild. Die Ablehnung des Konzeptes der Unpersönlichkeit des Gesetzes, die Verachtung der Polizei sind zum Beispiel Züge, die sicherlich sehr verbreitet unter den Sizilianern aller Gesellschaftsschichten des beginnenden 20. Jahrhunderts waren, aber sie wurden von der Mafia zu ihren eigenen Zwecken wieder verwendet, gewendet und für das eigene Bild genutzt. „Seine Mafia war nicht Verbrechen, sondern Respekt vor dem Ehrengesetz, Verteidigung jeden Rechts, Charakterstärke“, lesen wir auf dem Grabstein von Ciccio Di Cristina, Mafiaboss nach dem II. Weltkrieg in Riesi.“

Kurzum: Dieser zentrale Zusammenhang zwischen Verhaltensmustern einer Gesellschaft (z. B. Betonung des individuellen Rechtes, Missbilligung der Staatsgewalt in Sizilien) und der Aufnahme und Umformung dieser Verhaltensmuster durch eine bestimmte Gruppe (in diesem Fall der Mafia) ist das eigentliche Schlachtfeld für einen Kampf um Köpfe, für die Zerschlagung eines Zusammenhanges, für das Austrocknen einer Gefolgschaft.

Deshalb hat Orlando als Bürgermeister von Palermo eine Anti-Mafia gegründet, die sich zu den zentralen Verhaltensmustern der Sizilianer bekennt, ihr einen neuen Sinn außerhalb der Mafia verschafft und so den vermeintlichen „natürlichen“ Zusammenhang zwischen sizilianischer Bauernkultur und Mafia auflöst. Im aktuellen Kampf gegen die El Kaida geschieht das genaue Gegenteil: Insbesondere die USA verbindet den Kampf gegen die El Kaida mit dem Kampf gegen den Islam. Die gesamte islamische Kultur wird als rückständige, anti-emanzipatorische, vor-demokratische Zivilisation beschrieben, die es zu bekämpfen gilt. Das Bindemittel zwischen El Kaida und der islamischen Bevölkerung braucht Bin Laden also gar nicht selber zu erfinden. Er bekommt es frei Haus geliefert aus dem Weißen Haus oder besser: aus den Gefängnissen im Irak.

Kurzum: Wenn die Stunde der Sicherheitsdienste und der Militärs vorbei ist, weil sie nur größere Schäden statt Lösungen produzieren, brauchen wir wieder eine politische Kraft, die sich zentraler gesellschaftlicher Zusammenhänge besinnt und anfängt eine Politik auf dieser Erkenntnis aufzubauen. Anders wird kein dauerhafter Frieden möglich sein. Vielleicht dachte Klaus Harpprecht an solche Politiker, die er aus seiner aktiven Zeit noch in Erinnerung hatte, als er seine allzu verständliche Abneigung gegen unsere heutigen Parteipolitiker aufschrieb.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Karin Bertz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Klaus Dörre (Recklinghausen)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Bochum)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weller)
 Horst Peter (Kassel)
 René Rösper (Hagen)
 Thomas Sauer (Mölin)
 Sigrid Skarpeils-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)
 Ulrich Zachert (Apensee)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Ulf Banschierus
 Björn Böhning
 Tanja Breuer
 Stefanie Gerszewski
 Sebastian Jobellus
 Oliver Kaczmarek
 Anja Kruke
 Dirk Meyer
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Rünker
 Frank Schauff
 Inken Wiese

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leizhlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax: 02 31 - 40 24 16
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade
 Alfred Voges

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Hefen im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 34,-
 (bei Bankinzug Euro 32,-)
 Auslandsabonnement Euro 37,-
 Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2004.
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Isetlohn
 1.-2. Tausend, Juni 2004

Kurzum	2
<i>Andrea Nahles</i>	
SPD in Sippenhaft	4
<i>Rüdiger Scholz</i>	
<i>Die Zukunft hat Geburtstag – 100 Jahre Arbeiterjugend</i>	5
<i>Kristian Kaiser</i>	
Umlage und kein Ende?	6
<i>Joachim Schuster</i>	
DL 21: Inhaltliche Arbeit neu strukturiert	7
<i>Fred Schmid</i>	
Steuerschwund wegen Privilegien für Unternehmen und hohe Einkommen	8
<i>Detlev von Larcher</i>	
Solidarische Einfachsteuer	10
<i>Niels Annen/Björn Böhning</i>	
Gerecht weiter denken	11
<i>Edgar Göll</i>	
Hoffnungsschimmer am Horizont	13

LINKE KOMMUNALPOLITIK

<i>Oliver Kaczmarek</i>	
Strategien zwischen Überhöhung und Vernachlässigung – Einleitung zum Schwerpunkt	14
<i>Karsten Schneider</i>	
Tragen Public Private Partnerships zur Lösung politischer Probleme bei?	17
<i>Detlef Sack</i>	
Modern Governance – jenseits des Wettbewerbs?	20
<i>Claudia Walther</i>	
Kommunalpolitik strategisch steuern – geht das?	24
<i>Margrit Zauner</i>	
Schwarz-grüne Farbspiele	27
<i>Ulf-Birger Franz</i>	
Mehr Erfolg durch Public Private Partnership?	29
<i>Ernst Wolowicz</i>	
Reformpolitik für München	32

INTERNATIONALE POLITIK

<i>Dusan Relic</i>	
Serbien kommt nicht zur Ruhe	36
<i>Katrin Münch</i>	
<i>Polnischer Spagat</i>	39
<i>Interview mit Jürgen Hirsch (isp, Wien)</i>	
<i>Die SPÖ und die Zusammenarbeit mit der FPÖ in Kärnten</i>	40

THEORIE & STRATEGIE

<i>Gerd-Rainer Horn</i>	
1934 – Eine fast schon vergessene Linkswende der europäischen Sozialdemokratie	42
<i>Steffen Lehndorff</i>	
Länger arbeiten? Der falsche Weg!	47
<i>Gudrun Hentges/Jörg Flecker</i>	
„Flexible Arbeit, Prekarisierung, Ausgrenzung“	50
<i>Christoph Ehmann</i>	
Schulpflicht - Ein erkämpftes Recht	53
<i>Katja Pelizäus</i>	
Bildungschancen NRW - Zauberformel Zentralabitur?!	55
<i>Eckart Kuhlwein</i>	
Späte bildungspolitische Erkenntnisse – und halbherzige dazu	56
Rez.: Im Herzen Arabiens (Ingo Zander)	58
Rez.: Komm' ins offene, Freund! (Edgar Göll)	59

SPD in Sippenhaft

Der Neubeginn mit Franz Müntefering ist in Gefahr

Von Andrea Nahles

Die SPD steckt nicht nur im tiefsten Umfragetief seit Menschengedenken. Ihr fehlt es an Rückhalt in der Bevölkerung. Es mangelt an Zuträuen der eigenen Anhänger. Wahl- und Mitgliederverluste in Folge erschöpfen auch unverdrossene Aktivisten. Gesucht: Perspektiven der SPD und konkrete Wege aus der Krise. Einige vorläufige Antworten hat die Tagung des Forum Demokratische Linke 21 versucht.

Wahlen sind keine Naturereignisse. Sie fußen auf strukturellen Faktoren und dem Handeln der politischen Eliten. Dr. Ulrich Eith von der Arbeitsgruppe Wahlen der Universität Freiburg ließ keine Zweifel aufkommen. Die Krise der SPD ist zum guten Teil hausgemacht. Die wahlsoziologische Bestandsaufnahme belegt, dass die SPD ihre Wähler vom Facharbeiter zum postmaterialistischen Studienrat findet. Das Begriffspaar „Innovation und Gerechtigkeit“ hat eine Brücke geschlagen von der traditionellen zur modernen SPD-Anhängerschaft. Der erfolgreiche Wahlkampfslogan des Jahres 1998 umfasst auch heute noch das Spektrum, in dem sich die Mehrheitsfähigkeit der SPD entscheidet. Zweifelhafte Umschwünge in der bundesdeutschen Wählerbewegung sind dagegen neu. Sie müssen als Abstrafung gewertet werden. Eith lokalisierte den Hauptgrund für diese Entwicklung im Umgang mit dem zentralen Thema sozialdemokratischer Identität und Alltagspolitik: Soziale Gerechtigkeit. Darauf seien die unteren Schichten angewiesen und wüssten das auch, während die besser gestellten Schichten, die der SPD nahe stehen, „Soziale Gerechtigkeit“ als zentrale Wertebasis akzeptieren. Beide Teile der SPD sehen soziale Gerechtigkeit nicht als unveränderbare Größe. Soziale Gerechtigkeit fungiert als Chiffre: Eine Gesellschaft, die mit sich selbst immer wieder neu aushandeln muss, was ist hinnehmbare Ungerechtigkeit und was ist zu vermeidende Ungerechtigkeit. Eith stellte klar fest: „Soziale Gerechtigkeit“ unterliegt dem Wandel der Zeit – sie muss immer wieder neu interpretiert und erweitert werden, aber sie muss eben auch angewandt werden. Wenn Veränderungen notwendig sind, wenn sich die Bedeutung des Begriffs verschiebt, was zig Mal in der Geschichte der SPD geschehen ist, dann muss das klar gesagt werden. Die SPD hat versäumt einen

nachvollziehbaren Pfad für diesen Abwägungsprozess aufzuzeigen. Eine politische Führung hätte faire Regeln für den Veränderungsprozess – selbstverpflichtend aufstellen müssen. Das ist nicht rechtzeitig geschehen und bis heute unvollendet.

Eith diskutierte jedoch auch strukturelle Bedingungen von Politik, die keineswegs auf eine Partei beschränkt bleiben. Wie regiert man in einer Demokratie, die mehr als einer Logik folgt?

- Deutschland ist eine Verhandlungsdemokratie. Der Föderalismus erzwingt eine permanente Suche nach Kompromissen. In dieser Logik sind „Runde Tische“ oder Bündnisse und Kommissionen sogar notwendig.
- Deutschland ist eine Mediendemokratie, die täglich Aufmerksamkeit braucht und bietet, die nahezu tägliche Abstimmungen inszeniert. Tue das, was Dir heute erfolgversprechend erscheint, heißt die Maxime.

- Deutschland ist eine Parteiendemokratie. Tue das, wozu Dich Deine Mitglieder legitimiert haben. Handle nach vereinbarten Programmen. Organisiere stabile Mehrheiten. Es fällt jedem auf, dass hier widersprüchliche Logiken aufeinander treffen. Für die SPD lässt sich sagen: Der Motor SPD als Partei ist unter Schröder ausgefallen. Das war teilweise eine bewusste Vernachlässigung. Aber es ist auch eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung: Die (Parteien-)Demokratie wird zunehmend zerrieben zwischen profilarmer Kompromissuche und geschwätziger Effekthascherei im Tagesgeschäft. Dafür lässt sich nicht eine Person – und sei diese Bundeskanzler – verantwortlich machen. Die Abwertung von Institutionen ist mittlerweile common sense. Politische Identitäten werden als Handelsware angesehen, aber sie lassen sich nicht mit betriebswirtschaftlicher Logik erzeugen.

Auf die Frage der Wahl- und Mitgliederverluste muss deshalb auf mehreren Ebenen – das wäre mein Fazit – geantwortet werden.

1. Soziale Gerechtigkeit ist Kernkompetenz der SPD. Sie ist gleichzeitig ein fortwährender Auftrag zur Veränderung. Erfolgreich kann die SPD nur sein, wenn sie Brücken baut und eine Klammer für unterschiedliche Interessen findet. Wer aber Brücken baut, muss einen eigenen Kompass haben. Wer Marktideologie von Marktbedingungen nicht unterschei-



Andrea Nahles

den kann, wer Bürokratie von öffentlicher Daseinsvorsorge nicht zu trennen weiß und Betriebswirtschaft mit Volkswirtschaft gleichsetzt, kann keine originäre sozialdemokratische Orientierung ausgeben.

2. Die Kompetenzen der Institutionen müssen neu definiert werden. Europa, Bund, Länder und Kommunen. Europa braucht eine Verfassung. Europa braucht eine Vision von sich selbst: Konkurrenz um die besten Lebensbedingungen, den größten sozialen Fortschritt und die nachhaltigsten Produkte und Verfahrenstechniken. Der Bund und die Länder brauchen eine neue Aufgabenteilung. Die Kommunen Handlungsspielräume und Investitionsmöglichkeiten. Institutionen die ihrer Gestaltungsmöglichkeiten beraubt sind, unterminieren das Vertrauen in die Demokratie.

3. Die SPD muss nicht nur um Orientierung, Vertrauen und eine klare Handschrift kämpfen. Sie muss ihre Partei wieder ernst nehmen. Mehr noch als Programme interessiert Menschen, ob sie an Entscheidungen beteiligt werden. Wer als Mitglied nicht mittun darf, geht. Wenn Programme erarbeitet werden, wie es jetzt bis 2005 passiert, dann ist das eine wichtige Beteiligungschance, die auch realisiert werden muss. Zwischen Verhandlungsdemokratie und Mediendemokratie müssen Parteien und offene Meinungsbildungsprozesse stabilisiert werden. Die Partei und die Bundestagsfraktion verhalten sich loyal. Die Arbeitsplanung der Parteizentrale macht Sinn. Ob Bürgerversicherung oder Innovationsoffensive, Parteireform Mitgliederpartei oder Grundsatzprogrammdebatte – die Richtung stimmt, die Bemühungen sind ehrlich und werden professionell organisiert. Allerdings verspielen eine ganze Reihe von Ministern und Apparaten derzeit den Kredit, den die Öffentlichkeit einem Neubeginn mit Franz Müntefering gegeben hat. Bewusst oder unbewusst? Planlos oder selbstverliebt? Es ist egal. In der Öffentlichkeit gilt das Gesetz der Sippenhaft. Dummheiten haben sich in vielen Perioden der Geschichte und an vielen Orten abgepielt – das Bedrückende ist: sie sind anscheinend endlos wiederholbar....

Die Zukunft hat Geburtstag!

Jusos feiern 100 Jahre Arbeiterjugend – dem Fortschritt verpflichtet.

Von Rüdiger Scholz

Sich die eigene Tradition, die eigene Herkunft zu vergegenwärtigen ist gerade in politisch schwieriger Zeit mit Umfragetiefs, Mitgliederverlusten der Sozialdemokratie und nicht zu leugnender Orientierungslosigkeit von rot-grün mehr als sinnvoll. Motivierend und sinnstiftend ist es außerdem – das hat die Beschäftigung der Jusos mit ihrer hundertjährigen Tradition am Wochenende vom 14. bis 16. Mai gezeigt. Die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland und der Jusos im besonderen war immer durch ein kritisches Verhältnis zur SPD gekennzeichnet. Schon in der frühen Gründungsphase wurde der Aufbau einer eigenen politischen Interessensvertretung der jugendlichen Arbeiter von der SPD eher mit Argwohn betrachtet. Ein eigener Jugendverband birgt die Gefahr einer nicht kontrollierbaren, eigenen politischen Willensbildung – das war die Befürchtung der SPD sicherlich nicht nur damals. Die Jugendlichen sollten sich lieber direkt in Partei und Gewerkschaft engagieren – der Rest würde sich schon ergeben. Aber die katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen gerade der Jugendlichen führten zur Gründung eigener Lehrlingsvereine – und die Geburtsstunde der Arbeiterjugendbewegung schlug: Der Freitod des 15-jährigen Berliner Schlosserlehrlings Paul Nähring im Frühjahr 1904, der die physischen und psychischen Misshandlungen seines Lehrherrn nicht mehr ertragen hatte, war der tragische Anlass zur Gründung der ersten Lehrlingsvereine, die sich sehr bald zu einer reichweiten Bewegung entwickelten. Hieraus entstanden in einer niemals gradlinigen, widerspruchsfreien Entwicklung die uns heute bekannten Arbeiterjugendverbände wie die Gewerkschaftsjugend, SJD-Die Falken, das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt oder eben die Jusos in der SPD. Die Jubiläumsveranstaltung in Berlin hat gezeigt: Vieles hat sich seit 1904 verändert, die Geschichte der Arbeiterjugend ist dabei auch eine Geschichte des sozialen Fortschritts. Aber sie hat in vielen Beiträgen auch gezeigt, dass die Entwicklung nicht zu Ende und vieles Erreichte nicht auf Dauer sicher ist. Um im ganz

Konkreten zu bleiben: Die menschenverachtenden Zustände in der Lehrlingsausbildung waren vor 100 Jahren der Anlass des Zusammenschlusses – heute erleben wir, einerseits wie sich mehr und mehr Betriebe aus ihrer Verantwortung für die Berufsausbildung herausstellen und andererseits wie von der Union Forderungen nach der Absenkung der Ausbildungsvergütungen und der „Verschlankung“ der Ausbildung zugeschnitten auf die jeweiligen sehr engen, betrieblichen Interessen, forciert werden. Ein historischer Zusammenhang, den Klaus Uwe Benneter – ehemaliger Juso-Bundesvorsitzender mit der kürzesten Amtszeit und heutiger Generalsekretär der SPD – herausstellte. Die rund 500 TeilnehmerInnen im prallvollen Atrium des Willy-Brandt-Hauses erlebten aber auch den Einfluss der Jusos auf die Herausbildung sozialdemokratischer Führungsgenerationen: Hans-Jürgen Wischniewski als erster gewählter Vorsitzender der Nachkriegs-Jusos und Karsten D. Voigt, mit dessen Wahl vor 35 Jahren auf dem Bundeskongress in München die Linkswende und damit der moderne Juso-Verband begründet wurde, berichteten von den spezifischen Situationen „ihrer Zeit“ und entdeckten durchaus Parallelen. Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering schilderte in beeindruckender und höchst unterhaltsamer Art den „Spagat“ zwischen theoretischer Arbeit, dem westlich-westfälischen Agieren zur Durchsetzung der Linkswende in München und der konkreten Juso-Arbeit im Sauerland. Susi Möbbeck als Juso-Vorsitzende im Zeitraum der deutschen Vereinigung und Andrea Nahles als Vorsitzende in den 1990er Jahren lieferten Beiträge aus der neueren Juso-Historie. Abgerundet wurde die 100-jährige Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen, mit Aufspaltung und Zusammenhalt und einer immerwährenden Kraft der inhaltlichen und organisatorischen Erneuerung durch die Rede des amtierenden Vorsitzenden Niels Annen, die unter www.jusos.de dokumentiert ist. Gemeinsames Fazit aller war: Die Jusos bildeten und bilden ei-



Niels Annen im Vordergrund, im Hintergrund u.a. Hans-Jürgen Wischniewski und Andrea Nahles

nen wichtigen Impulsgeber für die Erneuerung sozialdemokratischer Programmatik eine zentrale „Schule“ für den sozialdemokratischen Generationenaufbau. Unterm Strich war das „Jubiläums-Wochenende“ daher weniger ein nostalgischer Rückblick, sondern viel mehr Handlungsauftrag für die Zukunft der Jusos. Für die Zukunft eines heute sehr jungen Verbandes, der sich seiner historischen Wurzeln bewusst bleiben muss. Eines jungen Verbandes, der viel in die Bildungsarbeit, in die inhaltliche und handwerkliche Schulung seiner Köpfe investieren muss. Dabei sind inhaltliche, personelle und organisatorische Erneuerung und Weiterentwicklung ständige Aufgabe eines sozialistischen und feministischen Jugendverbands, der die Ansprüche junger Menschen an die Zukunft von Leben und Lernen, von Arbeiten und Wirtschaften – in Partei, Bewegung und Gesellschaft formuliert und durchsetzt. Insofern ist von der Veranstaltung nicht nur das Signal ausgegangen, dass es in Deutschland immer noch eine Arbeiterjugendbewegung gibt und sie ist immer noch notwendig ist – sondern vor allem auch, dass sie in ihrem Handeln und Auftreten modern und dem sozialen Fortschritt verpflichtet ist. Und dass sie lebendig und begeisterungsfähig ist, haben die rund 500 TeilnehmerInnen am Wochenende selbst unter Beweis gestellt. Junge Sozialistinnen und Sozialisten werden gebraucht, damit die heute junge Generation durch die vorherrschende Meinungsmacht in Standortdiskussion und Generationen-debatte nicht für dumm verkauft wird. Sie werden gebraucht als Antreiber für eine Diskursverschiebung weg von der Sozialabbau-Logik hin zu einer Fortschritts-debatte und sozialen Innovationen. Und sie werden gebraucht, um als „Agenten“ für eine fortschrittlich-linke Politik zu streiten: in Partei, Bewegung und Gesellschaft. Daher macht es Sinn sich der eigenen Geschichte anzunehmen um auch in Zukunft gerecht weiter zu denken.

Mehr Informationen zum Thema unter www.jusos.de.

Umlage und kein Ende?

Wird die Umlage in NRW umgelegt?

Von Kristian Kaiser

Eine alte gemeinsame Forderung der Jusos und der SPD seit Mitte der neunziger Jahre wurde durch den Bundestag beschlossen. Dieses Gesetz, das Berufsausbildungssicherungsgesetz, soll gewährleisten, dass sich alle Arbeitgeber an den Kosten für Berufsausbildung beteiligen und nicht nur die, die ausbilden sondern auch endlich die, die sich ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung auszubilden, seit Jahren mehr und mehr entziehen.

Doch dieses Gesetz ist nach einer Kampagne der Arbeitgeber, die zunehmend mehr auch in den eigene Reihen verfängt, umstritten. Peer Steinbrück und SPD-Landeschef Harald Schartau – bekannte Gegner einer Umlagefinanzierung – ziehen freiwillige Vereinbarungen der „Zwangsumlage“ vor. Doch freiwillig heißt wohl eben auch unverbindlich, hat doch dieser „Ausbildungskonsens“ bisher nicht verhindern können, dass die Zahl der Ausbildungsstellen seit langem rückläufig ist. Dieser Ausbildungskonsens organisiert hingegen die Verteilung der unversorgten Jugendlichen in die vollschulischen Ausbildungsgänge an den Berufsschulen.

Seit 2000 ist ein enormer Rückgang an abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zu verzeichnen.

Nach Zahlen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik ging allein in NRW die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge zwischen 2002 und 2003 um 3,3% zurück.

Dieser Rückgang ist nicht ohne Folgen für Jugendliche in NRW geblieben. Nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit kamen Ende März diesen Jahres auf knapp 37.500 offene Ausbildungsplätze mehr als 61.000 unvermittelte BewerberInnen.

Damit wird klar: Es gibt auch in NRW keinen Grund sich weiter darauf auszuruhen, dass hier ja alles so wunderbar klappt.

Doch gibt es neben den Gründen der Solidarität wirtschaftspolitische Gründe, sich für eine Trendwende in der Berufsausbildung einzusetzen. Die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft lässt einen Fachkräftemangel erwarten, dem man bereits jetzt entgegenwirken muss, wenn wir generationengerecht Politik betreiben wollen.

Die Qualifizierungsfrage ist überdies auch eine sozialstaatliche Frage, da keine oder nur eine unzureichende Qualifizierung individuell die Chancen auf dem Arbeitsmarkt in kommender Zeit noch weiter drastisch verschlechtern wird. Doch kann auch die Beantwortung dieser Frage nichts daran ändern, dass unser primäres Problem auf dem Arbeitsmarkt die rückläufige Anzahl der Arbeitsplätze ist.

Doch wie wird die Debatte geführt? Es gibt in NRW einen klaren Beschluss des Parteitag vom Februar 2004, der die Aus-



Kristian Kaiser

Agenda-Rede davon gesprochen, man werde gesetzgeberisch tätig werden müssen, wenn nicht ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden.

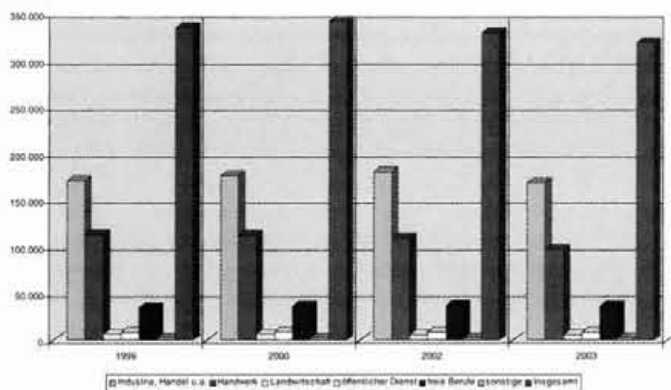
Peer Steinbrück hat dazu eine eigene Haltung entwickelt. Als bekannter Gegner der Agenda schwebt er als freies Radikal im Raum der sozialdemokratischen Partei. Peer verweist dabei auf seinen Amtseid, der ihn daran hindere Beschlüsse der Partei, die dem Land schaden umzusetzen. Das alte Lied wird wieder gesungen, nach der erst das Land und dann die Partei Priorität habe. Als ließe sich das auseinander denken.

Dabei sitzt Peer Steinbrück an einer Schlüsselstelle. Erhebt der Bundesrat mit den Stimmen der CDU-Länder und NRW Einspruch gegen das bislang zustimmungsfreie Gesetz, so kann der Bundestag diesen Einspruch nur mit Zweidritteln der Stimmen zurückweisen. Damit wäre das Gesetz gescheitert. Am Widerstand Nordrhein-Westfalens.

Franz Müntefering hat in einer erfreulichen Art und Weise dieses Thema und damit die Zukunftschancen junger Menschen zu seinem Motiv gemacht. Müntefering hat es als Partei- und Fraktionsvorsitzender wieder auf die Tagesordnung geholt und verfechtet es vehement gegen alle Kritik. Doch was geschieht, wenn Müntefering scheidet? An den eigenen Genossen? In der Sitzung des Parteirates, der sich mit breiter Mehrheit der Position Münteferings angeschlossen hat, wurde diese Frage kurz angeschnitten. Franz nahm daraufhin sofort das Wort und erklärte, er würde sein Amt nicht ultimativ in die Waagschale werfen, sondern alles versuchen, um sich in der Diskussion durchzusetzen. Ein Stil, den man bisher nicht kannte. Reicht die Umlage aus in der Reform der Berufsbildung?

Nein, sicher nicht. Die Umlagefinanzierung ist ein Instrument um den weiteren Abbau der Ausbildungszahlen zu verhindern und um langfristig eine Steigerung zu erlangen. Auch werden dabei die entlastet, die ausbilden und die belastet, die nicht ausbilden.

Abgeschlossene Ausbildungsverträge in NRW



bildungsumlage in der Berufsbildung fordert und der dem SPD-Landesvorstand keinen Spielraum lässt.

Doch lässt sich Harald Schartau nicht auf den Beschluss des Parteitages verpflichten. Auch als Mitglied im Präsidium der Bundespartei und als Wirtschafts- & Arbeitsminister in NRW ist er nicht davon zu überzeugen, dass die innerparteiliche Demokratie sich bereits entschieden hat. Dieses Thema kündigt nicht schon lange an. Die Ausbildungsmisere verschlimmert sich von Jahr zu Jahr. Der Kanzler hat in seiner berüchtigten

Kristian Kaiser, 25 Jahre, seit März 2004 Juso-Landesvorsitzender in NRW und Mitglied des Parteirates der SPD. Er arbeitet im Juso-Bundesverband im Umbauprojekt Berufsorientierung mit.

Doch muss eine umfassende Reform der Berufsbildung weitergreifen und auch zusammengedacht werden. Neben den Inhalten der Berufsausbildung und der Ausstattung der Schulen, der Art der Ausbildung

und der Integration bisher vollschulischer Ausbildungsgänge in ein duales System der Berufsausbildung steht eben eine breite Debatte um diese Form fachlicher Erstqualifizierung auf der Tagesordnung. Damit be-

gegenen wir wirksam dem Vorwurf, wir würden lediglich eine Zwangsmaßnahme durchsetzen wollen, uns aber nicht mit der Frage der Qualität der Ausbildung beschäftigen wollen.

Forum DL21

DL21: Inhaltliche Arbeit neu strukturiert

Von Joachim Schuster

Inhaltlichen Diskussionsbedarf gibt es genug. Mit der Agenda 2010 von Bundeskanzler Schröder hat die Bundesregierung den Anspruch erhoben, den sogenannten Reformstau in der Bundesrepublik abzubauen. Die bisher vorgelegten Konzepte und Gesetze werden diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Die inhaltliche Reichweite der Reformen ist sehr begrenzt. Und nicht einmal das Ziel, die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig zu sichern, wird erreicht werden. Schon vor der nächsten Bundestagswahl im Jahr 2006 wird die SPD gefordert sein, Antworten auf drängende gesellschaftlichen Herausforderungen zu geben. Für weiteren programmatischen Klärungsbedarf sorgt die Grundsatzprogrammdebatte, die von der neuen Parteiführung inzwischen wieder vorangetrieben wird. Schon im Jahr 2005 sollen Ergebnisse vorliegen.

Auf dem Bochumer Parteitag hat die Partei-Linke gezeigt, dass sie bei einem koordinierten Vorgehen durchaus in der Lage ist, wichtige inhaltliche Akzente zu setzen. Ausbildungsplatzabgabe, Bürgerversicherung und Reform der Erbschaftssteuer sind dafür einige herausgehobene Beispiele. Nur auf Druck der Linken wurden diese Punkte in die kurz- bis mittelfristige Programmatik aufgenommen.

Vor diesem Hintergrund hat das Forum DL 21 in diesem Jahr seine inhaltliche Arbeit neu strukturiert. Neben den inhaltlichen Diskussionen auf unseren Frühjahrs- und Herbsttagungen haben wir drei Arbeitsgruppen eingerichtet, die auf wichtigen Reformfeldern zur programmatischen Weiterentwicklung beitragen sollen. Ziel der Neustrukturierung ist es, die Partei-Linke inhaltlich weiter zu profilieren, wichtige po-

litische Projekte in der Partei zu verankern und damit zu Positionsveränderungen der SPD beizutragen. Die Arbeitsgruppen beschäftigen sich im einzelnen mit:

Beschäftigungs- und Finanzpolitik

Diese AG befasst sich mit den ökonomisch relevanten Debatten des kommenden Jahres. Bezugspunkt der Diskussion bilden der Abbau der Arbeitslosigkeit, die Initiierung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und die Umstrukturierung zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Angesichts der zu erwartenden Auseinandersetzungen 2004 sollen folgende Themen im Mittelpunkt stehen:

- der europäischer Stabilitätspakt und die Perspektiven einer demokratischen Regulierung in der EU,
- die mittelfristige Perspektiven der Steuerpolitik inkl. der Verschuldungsproblematik und der föderalen Finanzverfassung
- die Eckpunkte einer innovationsorientierten Industriepolitik

Das nächste Treffen der AG wird am 2.7.04 stattfinden.

Reform der sozialen Sicherungssysteme

Neben den beiden übergreifenden Themen ‚Demographischer Wandel‘ und ‚Finanzierung des Sozialstaates‘ sollen in der Arbeitsgruppe Eckpunkte für Reformprojekte für alle Zweige der Sozialversicherung entwickelt und diskutiert werden. Von aktueller Bedeutung ist dabei sicherlich die Ausgestaltung einer Bürgerversicherung als Antwort auf die Finanzierungsprobleme der Krankenversicherung. Diskutiert werden soll darüber hinaus die Arbeitsversicherung als Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung. In Bezug auf die Rentenversicherung wird es zunächst um die Klärung wich-



Joachim Schuster

tiger Grundsatzfragen gehen. Ausgangspunkt der Reformdebatte bilden dabei nicht in erster Linie der demographische Wandel oder angebliche Finanzierungsprobleme, sondern die durch gesellschaftliche Strukturveränderungen hervorgerufenen Anpassungsnotwendigkeiten. Das nächste Treffen der AG wird am 20.8.04 stattfinden.

Bildung und Innovation

Im Mittelpunkt der Arbeitsgruppe soll die Rolle des Menschen im Rahmen eines Innovationssystems stehen. Besonderes Gewicht soll auf die Fragen ‚Bildung – Qualifizierung – Weiterbildung – Lebenslanges Lernen im Erwerbsleben – Humanisierung der Arbeit‘ gelegt werden. Weitere Themen sollen die Rolle des Staates bei Bildung und Innovation sowie die Frage nach einer geeigneten Finanzierung von Bildung sein. Das nächste Treffen der AG wird am 28.5.04 stattfinden.

Die Arbeitsgruppen sollen ergebnisorientiert arbeiten. Es ist geplant, die ersten Arbeitsergebnisse bis zur Herbsttagung von DL 21 vom 22.-24.10.04 vorzulegen und zur Diskussion zu stellen. Die Arbeitsgruppen richten sich vornehmlich an Mitglieder von DL 21. Willkommen sind aber auch alle anderen Interessierten. Wer Interesse hat, setze sich am besten mit Joachim Schuster (Tel.: 0421-74923 oder e-mail: Schuster@bremnet.de) in Verbindung.

Forum DL21

Steuerschwund wegen Privilegien für Unternehmen und hohe Einkommen

Von Fred Schmid (isw München e.V.)

Zu den Ergebnissen des Arbeitskreises Steuerschätzung

Diese Bundesregierung ist im wahrsten Sinne des Wortes bankrott: Gegenüber der letzten Steuerschätzung vor einem halben Jahr klafft bei den erwarteten Steuereinnahmen eine Lücke von fast 10 Milliarden (9,6 Mrd. Euro), davon 8,3 Mil-

liarden allein beim Bund. Im Jahr 2005 sind es bereits 15,2 Milliarden Euro und bis zum Jahr 2007 addieren sich die Steuerausfälle gegenüber der Schätzung vom Mai 2003 auf 61 Milliarden Euro (davon 40,2 Mrd. beim Bund); dabei wurden bereits damals die Zahlen in der mittelfristigen Finanzplanung um zig-Milliarden nach unten korrigiert. Die Steuermindereinnahmen, weitere Fehlkalkulationen (Toll-Collect) und Mehrausgaben führen zu neuen Milliardenlöchern im Bundeshaushalt. Für 2004 ist mit einer Rekordverschuldung von weit über 40 Milliarden Euro beim Bundeshaushalt zu rechnen. Die Haushaltslöcher werden gestopft durch neue Schulden, Verschönerung des letzten Tafelsilbers (Privatisierungen), Abbau von Steuervergünstigungen bei Arbeitnehmern und – spätestens nach den Landtagswahlen – durch zusätzlichen Sozialabbau.

Tabelle 1: Entwicklung des Steueraufkommens

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004*	2005*	2006*	2007*
Steueraufkommen in Mrd. Euro	467,2	446,2	441,7	442,2	443,8 (453,4)	453,5 (468,7)	473,7 (492,1)	493,0 (510,8)

* AK Steuerschätzung, Mai 2004; in Klammern: AK Steuerschätzung Mai 2003 (für 2004; AK Steuersch. Nov. 2003); Quelle: BMF

liarden allein beim Bund. Im Jahr 2005 sind es bereits 15,2 Milliarden Euro und bis zum Jahr 2007 addieren sich die Steuerausfälle gegenüber der Schätzung vom Mai 2003 auf 61 Milliarden Euro (davon 40,2 Mrd. beim Bund); dabei wurden bereits damals die Zahlen in der mittelfristigen Finanzplanung um zig-Milliarden nach unten korrigiert. Die Steuermindereinnahmen, weitere Fehlkalkulationen (Toll-Collect) und Mehrausgaben führen zu neuen Milliardenlöchern im Bundeshaushalt. Für 2004 ist mit einer Rekordverschuldung von weit über 40 Milliarden Euro beim Bundeshaushalt zu rechnen. Die Haushaltslöcher werden gestopft durch neue Schulden, Verschönerung des letzten Tafelsilbers (Privatisierungen), Abbau von Steuervergünstigungen bei Arbeitnehmern und – spätestens nach den Landtagswahlen – durch zusätzlichen Sozialabbau.

Wegbrechende Gewinnsteuern

Die schwache Konjunktur ist aber nicht einmal die halbe Wahrheit in Bezug auf das Steuer- und Finanzdesaster. Auf die eigentliche Ursache stößt man, wenn man die Steuereinnahmen des Jahres 2000 mit denen der folgenden Jahre vergleicht. Sie liegen in jedem der Folgejahre und auch bei der Schätzung für 2004 zwischen 20 und 25 Milliarden niedriger als 2000 (siehe Tabelle 1). Untersucht man die einzelnen Steuerarten,

dann stellt man fest, dass für den Steuerausfall in jedem Jahr fast ausschließlich das Wegbrechen der Gewinn- und Unternehmenssteuern verantwortlich ist. Die Mindereinnahmen bei den Gewinn- und Unternehmenssteuern addieren sich in den vier Jahren auf einen Gesamtsteuerausfall von über 100 Milliarden Euro (101,5 Mrd. Euro), s. Tabelle 2

Auch für diese Steuerlücke macht der Finanzminister die schwache Konjunktur verbunden mit einer verschlechterten Gewinnsituation verantwortlich. Und hier beginnen die dicken Lügen. Eichel spekuliert hier auf die Lücken im Gedächtnis seiner Mitbürger. Die Steuerexperten Lorenz Jarass/Gustav Obermair (Jarass ist Mitglied der vom Finanzministerium eingesetzten Kommission zur Unternehmensbesteuerung) stellen darob verwundert die Frage: „Warum gehen eigentlich seit 2000 in Deutschland die Ertragssteuern zurück, obwohl die Erträge

Lohnsteuer) aufgrund des *nominalen* Zuwachses proportional wachsen, bei der Einkommensteuer aufgrund der Progression sogar überproportional.“ (Jarass/Obermair, Geheimnisse der Unternehmenssteuern, Marburg 2004, S. 44).

Und was die Gewinne anbelangt, so sind sie trotz konjunktureller Flaute gestiegen, wie die Steuerprofessoren Jarass/Obermair an anderer Stelle nachweisen, und zwar sowohl die Unternehmensgewinne der Kapitalgesellschaften (AG, GmbH) als auch die Gewinne der Personengesellschaften und Selbständigen; sie lagen in jedem Jahr nach 2000 deutlich über dem Niveau von 2000. Die Unternehmens- und Ertragssteuern hätten also deutlich steigen müssen. Das Gegenteil ist der Fall. Der Grund liegt in der „Unternehmens-Steuerreform 2000“, die eine beispiellose Steuerentlastung für Konzerne und Spitzenverdiener brachte und zu den aufgezeigten Steuerausfällen führte (im einzelnen siehe dazu isw-report 55 „Staat-Steuern-Daseinsvorsorge“, S. 4ff; L. Jarass/G. Obermair, Sinkende Belastung von Unternehmens- und Vermögenseinkommen, in: HWWA-Wirtschaftsdienst, 3/04, S. 156ff). Der Steuerausfall bei Unternehmens- und Gewinnsteuern ist die Folge einer politischen Entscheidung, ist gewollt; vorgeblich sollten damit Konjunktur und Wachstum sti-

Tabelle 2: Steuerausfälle bei Gewinn- und Unternehmenssteuern – in Mrd. Euro

	2000	2001	2002	2003	2004*
Körperschaftsteuer	23,6	- 0,4	2,9	8,3	12,5
Kapitalertragsteuer	13,5	20,9	14,0	9,0	9,9
Gewerbsteuer	27,0	24,5	23,5	24,1	25,1
Veranlagte Einkommensteuer	12,2	8,8	7,5	4,6	5,8
Zinsabschlagsteuer	7,3	9,0	8,5	7,6	6,8
Summe	83,6	62,8	56,4	53,6	60,1
Steuerausfall zu 2000		20,8	27,2	30,0	23,5
		Steuerausfall in 4 Jahren: 101,5 Mrd. Euro			

* AK Steuerschätzung Mai 2004; Quelle: BMF

insgesamt („Volkseinkommen“) nicht sinken, sondern nur weniger stark wachsen? Selbst bei einem *realen* Wachstum des Volkseinkommens von 0 Prozent müsste doch das Steueraufkommen (wie bei der

multiert werden. Rot-Grün hat damit auf die Spitze getrieben, was seit einem Vierteljahrhundert in Gang ist: Der schleichende Ausstieg von Konzernen und Spitzenverdienern aus der Finanzierung des Gemeinwesens. Wie das *isw* in seinem wirtschaftsinfo 36 „Bilanz 2003 – Ausblick 2004“ (S. 26, S. 31) nachweist, betrug das Aufkommen der Gewinnsteuern am gesamten Steueraufkommen 1980 noch ein Viertel (24,9 %). Bis zum Jahr

Der vorliegende Beitrag von Fred Schmid ist eine leicht gekürzte Fassung seines Artikels aus dem Newsletter des isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V., (www.isw-muenchen.de) vom 24. Mai 2004.

Jahr	2000	2001	2002	2003
Gewinne Kapitalgesellschaften (AG, GmbH)	205	212	221	220
Gewinne Personengesellschaften u. Selbstständige	209	214	220	218

Quelle: Jarass/Obermair, HWWA-Wirtschaftsdienst 3/04

2003 hat sich dieser Anteil mehr als halbiert: 11,6 %. Würden die Gewinn- und Ertragssteuern heute den gleichen Anteil am Steueraufkommen erbringen wie 1980, dann hätte das Steuermehreinnahmen von 62 Milliarden Euro pro Jahr zur Folge. Umgekehrt ist die Belastung durch Steuern auf Arbeit und Verbrauch drastisch gestiegen, von 62 % (1980) auf 80 % (2003). (...)

Konzerne zahlen keine Steuern mehr

(...) „Kapitalgesellschaften leisten in ihrer Gesamtheit überhaupt keinen Beitrag mehr zur Staatsfinanzierung“, stellte im Jahr 2001 der Chefkomentator des unternehmerfreundlichen 'Handelsblatts' fest, als die Finanzämter erstmals in der Geschichte der BRD mehr an Körperschaftsteuer auszahlten als sie einnahmen. Inzwischen zahlen die Konzerne wieder ein paar Milliarden Euro an Körperschaftsteuer, doch selbst wenn sich die Prognose für 2004 realisiert, was hier bezweifelt wird, ist es nur halb soviel wie im Jahr 2000. Ab 2006 dürfte das Körperschaftsteueraufkommen erneut sinken, da ab diesem Jahr Aktiengesellschaften ihre Gewinnrücklagen wiederum wie 2001 und 2002 steuermindernd auskehren dürfen. Auch die Schwindsucht bei der Gewerbesteuer geht zum größten Teil auf das Konto der Kapitalgesellschaften (AG, GmbH), was erheblich zur Finanznot der Städte und Gemeinden beitrug. In München zahlten die sieben Dax-Konzerne – Siemens, BMW, Allianz, HypoVereinsbank, MAN und Infineon – jahrelang keinen Cent Gewerbesteuer. Neuerdings hat sich VW in die Gang der Gewerbesteuerverweigerer eingereiht. Die VW-Stadt Wolfsburg muss sogar über 30 Millionen Euro Gewerbesteuervorauszahlung zurückerstatten. (...)

Steuergeschenke an Spitzenverdiener

(...) Die Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent bedeutet pro Jahr einen Steuerausfall von rund 12 bis 14 Milliarden Euro gegenüber dem früheren Höchstsatz. Kein einziger Arbeitsplatz wurde dafür geschaffen, durch die staatlichen Mindereinnah-

men aber viele vernichtet. Die Senkung schlägt sich nieder in den Mindereinnahmen der veranlagten Einkommensteuer, ist aber auch eine Ursache für den Ausfall beim Lohnsteueraufkommen, da Topmanager ja meist auf den Gehaltslisten der Konzerne stehen.

Auch bei Personengesellschaften/Selbständigen ist die Steuerbelastung zurückgegangen, um etwa 30 Prozent, also weniger krass als bei den Kapitalgesellschaften. Sie liegt jedoch mit 13 Prozent deutlich unter der

Jahr	2000	2001	2002	2003
Gewinne (in Mrd. Euro)	205	212	221	220
Steuern* (in Mrd. Euro)	43	16	19	25
Steuerbelastung (in Prozent)	20,9	7,7	8,6	11,4

* Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Soli-Zuschlag, Zinsabschlagsteuer; Quelle: Jarass/Obermair, HWWA-Wirtschaftsdienst 3/04

steuerlichen Belastung eines Durchschnittsverdieners, dessen 30.000 Euro Jahresgehalt mit ca. 21 % besteuert werden. (...)

Konzernbesteuerung und Globalisierung In der kapitalistischen Globalisierung liegt die Wurzel der Probleme: „Die großen Transformationen der letzten Jahrzehnte, die zunehmende Globalisierung von Produktion, Märkten und insbesondere Finanzierung wurden von der Steuerpolitik kaum berücksichtigt“, schreiben Jarass/Obermair (Wirtschaftsdienst, a.a.O., S. 159). Hier ist allerdings Widerspruch anzumelden: Die neoliberalen Steuerpolitiker und Standortstrategen haben sie sehr wohl berücksichtigt und in ihrer Angebotsorientierung unter dem Schlagtruf „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ für Konzerne eine Steuererleichterung nach der anderen durchgesetzt. „Race to the bottom“ „Wettlauf der Besessenen“ nennt Paul Krugman diese Konkurrenz der Nationalstaaten um möglichst niedrige Steuersätze, um transnationales Kapital anzulocken. Die internationale Ausweichmöglichkeit der Konzerne dient dabei als Vorwand für immer neue Steuervergünstigun-

gen. Denn eine effektive Besteuerung international tätiger Unternehmen ist durchaus möglich, wie Jarass/Obermair aufzeigen. Es dürften beim Unternehmen nicht nur wie derzeit Löhne und die Restgröße „zu versteuernder Gewinn“ als Bemessungsgrundlage herangezogen werden, „sondern die gesamte im Inland erwirtschaftete Wertschöpfung“ (a.a.O., S. 160). Dies wäre auch ohne EU-weite Steuerharmonisierung von jedem Nationalstaat dadurch möglich, indem er die Wertschöpfung jeweils am Sitz der Betriebsstätte besteuert. Diese Wertschöpfung umfasst neben Löhnen und Gehältern, die weiterhin der Lohnsteuer unterliegen sollen, alle mit Eigen- oder Fremdkapital erwirtschafteten Erträge: Schuldzinsen abzüglich Zinserträge, Finanzierungsanteile von Miet- und Pachtzahlungen, Leasingraten, Lizenzgebühren plus der gesamte verbleibende Gewinn. Steuermindernde Gewinnverschiebungen zwischen einzel-

nen Konzernteilen oder zwischen Holding und Tochtergesellschaften wären damit weitgehend unterbunden.

Eine solche Art Wertschöpfungssteuer fordert auch der Deutsche Städtetag in seinem Modell einer modernisierten Gewerbesteuer. Eine Kombination beider Modelle ist durchaus realisierbar. Der Steuersatz müsste so bemessen sein, dass ein Ertragsteueraufkommen bei den Kapitalgesellschaften erbracht würde, das mindestens in der Größenordnung der Körperschaftplus anteiligen Gewerbesteuer vom Jahr 2000 liegt, also etwa 45 Milliarden Euro ausmacht.

Zu ergänzen wäre eine solch neugefasste Unternehmensbesteuerung durch die Rücknahme der Senkungen des Spitzensteuersatzes und die Wiedereinführung einer wirksamen Vermögensteuer. Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) errechnete, brächte eine Vermögensteuer bei einem Freibetrag von 500.000 Euro pro Familie und einem Steuersatz von einem Prozent 15,9 Milliarden Euro jährlich an Steueraufkommen. Schließlich müsste die Kapitalverkehrssteuer in Form der Tobin-Steuer wiedereingeführt werden.

Entscheidend sind jedoch nicht möglichst ausgeklügelte Alternativvorschläge, sondern ob es gelingt, eine gesellschaftliche Gegenmacht zu formieren, die der herrschenden neoliberalen Diktatur wirksam entgegen tritt.

Jahr	2000	2001	2002	2003
Gewinne (in Mrd. Euro)	209	214	220	218
Steuern (in Mrd. Euro)	38	34	32	28
Steuerbelastung (in Prozent)	18,4	15,9	14,4	13,1

Quelle: Jarass/Obermair, HWWA-Wirtschaftsdienst 3/04

Solidarische Einfachsteuer

Gerechte Steuern – Öffentliche Finanzen stärken

Von *Detlev v. Larcher*

Steuervereinfachung zu einem linken Thema machen:

Sieben Wirtschaftswissenschaftlern haben sich zusammengesetzt und ein Konzept für eine Solidarische Einfachsteuer geschrieben. Denn sie sind der Meinung, dass das Thema Steuervereinfachung nicht der Rechten überlassen werden darf. Diese Steuervorschläge wurden in einer Pressekonferenz in Berlin von attac und Ver.di am 13. Mai 2004 vorgestellt. Das Konzept sieht vor, kleinere und mittlere Einkommen deutlich zu entlasten. Der steuerfreie Grundfreibetrag wird auf 8.000 Euro angehoben. Der Eingangssteuersatz beträgt 15 Prozent. Der Spitzensteuersatz beträgt 45 Prozent. Diese Spitzenbelastung setzt ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 60.000 Euro ein. Der Tarif steigt zwischen dem Eingang- und Spitzensteuersatz kontinuierlich (linear-progressiv) an.

Finanziert wird die Absenkung der Steuersätze durch eine Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage und die Einschränkung von steuerlichen Ausnahmetatbeständen. Das bisherige Einkommensteuersystem ermöglicht es vor allem international verflochtenen Unternehmen und Beziehern von hohem Einkommen aus Vermietung und selbstständiger Tätigkeit, sich arm zu rechnen. Sie sollen sich in Zukunft wieder nach ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen. Die öffentlichen Finanzen müssen gestärkt werden.

Ein moderner und sozialer Staat braucht hinreichende Finanzmittel, um seine Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit erfüllen und eine aktive Politik zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit betreiben zu können. In den letzten Jahren sind die öffentlichen Finanzen aufgrund politisch verursachter Steuerausfälle immer tiefer in die Krise geraten. Läge die Steuerquote – der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt – noch auf dem Stand des Jahres 2000, hätte der Staat jährlich etwa 50 Milliarden Euro höhere Einnahmen. Folge der öffentlichen Finanznot sind immer schwächere Zukunftsinvestitionen von Gemeinden, Ländern und Bund für Bildung und Erziehung,

Forschung, Lehre und Weiterbildung, in die öffentliche und ökologische Infrastruktur usw. Von den Ausgabenkürzungen sind sozial Schwächere besonders betroffen. In der Summe ergibt unser Konzept trotz der deutlichen Steuersenkung durch den Tarifverlauf eine maßvolle Erhöhung des Steueraufkommens. Steuergerechtigkeit muss der zentrale Maßstab für die Verteilung der Steuerlasten sein. Der Anteil der Lohnsteuer an den gesamten Steuereinnahmen ist in den Jahren 1977 bis 2002 von 30 auf 35 Prozent gestiegen, derjenige der Gewinn- und Vermögenssteuern hat sich von 29 auf 14 Prozent halbiert. Der Anteil der Mehrwert- und Verbrauchsteuern stieg von 33 auf 44 Prozent. Das Konzept einer solidarischen Einfachsteuer von ver.di und attac führt dazu, dass Reiche und Superreiche, Bezieher hoher Einkommen und wirtschaftlich stabile Unternehmen wieder einen erheblich höheren Anteil an der Finanzierung öffentlicher Leistungen aufbringen. Erreicht wird dies insbesondere dadurch, dass die diversen steuerlichen Sondertatbestände für Besserverdienende – die Steuerschlupflöcher – beseitigt werden.

Steuervereinfachung und Abbau von Steuerergünstigungen führen nach diesem Vorschlag zu mehr Steuergerechtigkeit. Bei Friedrich Merz, Kirchhof und den Sachverständigen sind Steuervereinfachungen das Vehikel für eine weitere Mehrbelastung der Beschäftigten oder von Beschäftigtengruppen. Die Steuererfassung kann vereinfacht und damit transparent gestaltet werden. Die Erstellung der Einkommensteuererklärung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist so weit wie möglich zu vereinfachen. Sie erhalten auf einem stark vereinfachten Formular einen Entwurf für ihre Steuererklärung zugeschiedt.

Die Steuererfassung kann vereinfacht und damit transparent gestaltet werden. Die Erstellung der Einkommensteuererklärung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist so weit wie möglich zu vereinfachen. Sie erhalten auf einem stark vereinfachten Formular einen Entwurf für ihre Steuererklärung zugeschiedt.



Detlev v. Larcher

Ein wichtiger Schritt zur steuergerechten Vereinfachung ist die Reduzierung der bisher sieben Einkunftsarten, die teilweise steuerlich völlig unterschiedlich behandelt werden, auf vier Einkunftsarten. Gerade im Bereich der Unternehmensbesteuerung ist das Steuerrecht besonders kompliziert. Das Konzept der „Solidarischen Einfachsteuer“ nimmt daher auch besonders in diesem Bereich Vereinfachungen und die Streichung von Ausnahmetatbeständen vor. Für mehr Steuergerechtigkeit ist vor allem auch die Wiedereinführung der Vermögensteuer notwendig. Die Erbschaftsteuer muss reformiert und gestärkt werden. Bei der Vermögen- und der Erbschaftsteuer sind ausreichend hohe Freibeträge vorzusehen. Die öffentlichen Finanzen können allein durch diese Reformen um 20 Milliarden Euro gestärkt werden.

Gemeindewirtschaftsteuer:

Auf kommunaler Ebene fordern wir, die Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftsteuer weiter zu entwickeln. Dadurch wird das Band zwischen den Kommunen und ihren Wirtschaftsunternehmen gestärkt. Die Besteuerungsgrundlage ist der Steuerbilanzgewinn unter Hinzurechnung aller Zinsen aus Dauerschulden sowie des Finanzierungsanteils aller Mieten, Pachten und Leasingraten. Einbezogen werden alle Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit mit einem Freibetrag, der eine unsoziale Belastung von Selbstständigen mit niedrigem Einkommen ausschließt. Damit werden Steuermöglichkeiten verschlossen, und der Steuersatz kann sinken.

Eine Absage erteilen wir den Plänen, Kapitaleinkommen niedriger als Arbeitseinkommen zu belasten. Stattdessen soll die Steuerflucht von Unternehmen und vermögen-

den Privatpersonen durch eine Reihe von Maßnahmen konsequent bekämpft werden. Von besonderer Bedeutung ist die konsequente Verbesserung der Betriebsprüfungen. Hierfür muss zusätzliches Personal bereitgestellt werden.

Was nun mit dem Konzept passieren soll, kann mir gut vorstellen, dass sich DL 21 dieses Konzept zu Eigen macht. Es sollte von der Parteilinken in der innerparteilichen Diskussion um Haushaltslöcher und Steuervorschläge propagiert werden. Denn es vermag den Slogan aus vergangenen Steuerdebatten „Gerecht und einfach besteuern – Staatsfinanzen in Ordnung bringen“ tatsächlich einzulösen.

Einfach ist unsere Steuer, weil sie mit den Schlupflöchern im Unternehmens- und Kapitalbereich aufräumt, also dort, wo das geltende Einkommensteuerrecht tatsächlich kompliziert und auch für Fachleute kaum durchschaubar ist.

Unser Vorschlag beseitigt mit der Beschränkung auf vier Einkommensarten (bisher 7) und durch das Abschaffen der Ausnahmen und der Ausnahmen von den Ausnahmen viele undurchsichtige Steuergestaltungsmöglichkeiten.

Er schafft Transparenz und die gleichmäßige Besteuerung aller Einkünfte (synthetische Besteuerung) ganz nahe am Tarif.

Die Arbeitnehmer mit durchschnittlichem Arbeitseinkommen haben schon heute mit der Kompliziertheit des Steuerrechts kaum zu tun. Ihre Lohnsteuer wird vom Arbeitgeber abgeführt (Quellenbesteuerung). Unsere Vorschläge zur elektronischen Steuererklärung vereinfachen das Verfahren auch für diejenigen, die am Jahresende einen Steuerausgleich durchführen oder eine Einkommensteuererklärung abgeben wollen.

Solidarisch ist die von uns vorgeschlagene Steuer aus zwei Gründen: sie besteuert das Einkommen der Bürgerinnen und Bürger nach ihrem wirtschaftlichen Leistungsvermögen. Die stärkeren Schultern haben mehr zu tragen als die schwachen, weil sie ja mehr Kraft haben. So tritt der Starke auch im Steuerrecht für den Schwachen ein.

Solidarisch ist unsere Steuer aber auch deshalb, weil sie dafür sorgt, dass solidarische mit einander leben dadurch möglich bleibt, dass die öffentlichen Kassen das leisten können, was eine Gesellschaft zum Leben braucht: Bildung und Ausbildung, öffentliche Infrastruktur, Ver- und Entsorgung, Verkehr, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser, Kinderversorgung, Altenheime...

Unsere moderne Gesellschaft hat die Solidarität des Menschen mit dem Menschen im Laufe ihrer Entwicklung auf eine gesamtgesellschaftliche Basis gestellt. Die Verpflich-

tung bleibt: die aktive Generation muss für die noch nicht aktive und für die nicht mehr aktive sorgen. Viele Aufgaben, die früher Großfamilien oder Nachbarschaften übernahmen, hat sie den öffentlichen Händen übertragen. Und um die Erfüllung dieser Aufgaben finanziell abzusichern, bezahlen wir Steuern.

Der finanziell handlungsfähige Sozialstaat ist für die Schwachen lebensnotwendig. Diese historische Lehre wollen wir nicht vergessen. Neoliberale Ideologen haben zu diesem Gedanken keinen Zugang. Für sie ist jede und jeder für sich selbst und nur für sich selbst verantwortlich: alle gegen alle, das ist ihr Marktprinzip, das angeblich zum Wohlstand für alle führt. Der Mensch ist ein gesellschaftliches Wesen und nicht Einzelgänger. Deshalb müssen die öffentlichen Hände die notwendigen Mittel für ihre von den Bürgern geforderten Aufgaben bekommen. Das leistet unsere solidarische Einfachsteuer.

An der Erarbeitung des Konzepts haben mitgewirkt: Sven Giegold (Attac), Rudolf Hickel (Memo), Ralf Krämer (ver.di), Astrid Kraus (Attac), Detlev v. Larcher (Attac), Axel Troost (Memo), Achim Truger (WSI in der Hans-Böckler-Stiftung), Burkhard Winsemann. Das Konzept liegt auf www.forum-dl21.de zum download oder kann bei redaktion@spw.de angefordert werden.

Forum DL21

Gerecht weiter denken

Bausteine für eine Sozialdemokratie der nächsten Generation

Von Niels Annen und Björn Böhning

Der Juso-Verband hat ein neues Gesicht bekommen. Nach einem schwierigen Konsolidierungsprozess der Jusos sehen wir heute eine verjüngte Basis, die neue Ansprüche an politische Gestaltung und Organisation hat. Gleichzeitig waren die Hälfte aller Neueintritte im letzten Jahr junge Genossinnen und Genossen. Die Aufgabe der Jusos in der kommenden Zeit wird es sein, dieses Potenzial aufzunehmen und sich mit ihnen über politische Orientierungen zu unterhalten.

Die Jusos wieder zu einem festen Bestandteil der Sozialdemokratie der nächsten Generation zu machen – so lautete eine der wichtigsten innerverbandlichen Forderungen in

den 90ern und den Folgejahren. Heute müssen wir uns aber fragen lassen, ob es gelungen ist, dem Generationenaufbau auch eine Richtung zu verleihen. Franz Walter stellt treffend fest: „In früheren Jahrzehnten waren sich die Sozialdemokraten ihres gesellschaftlichen Ortes, ihrer sozialen Ursprünge und materiellen Interessen sicher.“ (Walter, 2004: 554) Doch welchen politischen Wert hat ein Generationenaufbau, wenn mit ihm keine konsistente programmatische Erneuerung einhergeht, wenn also in der Sozialdemokratie der nächsten Generation „Gewissheit und Übereinstimmung von Ort, Subjekt und Ziel [...] nicht mehr [existiert]“? Wir sind uns sicher, dass es gerade die Jusos sind, denen diese



Niels Annen

Orientierungsleistung auch gegenüber der Partei gelingen muss. Dies stellt aber natürlich auch Anforderungen an die Diskussionen innerhalb des Verbandes und die Einbringung von fortschrittlichen Inhalten in die Partei – auch innerhalb der Programmdebatte.

Dass die Situation der SPD in Umfragen ernüchternd ist, ist mittlerweile zum Alltagsdenken geworden. Aus dieser Situation speist sich derzeit ein gehöriger Teil der weit herrschenden Perspektiv- und Mutlosigkeit vieler Genossinnen und Genossen. Die Politik des vergangenen Jahres hat der Partei in der Tat einen entscheidenden Stoß zur „Ver-

Niels Annen (31) ist Juso-Bundesvorsitzender und lebt in Hamburg. Björn Böhning (25) ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin. Annen wird beim Bundeskongress der Jusos Mitte Juni sein Amt niederlegen. Björn Böhning kandidiert in München für seine Nachfolge.

abschiedung vom Proletariat" versetzt. Dies wiegt zum Einen umso schlimmer, weil die Agenda-Sachzwanglogik eine Debatte um konsistente Reformalternative verhindert hat. Zum Anderen kann es der SPD kaum gelingen, jenseits der starken Bastion der Arbeitnehmermilieus ein äquivalentes Wählerreservoir aufzubauen.

Im Windschatten der sozialdemokratischen Lethargie schafft es die Union – von der Öffentlichkeit fast unbemerkt – marktradikale Positionen in ihre Programmatik aufzunehmen – von der Kopfpauschale bis zum Steuereumping. Es wird die SPD sein müssen, die darauf in Zukunft und auch in den laufenden Wahlkämpfen verstärkt hinweist. Ein Fahrplan für Gerechtigkeit denken. Das reicht aber sicherlich nicht. Was die SPD braucht, ist eine neue politische Orientierung, niedergelegt in einer sozialdemokratischen „roadmap“, in der sich auf die polarisierenden Botschaften für die entscheidende Auseinandersetzung im Jahre 2006 verständigt wird. Überlegungen aber, die auf eine solche Mittelfristigkeit ausgerichtet wären, gehen im Politikkleinbetrieb rot-grüner Regierungspolitik völlig unter. Stattdessen überwiegen die kurzfristigen Schlachten um die schönste Überschrift – und zwar ohne nachhaltige Perspektive. Will die SPD sich aber nicht in dieser Medienmaschinerie verheddern, muss sie jetzt die Grundlagen für die zukünftigen Auseinandersetzungen legen. Heute müssen die programmatischen Weichenstellungen gelegt werden, damit spätestens Ende 2005 die Partei aufgestellt sein kann. Dies bedarf eine mittelfristigen Kampagnenplanung. Das ist umso mehr bedeutender, wenn man sich die Wahltermine für dieses und nächstes Jahr vergegenwärtigt: Allein 2004 noch 13 Wahlen und Wahlkämpfe – im Jahr 2005 dann die richtungsweisenden Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Diese Etappen werden ein großes Maß innerparteilicher Organisationskraft binden. Und will die SPD am Ende des Jahres 2005 nicht nur sinnentleert wie jetzt, sondern auch nicht organisationspolitisch aufgezehrt da stehen, sollte die neue Parteiführung jetzt handeln. Und das bedeutet, wir müssen innerparteilich über die Botschaften und Inhalte der Kampagnen streiten. Das Zeitfenster dafür ist eng, aber noch ist es offen.

Eine solche Orientierung bedeutet aber auch, dass die Linke jetzt nicht anfängt, die Diskussionen des letzten Jahres zu wiederholen. Das führt politisch in eine Sackgasse. Ob es uns gefällt oder nicht, die Maßnahmen der Agenda 2010 wurden von der Partei beschlossen und sind – mit den Stimmen der Union – Gesetz. Die strategische Aufgabe der Linken insgesamt wäre daher nicht, Argumente für die eigene Schwäche in den verlorenen Kämpfen des letzten Jahres zu reproduzieren. Vielmehr käme es darauf an, das derzeit gesellschaftlich offene Klima für

Fragen der Gerechtigkeit als Chance zu begreifen, programmatische Impulse für eine Sozialdemokratie der nächsten Generation in Partei und Bevölkerung zu verankern.

Ein Baustein sind dafür die Maßnahmen, die die Linke bereits innerparteilich durchgesetzt hat. Da ist zum einen die Frage der Zukunfts- und Ausbildungschancen junger Menschen. Auch wenn das Berufsausbildungssicherungsgesetz mit vielen Ausnahmen versehen, so hat die SPD doch deutlich gemacht, dass unter ihrer Verantwortung kein Jugendlicher von der Schule in die Arbeitslosigkeit fallen darf. Das war eine wichtige Weichenstellung zu mehr Glaubwürdigkeit und darauf kann aufgebaut werden. Die zweite wichtige Richtungsbestimmung war die Entscheidung für eine solidarische Bürgerversicherung innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung. Mit einem geschlossenen sozialdemokratischen Konzept die Bürgerversicherung in Stellung gegen die Kopfpauschalen von Union und FDP zu bringen, wird die Aufgabe der kommenden Monate sein.

Die Jusos im Mittelpunkt solidarischer Generationendiskurse

Der Juso-Verband steht im Prinzip vor ganz ähnlichen Aufgaben wie die Partei. Auch wir Jusos müssen uns neu vergegenwärtigen, welche Kampagnenthemen wir zukünftig in die junge Generation tragen wollen. Spätestens nachdem die Umlage Gesetz ist, stellen auch wir fest, dass neue programmatische Impulse innerhalb des Verbandes notwendig sind. Deshalb wird es im Rahmen der Kampagne „Gerecht weiter denken.“ gerade darauf ankommen, neue kampagnenartig zugeschnittene und im Alltag junger Menschen verankerte Themen auf die Agenda des Verbandes zu heben. Der Konsolidierungsprozess, den wir Jusos die vergangenen Jahre gemeinsam gestemmt haben, wird dafür die notwendige Grundlage bilden können.

Warum aber sollten die Jusos in diesem gemeinsamen Prozess von Partei und Verband nicht eine Vorreiterrolle einnehmen? Gerade die jungen SozialistInnen in der Partei könnten zeigen, dass sie nicht nur aktionspolitisch gut aufgestellt sind. Viel nachhaltiger wäre es – gerade auch aus Sicht eines inhaltlichen sozialdemokratischen Generationenaufbaus – heute programmatische Pflöcke innerhalb der SPD und der Regierung einzuschlagen. Dazu wird erstens eine bündnispolitische Jugendorientierung – Stichwort „Arbeiterjugendbewegung heute“ – unerlässlich sein. Zweitens müssen sich die Jusos aber auch neuen Themen öffnen und gemeinsam diskutieren.

Ein Ansatzpunkt dafür ist die Frage des Lebensbegleitenden Lernens. Wenn es richtig ist, dass der demografische Wandel, aber auch die Qualifikationsentwicklung immer höhere Ansprüche an die Gestaltung der Erwerbsarbeit stellen, muss eine nachhalti-



Björn Böhring

ge sozialistische Politik genau darauf reagieren. Dafür könnte man die Thematik fortschrittlicher Sozialstaatlichkeit sinnvoll mit dem Megathema Bildungspolitik verbinden. Die Finanzierung und Organisation von Weiterbildung sozialstaatlich zu flankieren wird zur Zukunftsfrage moderner Gesellschaften. Angelehnt an Erfahrungen aus Frankreich werden die Jusos deshalb Fondsmodelle vorschlagen, von denen gerade diejenigen profitieren, die nicht die Möglichkeit haben, an Weiterbildung zu partizipieren. Klar ist aber auch, dass dafür die SPD den Mut aufbringen muss, die Unternehmen an der Finanzierung von Weiterbildung adäquat zu beteiligen – im gesellschaftlichen wie ökonomischen Interesse.

Dies ist sicher nur ein Thema, das auch kampagnenartig gegen die Wirtschaftsinteressen von Union und FDP gewendet werden kann. Weitere Themen müssten folgen. Dabei darf es aber nicht bleiben: Noch in dieser rot-grünen Legislaturperiode müssen politische Weichenstellungen sowohl für die Umsetzung der solidarischen Bürgerversicherung als auch die Reform des Lebensbegleitenden Lernens gelegt werden. Nur dann können diese Themen auch glaubwürdig in die Bevölkerung hinein wirken. Die Jusos werden ihren Beitrag dafür leisten müssen. Es ist und bleibt notwendig, sich in einem gemeinsamen Prozess auf diese Kampagnenthemen zu verständigen. Dabei darf es jedoch nicht bleiben: Im Hinblick auf 2005 und 2006 müssen die Jusos diese solidarischen Themen in Partei, Bewegung und junger Generation verankern. Eine solcher Prozess programmatischer Erneuerung muss ein entscheidender Beitrag zur Überwindung der „diffusen Mittigkeit“ (Walter) innerhalb der Partei leisten – im Interesse einer solidarischen Gesellschaft heute wie morgen.

Forum DL21

Literatur

Walter, Franz (2004): Jenseits der SPD. Die Sozialdemokratie nach Schröder. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/ 2004, 553-560

Hoffnungsschimmer am Horizont?

Kongress „Es geht auch anders! Perspektiven für eine andere Politik“, 14.-16. Mai 2004

Von Edgar Göll

Allen Anschein nach ist es wieder so weit: die Verhältnisse und die daraus resultierenden Perspektiven sind derart schlecht, dass nicht mehr nur punktueller Protest sich zeigt, sondern wichtige Betroffenengruppen immer häufiger zusammenarbeiten: sei es beim Europäischen Aktionstag gegen Sozialkassenschlag Anfang April 2004 mit einer halben Million TeilnehmerInnen in Deutschland oder nun auch bei dem daran anknüpfenden „Perspektivenkongress“ Mitte Mai in Berlin.

Die Zahlen über den Kongress sind beeindruckend: 83 Träger- und Unterstützerorganisationen haben ihn unterstützt; es gab 125 Angebote im Programm, hauptsächlich Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen (aber auch Kabarett, Theater, Performance, Lesungen, Film und Ausstellungen); 250 ReferentInnen und ModeratorInnen bearbeiteten 14 Themenfelder („Programmachsen“) und es nahmen fast 2.000 Menschen teil – viel mehr, als erwartet. Das Spektrum war und ist sehr breit, umfasst alle Altersstufen und umspannt wichtige Gewerkschaften, Attac, zahlreiche soziale Verbände und Vereinigungen, Kirchen, NGOs, Wissenschaften, StudentInnen und dies wurde in vielen Redebeiträgen hervorgehoben: „Die Mischung war noch nie so gut wie heute!“ (Margit Köppen, IG Metall) Dass der katholische Sozialethiker Prof. Friedhelm Hengsbach in seinem Eröffnungsvortrag daher von einem „Hoffnungsschimmer am Horizont“ sprach, war treffend.

Eine derart positive Einschätzung wurde aber noch durch qualitative Phänomene unterstützt: eine sehr konstruktive Diskussionskultur, die hellwache und engagierte Teilnahme der Anwesenden, die nach Kursveränderung gierende Stimmung („es schreit förmlich danach, dass es nicht so weitergehen kann!“) und das zum Ausdruck kommende Selbstbewusstsein, und – für linke Veranstaltungen geradezu herzerfrischend: Witz und Lachen war häufig zu hören (was nicht nur an dem Logo des Kongresses, einem „Smiley“ lag)! Leider waren die Moderationen insb. der Plenen etwas bieder und nur unzureichend in der Lage, die Dynamik positiv zu gestalten.

Deutlich war der immense Bedarf an Artikulation der Empörung über die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen, der Umverteilung von Unten nach Oben, die Kurzsichtigkeit und Einseitigkeit der Politik, deren Ignoranz gegenüber Zukunftsfähigkeit. Allerdings waren auch einige Wortmeldungen selbst durchsetzt mit neoliberalen Jargon und modisch-verklärten Ideologiestücken („schwächeln“, Wettbewerbsfähigkeit etc.), was wiederum thematisiert wurde und einen Aspekt der „Selbstaufklärung“ darstellt, der innerhalb des Kongresses betrieben wurde. Ansatzpunkte wurden in der Kritik der Politischen Ökonomie und anderen fortschrittlichen und emanzipatorischen Traditionen (paritätische Mitbestimmung!) gesehen, die allerdings nicht unreflektiert und unmittelbar eingespeist wurden. Defizite gab es hinsichtlich der systematischen Berücksichtigung der globalen Wechselwirkungen und der Frauen- und Genderthematik, oder auch bzgl. der Friedensfrage und den Lebenslagen Behinderter. Aber eine Gesamtschau, eine Bündelung und eine Prioritätensetzung wird wohl erst im Laufe des angestrebten Kommunikations- und Vernetzungsprozesses erfolgen können. Hierfür werden wohl auch die 12 Thesen des Politikwissenschaftlers Roland Roth hilfreich sein, der Gemeinsamkeiten und Kontroversen prägnant zusammenfasste.

Häufig wurde hervorgehoben, dass gerade die Vielfalt die große Stärke dieser Bewegungen und dieses Bündnisses sei. In diesem Zusammenhang war sehr positiv, dass bisherige Erfahrungen der Linken explizit berücksichtigt wurden und der Wille zu praktischen und pragmatischen – wenngleich theoretisch fundierten – Konzepten und Maßnahmen überall spürbar war nach dem Motto: es muss dringend etwas passieren, so darf es nicht weiter gehen! An manchen Stellen wurden die Vorhaben angesprochen, angesichts der defensiv-anpasslerischen Rechtsentwicklungen in SPD, Grünen und der PDS womöglich eine neue parlamentarisch orientierte Organisation aufzubauen, doch die Skepsis

gegenüber einer erneuten Parteigründung war deutlich: zum Einen sei keine hinreichend starke soziale Bewegung existent und es gebe keine Gewähr, dass nicht auch eine neue Partei in den Zwängen parlamentarischer Politik versanden würde. Die ganze Veranstaltung erinnerte sehr an die gute alte VolksUni, die als Lernfest die Linke seit Jahrzehnten konstruktiv und instruktiv begleitet (und auch an Pfingsten wieder, wenngleich in nur abgespeckter Form durchgeführt wird).

Inhaltliche Zuspitzungen kristallisierten sich heraus: statt die sozialen Sicherungssysteme abzubauen und zu privatisieren, sollten sie zu einer umfassenden Bürgerversicherung für alle Menschen und Einkunftsarten ausgeweitet werden. Auf große Zustimmung stieß auch das Konzept einer „Solidarischen Einfachsteuer“ von Ver.di und Attac, das kleine und mittlere Einkommen entlastet, während Steuerflucht bekämpft wird. Den aktuellen Bestrebungen, die Arbeitszeiten zu verlängern, setzte der Kongress die Forderung nach Umverteilung und Verkürzung der Arbeitszeiten entgegen. Auf breite Ablehnung stießen die Hartz-Gesetze, die für Millionen Menschen auch jeden noch so schlechten Job für zumutbar erklären oder sie in die Armut treiben. Gefordert wurden stattdessen existenzsichernde Löhne, auskömmliche Renten und eine Grundsicherung für alle. In den Kleinveranstaltungen wurden darüber hinaus auch noch weitere einzelne Forderungen oder Ideen vorgestellt: so z.B. die Durchführung von „Arbeitnehmerbegehrens“ in den Betrieben (Jürgen Peters), den Aufbau eines „Weltfernsehsenders“ (Daniela Dahn), Förderung von Genossenschaften und anderen konkreten alternativen Möglichkeiten von Leben und Arbeit.

Als am Ende der erfolgreichen Veranstaltung einer der Hauptinitiatoren, der Ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, skizzierte, was derzeit die Schrödersche Regierung an Sozialabbau betreibt, was die CDU durchsetzen möchte, was die FDP durchdrücken möchte, was die Unternehmerverbände an extremem Sozialabbau im Köcher haben – spätestens da wurde deutlich, wie notwendig ein breites Bündnis in der nächsten Zeit sein wird. Und so ist die Hoffnung durchaus konkret, dass derzeit ein Aufbruch in Bewegung gesetzt ist, der wirksam werden könnte. Ein positives Signal war denn auch, dass Bsirske einen Stuhl zum Podium holte und einem Vertreter der Erwerbsloseninitiativen zum Platznehmen anbot, der zuvor mit Anderen deutlich kritisiert hatte, nicht mit am Podium sitzen zu können: „Es geht auch anders!“ Nun sieht es danach aus, als würde es bald auch in Deutschland ein Sozialforum geben und Ziel ist, die Bündnisarbeit auf lokaler und regionaler Ebene auszubauen und die alternativen Ansätze wirksam werden zu lassen.



Die Aufstellung der Sozialdemokratie in den Städten war und ist Gegenstand zahlreicher Debatten. Doch selten war bislang die Frage, wie sich Kommunalpolitik in einen gesamtstrategischen Rahmen der SPD einzuordnen hat und wie die unterschiedlichen Ebenen miteinander kommunizieren. Ulrich Maly, Christian Ude oder Bärbel Dieckmann stehen für erfolgreich bestandenen Oberbürgermeisterwahlen trotz schwieriger Rahmenbedingungen. Im Trend gibt es jedoch in vielen einstigen Stammquartieren für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der SPD derzeit nicht viel zu holen. Frankfurt ist seit Jahren fest mit einer CDU-Oberbürgermeisterin ausgestattet. In Hamburg erhielt erst jüngst eine absolute CDU-Mehrheit. Selbst im einstmaligen roten Ruhrgebiet hat die CDU mittlerweile ihre Stellung ausbauen können: Essen und Gelsenkirchen haben CDU-Oberbürgermeister bekommen und gibt es in ganz Nordrhein-Westfalen nur noch zwei sozialdemokratische Landräte.

Trend zur Suburbanisierung

Die politische Entwicklung in den Städten und das stabile konservative Wählermilieu sind wohl vor allem auf die soziale Entwicklung zurückzuführen, die weder strategisch noch organisationspolitisch ausreichend aufgegriffen worden sind. Offensichtlich entwickeln sich die städtischen Milieus immer kontrastreicher auseinander. Galt in der Zeit der industriellen Blüte die Zugehörigkeit zur Stadt noch als modern und eher wohlstandsbringend, da hier die damals modernen Betriebe des Industriesektors vertreten waren, während auf dem Land die Landwirtschaft und das Kleingewerbe dominierten, so ändert sich heute das Bild. Je nachdem, ob ein Mensch auf dem Land oder in der Stadt lebte, veränderten sich auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und individuellen Lebensumstände. Auch heute noch ist der räumliche Einfluss auf die Ausbildung und Charakteristika von Milieus nicht zu vernachlässigen. Allerdings haben sich die Rahmenbedingungen verändert.

Seit den 70er Jahren ist zu beobachten, dass sich die Bevölkerungszahlen in den Großstädten zum Teil drastisch zurückentwickeln. Dieser Trend wird überlagert von der Zunahme der ausländischen Bevölkerung in den Städten. Das führt dazu, dass sich die mobilen Mittelschichten, insbesondere mit Kindern, heute häufiger im Umland der Städte finden als in den Städten selbst. Durch diese Suburbanisierung haben sich Lebenslagen und -formen, mithin gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten, umverteilt. Familien in den Städten, insbesondere mit Migrationshintergrund, sind häufig in den sogenannten Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf konzentriert. Die Folgen lassen sich im europäischen Ausland gut beobachten: verfestigte Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung führen oft zur Erosion traditioneller Solidargemeinschaften in der Stadt.

Hier wird ein Mangel kommunaler Politik deutlich, die sich in den vergangenen Jahren trotz bestehender Tendenzen auf ein Auslaufmodell der Stadt verlassen hat: die traditionelle Kleinfamilie. Anders als auf anderen politischen Ebenen, wo es abstrakt um das Verhältnis von Beitragszahlern in die Sozialversicherungen und Leistungsempfänger geht, muss sich kommu-

nale Politik konkret mit den sozialen Verhältnissen beschäftigen und pragmatische Lösungen entwickeln. Es geht um die konkrete Gestaltung von Lebensverhältnissen, um die Organisation von Pflege und Betreuung, um die Integration von Einwanderern etc. Hier hat kommunale Politik in der Vergangenheit vielleicht zu wenig auf die reale Entwicklung städtischer Milieus und die neuen Formen sozialer Ungleichheit geschaut. Während sich unter der Oberfläche in den Städten bereits massive Erosion der sozialen Verhältnisse und eine neue Qualität sozialer Ungleichheit bemerkbar gemacht hat, hat man sich im kommunalen Raum zu oft noch auf eine standardisierte Vorstellung von sozialer Konstitution in der Stadt konzentriert. Diese Politik wird nun von der sozialen Wirklichkeit eingeholt.

Kommunalpolitik braucht Arbeit und Wachstum

Gleichzeitig treffen in den Städten Problemlagen aufeinander, auf die die Sozialdemokratie bislang nur unzureichende Antworten oder Ansätze liefern konnte. Diese sollen hier nur stichwortartig genannt werden, da sie in den Artikeln dieses spw-Heftschwerpunktes noch eine größere Rolle spielen werden. Der Strukturwandel von Arbeit und Wirtschaft mit seinen sozialen Auswirkungen stellt für die Kommunen eine immer noch dominante Aufgabe dar. Er forciert weitere Brüche in der Stadtentwicklung. Konkret wirkt sich das derzeit vor allem in der finanziellen Ausstattung der Kommunen aus. Einbrechende Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Sozialausgaben reduzieren das kommunale Aufgabenspektrum immer weiter auf die gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtaufgaben. Spielräume zur zukunftsfähigen Gestaltung der Städte ergeben sich kaum noch. Der massive Arbeitsplatzabbau vor allem in den industriellen Kernen verschärft zudem immer weiter die vorhandene soziale Spaltung in den Städten und zwischen den Regionen. Gleichzeitig hat das aber auch unter dem massiven Handlungsdruck zur Kostenreduzierung in den Kommunen zu einer sehr flexiblen und innovativen Arbeitsmarkt- und Weiterbildungspolitik geführt. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und – derzeit immer wichtiger – die Pflege des Bestands ist für die Städte nicht nur Gestaltungsaufgabe, sondern auch eine Frage die den Raum für weitere politische Gestaltung der Stadtentwicklung klar determiniert. Und gerade hier müssen sie sich auf Bundes- und Landespolitik verlassen, da den Kommunen nur wenige wirkungsvolle Instrumente in diesem Politikfeld zur Verfügung stehen.

Demografischer Wandel betrifft auch die Kommunen

Eine oft diskutierte und dennoch kaum gelöste politische Herausforderung für den kommunalen Raum stellen die Auswirkungen des demographischen Wandels dar. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat in der Beantwortung einer großen Anfrage zum Thema „Wohnen im Alter“ ermittelt:

- Bis zum Jahr 2040 wird die Bevölkerungszahl auf das Niveau von 1980 sinken.
 - Einwohnerverlusten in den kreisfreien Städten stehen Einwohnergewinne in den Kreisen gegenüber, d.h. bei insgesamt abnehmender Einwohnerzahl wirken sich die Einwohnerverluste in den Großstädten stärker aus.
 - Die Altersgruppe der über 60jährigen nimmt im Umfang weiter zu: waren es 1980 noch 18,5 % an der Gesamtbevölkerung und 2000 23,3 %, so wird 2040 in NRW mit 26,6 % gerechnet. Unterstellt man hier, dass insbesondere ältere Menschen weniger mobil sind, so stellt sich die Auswirkung dieses Problems in den Städten deutlich ausgeprägter dar. Neben der Zunahme des Bedarfs an entsprechenden Betreuungs- und Pflegeplätzen stellt die Antwort der NRW-Landesregierung fest: „Der anhaltende Alterungsprozess der Bevölkerung hat erhebliche Auswirkungen auf die örtliche Infrastruktur und auf die regionalen Wohnungsmärkte. Senioren sind keine homogene gesellschaftliche Gruppe, auch sie unterliegen der Pluralisierung von Lebensstilen. Insbesondere allein lebende Senioren, die auf Unterstützung bzw. Hilfe angewiesen sind, stellen besondere Anforderungen an ihre Wohnung und ihr Wohnumfeld.“ (Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 13/5406 vom 5.5.2004)
- Neben diesen hart spürbaren Auswirkungen ist die Frage, wie sich die zunehmende Alterung (insbesondere in den Städten) auf das gesellschaftliche Leben und die kommunalen Entwicklungsschwerpunkte auswirkt, bislang kaum diskutiert.

Bevölkerungswanderung zwischen Ballungszentren und -rand

Immer mehr Bedeutung gewinnen die Auswirkungen der Bevölkerungswanderung zwischen den Regionen. Hier geht es nicht nur um die Austauschbeziehungen von Ballungszentrum und Ballungsrand, sondern zunehmend um die Auseinanderentwicklung von Regionen in Deutschland und die deutliche Identifikation von Problemfeldern. Das Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung hat kürzlich soziodemographische und ökonomische Kenndaten ausgewertet und Gewinner- und Verliererregionen in Deutschland identifiziert (Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 13/5406 vom 5.5.2004).

Sämtliche Kreise mit den besten Gesamtnoten liegen um die Ballungsräume München, Erlangen, Stuttgart und Heilbronn herum. Die fünf schlechtesten Ergebnisse stehen stellvertretend für die meisten industriellen Krisenregionen: die Braunkohle-Region im sog. Altenburger Land, Bremerhaven, Wismar, Gelsenkirchen und Löbau-Zittau. Interessant ist überdies, dass hier demographische und ökonomische Daten mit den Analysen von Bildungsmöglichkeiten korrelieren. (Passend dazu eine aktuelle Studie zur Bildungsbeteiligung im Ruhrgebiet, die „zähflüssigen Bildungsverkehr rund um die A 42“ diagnostiziert – www.iatge.de.)

Für die Kommunen entwickelt sich hier ein Kreislauf, der aus eigener Kraft kaum noch zu stoppen ist: weniger Menschen in einer Region bedeuten weniger Nachfrage, Schließung von Betrieben und somit sinkende Steuereinnahmen. Kommunale Selbstverwaltung ist dort dann aufgrund der knapper werdenden Mittel bei immer größer werdender Herausforderung kaum noch in der Lage gegenzusteuern, geschweige denn zur Erhöhung der Lebensqualität beizutragen. Die Folge: weiterer Wegzug. Insbesondere in einigen ostdeutschen Mittelstädten kann die Auswirkung dieser Entwicklung bereits jetzt beobachtet werden: wer andere Zukunftsperspektiven schaffen kann, verlässt Hoyerswerda oder Eisenhüttenstadt, um in den Ballungsräumen Arbeit und eine höhere Lebensqualität zu finden.

Es ist frappierend und symptomatisch zugleich, dass Bundes- und zunehmend auch Landespolitik insbesondere in den hier aufgezeigten Problembereichen Strukturwandel von Arbeit und Wirtschaft, demographischer Wandel und Bevölkerungswanderung kaum Orientierung bieten können. Die Vermutung liegt nahe, dass insbesondere die reale soziale und sozioökonomische Entwicklung und das politische Handeln in Wahrheit immer weiter auseinander laufen, statt miteinander in Beziehung zu stehen. Der zunehmend auf Kurzfristigkeit angelegte Aktionismus beruht nur selten auf einer fundierten Analyse der „Lage der Nation“.

Politische Entfremdung zwischen Bund, Land und Kommune

Möglicherweise ist das auch eine Ursache der zunehmenden Sprachlosigkeit zwischen den politischen Ebenen oder doch zumindest zwischen professioneller und ehrenamtlicher Politik. Am deutlichsten kommt diese derzeit in der Umsetzung der Hartz IV-Gesetze zum Ausdruck. Offensichtlich schlicht durch einen Rechenfehler während nächtlicher Verhandlungsrunden ausgelöst, kommt es dabei statt der versprochenen Entlastung der kommunalen Haushalte zu einer Belastung in erheblicher Größenordnung. Natürlich wird die-

ser Fehler (hoffentlich) durch die Bundesregierung behoben werden. Aber an dieser Debatte zeigt sich derzeit doch recht deutlich, dass es an der kommunalpolitischen Basis der Sozialdemokratie zunehmend Unverständnis über das Handeln der politisch verantwortlichen Ebenen gibt. Wurde Unverständnis bislang eher durch „Runterschlucken“ oder Ignorieren zum Ausdruck gebracht (oder auch nicht), so formiert sich lauter Protest in Gremiensitzungen, der durch Druck der kommunalen Spitzenverbände überparteilich unterstützt wird. Das ist wenig verheißungsvoll für das Gesamtklima in der Partei und vor allem für das gemeinsame Projekt der gesamten SPD. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat hier mit einer eigenen Zwangsmaßnahme die Notbremse gezogen. Mit den Stimmen aller Fraktionen verankert man das Konnexitätsprinzip, was so viel bedeutet wie: wer ein politisches Projekt bestellt, muss auch bezahlen. Bei allen zusätzlichen Aufgaben für die Kommunen muss die Finanzierung mitgeliefert werden. Ein sehr lobenswerter Ansatz, wenn man sich auch fragt: wie ist das denn vorher gelaufen? Und warum?

Die SPD in Stadt und Land...

Nun ist der Problemdruck in den aufgezeigten Problembereichen in den Kommunen sicher enorm. Allerdings darf man wohl nicht dem Missverständnis unterliegen, hier trüfe man auch auf die größte gesellschaftliche Verankerung der Sozialdemokratie. Die soziale Entwicklung und die organisationspolitische Aufstellung der Partei vor Ort sind nicht unbedingt deckungsgleich. Lange bekannt ist zum Beispiel, dass das Territorialprinzip einer wandernden und mobilen Gesellschaft nicht mehr gänzlich genügen kann. Auf dem täglichen Weg zur Arbeit durchqueren die Menschen nicht sel-

ten 30 oder mehr Ortsvereinsgrenzen und verbringen mehr Zeit in anderen Städten als ihren Wohnbezirken. Sicher bleibt das Territorialprinzip auch zukünftig wichtig und dominant, aber an seine Seite müssen weitere Beteiligungsformen gestellt werden. Zudem kommt es immer mehr auf die regionale Wiedererkennbarkeit der SPD an. Wer morgens in Coesfeld ins Auto oder den Zug steigt, der soll in Essen an seinem Arbeitsplatz nicht den Eindruck haben, es handele sich um zwei unterschiedliche Parteien. Das betrifft Gestaltungsfragen genauso wie die Einigung auf bestimmte Botschaften, da die Menschen an ihrem Arbeitsplatz oder in der Stadt, in der ihr Arbeitsplatz liegt, häufig genau so viel oder mehr politische Botschaften aufgreifen, als in ihrem Heimatort.

Genauso wichtig ist, dass eine alte kommunalpolitische Stärke mit neuem Leben gefüllt wird: die Verankerung in Vereinen und Verbänden, dem Vorfeld. Die Sozialdemokratie kann sich immer weniger auf ein zudem immer kleiner werdendes klassisches sozialdemokratisches Vorfeld aus AWO, Falken, ASB, Naturfreunden usw. beziehen. Sie muss, ohne Bewährtes grundlos aufzugeben, die Augen auf haben für neue Entwicklungen und Zielgruppen. Das bedeutet gerade, dass eine gründliche Analyse der sozialen Entwicklungen permanent notwendig ist. Plakatativ formuliert ist es doch häufig immer noch so, dass im Ruhrgebiet die Orientierung auf den bergmännischen Traditionsverein immer noch höher ist als auf den Existenzgründer, der seit einiger Zeit auf der ehemaligen Zeche tätig und ebenso interessiert an sozialdemokratischen Perspektiven ist. Neue Organisationsformen von der Elterninitiative bis hin zu globalisierungskritischen Diskussionszusammenhang finden in der SPD vor Ort noch zu selten statt.

Parteilpolitik, übrigens nicht nur in der SPD, bildet einen immer kleiner werdenden Ausschnitt aus Gesellschaft ab. Anspruch einer Partei mit Mehrheitsanspruch muss es hingegen sein, möglichst weit in den gesellschaftlichen Milieus verankert zu sein und möglichst viele neue und alte Meinungsführer an sich zu binden. Zweifellos wird in dieser zunehmend erodierenden Verankerung ein absehbarer Mangel kommunaler Politik deutlich. Aber nicht nur. Denn hier entsteht für die Partei ein Defizit nicht nur im Hinblick auf die Wahlchancen, sondern auch hinsichtlich der Rekrutierungsmechanismen für Funktionärs- und Abgeordnetentätigkeit. Abhilfe deutet sich nur in der Schaffung und Evaluierung von weiteren Beteiligungsformen in der Sozialdemokratie und ihrem Umfeld sowie einer möglichst weiten Dialogorientierung an. Dialog meint nicht, sich der politischen Beliebigkeit preiszugeben, sondern ein politisch profiliertes Dialogangebot an vorhandene Interessensgruppen in der Kommune zu machen, so die eigenen politischen Vorstellungen zu überprüfen und schlicht Mehrheiten für politische Projekte zu gewinnen. Das knüpft natürlich an die politische Strategie an. Nur auf der Grundlage einer die bestimmenden Tendenzen der Stadtentwicklung aufnehmenden politischen Strategie können auch sinnvolle und passgenaue Beteiligungsangebote gemacht werden. Organisationspolitik, Analyse und politische Strategie sind untrennbar miteinander verbunden!

Wie geht's weiter? In diesem Jahr stehen in mehreren Bundesländern Kommunalwahlen an. Unserer Auffassung nach wird die kommunale Sichtweise stärker auch in die Entwicklung der gesamtpolitischen Strategie der Sozialdemokratie Eingang finden müssen. Das mag nicht jeden oder jede in den Szene-Netzwerken der Berliner Schickeria per se überzeugen. Aber gerade von der Kommunalwahl am 26. September 2004 in Nordrhein-Westfalen wird eine Signalwirkung für die im Mai 2005 dort anstehende Landtagswahl und letztlich auch für die Bundestagswahl 2006 ausgehen. Bis dahin muss es gelingen, die Sichtweisen und Handlungsansätze auf den verschiedenen Ebenen stärker zusammenzuführen; die Berliner Sicht mit ihrer wichtigen Anbindung an wissenschaftliche und kulturelle Netzwerke, wie auch die vor Ort, wo sich die Großtendenzen im politischen Handeln nicht nur abstrakt, sondern meist ganz konkret in politischen Projekten und Lösungsansätze auswirken. Einen Ansatz dazu bietet, wie Ernst Wolowicz in seinem Artikel in dieser spw richtig auffächert, die Hartz IV-Debatte wie auch die Diskussion um das Grundsatzprogramm der SPD. Hier geht es eben auch ganz konkret um die Frage, was wir kommunaler Politik zutrauen und was sie uns wert ist.



Tragen Public Private Partnerships zur Lösung politischer Probleme bei?

Von Karsten Schneider

Der Begriff Public Private Partnership (PPP) ist schillernd. Immer häufiger wird fast jede Form der Kooperation von öffentlicher Hand und Privaten als Public Private Partnership betrachtet. Das solle beispielsweise auf die Kooperation von öffentlichen Schulen und Unternehmen zutreffen, wenn sie sich bemühen, Auszubildende einerseits Einblick in betrieblichen Alltag zu vermitteln und andererseits den Unternehmen bei der Auswahl von Auszubildenden zu helfen. Wenn eine so weite Definition von Public Private Partnership gewählt wird, stellt sich die Frage, ob nicht bereits die Lernortkooperation von Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben eine PPP ist.

Auch ist aus der politikwissenschaftlichen Verwaltungsforschung bereits seit den siebziger Jahren bekannt, dass staatliches Handeln umso eher erfolgreich sein kann, je stärker der Adressat der Maßnahmen mit der öffentlichen Hand kooperiert. Da staatliches Handeln angesichts einer komplexer werden gesellschaftlichen Wirklichkeit immer mehr gezwungen ist, von einem vor allem hierarchisch geprägten Rollenverständnis Abstand zu nehmen, wäre beinahe alles Handeln der öffentlichen Hand eine öffentlich-private „Partnerschaft“. Gegenstand dieses Beitrages soll zum einen eine Unterscheidung der wichtigsten Formen öffentlich-privater „Partnerschaften“ sein. Außerdem wird die Frage diskutiert, inwieweit sich Public Private Partnership als Modernisierungsinstrument für die öffentliche Hand eignen, d. h. inwieweit sie zur Problemlösungsfähigkeit staatlichen bzw. kommunalen Handelns beitragen können.

Formen öffentlich-privater Partnerschaften Unter Public Private Partnerships werden gemeinhin folgende Formen der Zusammenarbeit verstanden:

- a. Finanzierungs- und Betreibermodelle,
- b. Serviceverträge (contracting out),
- c. Netzwerke von öffentlichen und privaten „Partnern“ zu Erreichung bestimmter gemeinsamer Ziele und
- d. gemeinsame Unternehmen öffentlicher und privater Anteilseigner (joint ventures).

ad a) Finanzierungs-„Partnerschaften“ nach dem Modell der britischen Private Finance Initiative (PFI) gewinnen ihren Reiz u.a. daraus, dass angesichts begrenzter

rechtlicher Möglichkeiten zur Schuldenaufnahme neue Finanzierungsmöglichkeiten, welche Quasi-Kreditcharakter haben, erschlossen werden können. Private „Partner“ schießen Geld für Investitionen vor und die öffentliche Hand zahlt einen regelmäßigen Beitrag für die Nutzung.

Diese Modelle finden sich häufig in Kombination mit sog. Betreibermodellen. Dabei wird auch der Bau, das Gebäudemanagement bzw. der Betrieb einer Einrichtung ganz oder zum Teil an einen privaten „Partner“ vergeben. Die Bezahlung erfolgt über Fixpreise. Die Servicequalität wird anhand möglichst genauer Leistungsbeschreibung gemessen. Es fehlt den Betreiber- und Finanzierungsmodellen grundsätzlich das Element der Kooperation, es handelt sich bei ihnen eher um Formen der Delegation.

ad b) Das klassische contracting-out, das heißt die Vergabe einer Leistung an einen externen Dienstleister, ist ein von der deutschen öffentlichen Hand seit den achtziger Jahren und auch international häufig eingesetztes Instrument. Gegenstand des contractings sind zumeist einfache Tätigkeiten, z. B. in der Reinigung. Private Serviceerbringer können durch geringere Bezahlung, Arbeitsverdichtung und Flexibilisierung günstiger produzieren und geben diesen Vorteil teilweise an die öffentliche Hand weiter. In der Regel werden dabei die Leistungen genau beschrieben, um ein gewisses Maß an Servicequalität zu sichern. Genau diese Servicequalität ist aber ein Problem, weil die Gewinnspannen in der Dienstleistungsbranche tendenziell gering sind, versucht man, weitgehend Einsparungen zu erzielen. Bestimmte Anforderungen, die im Servicevertrag nicht festgehalten sind, verursachen also Extrakosten und die Privaten versuchen die Servicequalität zu verschlechtern. Zur Vermeidung von Extrakosten und für den Erhalt der Servicequalität (z. T. auch zur Sicherung bestimmter Arbeitsbedingungen) wird daher – auch im Rahmen der o. g. Betreibermodelle – versucht, durch besondere Kooperationsarrangements zwischen privatem und öffentlichem „Partner“ eine Integration und ein Vertrauensverhältnis zu etablieren. Dies ist insbesondere für skandinavische Länder ein interessantes Modell, weil private Dienstleistungserbringer angesichts einer ausge-

prägten Sozialstaatstradition häufig mit einem schlechten öffentlichen Image zu kämpfen haben.

ad c) Im Rahmen von Netzwerken kommt es themenbezogen zu Kooperation von öffentlichen und privaten Partnern. Dies kann z. B. im Feld von Gesundheitsdienstleistung oder zur Verbesserung schulischer Ausbildung geschehen. Beispiel hierfür ist die Kooperation zwischen allgemeinbildenden Schulen und Unternehmen, die u. a. den Schulen zu einem realitätsnäheren Lernen und den Unternehmen zu besser passenden Auszubildenden verhelfen soll. Im Unterschied zu den ersten beiden Fällen kommt es in diesen Fällen weitaus häufiger zu tatsächlicher Zusammenarbeit.

ad d) Die am besten fassbare Form von Public Private Partnership ist das gemischt öffentlich-private Unternehmen. In Deutschlands Kommunen handelt es sich dabei zumeist um Betriebe, die zum Teil bereits vor Jahrzehnten, vielfach aber auch erst in jüngster Zeit in private Rechtsform überführt wurden. Mit der Wettbewerbsöffnung in vielen Bereichen (Ver- und Entsorgung usw.) wird es insbesondere für kommunale Betriebe interessant, größere private Unternehmen als strategische Partner für eine Beteiligung zu gewinnen. Da die kommunalen Betriebe einen eher kleinen Zuschnitt haben und weil sie sich in der Vergangenheit nur bedingt um möglichst optimale Wirtschaftlichkeit sowie Kundenorientierung bemühen mussten, verbessert der Einstieg privater Partner ihre Wettbewerbssituation. Private Partner bringen z. B. finanzielle Ressourcen oder bestimmte Managementstrategien ein. Das Phänomen ist dabei nicht so neu, wie man meinen mag. In Deutschland gab es schon in den zwanziger Jahren eine gemischte öffentlich-private Eigentümerschaft bei Energieversorgungsunternehmen.

Deutlich wird, dass die Erscheinungsformen, die gemeinhin als Public Private Partnership beschrieben werden, kein einheitliches Bild ergeben. Dabei kommt es sehr auf den Geschmack des Einzelnen an, was man als öffentlich-private Partnerschaft versteht. Die Zahl der Definitionsversuche ist zwar groß, sie haben aber zumeist beschreibenden Charakter. Obwohl es insbesondere den beiden zuerst genannten Beispielen grundsätzlich am Partnerschafts- bzw. Kooperationscharakter fehlt, schlage ich angesichts des heterogenen Feldes und der öffentlichen Debatte vor, insgesamt alle vier Formen als PPP zu begreifen, sich aber mit allgemeinen



Gesteuerte Demokratie?

Wie neoliberale
Eliten die Politik
beeinflussen

[www.gesteuerte-
demokratie.de](http://www.gesteuerte-demokratie.de)

25. bis 27. Juni 2004
Frankfurt am Main

- Anstoß für die überfällige
- Debatte um neoliberale
- und wirtschaftliche Ein-
- flussnahme auf die Politik.

Ein KONGRESS der
BEWEGUNGS-AKADEMIE E.V.
Artilleriestr. 6 | 27283 Verden
info@bewegungsakademie.de
Telefon : 04231 | 957-595
Telefax : 04231 | 957-400
Spenden für den Kongress
sind steuerlich absetzbar:
Nr.: 19007459 | Stichwort: Spende
BLZ: 29152670 | KSK Verden

graphik : elin | D | sign

Aussagen über den Charakter von öffentlich-privater Kooperation zurückzuhalten und stattdessen die spezifischen Formen einzeln zu bewerten.

Die Problemlösungsfähigkeit öffentlich-privater Kooperation

Die Attraktivität öffentlich-privater Kooperation entspringt aus zwei Quellen. Zum ersten ist es der Problemdruck, der auf den öffentlichen Haushalten lastet und sich auch in der begrenzten Problemlösungsfähigkeit traditioneller Politikformen zeigt. Zum zweiten ist es zu einem gewissen Maß auch der Zeitgeist, der die private Wirtschaftstätigkeit als dem öffentlichen Verwaltungshandeln überlegen sieht.

Öffentlich-private Gemeinschaftsunternehmen versprechen vor diesem Hintergrund Lösungsmöglichkeiten für gesellschaftliche Probleme. Der private Anteilseigner kann einerseits nicht nur finanzielle Ressourcen einbringen, sondern bietet auch Wissen über die wirtschaftliche Gestaltung von Arbeitsprozessen. Andererseits behält die öffentliche Hand durch die Miteigentümerschaft zumindest in formeller Form Einfluss. Fraglich ist allerdings, ob diese Erwartungen einer empirischen Prüfung standhalten. Tatsächlich finden wir in der Praxis Fälle, in denen die Beteiligung Privater zu einer Professionalisierung eines vormals zu 100% in öffentlichem Eigentum befindlichen Betriebes geführt hat. Bereits in den neunziger Jahren gab es aber auch im Rahmen von Verwaltungsreformprojekten – zumindest in Einzelfällen – erhebliche Produktivitätssteigerungen bei öffentlichen Betrieben, die mit dezentraler Ressourcenverantwortung ausgestattet wurden. Dies ist ein erstes Indiz dafür, dass PPP nicht per se ein Königsweg zur Modernisierung des öffentlichen Sektors ist.

Empirische Befunde deuten darauf hin, dass Private insbesondere dann zu einer Beteiligung an öffentlichen Unternehmen neigen, wenn sie sich in einem strategischen Dilemma befinden. Ein solches Dilemma kann z. B. sein, dass man rechtzeitig den Einstieg in einen neuen Markt verpasst hat und sich durch eine Beteiligung an einem öffentlichen Unternehmen um einen „Seiteneinstieg“ bemüht. Eine ähnliche Motivation lässt sich bei den privaten Dienstleistungserbringern diagnostizieren, die die traditionellen Serviceverträge zu „Partnerschaften“ aufwerten wollen. Ein Blick auf die empirische Realität zeigt, dass selbst in Modellprojekten, der nach außen dargestellte Partnerschaftswille angesichts prekärer Gewinnerwartungen im privaten Dienstleistungsgewerbe an Gewicht einbüßt.

Ähnlich sieht es auch bei den Betreibermodellen aus. Für die privaten „Partner“ ist grundsätzlich auch die Verringerung der Servicequalität eine Stellschraube, um die eigenen Gewinnaussichten angesichts geringer Profitraten zu verbessern.

Nicht in Zweifel gezogen werden soll an dieser Stelle, dass es auf Seiten der Privatwirtschaft Kompetenzen gibt, die für den öffentlichen Sektor gewinnbringend genutzt werden können. Vor dem Hintergrund der differenzierten Bewertungen öffentlich-privater Kooperation sollte man aber vorsichtig sein mit der Zuschreibung eines Modernisierungskarakters von öffentlich-privater Partnerschaften. Bereits die Modernisierungsprojekte der neunziger Jahre hatten unter den Versprechungen, was alles durch sie möglich würde (Einsparungen, Qualitätsverbesserungen, Bürger- und Beschäftigtenbeteiligung) zu leiden, weil sie in dieser Form kaum zu verwirklichen waren. Diese Hypothek sollte man den Formen der öffentlich-privaten Partnerschaft nicht mitgeben.

Da private Unternehmen grundsätzlich nur ein begrenztes Interesse an der Umsetzung politischer Ziele haben, muss der öffentliche Sektor dafür Vorsorge treffen, dass er Einfluss behält. Genau darin liegt aber ein großes Problem der öffentlichen Hand in Deutschland. Während Ausgliederungen und Konzernstrukturen im privaten Sektor angesichts einer Konzentration strategischer Kompetenzen oftmals zu einer Hierarchisierung und Konzentration von Macht bei der zentralen Holding führen, werden im öffentlichen Sektor zentrifugale Tendenzen wirksam. Dies ist bereits für die Ausgliederungspraxis der neunziger Jahre dargestellt worden (vgl. Schneider 2002). Angesichts zunehmender öffentlich-privater Kooperationen ergibt sich die Notwendigkeit, durch ein effektives Teilnehmungsmanagement politische Steuerung zu ermöglichen.

Eine Befragung nordrhein-westfälischer Städte, die das Difu im Jahr 2002 durchgeführt hat, bestätigt Defizite beim Aufbau von Teilnehmungsmanagement in der öffentlichen Verwaltung (vgl. Abb. 2). Angesichts einer Ausgliederungswelle in den neunziger Jahren hatte der Aufbau von Teilnehmungsmanagement im kommunalen Sektor besondere Relevanz, allerdings nimmt auch auf Bundes- und Landesebene die Zahl privater Rechtsformen zu. Auffällig ist, dass immer noch ca. 70% der Kommunen unter 50.000 Einwohnern kein Teilnehmungsmanagement geplant hatten.

Aber selbst ein bestehendes Teilnehmungsmanagement bietet keine Gewähr für eine funktionierende politische Steuerung. Da Definition politischer Ziele ein schwieriges Unterfangen ist (vgl. Bogumil 1997), bedarf es auf Seiten der öffentlichen Hand besonderer Anstrengungen.

Die Aufgabe der Zieldefinition und -durchsetzung fällt vor allem der Gesellschafterversammlung und den darin vertretenen Politikern zu. Systematische Konzeptionen zu einer Einflussnahme durch die Gesellschafterversammlung gibt es aber bislang kaum. Der Erfolg der Einflussnahme hängt mithin von den handelnden Personen ab.

Angesichts der für die Arbeit von Aufsichtsräten meistens unzureichenden Informationspolitik von Geschäftsführungen (Machura 1998, S. 151f.) bedarf es vor dem Hintergrund der geschilderten Zusammenhänge nicht nur einer Aufbereitung von die Gesellschaft betreffenden Informationen, sondern auch eines Humanressourcen-Managements für Politiker. In Aufsichtsräten sind die Vertreter privater Anteilseigner häufig nicht nur besser informiert, sondern kennen sich mit ihren rechtlichen und faktischen Handlungsmöglichkeiten auch besser aus.

Die Fähigkeiten und Kenntnisse die Politik und Verwaltung brauchen, um Einfluss auf gemischte öffentlich-private Unternehmen zu nehmen, sind dabei auch nützlich, um die Erfüllung von Qualitätsstandards bei Serviceverträgen und Betreibermodellen zu kontrollieren.

Die formalen Steuerungsmodelle sind aber – wie bereits angedeutet – nur notwendige Voraussetzungen für das Funktionieren von politischer Steuerung. Angesichts der Probleme, einerseits politische Ziele zu definieren und andererseits Wirkungen von Maßnahmen frühzeitig abschätzen zu können, können Kooperationsmodelle sich als taugliches Mittel erweisen, um die Problemlösungsfähigkeit öffentlicher Verwaltungstätigkeit zu verbessern. Die Wirksamkeit der Kooperation kann durch die Einführung operativer Regeln beeinflusst werden, mit denen der institutionelle Rahmen des Handelns der Akteure verändert werden kann. Zur Herausbildung eines durch Vertrauen geprägten Kooperationsverhältnisses kommt es dabei nur, wenn die Beziehungen eng, regelmäßig und stabil sind. Da sich im Rahmen eines solchen institutionellen Settings vor allem schwache Beziehungen (lose Kopplung) herausbilden, profitieren die Kooperierenden grundsätzlich von einem neuen Innovationspotential und einem breiten Zugriff auf Informationen.

Durch ein regelmäßiges und von operativen Regeln bestimmtes Zusammenkommen zwischen der Partner kann es daher zur Betonung gemeinsamer Interessen und von Vertrauen kommen. Auf der Basis gemeinsamer Interessen und eines Vertrauensverhältnisses kann wiederum kooperatives Handeln entstehen: Während das traditionelle Modell von der hierarchischen Einflussnahme bestimmt ist, kommt es nunmehr auf der Basis neuer institutioneller Regelungen zu einer enthierarchisierten Kooperationsbeziehung. Der große Vorteil dieses Kooperationsmodells liegt darin, dass Politik und Verwaltung nicht mehr in Einzelmaßnahmen intervenieren müssen, sondern die Partner auf der Basis der gemeinsamen Interessen Korrekturen vornehmen können. Es kommt also einerseits zu einer Entlastung von Politik und Verwaltung und andererseits sinkt das Risiko opportunistischen Verhaltens des privaten Partners. Für beide Seiten werden positive Effizienzeffekte wirksam, ein Positivsummenspiel kann entstehen.

Der Aufbau vertrauensbasierter Kooperationsstrukturen ist allerdings dann umso unwahrscheinlicher, je prekärer die Interessen eines Partners sind. Insbesondere bei einfachen Dienstleistungen liegt der Verdacht nahe, dass die privaten Unternehmen vor allem deshalb ein Interesse an einer Partnerschaftskonstruktion haben, um ihr öffentliches Image zu verbessern und damit einen besseren Marktzugang erhalten.

Das Beispiel Toll Collect zeigt darüber hinaus, dass Vertrauen insbesondere bei Projekten, die erhebliche finanzielle Risiken bereithalten, nicht immer angemessen ist, und die Politik letztlich in der Öffentlichkeit und auch wirtschaftlich für die Fehler der privaten Partner die Zeche zahlt. Allerdings ist die Politik an dem Scheitern und den Kosten des Mautsystems nicht ganz unschuldig, weil sie zugunsten von deutschen Unternehmen (davon eines, das sich in staatlichem Eigentum befindet), den Wettbewerb weitgehend umgangen hat (vgl. Rügemeier 2004).

Der Vorteil, den private Partner gegenüber öffentlicher Verwaltung haben, liegt vor allem darin, dass sie sich mit einer Wettbewerbssituation besser auskennen. Schaltet die Politik aber den Wettbewerb aus, droht ein öffentliches Monopol nur durch ein privates ersetzt zu werden, und positive Wirtschaftlichkeitseffekte bleiben aus.

Durch den zunehmenden Rückzug der öffentlichen Hand aus der direkten Leistungserstellung entstehen neue Steuerungsbedarfe, gerade auch im Feld der öffentlich-privaten Kooperation. Vertrauen darauf, dass die Kooperation mit Privaten bereits zu positiven Wirtschaftlichkeitseffekten führt, ist angesichts empirischer Befunde nicht angemessen und gerade auch die Umsetzung politischer Ziele ist ohne einen direkten Zugriff auf die Umsetzungsebene schwierig. Tendenziell muss die Politik daher in Zukunft mehr Wert auf die Definition von Standards legen und insbesondere den direkten, regelmäßigen Austausch mit den Akteuren, die für die Durchführung von Maßnahmen bzw. für die Produktion verantwortlich sind, suchen. Die Erwartung, dass öffentlich-private Partnerschaften zur Modernisierung des öffentlichen Sektors bei-

tragen, ist deshalb nur unter den genannten Voraussetzungen realistisch.

spr 3 / 2004

Literatur

- Bogumil, Jörg (1997), Das Neue Steuerungsmodell und der Prozess der politischen Problembearbeitung – Modell ohne Realitätsbezug?, in: Bogumil, Jörg/Kißler, Leo (Hrsg.), *Verwaltungsmodernisierung und lokale Demokratie. Risiken und Chancen eines Neuen Steuerungsmodells für die lokale Demokratie*, Baden-Baden, S. 33-43.
- Machura, Stefan (1998), Rollenkonflikt und Selbstbehauptung. Zur politischen Psychologie des Aufsichtsrats, in: Edeling, Thomas/Jann, Werner/Wagner, Dieter (Hrsg.), *Öffentliches und privates Management. Fundamentally Alike in All Unimportant Respects?*, *Opulden (Interdisziplinäre Organisations- und Verwaltungsforschung, Bd. 1)*, S. 147-159.
- Rügemeier, Werner (2004), Maut und Mehr. Toll Collect oder der Ausverkauf der Politik, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 4, S. 415-426.
- Schneider, Karsten (2002), Arbeitspolitik im „Konzern Stadt“. Zwischen der Erosion des Zusammenhalts im kommunalen Sektor und den effizienzfördernden Wirkungen organisatorischer Dezentralisierung, *Baden-Baden (Staatslehre und politische Verwaltung, Bd. 7)*.
- Seidel-Schulze, Antje (2003), *Schwerpunkte kommunaler Politik und Planungspraxis – eine Bestandsaufnahme in nordrhein-westfälischen Städten*, URL: <http://www.difu.de/extranet/publikationen/ai/673.pdf> (Zugriff am 25. 9. 2003).

Anmerkungen:

- ¹ Bei dieser Untersuchung handelt es sich um eine repräsentative Befragung nordrhein-westfälischer Städte (eine Überblicksdarstellung findet sich bei Seidel-Schulze 2003). Die Ergebnisse verdanke ich einer Sonderauswertung des Beteiligungsmanagements in Bezug auf Größenklassen, welche Antje Seidel-Schulze (Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin) durchgeführt hat.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Jenseits des Wettbewerbs? – Modern Governance und die Veränderung lokaler Staatlichkeit

Von Detlef Sack

In seinen Erörterungen zu der „Zukunft des Nationalstaates“ hat der neogramscianische Politikwissenschaftler Bob Jessop drei vorherrschende Entwicklungstrends ausgemacht: die Internationalisierung des Staates, die Entstaatlichung politischer Regime und die Entnationalisierung des Staates. Die Machtpotentiale und Regelkompetenzen, die bisher einer eher hierarchisch agierenden (Wohlfahrts-)Staatlichkeit zugeschrieben wurden – der Regierung im engen Sinn –, erfuhren seit den 1980er Jahren zwei wesentliche Neu-Skalierungen, d.h. neue ‚räumliche‘ Bestimmungen. Einerseits findet eine vertikale Ausdifferenzierung in dem Sinne statt, dass Politiken zunehmend auf supranationalstaatlichen und subnationalstaatlichen Ebenen formuliert bzw. ausgeführt werden. Zuständigkeiten des Nationalstaates werden im Zuge der Europäischen Integration und der Globalisierung ‚nach oben‘ abgegeben und zugleich durch die Regionalisierung auch auf Städte und Gemeinden verlagert. Die horizontale Neu-Skalierung umschreibt andererseits das Phänomen, dass in die entsprechenden Prozesse neben staatlichen Einrichtungen auch privat-kapitalistische und zivilgesellschaftliche Akteure als ‚Partner‘ eingebunden werden. Insgesamt ist, so Jessop, für die subnationalstaatliche Ebene ein „Wiederaufleben regionaler und lokaler Governance“ zu konstatieren (Jessop 1997: 64, s.a. Jessop 2001: 161-163). Aus einer kritischen Perspektive ist die Beschäftigung mit den Veränderungen lokaler Staatlichkeit immer wieder mit der Frage befasst, ob sich in den Städten, Gemeinden und Regionen eine „Gegenmacht“ artikuliert, die sich gegen vorherrschende Trends stellt, oder ob es sich bei dem örtlichen Institutionengefüge um ein „Ausführungsorgan“ handelt (Krätke/Schmoll 1987). Mit dem Verweis auf Prozesse der „lokalen Governance“ scheint eine neue Runde in dieser Auseinandersetzung eingeleitet, die im Folgenden skizziert wird.

Die Veränderung lokaler Staatlichkeit ist zu Beginn der 1990er Jahre auch in Deutschland vor allem in Kategorien des Marktes und des Wettbewerbs diskutiert worden. Waren Ende der 1970er Jahre die USA, Neu-

seeland und Großbritannien mit Reformen des New Public Managements vorangeschritten, so haben weitere (kontinental-)europäische Staaten seit Beginn der letzten Dekade entsprechende Veränderungen in die Wege geleitet (Hood 1991). Das „Neue Steuerungsmodell“, in dem öffentlichen Verwaltungen die Dezentralisierung administrativer Einheiten, die Budgetierung der Haushalte, die Beschreibung und Festlegung von Produkten sowie die Einführung von Elementen des Wettbewerbs nahe gelegt wird, steht beispielhaft für managementorientierte – in dem spezifischen deutschen Fall auch vornehmlich binnenorientierte – Verwaltungsreformen, die vor allem in Städten und Gemeinden durchgeführt wurden. Nach einem Jahrzehnt entsprechender Reformversuche ist auch bei Protagonisten dieses Reformkurses eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Zum einen sind die verwaltungsinternen Beharrungskräfte erheblich unterschätzt worden. Um in dem mikropolitischen Spiel von Interessen und Ressourcenverteilung entsprechende Veränderungen durchsetzen zu können, wird der Ruf nach „leadership“ in der kommunalwissenschaftlichen Debatte zunehmend lauter, d.h. nach durchsetzungsstarken und charismatischen Führungsfiguren, die Verwaltungsreformen gegen interne Widerstände vorantreiben. Zum zweiten steht auch die hauptsächlichliche Stoßrichtung des Managements und der Einführung von Wettbewerb in der Kritik: Mit der starken Binnenorientierung und reinen Marktlichkeit sei a.) nur eine unzureichende Problemlösungskapazität verbunden, da fehlende gesellschaftliche Akzeptanz sowie mangelnde Ressourcen die Wirksamkeit von Maßnahmen einschränken. Darüber hinaus sei b.) zivilgesellschaftlichen Beteiligungsansprüchen und bürgerschaftlichem Engagement ein wesentlich größerer Raum zuzumessen, um auf der lokalen Ebene jenes ‚soziale Kapital‘ zu bilden, das die Bildung stabiler Gemeinschaften unterstützt. Spätestens ab Mitte der 1990er Jahre setzte – zunächst in Großbritannien und in den Niederlanden, dann auch im gesamten europäischen Kontext – eine Debatte ein, die unter dem Schlagwort der „Governance“ fir-

miert und zunehmend Geltung in sozialwissenschaftlichen Diskursen beanspruchen konnte. Für den hier interessierenden Zusammenhang lokaler Staatlichkeit, d.h. der Formen gesellschaftlicher Definition, machtbehalter Normendurchsetzung und der Dienstleistungserbringung in Städten, Gemeinden und Regionen, wurde der Begriff der „Local Governance“ (Bovaird u.a. 2002) prägend. Andere wiederum schreiben von „Public Governance“ (Klenk/Nullmeier 2003) und zielen im Kern auf eine ähnliche Entwicklung ab: jenseits marktorientierter Reformen lokaler öffentlicher Verwaltungen werden neue Wege der Steuerung und Politikrealisierung eingeführt, die auf sektorübergreifender Kooperation basieren.

Definitionen von Governance

Wenn von Governance und der Veränderung (lokaler) Staatlichkeit die Rede ist, so geht es weniger um die modische Einführung eines Anglizismus, mit dem Altbekanntes neu verpackt wird. Es handelt sich vielmehr um eine neue Perspektive auf Prozesse der Politikformulierung und der Erstellung von Dienstleistungen im allgemeinen Interesse. Die Verwendung des Begriffes erfolgt jedoch relativ uneinheitlich. Drei typische Stränge in der sozialwissenschaftlichen Debatte lassen sich skizzieren: Der breiteren Öffentlichkeit ist, erstens, der Begriff vor allem aus zwei Verwendungszusammenhängen bekannt: dem der „Corporate Governance“, d.h. der ‚guten‘, weil transparenten und nicht-korrupten Unternehmensführung, die unterschiedliche stakeholder integriert, und dem der „Global Governance“, d.h. der Regelung transnationaler Probleme durch Netzwerke, in die neben staatlichen Akteuren auch Unternehmen und Nicht-Regierungsorganisationen einbezogen sind. In diesem Strang der Debatte wird ein normativ-pragmatisches Konzept vertreten, d.h. ein Vorschlag für eine neue kooperative Form des ‚guten Regierens‘ formuliert und damit ein Gestaltungsanspruch vertreten. Dies gilt auch für Städte, Gemeinden und Regionen, wenn etwa „Local Governance“ die problemlösungsorientierte Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure (Administration, Firmen, bürgerschaftliche Organisationen, Verbände) beschreibt, mit der ein neuer Weg der Verwaltungsreform eingeschlagen wird (Bovaird u.a. 2002).

Daneben ist, zweitens, in der sozialwissenschaftlichen Debatte eine Perspektive zu identifizieren, die auf die Analyse sektorübergreifender Kooperation abzielt. Governance ist in diesem Sinne mit dynamischen Prozessen der Interaktion befasst, die in Netzwerken staatlicher, privat-kapitalistischer und zivilgesellschaftlicher Akteure stattfinden. Deren interne Struktur und ihr Leistungsvermögen innerhalb von Beziehungen mit ‚verschwimmenden Grenzen‘ zwischen traditionellen gesellschaftlichen Sektoren wird untersucht (Stoker 1998).

Eine dritte Sichtweise innerhalb der gesamten Governance-Debatte erhebt einen weitergehenden Analyseanspruch. Die Konstitution von Netzwerken und sektorübergreifender Kooperation soll nicht allein, sondern in Beziehung zu anderen Formen der Steuerung, vor allem denen des Marktes und der Hierarchie, analysiert und bewertet werden. Governance ist in diesem Sinne das gesamte Ensemble von Steuerungsformen und Prozessen wechselseitiger Beeinflussung. Die Analyse lokaler Staatlichkeit und ihrer Veränderung konzentriert sich nicht allein auf die Bildung von Netzwerken, sondern identifiziert in diesen, zum einen, Elemente der Hierarchie wie auch des Wettbewerbs und setzt, zum anderen, diese Formen der Kooperation in Beziehung zu dem gesamten Spektrum der Regelungsstrukturen von bürokratischer Führung, marktlichem Wettbewerb, interessenbasierter Verbandsbildung, und gemeinschaftlichen Verbänden (Klenk / Nullmeier 2003, s.a. Naschold u.a. 1994).

Diese drei Stränge der Debatte (Governance als normatives Konzept, als Analyse sektorübergreifender Kooperation und als Untersuchung der Interaktion verschiedener Steuerungsformen) finden ihre Gemeinsamkeit darin, dass moderne Staatlichkeit als Produkt von Steuerungsbestrebungen verstanden wird, in die Formen sektorübergreifender Kooperation mitbestimmend eingehen. Gegenüber Denkansätzen, die sozioökonomischen Strukturen und Institutionen die wesentliche Bedeutung für gesellschaftliche Entwicklung zuschreiben, wird der Aspekt der Handlungsfähigkeit von Akteuren betont. Zudem ist dem Mainstream der Debatte insofern eine spezifische Verzerrung, ein sogenannter „Problemlösungs bias“ (Mayntz 2001), eigen, als es vornehmlich um Fragen der Gestaltung, Politikdefinition und Realisierung geht. Herrschaftskritische Fragen und die Analyse gesellschaftlicher Dominanz geraten eher ins Hintertreffen. Damit ist ein Begriff von Staatlichkeit im Sinne der „materiellen Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse“ (Poulantzas 1978) zwar für die Governance-Perspektive grundsätzlich anschlussfähig (vgl. Jessop 2001); der Mainstream der Debatte fokussiert jedoch weit eher auf neue Steuerungsformen, mit denen ein zuweilen apodiktisch gesetzter Reformbedarf bewältigt werden soll.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Erscheinungsformen lokaler Governance

Wenn also mit dem Begriff der Governance neue Formen von Steuerung jenseits und in Interaktion mit marktlichem Wettbewerb und bürokratischer Hierarchie erfasst und als Veränderung von lokaler Staatlichkeit kategorisiert werden, dann stellt sich die Frage, welche konkreten Erscheinungen in Städten, Gemeinden und Regionen entsprechend zugeordnet werden. Festzuhalten bleibt, dass die Debatte auch auf Organisationsformen eingeht, die bereits lange vor der Einführung des Begriffes Governance sektorübergreifende Kooperationen institutionalisiert haben (als Überblick s. Sack 2003). So sind bereits seit Mitte der 1980er Jahre insbesondere in der Stadt- und Regionalentwicklung vermehrt Netzwerke vorzufinden, in denen öffentliche Administrationen, Planungs- und Architekturbüros, Unternehmensverbände und Kammern, zivilgesellschaftliche Institutionen aus Stadtteilen und Regionen sowie weitere Assoziationen, wie etwa Umwelt- und Naturschutzverbände, gemeinsam Leitbilder für bestimmte Räume sowie entsprechende konkrete Maßnahmen entwickeln und diese zu realisieren suchen. Kennzeichen dieser frühen Formen sektorübergreifender Kooperation ist nicht allein die Interaktion von staatlichen, privat-kapitalistischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Raumbezug ihrer Institutionen, sondern auch der Querschnittscharakter ihrer Politiken, d.h. dass auch herkömmliche Abgrenzungen von Aufgabenfeldern zunehmend durchlässig werden. In eingeschränktem Maßstab gilt dies auch für das Feld der Wirtschafts- und Strukturpolitik, in der seit Anfang der 1990er Jahre zunehmend öffentlich-private Netzwerke entstanden. Ziel dieser Formen lokaler Governance war die Förderung der Attraktivität von Städten, Gemeinden und Regionen für Firmen im Rahmen einer „unternehmerischen Stadtpolitik“ (Häußermann / Siebel), „Klassi-

sche‘ Maßnahmen der Wirtschaftsförderung (Gewerbeflächenausweisung, Fördermittel, administrative Beschleunigung) wurden in der Kooperation von öffentlicher Verwaltung, Kammern, Unternehmensverbänden und einzelnen lokal dominierenden Firmen mit Technologieförderung und Wissenspolitiken ebenso kombiniert wie mit der Förderung ‚weicher‘ Standortfaktoren, d.h. z.B. der Festivalisierung von Kultur. Auch im Bereich lokaler Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik haben sich in den 1990er Jahren, z.B. im Netzwerk „Kommunen der Zukunft“ der Hans Böckler Stiftung, der Bertelsmann-Stiftung und der KGSt, bundesweit verknüpfte Formen der Kooperation unterschiedlicher Akteure aus der Arbeitsverwaltung sowie den Städten und Gemeinden konstituiert. Sektorübergreifende Kooperationen verbreiten sich auch im Bereich der lokalen Infrastrukturen. Im Verkehr, in der Abfallentsorgung, in der Wasserwirtschaft sowie beim E-Government wurden in den 1990er Jahren sog. Public Private Partnerships installiert, d.h. hauptsächlich gemischtwirtschaftliche Unternehmen von staatlichen Verwaltungseinheiten und privat-kapitalistischen Unternehmen, in die in Einzelfällen, z.B. beim Münsteraner virtuellen Stadttor Publikum, auch zivilgesellschaftliche Initiativen integriert wurden. In der Jugend-, Gesundheits-, Bildungs- und in der Seniorenpolitik finden sich ebenfalls vermehrt Netzwerke von Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen: Teilweise firmieren Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements, die mit Unterstützung von Firmen und öffentlichen Verwaltungseinheiten in diesem Bereich tätig sind, als „soziale Unternehmen“ (Evers u.a., 2001), da sich in ihnen staatliche, marktliche und zivilgesellschaftliche Steuerungsprinzipien mischen. Teilweise finden sich in diesem Feld Initiativen des Corporate Citizenship, d.h. des unternehmerischen sozialen Engagements, welches in Zusammenarbeit

Foto: Christian Kiel (Berlin)



mit Selbsthilfegruppen und/oder öffentlichen Verwaltungen realisiert wird (Backhaus-Maul 2004). Zwei weitere Felder schließen den Überblick über lokale sektorübergreifende Kooperationen ab: Zum einen haben sich in den 1990er Jahren in den unterschiedlichsten Städten und Gemeinden sog. „kommunale Präventionsräte“ installiert, in denen Polizei mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, Jugend- und Sozialämtern, teilweise auch mit Unternehmen und Verbänden kooperiert, um Kriminalität im Vorfeld zu begegnen (Prätorius 2002). Zum anderen sind auch die weit verbreiteten Lokale-Agenda 21-Prozesse als Formen öffentlich-privater Kooperationen zu subsumieren, da die lokale Umweltpolitikformulierung von Akteuren aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Teilbereichen vorgenommen wird (Ruschkowski 2002). Im Zusammenhang mit örtlichen Umweltpolitiken zeigt sich zudem, dass von Städten und Gemeinden in den 1990er Jahren auch ein Prozess der Transnationalisierung in die Wege geleitet worden ist – ein Beispiel ist das nachhaltigkeitsorientierte „International Council for Local Environmental Initiatives“ –, d.h. einer Vernetzung örtlicher Gebietskörperschaften jenseits nationalstaatlicher Institutionen, die ebenfalls als Erscheinungsform der Governance diskutiert werden muss (Kern 2001).

Probleme lokaler Governance

Nun lässt sich fragen, wie verbreitet denn diese Formen sektorübergreifender Kooperation sind. Handelt es sich um eine Steuerungsform, die tatsächlich zu der Veränderung von Staatlichkeit beiträgt? Belastbares Zahlenmaterial ist hier eher Mangelware, die Diskussion lebt vor allem von der Identifizierung und Darstellung von Fallgeschichten (Sack 2003). Dieses empirische Problem

weist zugleich auf ein praktisches hin: Mit der Einführung sektorübergreifender Kooperation und mit der Umsetzung marktlicher wie wettbewerblicher Steuerungsprinzipien hat eine De-Zentralisierung lokaler Staatlichkeit stattgefunden, die zu einer wachsenden Unübersichtlichkeit im öffentlichen Sektor führt. Probleme der legitimierten Kontrolle von Dienstleistungserbringung durch Öffentlichkeit und Parlamente sind aufgeworfen, da Governance-Reformen die Zurechenbarkeit von Politikformulierung und -realisierung dadurch verringert, dass diese zunehmend in einem variantenreichen Feld verschiedener Organisationsformen stattfindet. Somit weist Governance eine Tendenz auf, sich den traditionellen Formen von öffentlicher Kontrolle in einer repräsentativen Demokratie zu entziehen bzw. diese deutlich zu verändern.

Darüber hinaus ist das Verhältnis von Governance-Reformen zu einer übergeordneten Tendenz der neo-liberalen Restrukturierung von Gesellschaft zumindest ambivalent. Ermöglicht werden die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Initiativen an Prozessen der Politikformulierung und -realisierung. Mit einiger Emphase könnte von der Stärkung der Mitbestimmungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern gesprochen werden. Negativ schlagen jedoch einige andere Phänomene zu Buche, die darauf verweisen, dass Governance-Reformen lediglich als Anpassungsprozess an eine neo-liberale Konstitutionalisierung verstanden werden können. Festzuhalten bleibt z.B., dass eine Reihe sektorübergreifender Kooperationen in der Stadt- und Regionalentwicklung sowie in der Wirtschafts- und Strukturpolitik vor allem darauf abzielen, ihren Raum im Rahmen einer interkommunalen Standortkonkurrenz so auszustatten, dass externe Produkti-

ons- und Konsumtionspotentiale angezogen werden, d.h. dass häufig eine reine Anpassung an Unternehmensinteressen erfolgt.

In den verschiedenen Netzwerken variieren sodann die Exklusionen gesellschaftlicher Akteure erheblich. Haben beispielsweise gewerkschaftliche Akteure in den Regionen Südostniedersachsen, Nürnberg-Fürth-Erlangen oder Dortmund sektorübergreifende Kooperationen maßgeblich initiiert, so sind sie in anderen Regionen bestenfalls formal repräsentiert. Auch Umweltverbände oder Assoziationen von Frauen können häufig ebenso über Vertretungsdefizite in sektorübergreifenden Kooperationen klagen wie Initiativen, die sich für die Interessen unterschiedlicher Nutzergruppen einsetzen. Damit verbunden ist insgesamt das Problem der Repräsentation gesellschaftlicher Anliegen in diesen netzwerkartigen Gefügen, in denen die Einigung zuungunsten Dritter erfolgen kann, etwa wenn in kommunalen Präventionsräten Maßnahmen gegen sozial Marginalisierte beschlossen werden. Teilweise drängt sich bei der Betrachtung der sektorübergreifenden Kooperation jedoch auch der Verdacht auf, dass hier gesellschaftliches Engagement und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit lediglich genutzt werden, um Leistungen, die staatlichen Sparmaßnahmen zum Opfer fallen, zu substituieren.

Zwischen „Ausführungsorgan“ und „Gegenmacht“ – Konklusion

In der Debatte um Governance sowie in deren verschiedenen Erscheinungsformen bildet sich eine wesentliche Veränderung lokaler Staatlichkeit ab. Diese ist durch eine Dezentralisierung, d.h. eine Einschränkung bürokratischer Hierarchie, ebenso gekennzeichnet wie durch eine Aufwertung sektorübergreifender Kooperation. Schlagworte des „kooperativen“ oder des „aktivierenden“ Staates finden ihren Ausdruck in den hier beschriebenen Tendenzen. Lokale Staatlichkeit wird in der Governance-Perspektive als örtliches Terrain der Beziehungen zwischen staatlichen, privat-kapitalistischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren verstanden, die in ‚gemischten‘ Organisationsformen und Steuerungsprinzipien münden. Zweierlei bleibt jedoch anzumerken: Vorstellungen, dass lokale Governance management- und wettbewerbsorientierte Reformperspektiven ablösen und ersetzen, sind nicht haltbar. Es handelt sich vielmehr um die Entwicklung, die durchaus komplementär, z.T. auch kompensatorisch zu der vorherrschenden neo-liberalen Restrukturierung von Staatlichkeit verläuft. Mit der Einrichtung von öffentlich-privaten Netzwerken wird weder die Finanznot von Städten und Gemeinden noch die Liberalisierung in Infrastruktursektoren noch die Veränderung wohlfahrtsstaatlicher Prinzipien maßgeblich einge-

schränkt. Zum zweiten bleibt festzuhalten, dass Governance-Reformen ihrerseits neue Probleme aufwerfen, z.B. die wachsende, politisch kaum zu kontrollierende Unübersichtlichkeit im öffentlichen Sektor oder neue Ausschlüsse gesellschaftlicher Interessen. Die alte Debatte, ob örtliche Staatlichkeit „Ausführungsorgan“ oder „Gegenmacht“ ist, bekommt in der Debatte um „Local Governance“ ein neues Gesicht: Wenn in der neo-liberalen Re-Strukturierung eine Neu-Definition der Arbeitsteilung bei der Sicherung der Grundbedingungen der Kapitalakkumulation stattfindet, in der das Feld der Ökonomie erweitert wird (Jessop 2001: 162), dann weisen Formen sektorübergreifender Kooperation zum einen Tendenzen der Erfüllung auf: öffentlich-private Zusammenschlüsse, um in der interkommunalen Standortkonkurrenz zu bestehen und Dienstleistungen in den (unbezahlten) zivilgesellschaftlichen Raum zu verlagern, betonen die Selbständigkeit und Autonomie von Akteuren, das ‚unternehmerische Subjekt‘ und fokussieren auf eine ‚systemrationale‘ Problemlösungsfähigkeit. Aspekte nicht-wertgleicher Konflikte sind ebenso delegitimiert wie eine gerechtigkeitsorientierte wohlfahrtsstaatliche Politik. Zum anderen bilden sich Tendenzen der Definition von Politiken durch lokale Staatlichkeit in den Erscheinungsformen der ‚Local Governance‘ ebenfalls ab: Sektorübergreifende Kooperationen – insbesondere dann wenn sie einen transnationalen Charakter aufweisen – schaffen Experimentierfelder, in denen ‚bottom-up‘ beispielhafte Lösungsmodelle unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen entstehen und ihrerseits auf Standardsetzungen sowie Normenallokation höherer Ebenen einwirken können. In der Veränderung lokaler Staatlichkeit durch Governance bieten sich also durchaus auch strategische Möglichkeiten der Re-Formulierung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Sie können sich als Option zur Bestimmung von Politiken und Dienstleistungen im allgemeinen Interesse darstellen. Sie heben jedoch letztlich die Notwendigkeit des öffentlichen Streits um die Formulierung von Normen, Regeln und Maßnahmen einer Politik der Umverteilung und Anerkennung nicht auf, in deren Mittelpunkt das Ziel steht, gesellschaftliche Gruppen und Individuen mit materiellen Mitteln zu einer politischen Auseinandersetzung um das ‚gute Leben‘ zu befähigen und entsprechend auszustatten.

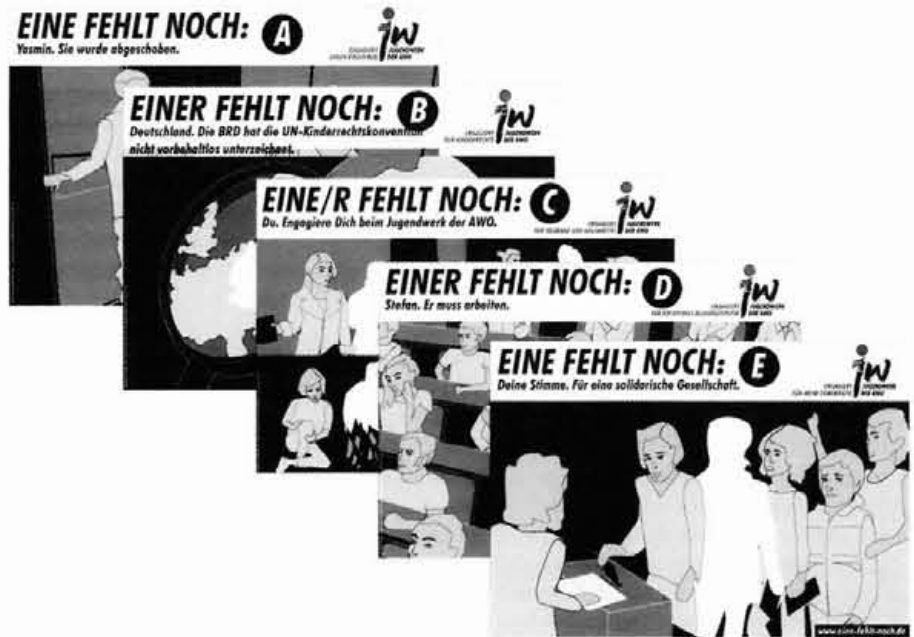
spw. 3 / 2004

Literaturliste

Backhaus-Maul, Holger (2004): Corporate Citizenship im deutschen Sozialstaat. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/2004, S.23-30
 Bovaird, Tony/Löffler, Elke/Parrado-Diez, Salvador: Developing Local Governance Networks in Europe. Baden-Baden 2002
 Evers, Adalbert /Rauch, Ulrich /Stitz, Uta (2002): Von öffentlichen Einrichtungen zu sozialen Unternehmen. Hybride Organisationsformen im Bereich sozialer Dienstleistungen. Berlin
 Hood, Christopher: A Public Management for all

Seasons? In: Public Administration Vol. 69, Spring 1991, S. 3-19
 Jessop, Bob (1997): Die Zukunft des Nationalstaates: Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa. In: Becker, Steffen/Sablowski, Thomas/Schumm, Wilhelm (Hg.) (1997): Jenseits der Nationalökonomie. Globalisierung, Weltwirtschaft und Nationalstaat. Regulationstheorie zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Hamburg, S. 50-95
 Jessop, Bob (2001): Die Globalisierung des Kapitals und die Zukunft des Nationalstaates. Ein Beitrag zur Kritik der globalen politischen Ökonomie. In: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos: Die Zukunft des Staates. Hamburg 2001, S. 139-170
 Kern, Kristine (2001): Transnationale Städtenetze in Europa. In: Schröter, Eckhard (Hrsg.): Empirische Policy- und Verwaltungsforschung. Lokale, nationale und internationale Perspektiven. Opladen, S. 95-116
 Klenk, Tanja/Nullmeier, Frank (2003): Public Governance als Reformstrategie. Düsseldorf
 Krätke, Stefan/Schmoll, Fritz (1987): Der lokale Staat – ‚Ausführungsorgan‘ oder ‚Gegenmacht‘? Prokla, S. 30-72
 Mayntz, Renate (2001): Zur Selektivität der steuerungsthe-

oretischen Perspektive. MPiFG Working Paper. Köln
 Naschold, Frieder/Oppen, Maria/Tondorf, Karin/Wegener, Alexander (1994): Neue Städte braucht das Land. Public Governance: Strukturen, Prozesse und Wirkungen kommunaler Innovationsstrategien in Europa. Eine Projektskizze. WZB-discussion paper FS II 94-206, Berlin
 Poulantzas, Nicos (1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg
 Prätorius, Rainer (Hrsg.) (2002): Wachsam und kooperativ? Der lokale Staat als Sicherheitsproduzent. Baden-Baden
 Ruschkowski, Eick von (2002): Lokale Agenda 21 in Deutschland – eine Bilanz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 31-32/2002, S. 17-24
 Sack, Detlef (2003): Gratwanderung zwischen Partizipation und Finanzengpässen. Ein Überblick über die deutsche PPP-Entwicklung. In: Zeitschrift für öffentliche und gemischwirtschaftliche Unternehmen, Heft 4/2003, S. 353-370
 Stoker, Gerry (1998): Governance as Theory: Five Propositions. In: International Social Science Journal, 155, S. 17-28



Du kannst diese Motive als Plakat (DIN A1, für nur 40 Cent zzgl. Versandkosten), als Flyer oder als Postkarte (für nur jeweils 10 Cent zzgl. Versandkosten) bestellen.

- Ich möchte Plakate A, Plakate B, Plakate C, Plakate D, Plakate E bestellen.
- Ich möchte Flyer A, Flyer B, Flyer C, Flyer D, Flyer E bestellen.
- Ich möchte Postkarten A, Postkarten B, Postkarten C, Postkarten D, Postkarten E bestellen.
- Ich hätte gerne weitere Informationen über das Jugendwerk der AWO.

Mein Name: _____

Meine Anschrift: _____

Mein Wohnort und PLZ: _____

Telefon: _____ E-mail: _____

Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes der AWO
 Oppelner Straße 130, 53119 Bonn
 Telefon: 0228/6685-117
 e-mail: info@bundesjugendwerk.de



Kommunalpolitik strategisch steuern – geht das?

Von Claudia Walther

Es ist leicht, aber gleichzeitig nicht ganz einfach über ein Projekt zu schreiben, ich meine mit dem hier gebotenen Abstand zu schreiben, wenn man selbst in diesem Projekt arbeitet. Ich will es dennoch versuchen, denn der Ansatz um den es hier geht, lohnt eine Auseinandersetzung.

Wer kennt das nicht aus dem politischen Alltag, gerade auf kommunaler Ebene: vor lauter Terminen und lauter tagespolitischen Anforderungen werden Ziele oft aus dem Auge verloren. Oder, wie sich jemand vor kurzem mir gegenüber beklagte, „man kann viel tun, ohne 'was zu machen“. Wer wünscht sich da nicht ein Instrument, um „Kurs zu halten“, also einen politischen „Kompass“, um zielgerichtet steuern zu können? Genau dies ist der Anspruch des hier vorzustellenden Projektes.

Es geht um das Projekt *Kompass* der Bertelsmann Stiftung: „Kommunales Projekt zum Aufbau einer strategischen Steuerung“, an dem derzeit 14 Städte und Kreise beteiligt sind: Die Städte Arnsberg, Coesfeld, Celle, Dortmund, Hilden, Paderborn, Soest, Solingen, Vlotho und die Kreise LK Diepholz, LK Osnabrück, Pinneberg, Soest und LK Wolfenbüttel.

Lebensqualität verbessern und politische Planung umstellen

Kompass hat zwei ambitionierte Zielsetzungen, die ich hier herausstellen möchte: Zum einen geht es darum, die Lebensqualität vor Ort auf Grundlage eines interkommunalen Vergleichs statistischer Daten zu messen und darauf aufbauend zu sichern bzw. zu verbessern.

Zum zweiten, und das ist ein noch weiter reichendes Ziel, geht es um nichts Geringeres als um die Umstellung kommunalpolitischer Planung. Angestrebt ist eine langfristige, nachhaltig an Zielen ausgerichtete Planung, die im Dialog zwischen den maßgeblichen Akteuren vor Ort aus Politik, Verwaltung und Bürgerschaft erfolgt. Intendiert ist damit also auch ein Kultur- und Organisations-Wandel in der kommunalpolitischen Planung. Zu schön um wahr zu sein? Wir werden sehen. Strategischer Steuerungskreislauf

Das Projekt *Kompass* ist vor dem Hintergrund internationaler Erfahrungen mit Lebensqualitätsindikatoren und mit Ansätzen strategischen Managements entstanden, die in dem internationalen Städte-Netzwerk *Cities of Tomorrow* ausgetauscht wurden. Es gibt verschiedene Versionen von strategischen Steuerungskreisläufen – im Projekt *Kompass* wurde eine sehr vereinfachte Darstellung entwickelt, die eben auch auf Bürgerforen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern nahegebracht werden kann.

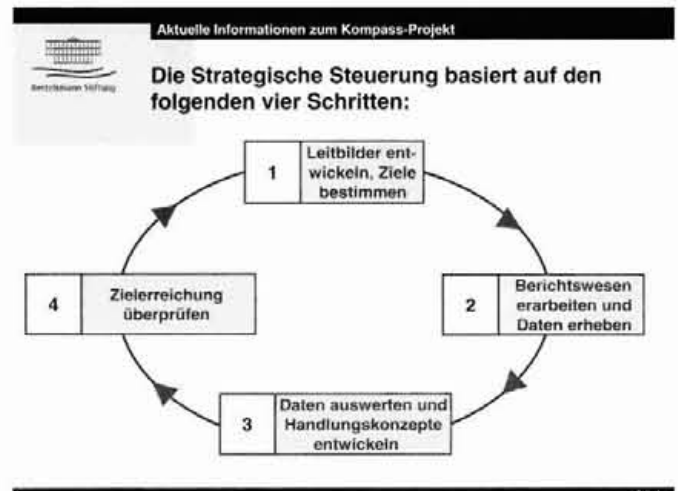
Schritt 1: An erster Stelle steht die Formulierung von Zielen bzw. eines Leitbildes. In den meisten Kompass-Kommunen erfolgte dies bereits mit einem Zielfindungsworkshop, an dem die Mitglieder aus Stadtrat bzw. Kreistag, Mitarbeiterinnen der Verwaltung und Interessierte aus der Bürgerschaft beteiligt waren. Moderiert wurden diese Workshops durch die Bertelsmann Stiftung. Die hier entwickelten Ziele wurden interkommunal zu folgenden übergreifenden Zielen gebündelt:

1. Gesellschaftlichen Zusammenhalt und Identifikation mit der Stadt stärken
 2. Wirtschaftsstandort ausbauen und Arbeitsplätze fördern
 3. Gesicherte soziale Lebensbedingungen gewährleisten und attraktive kulturelle Lebensbedingungen ermöglichen
 4. Bildung und lebenslange Lernprozesse gewährleisten
 5. Gesunde Umwelt nachhaltig sichern
- Später hinzugekommen ist das Ziel Nr. 6: Den demographischen Wandel gestalten.

Diese Ziele sind bestimmt nicht besonders neu oder originell, aber sie werden von allen

Beteiligten als eine gemeinsame Vereinbarung akzeptiert.

Schritt 2: Im zweiten Schritt wurde von Bertelsmann Stiftung, den Kommunen und dem sozialwissenschaftlichen Institut GEBIT ein Kennzahlenset erarbeitet, das an den sechs übergreifenden Zielen ausgerichtet ist und das die verschiedenen Aspekte der Lebensqualität vor Ort abbildet: von Arbeitslosigkeit über Abfallaufkommen bis hin zu Radwegen.



Die gewählten Kennzahlen sind Indikatoren wie beispielsweise die Arbeitslosenquote in einer Stadt oder der Recyclinganteil am Abfall in einer Kommune, die hier dem statistischen Vergleich zwischen den Kommunen dienen. Rund 70 Kennzahlen werden bei Kompass auf einer allgemeineren Ebene (1. Steuerungsebene) erhoben, um die Lebensqualität vor Ort abzubilden. Hinzu kommen jeweils durchschnittlich 50 Kennzahlen in den Politikfeldern Wirtschaftsförderung, Soziales, Bildung und Kultur, Umwelt. (2. Steuerungsebene). (s. hierzu die In Kürze erscheinende Publikationen der Bertelsmann Stiftung: Band I: Lebensqualität messen – Transparenz durch Kennzahlen; Band II: Herausforderungen erkennen – Daten und Fakten zur Lebensqualität. Näheres unter: www.kompass-modellkommunen.de)

Ergänzt wurde dieses Kennzahlenset durch eine repräsentative Bürgerbefragung, die mit dem Institut für Demoskopie in Allensbach entwickelt und durchgeführt wurde. Jeweils 800-1200 Bürgerinnen und Bürger

pro Kommune wurden in Telefoninterviews befragt, beispielsweise nach ihrer subjektiven Einschätzung der Lebensqualität vor Ort, nach ihrer Benotung von Stadtrat und Stadtverwaltung, nach ihrer Zufriedenheit mit Schulen, Fortbildung, mit der Umwelt, nach ihrer Beurteilung des Zusammenlebens von Ausländern, Aussiedlern und Deutschen etc.

Die Städte und Kreise des Kompass-Projektes mussten sich übrigens von vornherein bereit erklären, die Ergebnisse der Datenerhebung zu veröffentlichen – egal ob diese vordergründig vorteilhaft oder nachteilhaft auszufallen schienen. Die Daten wurden zunächst in Verwaltung und Politik gesichtet und dann in jeweils einem Bürgerforum präsentiert und diskutiert. Die im Durchschnitt rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerforen haben in der Regel eine Stärken- und Schwächenanalyse in Arbeitsgruppen vorgenommen und erste Ideen für Handlungsansätze erarbeitet. Bei einer interkommunalen Auswertung wurden folgende Schwerpunktthemen aus der Datenanalyse abgeleitet: Gestaltung des Demographischen Wandels, Förderung von Kindern und Jugendlichen, Stärkung des Sozialen Zusammenhaltes, Wirtschaftsförderung und Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit, Bürgerbeteiligung. Zu diesen Schwerpunktthemen wurden Fachforen und Expertenworkshops durchgeführt sowie Trendberichte mit Handlungsempfehlungen veröffentlicht, um die Erarbeitung von Handlungskonzepten vor Ort zu unterstützen.

Schritt 3: Im dritten Schritt wurden die in den Bürgerforen formulierten Handlungsansätze vor Ort von Politik, Verwaltung und teilweise auch mit Fachleuten aus der Bürgerschaft in Workshops, Fachausschüssen oder Arbeitsgruppen bzw. Roundtables weiter entwickelt: zu einer Strategie, zu einem Handlungskonzept oder auch einzelnen Maßnahmen. In Kürze werden Beispiele für Handlungskonzepte der Kommunen in der Kompass-Publikation Band III: Innovation gestalten – Handlungskonzepte für Lebensqualität veröffentlicht.

Hier tritt dann die gleichzeitig größte Herausforderung und Schwierigkeit auf: Prioritäten zu setzen und konkrete Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Im Umkehrschluss heißt dies natürlich auch, Gewohntes aus dem Warenhauskatalog, was nicht zu der Prioritätensetzung passt, im Zweifelsfall zu streichen. Das so entwickelte Handlungskonzept findet dann idealtypischer Weise Eingang in die Haushaltsplanung, beispielsweise über einen Eckwertbeschluss.

Schritt 4: Im vierten Schritt wird regelmäßig anhand der neu erhobenen Daten evaluiert, ob der eingeschlagene Weg der richtige ist oder ob die Ziele bzw. die Handlungsmaßnahmen ggf. revidiert werden müssen.

Aktuelle Informationen zum Kompass-Projekt

Die Zielerreichung wird mit Kennzahlen (Lebensqualitätsindikatoren) gemessen.

Ziel:				
<p>Gesellschaftlichen Zusammenhalt und Identifikation mit der Stadt stärken</p> <p>Beispiel</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wahlbeteiligungsquote • Zufriedenheit mit Kommunalpolitik 	<p>Wirtschaftsstandort ausbauen und Arbeitsplätze gewährleisten</p> <p>Beispiel</p> <ul style="list-style-type: none"> • Jugendarbeitslosigkeit • Unbesetzte Arbeitsplätze 	<p>Attraktive soziale und kulturelle Lebensbedingungen ermöglichen</p> <p>Beispiel</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anteil Haushalte mit Kindern • Quote Erziehungshilfe 	<p>Bildung und lebenslange Lernprozesse fördern</p> <p>Beispiel</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schüler ohne Abschluss • Zufriedenheit von Eltern 	<p>Gesunde Umwelt nachhaltig sichern</p> <p>Beispiel</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anzahl PKW • CO2-Emissionen

Seite 5

Trainings für Kommunalpolitik – Raus aus der Kanaldeckel-Mühle

Untermuert wurde dieser Prozess durch Politikertrainings und „Lotsentrainings“ für Verwaltungsmitarbeiter, die von der Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit erfahrenen Trainern entwickelt und angeboten wurden. Die Politiker-Trainings fanden und finden fraktionsübergreifend in einer Kommune statt. Ich habe selten soviel Motivation bei KommunalpolitikerInnen erlebt. Die meisten schienen begeistert, endlich einen neuen Ansatz zu erfahren und mit einer „neuen“ Rolle konfrontiert zu werden; strategisch steuern zu sollen und zu dürfen. Und tatsächlich werden die KommunalpolitikerInnen mit dem Anspruch konfrontiert, sich aus dem Klein-Klein der Kanaldeckelpolitik zurück zu ziehen und auf die erarbeiteten Ziele zu konzentrieren. Leichter gesagt, als getan.

Schmusekurs oder Streit um die Sache?

Als kritischer Vorbehalt gegenüber dem Kompass-Ansatz wird häufig geäußert, dass durch die gemeinsame Zielformulierung die Unterschiede zwischen den Parteien verschwimmen und die Profilierungsmöglichkeiten damit für die eigene Partei entfallen. Dem kann ich nur entgegen halten, dass sich die Streitmöglichkeiten zwischen den Parteien allenfalls verlagern: auf gemeinsame Ziele können sich alle in der Regel verständigen, der Streit kann dann um den richtigen Weg, die richtigen Konzepte und Maßnahmen geführt werden. Vorteil ist: statt um symbolische Nebenschauplätze zu zanken, wird der Streit kanalisiert, ver-sach-licht. Für mich war es übrigens immer wieder verblüffend festzustellen, wie sehr sich die in Bürgerforen oder Workshops erarbeiteten

Handlungsansätze gleichen, egal ob wir in einer CDU- oder SPD-geführten Kommune moderiert haben; Ausbau der („Ganztags-) Kinderbetreuung“ und „Sprachangebote im Vorschulbereich“ wurden hier wie da auf die Agenda der Kommune gesetzt.

Handlungskonzepte in der Praxis

Was ist nun konkret in den Kompass-Kommunen umgesetzt worden? Drei Beispiele möchte ich exemplarisch hier kurz erwähnen.

- Familien-Projekt in Dortmund
Ausgehend von der demographischen Entwicklung einerseits und dem Bedürfnis nach mehr Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf andererseits, hat die Stadt Dortmund das Familien-Projekt zum Schwerpunkt erklärt, mit der Zielsetzung, Dortmund für Familien attraktiver zu machen. Das Projekt umfasste beispielsweise den Ausbau von Ganztags-schulen, den Ausbau der Nachmittagsbetreuung sowie zahlreiche Angebote für Familien. Zur Umsetzung dieses Projektes wurden alle Ansätze gebündelt und in einer ressortübergreifenden Kommission geplant.
- Maßarbeit im Landkreis Osnabrück
Der Landkreis Osnabrück hatte sich das Ziel gesetzt, die Anzahl der Sozialhilfeempfänger zu senken, indem 500 Sozialhilfeempfänger auf den Arbeitsmarkt vermittelt werden sollten. Zur Umsetzung dieses Ziels wurde eine Zielvereinbarung mit der Gesellschaft „Maßarbeit“ getroffen, die es nach wiederholtem Anlauf tatsächlich schaffte, über 500 Sozialhilfeempfänger auf geförderte Arbeitsplätze zu vermitteln.
- Integrationskonzept in Arnberg
Die Integration von Zuwanderern war das Ziel der Stadt Arnberg, nachdem die Da-

tenerhebung unter anderem ergeben hatte, dass die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss bei den Ausländern mehr als zweimal so hoch war wie bei den Deutschen. Ein runder Tisch aus Bildungsexperten, Schulleitern, Eltern, Politik und Verwaltung entwickelte daraufhin ein Handlungskonzept, das von Jugendhilfe- und Schulausschuss sowie im Anschluss daran vom Stadtrat beschlossen wurde. Es beinhaltete unter anderem zielgruppenspezifische Sprachkurse ab dem Vorschulbereich. Darüber hinaus wird ein Paradigmenwechsel vorgenommen: nicht die Probleme durch Zuwanderung, sondern die Potentiale der Zuwanderer werden in den Blick genommen. Unter anderem möchte es sich die Stadt Arnsberg zu Nutze machen, dass bei einem Drittel der Zuwanderer eine Bereitschaft zu Bürgerengagement und Partizipation besteht.

Wasser im Wein

Trotz aller positiven Erfahrungen ist festzustellen, dass „die Politik“ immer wieder auf alte Muster zurückgreift. So kommt häufig das Klein-Klein zurück ins Geschehen, und im Vorwahlkampf ist es oft auch mit der Versachlichung des Streits vorbei. Auch das übliche Rollenspiel nach dem Wahlkampf zwischen auftrumpfender Mehrheit einerseits und sich ins Schneckenhaus verkriechender Minderheit andererseits wird gerne weitergespielt.

Nachhaltigkeit von Organisations- und Kulturwandel.

Dennoch kann sich im Falle des Mehrheitswechsels in der Kommune die neue Mehrheit nicht so leicht von der gemeinsamen Agenda verabschieden. Schließlich wurden die Ziele gemeinsam entwickelt und

meistens einhellig beschlossen. Am Anfang des Prozesses stand sogar in der Regel der einstimmige Rats- bzw. Kreistagsbeschluss, sich am Projekt zu beteiligen. Umgekehrt kann die neue Opposition schwerer vor der Öffentlichkeit rechtfertigen, warum sie nun gegen bestimmte Ziele ist, die sie vorher selbst vehement vertreten hat.

Auch bleibt von der neuen politischen Kultur, die im Kompass-Projekt eingestiegt wird, immer etwas hängen. So haben die Politikertrainings bei Vielen einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen: Einmal geweckte Ansprüche lassen sich so schnell nicht mehr wegwischen. Teilweise sind Spielregeln zwischen Politik und Verwaltung getroffen worden (s. www.coesfeld.de). Und in einigen Kommunen, beispielsweise im Landkreis Osnaabrück und im Kreis Soest, wurde zwischen der Verwaltung und den einzelnen Parteien ein gemeinsames Verfahren vereinbart, das den Rahmen für strategische Planung und Haushaltsaufstellung vorgibt: Anfang des Jahres findet eine gemeinsame Strategieklausurtagung statt, bis zu einem bestimmten Termin werden Handlungskonzepte und Maßnahmen erarbeitet, im Spätsommer werden diese termingerecht in den Haushalt eingearbeitet. In diesen Kommunen hat sich nicht nur das Verhältnis der Politik untereinander, sondern auch zwischen Politik und Verwaltung verbessert.

Fazit

Fazit für mich: der Weg, der mit Kompass eingeschlagen wurde, ist ambitioniert und richtig. Es wird noch einige Zeit dauern, bis er sich gegen politische Kinderkrankheiten durchsetzt. Letztendlich aber werden viele davon profitieren: die KommunalpolitikerInnen in erster Linie, weil sie an Ge-

staltungsmacht gegenüber der Verwaltung gewinnen und weil sie die Rolle strategischer Entscheider bekommen können. Die VerwaltungsmitarbeiterInnen, weil sie mit weniger Reibungsverlusten systematischer planen können. Und schließlich die Bürgerinnen und Bürger, weil sie durch Bürgerforen, Bürgerbefragung und andere Instrumenten am Planungsprozess beteiligt werden. Und schließlich alle, weil Prioritäten gesetzt werden und der Entscheidungsprozess versachlicht wird – anhand eines Kompasses halt, der ja Schlingerkurse oder Kursabweichungen vermeiden helfen soll.

Ausblick

Das Projekt *Kompass* läuft nun bei der Bertelsmann Stiftung zum 30. Juni aus. Wie geht es dann weiter mit diesem Ansatz der strategischen Steuerung in Kommunen?

Ein Großteil der beteiligten Kommunen wird das Projekt weiter fortführen. Die Datenerhebung und der interkommunale Datenvergleich wird mittels einer internet-gestützten Datenbank fortgeschrieben. Der interkommunale Austausch im Rahmen von Projektleitertreffen wird von einer Unternehmensberatung koordiniert.

Bei der Bertelsmann Stiftung selbst fließt diese Herangehensweise der strategischen Steuerung in neue Projekte zu aktuellen Themen ein. So setzt beispielsweise das Projekt *Kommunen im Demographischen Wandel* darauf, dass zunächst im Rahmen eines „Wegweisers Demographischer Wandel“ Daten zu Bevölkerungsprognosen, Erwerbstätigkeit etc. erhoben werden, bevor dann ressortübergreifend, in einem partizipativen Prozess Handlungskonzepte erarbeitet werden. www.action2050.de

In dem neuen Wettbewerb „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik“; den die Bertelsmann Stiftung zusammen mit dem Bundesinnenministerium ausschreibt, gehören die Fragen nach einem strategischen Konzept, nach vorhandenem Leitbild, nach Berichtswesen, nach Partizipation und nach Evaluation zum Grundrepertoire der Auswahlkriterien. www.erfolgreiche-integration.de

Ein weiteres Projekt setzt auf politisch-strategische Steuerung: das gemeinsame Vorhaben von Bundesfamilienministerium und Bertelsmann Stiftung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Kommunen zu verbessern.

Aus meiner Sicht ist der Ansatz strategischer Steuerung keine Frage von links oder rechts, sondern eine Chance, politische Herausforderungen gezielt und systematisch anzugehen – auch wenn das in unserer aktuellen politischen Kultur noch schwer fällt. Allmählich scheint sich diese Einsicht zumindest in der kommunalen Landschaft durchzusetzen. Nähere Infos unter: www.kompass-modellkommunen.de



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Schwarz-grüne Farbenspiele

Einige Anmerkungen zu neuen Perspektiven der Grünen

Von Margrit Zauner

1988: In Berlin wird unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit eine rot-grüne Koalition auf Landesebene gebildet. Sie ist in der SPD umstritten und umkämpft. Der rot-grüne Senat unter Führung von Walter Momper drohte in den Verhandlungen fast an den Bedingungen der SPD zu scheitern. Dazu gehörte, dass die Grünen das Gewaltmonopol des Staates anerkennen sollen. 1981 waren sie erstmals als Fraktion ins Abgeordnetenhaus der Mauerstadt Berlin im Schöneberger Rathaus eingezogen und als Bürgerschreck der etablierten Parteien und Politiker (und wenigen Politikerinnen) bekannt. Nun wechseln die Grünen auf die Senatsbank. Die Partei, entstanden als Vertretung sozialer Bewegungen, macht anders und andere Politik, nicht nur sichtbar an der anderen Kleiderordnung. In der kurzen Zeit, die dem rot-grünen Senat bleibt, wird viel bewegt. So besteht erstmals eine Landesregierung zur Hälfte aus weiblichen Mitgliedern. Politikfelder wie Umwelt- oder Gleichstellungspolitik haben Konjunktur. 1991 endet der rot-grüne Frühling, der im Westen Berlins begonnen hatte in der nun vereinigten Stadt und geht in die 10 Jahre des Mehlaus der großen Koalition über.

2001: Im Rathaus Schöneberg wird anstelle der großen Landespolitik wieder „nur“ Kommunalpolitik gemacht. Hier wurde eine Grüne Bürgermeisterin, weil die Grünen 1996 in Schöneberg mehr Stimmen als die SPD holten. Im nunmehr vereinigten Bezirk Tempelhof-Schöneberg folgt auf eine absolute Mehrheit der CDU im Jahr 2000 bei den Neuwahlen in 2001 eine neue Situation im Bezirk. Stärkste Partei wird die CDU mit 20 Mandaten, aber die SPD hat nur ein Mandat weniger. Die Grünen mit ihren 9 Mandaten haben die Chance, zu entscheiden, wer Bürgermeister im Bezirk Tempelhof-Schöneberg wird. Eine klare Sache? Bei der SPD schon: die will Rot-Grün. Aber was wollen die Grünen? Sie sind das Zünglein an der Waage und entscheiden ob es einen sozialdemokratischen oder christdemokratischen Bezirksbürgermeister gibt. Während auf Landesebene über eine Ampelkoalition verhandelt wird, verkündet der grüne Fraktionsvorsitzende im Bezirk, dass der SPD-Kandidat für das Bürgermeisterramt im Bezirk eigentlich nicht wählbar sei, während der CDU-Kandidat, in seiner Zeit bei der Jungen Union und im Ber-

liner Abgeordnetenhaus als harter Innenpolitiker bekannt, doch eigentlich eine interessante Alternative für eine Zusammenarbeit mit den Grünen sei. Hier wird eine schon einige Zeit gepflegte Männerfreundschaft deutlich. Schließlich war der grüne Fraktionsvorsitzende mal in der Jungen Union, sass auch einige Jahre für die CDU in einem anderem Bezirk in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), bevor er aus Frust über die schlechte berufliche Behandlung durch einen CDU-Senator aus Protest aus der Partei austrat, sich danach den Grünen anschloß und dort rasch Karriere machte. Einige Grüne im Bezirk sehen immer mehr Gemeinsamkeiten mit der CDU. Die Parteibasis der Grünen kann sich diesem noch nicht anschließen; so finden schließlich Verhandlungen mit der SPD über die Bildung einer Zählgemeinschaft für die Wahl des Bürgermeisters und über gemeinsame inhaltliche Vorhaben für die Legislaturperiode statt, die erfolgreich abgeschlossen werden. Die grünen Verantwortlichen haben sich letztlich für rot-grün entschieden, weil sich mehr inhaltliche Gemeinsamkeiten herstellen ließen und weil insgesamt mehr für die Grünen erreicht werden konnte. Sie taten es aber auch in dem Wissen, dass die CDU heftig um sie wirbt und bereit ist, manche grüne Kröte zu schlucken, um so die eigene Macht zu erhalten und zu verbreitern. Und so haben sich die Grünen-Verantwortlichen für Rot-Grün entschieden, weil mehr für sie herauszuholen war.

2003: In der BVV Tempelhof-Schöneberg beschließen die Grünen und die CDU gegen die Stimmen der SPD und der FDP den bezirklichen Haushalt. In der Haushaltsdebatte betonen die Grünen stolz, dass die CDU allen ihren Wünschen nachgegeben hat (und dabei Positionen aufgegeben hat, die im Jahr davor noch Grundlage für die Ablehnung des Haushalts durch die CDU waren). Die SPD hatte eigene Wünsche angemeldet; die CDU hat sich von den Grünen alles diktieren lassen, so entscheiden sich die Grünen für den Haushalt mit der CDU und freuen sich über die öffentliche Wirkung, da einige in der CDU und bei den Grünen auf Landesebene hierin Vorboten für eine schwarz-grüne Zusammenarbeit auf Landesebene sehen. Nach der gemeinsamen Entscheidung für den Haushalt entdecken CDU und Grüne zunächst viele weitere neue Ge-

meinsamkeiten. Die Grünen sind merkwürdig still, wenn es um Themen wie Fixerstuben oder den Erhalt von autonomen Jugendzentren geht, die der CDU nach wie vor ein Dorn im Auge sind.

2004: Die Grünen im Bezirk ziehen die Notbremse und wählen eine neue Fraktionsvorsitzende, nachdem ihnen – besonders der Parteibasis – die schwarz-grüne Zusammenarbeit doch etwas zu eng und die rot-grüne Zusammenarbeit etwas zu vernachlässigt war. Der alte Fraktionsvorsitzende bleibt in der Fraktion und will bis zu den nächsten Wahlen (und danach) weiter für sein Modell der schwarz-grünen Zusammenarbeit werben. Die Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen im Bezirk ist *wieder kooperativ und gemeinsam werden Fragen in allen Politikfeldern gegen die CDU durchgesetzt*.

Auf Landesebene erklärt der CDU-Fraktionsvorsitzende, dass er sich schwarz-grün auf Landesebene gut vorstellen kann. Die Personen können gut zusammenarbeiten, es gibt inhaltliche Gemeinsamkeiten und die Differenzen in der inneren Sicherheit können bei etwas gutem Willen der Grünen auch überwunden werden.

*

Eine rasante Entwicklung. CDU-Politiker, die bei der Etablierung der rot-grünen Koalition 1988 noch den Untergang des Abendlandes, mindestens aber Anarchie und Chaos auf den Berliner Straßen und in der Verwaltung vermuteten, können sich vorstellen, mithilfe grüner Stimmen in das Bürgermeisterramt gewählt zu werden. Dieses ist andererseits in der Bundesrepublik schon geschehen, aber in Berlin durchaus beachtlich, weil hier die Grünen linker und die CDU trotz liberaler Vorzeigemänner in ihrem Herzen konservativer war als anderswo. Bei Abstimmungen über verschiedene kommunalpolitische Fragen (z.B. ob es Pflicht-Religionsunterricht geben soll) gab es schwarz-grüne Mehrheiten gegen die Sozialdemokratie. Was hat sich in nur 12 Jahren so verändert? Welche Themen tragen die inhaltliche Veränderungen? Welche Personen stehen dahinter? Welche gesellschaftlichen Entwicklungen haben diese Entwicklung befördert?

Dazu möchte ich im folgenden einige Thesen vor dem Hintergrund meiner persönlichen kommunalpolitischen Erfahrungen in fünf Jahren in einem Berliner Bezirk zur Diskussion stellen. Es ist m.E. der Beginn einer notwendigen Debatte, in der wir in der SPD akzeptieren müssen, dass die auch im Kon-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



text dieser Zeitschrift geführten Debatten über die gesellschaftliche Reformkraft des rot-grünen Projektes vor Ort im Laufe der Jahre zum Teil mit anderen Erfahrungen konfrontiert wird.

1. Die Grünen haben sich in den 25 Jahren ihres Bestehens rasant verändert. Die Anpassungsleistungen um politische Macht und Regierungsämter zu erlangen, sind extrem hoch. Die Grünen, die Positionen im Sinne des rot-grünen Veränderungsprojektes vertreten, werden weniger. Dieses ist am deutlichsten an den Grünen zu sehen, die den langen Weg von den ersten Fraktionen bis in die Ministerämter auf Bundes- und Landesebene gemacht haben. Die Fähigkeit, Kröten zu schlucken hat sich in beeindruckender Schnelligkeit weit verbreitet. Die Partei besteht 25 Jahre, die Werte gründen sich auf die unterschiedlichen Erfahrungen in den sozialen Bewegungen. Die politisch-ideologische Basis wird vor allem aus den persönlichen Erfahrungen der einzelnen Aktiven gespeist, aus ihren Erfahrungen mit der SPD und anderen Parteien.

2. Die Grünen treten mit der FDP in den Wettstreit um die Rolle des bürgerlichen Züngleins an der Waage zur Durchsetzung der Interessen ihrer Klientel. Dabei haben die Volksparteien eher größere Probleme, weil ihre eigene Klientel breiter differenziert und weniger auf einzelne Gruppen einzugrenzen ist. Die Skepsis der Grünen gegenüber großen Organisationen wie Gewerkschaften oder großen Trägern der freien Wohlfahrtspflege fördert kleine, auf Partialinteressen gerichtete Interessensvertretung.

3. Kommunalpolitik ist auch der Personalpool, aus dem sich die zukünftigen Mandatsträger/innen auf Bundes- und Landesebene ganz überwiegend rekrutieren. Die „neuen“ Koalitionen auf Landesebene wurden durch persönliche Gespräche der jeweiligen Parteispitzen bisher ferner Partner vorbereitet, das war bei rot-grün nicht anders als bei rot-

rot in Berlin. Gegenwärtig erleben wir Gespräche zwischen schwarzen und grünen Politikern, die zunächst ganz unverbindlich die Gemeinsamkeiten und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit sowie der „Chemie“ zwischen den Personen ausloten. Die gemeinsame Verfassungsklage der CDU, der FDP und der Grünen gegen den Berliner Landeshaushalt war ein erstes gemeinsames Projekt, die Zusammenarbeit wird in unterschiedlichen Kontexten erprobt.

4. Die CDU sucht nach neuen Optionen. Um gegen die Vielfalt der Wahlmöglichkeiten der SPD zu konkurrieren, braucht die CDU dringend weitere politische Optionen als nur die Koalition mit der FDP oder rechtspopulistischen Parteien. Hier bietet sich den Grünen eine neue Perspektive, die von führenden Köpfen der Partei begrüßt wird, weil sie auch den Grünen neue Optionen neben rot-grün eröffnet und damit zunächst die Verhandlungsposition gegenüber der SPD verbessert – (so in Berlin beispielsweise vom Innenpoliker Wolfgang Wieland, einem der „Architekten“ beider Berliner rot-grüner Senate).

5. Die SPD-Basis nimmt rot-grün häufig automatisch als emanzipatorische, als linke Politik wahr. Vor Ort erleben wir – wie viele andere – in unserem Bezirk, dass CDU und Grüne sich einig sind, wenn es darum geht, Pflichtreligionsunterricht einzuführen, die Gewerkschaften und Personalräte als Blockierer des gesellschaftlichen Fortschritts anzuprangern und insgesamt die Rolle des Staates auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Es gibt entsprechende Positionen auch zum Teil in der SPD, hier allerdings in der Minderheit und in schwächerer Ausprägung.

6. SPD und Grüne haben eine Menge gesellschaftlichen Fortschritt gemeinsam erreicht. Es stellt sich die Frage, wann die Gemeinsamkeiten aufgebraucht sind, so wie sie bei der sozial-liberalen Koalition Anfang der 80iger Jahre aufgebraucht waren und durch eine bürgerliche Koalition durch CDU und FDP ersetzt wurden. Wurde dieser Zeitpunkt bereits erreicht? Welche gemeinsamen Projekte können in den nächsten Jahren das rot-grüne Veränderungsprojekt auch auf kommunaler Ebene weiterbefördern?

7. Und nun? Auf jeden Fall gibt es weiter vor Ort produktive Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen. Aber ein Automatismus, dass SPD und Grüne grundsätzlich vor Ort gemeinsam für eine gesellschaftliche Reformperspektive stehen, fehlt. Wer in der SPD gesellschaftliche Veränderungen will, muss selber die Konzepte dafür entwickeln. Die SPD-Linke muss in Konfrontation mit der neuen Mitte und der Parteirechten eigenständig Positionen zur gesellschaftlichen Veränderung aufbauen und durchsetzen. Dabei kann sie sich immer weniger auf den „traditionellen“ Bündnispartner Grüne verlassen. Uns fehlt eine neue linke Kommunalpolitik, die lokale Bewegungen mit Globali-

sierungskritik und den bestehenden Handlungsrahmen von fehlenden Geldern und steigenden Anforderungen zusammenführt.

Und was sind die Eckpunkte dieser neuen Politik?

1. Eine neue Finanzpolitik

Kommunalpolitik steht unter erheblichen finanziellen Zwängen. Fehlende finanzielle Ressourcen behindern den eigenständigen Gestaltungsspielraum vor Ort. Anstatt über die Verteilung von öffentlichen Mitteln zu streiten, steht die gemeinsame schwere Entscheidung darüber an, auf welchen öffentlichen Angebote verzichtet werden muss und wie die Verteilung der kommunalen Mittel erfolgt. Fragen, was durch freie Träger anstelle durch eigenes Personal, erbracht werden kann bzw., muss, wie und welche sozialen Mindeststandards vor Ort nötig sind und wie mit den vorhandenen Mitteln Wachstumsimpulse induziert werden können,

2. Die Definition des Gewährleistungsstaates Die finanziellen Zwänge befördern auch die Diskussion über die notwendigerweise durch den Staat direkt zu erbringenden Leistungen. Die Kommune verändert ihre Aufgabenstellung. So wird der Bereich Jugend in Berlin vom bisher größten Anbieter von Kindertagesstättenplätzen zum Ort der Qualitätskontrolle und Sicherstellung der Finanzierung von Angeboten freier Träger im Bereich der Kinderbetreuung. Die Grenzen, aber auch die Chancen dieser Veränderung und auch die daraus resultierenden Veränderungen zur Gestaltung von Kommunalpolitik müssen noch ausgelotet werden.

3. Die Ausweitung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Menschen, die in einer Kommune leben

Die Chancen und Grenzen einer Politik, die auf mehr Beteiligung setzt, müssen weiter ausgelotet werden. Die Menschen mehr an den kommunalen Entscheidungen zu beteiligen und neue Wege der Bürgerbeteiligung und direkten Demokratie zu finden, ist notwendig – allerdings brauchen wir Formen, die allen Bürgerinnen und Bürgern auch tatsächlich einen Zugang gewährt und nicht diejenigen bevorzugt, die aufgrund ihrer Ausbildung und Herkunft einen leichteren Zugang zu Formen der aktiven Beteiligung haben.

Kommunalpolitik ist Politik für die Menschen vor Ort. Sie bietet die Möglichkeit, Menschen aller Nationalitäten und Bildungsvoraussetzungen, Frauen wie Männer, Jugendliche wie Senior/inn/en, Sozialhilfeempfangende wie Gewerbetreibende in die Gestaltung ihres unmittelbaren Wohnumfeldes einzubeziehen. Die Ausgestaltung erfolgt vor Ort sicher unterschiedlich – aber hier ist gesellschaftliche Veränderung sehr schnell den Menschen begreifbar zu machen und muss mehr sein, als Interessensvertretung der am besten organisierten Bürgerinitiative. In diesem Sinne können wir hier das rot-grüne Projekt konkret ausgestalten.

Mehr Erfolg durch Public Private Partnership?

Aktuelle Trends in der kommunalen und regionalen Wirtschaftspolitik

Von Ulf-Birger Franz

Zahlreiche Kommunen und Regionen haben in den letzten Jahren versucht oder versuchen zur Zeit, ihre Wirtschaftsförderung neu aufzustellen. Die Hintergründe dafür sind vielfältig: die Finanzkrise der Kommunen zwingt zur Überprüfung bisheriger Aktivitäten, durch den voraussichtlichen Wegfall der EU-Förderung für Westdeutschland im Jahre 2006 verlieren existierende Institutionen ihre Finanzierung, einzelne erfolgreiche Beispiele regen überdies zur Nachahmung an und wecken auch so manche Illusion. Eine besondere Rolle bei der Neuaufstellung regionaler Wirtschaftspolitik spielt die Idee, Wirtschaftsförderung als gemeinsame Aktivität von öffentlicher Hand und privaten Unternehmen (Public Private Partnership) organisieren zu können.

Erfreulich an der aktuellen Debatte um regionale Wirtschaftspolitik ist vor allem, dass im Rahmen der Neuorientierung eine Überprüfung bisheriger Inhalte und Institutionen der Wirtschaftsförderung stattfindet. Dies bietet Regionen die Chance, im Rahmen einer Strategiedebatte Ziele, Akteure und Instrumente neu zu definieren und zu justieren. Dabei sind in jedem Fall mittel- und langfristige Strategien gefragt, denn erfolgversprechende Projekte wie Technologieparks oder Branchennetzwerke entwickeln sich nicht in den zeitlichen Dimensionen von Haushaltsjahren oder Legislaturperioden, sondern häufig erst in Zeiträumen von sechs, acht oder 10 Jahren. Weniger erfreulich ist allerdings, dass viele Regionen die Chance zu einer aktiven strategischen Positionierung und zur Herstellung eines regionalen Konsens über den eigenen Entwicklungspfad und wirtschaftliche Leitbilder nicht nutzen, sondern die Verantwortung für diesen Prozess an „die Wirtschaft“ delegieren und lediglich als Sponsor privatwirtschaftlicher Aktivitäten auftreten. Als aktuelle Trends der regionalen Wirtschaftspolitik lassen sich neben neuen Formen der Public Private Partnership vor allem Regionalisierung, Innovationsorientierung, Cluster-Politiken und eine stärkere Verzahnung mit der Arbeitsmarktpolitik skizzieren:

Regionalisierung

Wirtschaftsförderung orientiert sich zunehmend an Wirtschaftsräumen und Arbeitsmarktreionen anstelle von politischen und historischen Grenzen. Dadurch entstehen neue Kooperation zwischen Landkreisen, Städten und innerhalb von Großstadtreionen. Positive Beispiele für derartige Kooperationen sind die Regionen Stuttgart und Hannover, die bei der Regionalisierung kommunaler Aufgaben sehr weit sind, oder die Metropolregion Hamburg, in der drei Bundesländer und zahlreiche Kommunen kooperieren und sich auf Leitbilder verständigen. Mittlerweile gibt es zunehmend auch regionale Kooperationen über Grenzen hinweg (Aachen/Maastricht/Lüttich oder Kopenhagen/Malmö). Diese verstärkte Regionalisierung lässt sich europa- und weltweit feststellen, selbst in zentralistischen Ländern wie Frankreich oder Großbritannien entstehen zur Zeit starke regionale Institutionen, die vor allem die wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit und die Präsenz im internationalen Standortwettbewerb verbessern sollen. Diese Regionalisierung geht jedoch keinesfalls ohne Widersprüche und Konflikte vonstatten, denn erstens sind lokale Befindlichkeiten häufig schwer zu überwinden, zweitens schließt Kooperation zwischen Nachbarstädten auch Konkurrenzsituationen nicht aus und drittens hat manche regionale Institution eine fragwürdige demokratische Legitimation.

Innovationsorientierung

Zu den regionalen Potenzialen, denen in den letzten Jahren wieder mehr Beachtung geschenkt wird, gehören vor allem die Hochschulen. Haben Generationen von Wirtschaftsförderern die Universitäten vollständig ignoriert, so wird ihr Stellenwert als Ausbildungseinrichtung für Hochqualifizierte (der größte Engpassfaktor für die meisten Unternehmen), als Forschungseinrichtung, als (internationaler) Treffpunkt für Führungskräfte von morgen und als Imageträger für die Region mittlerweile in vielen Städten er-

kannt. Hochwertige Technologieparks im Umfeld von Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen waren in den letzten Jahren zumeist sehr erfolgreich und haben nicht nur eine Funktion als attraktiver Gewerbestandort für innovative Unternehmen, sondern vor allem auch als Symbol und Imageträger, der erfolgreiche Modernisierung verkörpert und als „Leuchtturm“ Strahlkraft nach innen und außen entwickelt. Ein gelungenes Beispiel ist der Technologiepark Bremen, der im Kontext einer technologie- und wissenschaftsorientierten Inszenierungsstrategie inklusive Science Center („Universum Bremen“) dazu beigetragen hat, das ramponierte Image des Wirtschaftsstandorts Bremen gehörig aufzumöbeln. Seit 1990 sind hier rund 6.500 hochqualifizierte Arbeitsplätze neu entstanden, perspektivisch soll sich das Areal zu einem „Hochtechnologie-Stadtteil“ entwickeln (vgl. Willms 2003). Auch regionale Existenzgründungspolitik orientiert sich mittlerweile in Großstadtreionen stärker von einer allgemeinen zu einer spezifischen und technologieorientierten Gründungsförderung.

Cluster-Politik

Im Zuge einer innovationsorientierten Politik werden nicht nur die Hochschulen stärker genutzt, sondern auch andere Kompetenzträger und Institutionen werden stärker in regionale wirtschaftliche Prozesse einbezogen. Dies geschieht häufig durch eine Cluster-Politik. Als Cluster werden regionale Netzwerke von Unternehmen, Forschungs- und Qualifizierungseinrichtungen einer bestimmten Branche oder eines Branchenzusammenhangs bezeichnet, innerhalb derer sich Synergien und damit spezifische Wettbewerbsvorteile gegenüber Betrieben außerhalb dieses Netzwerks bemerkbar machen (vgl. Rehfeld 1999). Beispiele für derartige leistungsfähige Cluster sind die Automobilindustrie in den Regionen Stuttgart und Braunschweig, die Finanzwirtschaft im Raum Frankfurt oder die Möbelindustrie in Ostwestfalen. Regionale Wirtschaftspolitik kann solche Cluster unterstützen und dazu beitragen, dass neue Cluster entstehen. Voraussetzung ist allerdings, dass hinreichende betriebliche Potenziale vorhanden sind. In vielen Regionen wird mittlerweile sehr inflationär und oberflächlich mit dem Cluster-B-

griff umgegangen. Ein Gewerbegebiet, in dem sich zwei Computerschrauber befinden, ist noch lange kein IT-Cluster. Positiv an dem Ansatz der clusterorientierten Wirtschaftspolitik ist vor allem die Tatsache, dass die eigenen regionalen Potenziale zum Ausgangspunkt für eine wirtschaftspolitische Strategie genommen werden.

Der öffentlichen Hand kommt im Rahmen einer Cluster-Politik vor allem die Aufgabe zu, gemeinsam mit den Unternehmen für ein Cluster-Management zu sorgen, das Netzwerke und Kooperationsplattformen organisiert, Qualifizierungspolitik koordiniert und ein überregionales Standortmarketing aufbaut.

Verzahnung mit der Arbeitsmarktpolitik

Bei allem Dilletantismus der Bundesregierung im Zuge der sogenannten Arbeitsmarktreformen („Hartz IV“) bietet der gegenwärtige Prozess die Chance, die Trennung zwischen Arbeitsmarktpolitik (Bundesagentur für Arbeit) und regionaler Wirtschaftspolitik (Kommune) zu überwinden. Dies kann dazu beitragen, den Blick der regionalen Wirtschaftsförderung von einer reinen Betriebsorientierung stärker auf den Arbeitsmarkt, ungenutzte Beschäftigungspotenziale, Qualifizierungsbedarfe und -profile zu richten. Eine enge Kooperation zwischen Bundesagentur und Kommunen bildet sich gegenwärtig in zahlreichen Regionen heraus. Erschwert wird sie übrigens durch die Tatsache, dass die regionale Struktur der Bundesagentur für Arbeit nicht kommunalen und Regions-Grenzen entspricht, sondern ihre Bezirke völlig willkürlich einzelne Landkreise durchschneiden. Einzelne Kommunen müssen so mit bis zu fünf Arbeitsagenturen verhandeln. Noch dramatischer sind allerdings die zusätzliche finanzielle Belas-

tung der Kommunen durch „Hartz IV“ und die arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen durch den Bund, die bei Arbeitsagenturen und Kommunen gleichermaßen Kopfschütteln auslösen.

Public Private Partnership in der Wirtschaftsförderung

Das neue Zauberwort für viele kommunale Entscheidungsträger heißt Public Private Partnership, kurz PPP. Dahinter steckt zumeist die Gründung einer gemeinsamen GmbH von öffentlicher Hand und privaten Unternehmen. Derartige Partnerschaften gewinnen nicht nur im Hinblick auf öffentliche Unternehmen und Infrastruktur (z. B. Gebäudemanagement an Schulen) an Bedeutung, sondern auch in der regionalen Wirtschaftsförderung. In vielen Regionen wurde und wird versucht, einzelne Aufgaben der Wirtschaftsförderung aus der öffentlichen Verwaltung auszulagern und privaten GmbHs, Aktiengesellschaften oder Stiftungen zu übertragen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist.

Wie unterschiedlich die einzelnen PPP-Modelle, ihre Ausgangsbedingungen und Aufgaben sind, zeigt allein ein Blick auf die unterschiedlichen Modelle in Niedersachsen: Der Klassiker ist die Wolfsburg AG, an der Volkswagen AG und Stadt Wolfsburg zu jeweils 50 % beteiligt sind. Die Gesellschaft koordiniert eine Reihe von Investitionsprojekten und finanziert seine Projekte vor allem durch Überschüsse, die die VW-Tochter Autovision GmbH aus der Überlassung von Zeitarbeitern an VW und Zulieferer erzielt. Die Weserbergland AG, an der drei Landkreise und zahlreiche mittelständische Unternehmen beteiligt sind, soll die Wirtschafts- und Tourismusförderung in der Region koordinieren. Das Stammkapital beträgt nur 450.000 Euro.

Die hannoverimpuls GmbH soll in zehn Jahren über 60 Mio. Euro in Projekte investieren, um fünf Schwerpunktbranchen in der Region zu fördern. Region und Landeshauptstadt Hannover sind jeweils zu 50 % Gesellschafter, Aufsichtsratsvorsitzender ist Ex-Eon-Chef Hans-Dieter Harig. Einzelne Unternehmen beteiligen sich mit kleineren Geldbeträgen und Leistungen.

Eine neue Südniedersachsenstiftung soll den Bevölkerungsverlust der Region stoppen und die wirtschaftliche Situation verbessern. Beteiligt sind drei Landkreise in Südniedersachsen, der Landkreis Eichsfeld/Thüringen (!) sowie zahlreiche Städte und Unternehmen aus der Region. Die Stiftung ist im Aufbau.

Die Konzepte der einzelnen Gesellschaften sind, nicht nur in Niedersachsen, höchst unterschiedlich. Die unterschiedlichen PPP-Ansätze basieren jedoch auf gemeinsamen Grundüberlegungen. Für die Verbreitung dieses Ansatzes lassen sich sechs wesentliche Gründe aufführen:

Die schwierige Finanzsituation der Kommunen trägt in erheblichem Maße dazu bei, dass regionale Unternehmen mit in die (finanzielle) Pflicht genommen werden sollen. Dabei wird allerdings die Finanzierungsbereitschaft der Unternehmen häufig überschätzt.

Durch eine stärkere Vernetzung verschiedener Akteure aus Politik und Wirtschaft und die Institutionalisierung dieser Zusammenarbeit sollen Kräfte gebündelt, ein besserer Informationsfluss und eine gemeinsame Verantwortung hergestellt werden. Damit sollen Unternehmen vor allem an den Standort gebunden werden.

Viele Wirtschaftsförderer, die aus der klassischen Verwaltungslaufbahn kommen, sind mit den neuen Aufgaben der Wirtschaftsförderung (Netzwerk-Management, Kooperation mit Hochschulen, Beratungsleistungen für Existenzgründer) schlichtweg überfordert. Deshalb werden parallel dazu neue Ressourcen aufgebaut.

Durch die Gründung einer GmbH, AG oder Stiftung können öffentliches Dienstrecht und bei privater Beteiligung auch die europaweite Ausschreibungspflicht für öffentliche Aufträge, die Zeit, Geld und Nerven kostet, umgangen werden.

Konkreter Anlass für die Gründung regionaler Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften kann eine stärkere regionale und damit interkommunale Ausrichtung sein. So erfordert eine Regionalisierung der Wirtschaftspolitik über politische Grenzen hinweg neue Strukturen, wenn auf dieser Ebene keine handlungsfähigen Verwaltungsstrukturen existieren.

Der augenblickliche Boom der Public Private Partnership in den Köpfen der politisch Verantwortlichen wird vor allem durch das naive Vertrauen in die Allmacht privater Unternehmen und ihrer Manager gespeist. Dies



Foto: Christian Kiel (Berlin)

folgt der Logik „Wirtschaft versteht am meisten von Wirtschaft“. Nicht erst Toll Collect und die Hartz-Kommission haben gezeigt, dass dies eine tragische Illusion sein kann. Von einigen großen Unternehmensberatungen wird sogar die Illusion geweckt, Wirtschaftsförderung ließe sich bei privater Beteiligung kostendeckend oder gar gewinnorientiert betreiben. Mit der Delegation regionaler Wirtschaftspolitik an „die Wirtschaft“ versucht sich mancher politisch Verantwortliche darüber hinaus aus der Verantwortung für Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu befreien. Die öffentlich-private Partnerschaft in der Wirtschaftsförderung stößt jedoch immer wieder an ihre Grenzen. Erfahrungen zeigen, dass entgegen allgemeiner Verlautbarungen die notwendigen Finanzmittel meistens fast ausschließlich von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden. Eine finanzielle Beteiligung von Unternehmen kommt wenn überhaupt nur symbolisch, im Rahmen politischer Tauschgeschäfte oder als eine Art „Abfindung“ für die Region bei Betriebsschließungen oder Übernahmen (Hoesch Dortmund, Gilde Brauerei/Interbrew Hannover) zustande. In anderen Fällen bestehen die „privaten Partner“ aus kommunalen Sparkassen oder Energieversorgern, so dass es sich faktisch eher um eine verdeckte Gewinnentnahme der öffentlichen Hand handelt. Häufig werden die neuen Gesellschaften entgegen der ursprünglichen Absicht, „die Wirtschaft“ auch an der Finanzierung zu beteiligen, von den beteiligten Kommunen sogar mit Finanzmitteln ausgestattet, die weit über den bisherigen Aufwendungen für die Wirtschaftsförderung liegen und die angesichts der kommunalen Haushaltsprobleme überraschen.

Die mangelnde Finanzierungsbereitschaft der Unternehmen hat vor allem den Grund, dass sie kaum bereit sind, in Projekte zu investieren, deren Früchte als öffentliche Güter in gleicher Weise anderen, finanziell nicht beteiligten Unternehmen oder gar direkten Konkurrenten zu Gute kommen. Dass obendrein keine große Bereitschaft der Unternehmen besteht, Projekte zu finanzieren, deren Umsetzung und Erfolg dem Einfluss von Kommunalpolitik und Verwaltung oder gar wechselnden politischen Mehrheiten unterliegt, tut ein übriges. Gemindert wird das finanzielle Engagement der Unternehmen obendrein durch die gegenwärtige Unternehmenskultur, die zunehmend weniger Spielräume für regionales Engagement und Sponsoring lässt, sowie durch die schwache wirtschaftliche Entwicklung. Auch bei engagierteren Unternehmen wie Volkswagen findet zur Zeit eine Konzentration der Führung auf unternehmensinterne Fragen statt. Eine Beteiligungsbereitschaft privater Unternehmen an PPP-Projekten ist vor allem dann gegeben, wenn für das einzelne Unternehmen ein unmittelbarer Nutzen erkennbar ist. Das kann man ihnen kaum vorwerfen.

Allerdings sollte sich die öffentliche Hand schwer damit tun, Projekte zu finanzieren, die nur auf die Interessen einzelner Unternehmen ausgerichtet sind und an denen andere Unternehmen nicht partizipieren können. Wie eng die Gradwanderung für die beteiligten Kommunen hier ist, musste eine der neugegründeten Gesellschaften vor kurzem erfahren, als mehrere ihrer PPP-Projekte als nach EU-Recht unzulässige Beihilfen für einzelne Unternehmen eingestuft wurden. Dort wo PPP-Projekte zu Stande kommen, handelt es sich häufig um asymmetrische Partnerschaften, bei denen die Risiken einseitig auf Seiten der öffentlichen Hand und der wirtschaftliche Nutzen auf Seiten der beteiligten Unternehmen liegt. Ein gutes Beispiel für die Gefahren einer solchen Strategie ist

die Wolfsburg AG, seit Jahren als das Vorzeigeprojekt in diesem Bereich gehandelt und von hunderten von Wirtschaftsförderern staunend besucht. Im Zuge der schwächer werdenden Autokonjunktur hat die Volkswagen AG eine Verlagerung wirtschaftlicher Risiken auf die Wolfsburg AG und damit auch die Stadt Wolfsburg vorgenommen. So musste die Stadt eine Kapitalaufstockung der Wolfsburg AG mittragen, um den ursprünglich allein von Volkswagen geplanten Mobile-Life-Campus mitsamt Auto-Universität zu finanzieren. Gleichzeitig musste die Stadt mehr als 30 Mio. Euro Gewerbesteuer an VW zurückzahlen. Eine derartige Form öffentlich-privater Partnerschaft ist in der Tat eher als *Pressureship* denn als *Partnership* zu bezeichnen (vgl. Krebs 2004).

E+Z

Die Zeitschrift für Entwicklungspolitik
und Nord-Süd-Beziehungen



- Behandelt die **Schwerpunkte** deutscher und internationaler Entwicklungszusammenarbeit – von Armutsbekämpfung bis Zivile Konfliktbearbeitung
- Beleuchtet **Fakten und Tendenzen** aus Forschung und Praxis sowie Organisationen der internationalen Entwicklungspolitik
- Bietet **Analysen und Berichte** zu Fragen der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Nord-Süd-Beziehungen
- Bringt **Meinungen** zu aktuellen entwicklungspolitischen Themen und Kontroversen
- Bietet **Neues von InWEnt**, der deutschen Organisation für internationale Personalentwicklung und Zusammenarbeit

E+Z erscheint zusammen mit der englischsprachigen Ausgabe **D+C** elfmal im Jahr und kostet im Jahresabonnement 24,00 €, im Ausland 27,00 €.

Probeheft bei:
Societäts-Verlag,
Zeitschriftenvertrieb,
Postfach,
60268 Frankfurt/Main,
Telefon: 069/75 01-42 74,
Fax: 069/75 01-45 02,
zeitschriftenvertrieb@fsd.de
www.inwent.org/e+z

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Bei der inhaltlichen Ausrichtung der Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften geht es um wichtige politische Weichenstellungen und Zukunftsentscheidungen, die sich nicht ohne weiteres und vor allem ohne Glaubwürdigkeitsverlust für die politisch Verantwortlichen ändern lassen. Klaus Dörre weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass

so ganz erheblichen Flurschaden anrichten können. Wer Wirtschaftsförderung einfach nur an „die Wirtschaft“ delegiert, weil ihm selbst dazu nichts mehr einfällt, der unterschätzt die Risiken. Denn gerade Public Private Partnership erfordert hohe Kompetenz, um auf gleicher Augenhöhe verhandeln sowie mögliche Folgekosten und Erfolgchancen abschätzen zu können. Schließlich besteht bei PPP-Projekten grundsätzlich die Gefahr eines Informationsvorsprungs spezialisierter privater Anbieter (asymmetrische Information). Ein geeignetes Modell kann Public Private Partnership vor allem dann sein, wenn es um das Cluster-Management einer Branche oder um thematisch fest definierte Projekte geht, die im gemeinsamen Interesse von öffentlicher Hand und Unternehmen liegen und deren Nutzen sich für beide Seiten abschätzen lässt. Hier können die Unternehmen mit ihrer Erfahrung zur Schaffung professioneller Strukturen beitragen. Die öffentliche Hand von ihrer Verantwortung für eine intelligente Wirtschaftspolitik zu befreien, das können sie jedoch nicht.

spw 3/2004

Darüber hinaus ist durch das Instrument der Public Private Partnership ein Wegfall von demokratischen Einflussmöglichkeiten zu verzeichnen. Dies betrifft gar nicht so sehr die Kommunalpolitik, die zumeist als Geldgeber mit am Tisch sitzt, sondern vor allem demokratische Initiativen, Verbände und Vereine – die kritische Öffentlichkeit also, die auf der Ebene kommunaler Politik eine wichtige Rolle spielt. Wenn relevante Weichenstellungen für die Zukunft einer Stadt oder Region aber aus dem öffentlichen Raum in GmbHs und Aufsichtsräte verlagert werden, dann droht die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit den Entscheidungen verloren zu gehen. Viele der in PPP entstandenen Gesellschaften beklagen sich über „öffentliches Störfeld“ oder über die fehlende öffentliche Unterstützung bei ausbleibenden Erfolgen. Dies ist aber eher als logische Folge der selbst gewählten Einsamkeit zu sehen.

sich einem „Wettbewerbsregionalismus“, bei dem die öffentliche Hand lediglich als Unterstützer lokaler Unternehmen fungiert, und dem Konzept der aktiven Regionalpolitik, die den Strukturwandel nicht dem freien Spiel der Marktkräfte überlässt, entscheiden müssen (vgl. Dörre 2003). Diese Weichenstellung drückt sich u. a. darin aus, inwieweit Qualifizierungs- und Arbeitsmarktfragen berücksichtigt werden, ob Gewerkschaften einbezogen werden oder inwieweit eine Verstäandigung auf regionale Leitbilder stattfindet.

Mit der Verlagerung wirtschaftspolitischer Aktivitäten in PPP-Gesellschaften sind für die öffentliche Hand erhebliche politische und wirtschaftliche Risiken verbunden. So ist auch zu berücksichtigen, dass Repräsentanten solcher Gesellschaften, die aus beteiligten Unternehmen kommen, zumeist über keinerlei Erfahrung im Umgang mit Politik und Medien verfügen und

Literatur:

- Dörre, Klaus: Diskurs: Strukturpolitik im Vergleich – Erfahrungen aus Chemnitz, Dortmund und Nürnberg. In: DGB Region Emscher-Lippe/ RAG Bildung (Hrsg.): Ansätze in der regionalen Strukturpolitik. Dokumentation der Fachtagung am 17.12.2003
- Krebs, Carsten: Partnership oder Pressureship? In Wolfsburg übernimmt VW immer mehr öffentliche Aufgaben. In: vorgänge 1/2004
- Rehfeld, Dieter: Produktionscluster. Konzeption, Analysen und Strategien für eine Neuorientierung der regionalen Strukturpolitik. München/Mering, 1999.
- Willms, Werner: Technologiepark Universität Bremen. Ergebnisse der Unternehmensbefragung 2002. In: BAW Monatsbericht 8/2003:

Reformpolitik für München

Chancen und Risiken sozialdemokratischer Kommunalpolitik

Von Ernst Wolowicz

Nicht nur die SPD befindet sich derzeit in der Krise, auch die sozialdemokratische Kommunalpolitik. Die Zahl der SPD-geführten Städte hat sich als Ergebnis vieler verlorener Kommunalwahlen drastisch reduziert. Zumal in den Großstädten gibt es immer weniger SPD-OberbürgermeisterInnen. In der SPD, die in den 50'er und 60'er

Jahren eine stark von Kommunalpolitikern geprägte Partei war, spielen die KommunalpolitikerInnen keine bedeutende Rolle mehr. Ihr Einfluss auf das Handeln der Bundes-SPD und der Bundesregierung ist gering. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden wird immer mehr ausgehöhlt. Der eigene Gestal-

tungsspielraum der KommunalpolitikerInnen wird immer enger.

Was sind die Ursachen für diese Entwicklungen?

Die Finanzkraft der Kommunen wurde in den letzten Jahren systematisch verschlechtert. Dies ist nicht nur der negativen Konjunkturlage und den dadurch bedingten Steigerungen der Sozialausgaben und Steuermindereinnahmen geschuldet, sondern auch den Folgen der Steuer- und Finanzpolitik der rot-grünen Bundesregierung

Dr. Ernst Wolowicz, Leitung des Direktoriums der Stadt München, wird zum 01.07.2004 das Amt des Stadtkämmerers übernehmen.

(Einnahmeverluste auch für Gemeinden durch Reformen bei der Einkommenssteuer, erhöhte Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder, viele legale Steuerschlupflöcher vor allem für Kapitalgesellschaften) Hinzu kommt, dass die Gemeinden für Bund und Länder im sogenannten übertragenen Wirkungskreis viele staatliche Aufgaben erfüllen, ohne dafür auch nur annähernd eine volle Kostenerstattung zu erhalten.

Die Finanzlage der Kommunen ist katastrophal. Im Jahr 2003 betrug das Haushaltsdefizit der Kommunen 9 Mrd. Euro. Die Kommunen müssen immer mehr Kassenkredite aufnehmen, um sich von einem Tag zum nächsten notdürftig über Wasser zu halten (Gesamthöhe 2003: 15 Mrd. Euro, zum Vergleich: 1993 nur 1 Mrd. Euro). Der Verfall der Finanzkraft führt notwendigerweise zu drastisch sinkenden Investitionen. Die Investitionen der Gemeinden der alten Bundesländer waren 2003 um 35 % niedriger als 1992. Die Infrastruktur, die Bürgerinnen und Bürger und die Konjunkturimpulse für die Wirtschaft durch die Aufträge der Gemeinden, die bisher 2/3 aller Investitionen der öffentlichen Hand tätigen, leiden darunter. Auf der anderen Seite ist der vorhandene Investitionsbedarf der Kommunen enorm. Das DIFU-Institut schätzt ihn für die Jahre 2001 bis 2009 auf 686 Mrd. Euro. Diese Entwicklungen sind wirtschaftspolitisch kontraproduktiv und gefährden den sozialen Frieden und langfristig wegen des Verfalls der Infrastruktur auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes.

Besserung ist kaum in Sicht. Durch die Senkung der Gewerbesteuerumlage, also des Gewerbesteueranteiles von Bund und Ländern, haben die Gemeinden in diesem Jahr zwar Mehreinnahmen von 2,3 Mrd. Euro, aber das Gesetzeswerk „Hartz IV“ führt nach derzeitigem Stand zu drastischen Verschlechterungen für die Kommunen. Versprochen waren den Kommunen ab 2005 2,5 Mrd. Euro Minderausgaben, nach Schätzungen des Deutschen Städtetages drohen aber durch „Hartz IV“ Mehrausgaben von 5 Mrd. Euro, es fehlen also nicht weniger als 7,5 Mrd. Euro. Die Bundesregierung bezweifelte zunächst die Richtigkeit der Prognosen der Gemeinden, musste aber nunmehr eingestehen, dass Korrekturen zugunsten der Kommunen notwendig sind.

Das Kernstück der kommunalen Selbstverwaltung, die kommunale Daseinsvorsorge, wird aber nicht nur durch den Entzug an Finanzkraft gefährdet, sondern auch durch den neoliberalen Vormarsch zur Privatisierung von immer mehr Dienstleistungsbereichen in der Europäischen Union. Die Zahl der kommunalen Stadtwerke ist bereits drastisch zurückgegangen. Dadurch ist der Einfluss der Kommunen auf die Energieversorgung und den ÖPNV abgebaut worden. Im Bereich von Wasser und Abwasser drohen ähnliche Entwicklungen.

Die Kommunen sind bei der Gesetzgebung von Ländern, Bund und EU kein Machtfaktor. Bei fast allen finanzwirksamen Gesetzen der letzten Jahre schlossen Bund und Länder Geschäfte zu Lasten eines bei der Gesetzgebung unbeteiligten Dritten, der Kommunen.

Aus all diesen Gründen geht es dem deutschen Modell der Selbstverwaltung und damit der kommunalen Demokratie im wahrsten Sinne des Wortes an die Substanz. Bisher hat die SPD-Parteiführung dieses Problem in seiner Brisanz auch für die Verankerung der SPD vor Ort nicht erkannt. Gerade in der Kommunalpolitik bestehen aber für SozialdemokratInnen, solange eine finanzielle Basis dafür vorhanden ist, gute Möglichkeiten, eigene Akzente zu setzen und damit auch wahlpolitisch erfolgreich zu sein.

Das Beispiel München

Ich möchte dies anhand einer Bilanz der Arbeit der rot-grünen Stadtratsmehrheit in München, die seit 1990 existiert, darlegen. Diese Mehrheit wurde von den WählerInnen nach 1990 in 3 Stadtratswahlen (1994, 1996, 2002) und 3 Oberbürgermeisterwahlen (1993, 1999, 2002) bestätigt.

München beschloss 1994 das Konzept der „Sozialgerechten Bodennutzung“. Dieses von der CSU damals als „Instrument aus der sozialistischen Folterkammer“ denunzierte Konzept beruht auf dem Grundsatz, dass neues Baurecht für Großinvestoren erst dann geschaffen wird, wenn sie sich durch städtebauliche Verträge verpflichten, sich an den dadurch entstehenden Infrastrukturkosten angemessen zu beteiligen. Dies ersparte der Stadt „eigene“ Investitionskosten in Höhe von 150 Mio. Euro, darunter auch die Ausgaben für über 3500 Plätze in Kinderbetreuungseinrichtungen.

Die Planungsbegünstigten streichen den von der Gemeinde durch Schaffung von Baurecht ermöglichten Planungsgewinn also nicht mehr alleine ein, sondern geben einen Teil davon für die Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur ab. Wie die Zahl von über 90 abgeschlossenen städtebaulichen Verträgen zeigt, handelt es sich für beide Seiten um eine „win-win-Situation“:

Auch in München wird die Verwaltung nach dem „Neuen Steuermodell“ seit 10 Jahren reformiert. Dieser Prozess ist mühsam, aber ohne Alternative. Gelingt es der öffentlichen Verwaltung nicht – vor dem Hintergrund der Finanzkrise und den dennoch wachsenden Ansprüchen der BürgerInnen – wirtschaftlicher, effizienter und kunden- und mitarbeiterfreundlicher zu werden – also die Quadratur des Kreises zumindest zu versuchen – werden sich die Privatisierungs-Fans aller Parteien durchsetzen.

In den Augen der Münchner BürgerInnen hat sich diese Reform vor allem mit dem verbesserten Kundenservice bewährt. Mit wachsender Tendenz bestätigen sie bei Meinungsumfragen, dass sie mit ihrer Stadtverwaltung zufrieden sind. Bei der jüngsten Befragung Ende 2003 waren es schon fast zwei Drittel. Dies ist gerade in Zeiten modischer Bürokratiekritik ein erfreulich hoher Wert.

Ein wichtiges Instrument zur besseren Transparenz ist die Einführung der kaufmännischen Buchführung, die in den Jahren 2003 bis 2006 umgesetzt wird. Auch mit dem international beachteten Beschluss des Stadtrates vom Mai letzten Jahres sowohl beim IT-Betriebssystem wie bei der Software auf open-source-Produkte umzusteigen und sich aus der Abhängigkeit von einem Fast-Monopolisten zu befreien, hat München seine Bereitschaft zu grundlegenden Innovationen unter Beweis gestellt. Anfang 2005



Foto: Christian Kiel (Berlin)

wird diese Migration beginnen. In einem gemeinsamen Projekt mit den Stadtwerken München, der Stadtparkasse und der IHK und der Handwerkskammer wurde Anfang dieses Jahres das Internet-Stadtportal München gestartet. Bei einem Städtevergleich der Zeitschrift „Tomorrow“ landete es auf Platz 2. Das datenbankgestützte Informationssystem für statistische Daten ZIMAS und das pädagogische und IT-Projekt „Schulen ans Netz“ erhielten bundesweite best-practice-Preise. Die öffentlichen Stadtratsbeschlüsse werden inzwischen über das Ratsinformationssystem in das Internet eingespeist. Grundlegende Veränderungen bei kommunalen Betrieben

Aus dem Eigenbetrieb Stadtwerke wurde 2001 die Stadtwerke München GmbH. Die Stadtwerke haben bewiesen, dass öffentliche Unternehmen effizient arbeiten können und sich in der Konkurrenz mit Privatunternehmen behaupten können. 1993 hatten die Stadtwerke noch einen Verlust von 113 Mio. Euro, im letzten Jahr hatten sie einen Gewinn von 115 Mio. Euro. Diese Umwandlung von einem defizitären Monopol-Unternehmen in ein modernes auf dem Markt erfolgreich agierendes Unternehmen lief mit einem sozial verträglichen Personalabbau einher, es gab keine betriebsbedingten Kündigungen. In der Münchner SPD gab es vor der Umwandlung in eine GmbH heftige Diskussionen dazu. Auf dem Parteitag stimmten 40% der Delegierten dagegen. Heute ist diese Entscheidung kaum noch umstritten.

Aus dem Amt für Abfallwirtschaft wurde der Eigenbetrieb „Abfallwirtschaftsbetrieb München“, aus dem Regiebetrieb Kammerspiele wurde ein Eigenbetrieb, aus dem Regiebetrieb städtische Altenheime die gemeinnützige GmbH „München-Stift“, aus der Münch-

ner Volkshochschule e.V. eine gemeinnützige GmbH und aus den 4 Eigenbetrieben der städtischen Krankenhäuser wird ab 2005 eine einheitliche GmbH werden.

Es sei nicht verschwiegen, dass diese Maßnahmen notwendig waren, um flexibles unternehmerisches Handeln zu ermöglichen, aber dass es ebenso notwendig ist, ein System des Controllings und der Steuerung dieser teilweise verselbständigten kommunalen Unternehmen weiterzuentwickeln, um zu gewährleisten, dass der politische Wille des Stadtrates von den Geschäftsführungen beachtet wird. All diese Unternehmen unterliegen weiterhin einem öffentlichen Zweck, auch wenn sie teilweise mit privatwirtschaftlichen Unternehmen konkurrieren und in privaten Rechtsformen arbeiten.

In der Stadtverwaltung sind übrigens die Frauen auf dem Vormarsch. Das Angebot an Teilzeit-Stellen wurde ausgedehnt. Ihr Anteil an den Führungskräften stieg von 15 % im Jahr 1992 auf 40 % im Jahr 2003, liegt damit aber immer noch unter ihrem Beschäftigtenanteil von 55 %.

München wagt mehr direkte und partizipative Demokratie

Kommunale Demokratie muss auch Auswirkungen auf die Stadtviertel haben. Durch einen gegen die CSU 1995 durchgesetzten Volksentscheid wurde es in Bayern ermöglicht den „Stadtteilparlamenten“ der Großstädte, den Bezirksausschüssen, Entscheidungsrechte zu geben. Diese 1996 erstmals direkt gewählten 25 Münchner Bezirksausschüsse haben inzwischen eigene Entscheidungsrechte, eigene Geschäftsstellen und seit 2001 auch ein eigenes Budget.

Die Bürgerbeteiligung bei wichtigen Planungs- und Bauvorhaben wurde über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus aus-

geweitet. Die Bezirksausschüsse werden bei städtebaulichen Wettbewerben beteiligt. Kommunale Bürgerentscheide ermöglichen Elemente der direkten Demokratie. 1996 entschieden sich die Münchner BürgerInnen mit knapper Mehrheit für einen Ausbau der zentralen Straßenverkehrsverbindung „Mittlerer Ring“, 1997 mit deutlicher Mehrheit gegen einen Stopp von zwei großen Wohnungsneubauprojekten, 2001 mit großer Mehrheit für die Verkehrsanbindung des neuen Fußball-Stadions. 2003 scheiterte ein Volksentscheid gegen die wegen der Haushaltskonsolidierung notwendig gewordene geringfügige Reduzierung der Stadtebibliotheken an der Zustimmungsklausel von mindestens 10 % der Wahlberechtigten. Ende dieses Jahres gibt es wahrscheinlich einen Bürgerentscheid, der sich gegen 3 Hochhaus-Projekte richtet.

Investitionen in guten wie in schwierigen Zeiten wagen

Vor allem in den finanziell besseren Zeiten der letzten 10 Jahre, aber auch durch antizyklisches Verhalten in wirtschaftlich schwierigen Phasen konnte die Stadt München große Investitionsvorhaben selbst vorantreiben bzw. mitfinanzieren. Dazu gehören u.a.:

- die Verlagerung der Münchner Messe aus der beengten Stadtmitte an den Stadtrand nach Riem
- die Verlagerung des Flughafens München vom Stadtrand in Riem in die Region
- der Bau neuer Wohnviertel in der Messestadt Riem und in der Nordheide
- die Errichtung von 54000 neuen Wohnungen in den Jahren 1993 bis 2003
- entgegen dem bundesweiten Trend Steigerung der Zahl der Wohnungen der beiden großen städtischen Wohnungsbaugesellschaften in diesem Zeitraum um 2652 auf 46084
- der Ausbau des U-Bahn-Netzes um 26,7 km auf 58,3 km
- den Ausbau und die Beschleunigung der Trambahn-Strecken
- die komplette Erneuerung der städtischen Bus-Flotte
- der Neubau von großen städtischen Verwaltungsgebäuden mit verbessertem Bürgerservice
- der Neu-, Erweiterungs- und Umbau von städtischen Kulturgebäuden (z.B. Münchner Kammerspiele, Literaturhaus, Lenbach-Galerie, Verkehrsmuseum und Stadtteilkulturzentren)
- der Bau von neuen Kinderbetreuungseinrichtungen (seit 1993 1620 neue Krippenplätze und über 7100 Kindergartenplätze)
- die Errichtung von 100 zusätzlichen Grünanlagen und 60 neuen Spielplätzen
- fast 345 Mio. Euro Investitionen im Schulbereich
- die Schaffung von sechs neuen Altersservice-Zentren
- mehrere ökologische Großprojekte



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Foto: Christian Kiel (Berlin)



(Rauchgasreinigungsanlagen in Heizkraftwerken, Bau von Blockheizkraftwerken, Ausbau von Kraft-Wärme-Koppelungs-Anlagen, Bau von Photovoltaik-Anlagen, Modernisierung des Fernwärmenetzes)

- die Steigerung der Attraktivität der städtischen Bäder durch Umbau und Neubau (Steigerung der Besucherzahlen um 25 %)
- Schaffung von drei neuen Gewerbehöfen.

Voraussetzung für diese rege Investitionstätigkeit war eine sehr hohe Investitionsquote der Stadt München, die bei der Pro-Kopf-Rate der kommunalen Investitionen in den letzten 10 Jahren deutlich an der Spitze aller deutschen Großstädte liegt. Die wirtschaftliche Prosperität Münchens, die sich in zahlreichen größeren und kleineren Vorhaben von Unternehmen ausdrückte, war dafür eine wesentliche Grundlage. Die Stadt förderte diesen Prozess durch planungsrechtliche Maßnahmen und durch den Ausbau der verkehrlichen, sozialen, schulischen und kulturellen Infrastruktur.

Aber auch im wirtschaftlich erfolgreichen München ist nicht alles Gold was glänzt. Die Kehrseite der positiven wirtschaftlichen Entwicklung sind sehr hohe Miet- und Lebenshaltungskosten. Die sogenannte Armutspopulation stieg von 122000 im Jahr 1989 auf 157000 im Jahr 2002, die Armutsdichte (Arme pro 1000 EinwohnerInnen) erhöhte sich also von 96 auf 116. Durch die Folgen von „Hartz IV“ (starke Einkommensreduzierungen bei Langzeitarbeitslosen und deren Familien) wird sich dieser negative Trend auch im relativ reichen München noch drastisch verschärfen. Nach derzeitigem Stand führt allein „Hartz IV“ zu Mehrausgaben von 80 Mio. Euro im Jahr 2005! Die Arbeitslosenquote liegt zwar immer noch um 30 % unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer, steigt aber kontinuierlich und im letzten Jahr überproportional an.

Nur noch in 16 % der Haushalte dieser Stadt gibt es Kinder. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren an der Gesamt-

bevölkerung steigt allerdings minimal an. Seit drei Jahren gibt es entgegen dem Trend fast aller anderen deutschen Großstädte einen kleinen Geburtenüberschuss.

Wegen des zeitlich bedingten Wegfalles der Belegungsbindungen sank die Zahl der Sozialwohnungen von 88000 im Jahr 1994 auf 57000 im Jahr 2003. Hingegen stieg die Zahl der Vormerkungen von Sozialwo-

nungs-Suchenden im selben Zeitraum von 7500 auf 11900 an.

Wegen der steigenden Anforderungen stieg der Etat des städtischen Sozialreferates im Verwaltungshaushalt im Vergleich zu anderen Aufgabenbereichen stark überproportional von 617 Mio. Euro 1994 auf 945 Mio. Euro im Jahr 2004 an. Für 2005 sind 1052 Mio. Euro eingeplant.

Kommunale Finanznot trifft auch München

Auch München leidet zunehmend unter der Finanznot der Kommunen. Seit 2002 wird im Verwaltungshaushalt kein Überschuss mehr erwirtschaftet. Auch für die nächsten Jahre ist ein Defizit

eingepplant. Eine grundlegende Besserung ist trotz einer seit längerem eingeschlagenen Haushaltskonsolidierungspolitik nicht in Sicht. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird drastisch steigen. Die Rekordhöhe der städtischen Investitionen der letzten Jahre (um 1 Mrd. Euro Investitionen jährlich) ist nicht mehr zu halten. Die Investitionen werden stark zurückgehen.

Die Stadt wird zunehmend gezwungen, sich trotz flauer Konjunktur prozyklisch zu verhalten, um nicht in die Schuldenfalle zu geraten und um die Genehmigung der Höhe der städtischen Kreditaufnahme durch die staatliche Rechtsaufsicht weiterhin zu erhalten. Gelänge dies nicht, drohte auch München das Schicksal von Städten wie Frankfurt am Main und Würzburg, die von einem staatlichen Finanz-Kommissariat der dem Landes-Innenministerium unterstehenden Bezirksregierung gesteuert werden, das den Kommunen, deren Kreditaufnahme nicht mehr genehmigt wird, bis ins Detail die Art der Einnahmenerzielung und des Ausgabenverhaltens diktiert. Es gibt zwar in beiden Städten weiterhin Oberbürgermeisterinnen und Stadträte, viel zu sagen geschweige denn zu entscheiden haben sie aber in Wahrheit nicht mehr.

Auch die wirtschaftlich erfolgreiche Stadt München hat wegen der nicht selbst verschuldeten Finanznot also keine Alternative zu einem rigiden Sparkurs. Konjunkturpolitisch ist dies widersinnig, realpolitisch und fiskalpolitisch ist dies aber notwendig, um die kommunale Selbstverwaltung wenn auch mit verringertem Spielraum zu bewahren.

Für die SPD-geführte Stadt wird es entscheidend darauf ankommen, die Errungenschaften der letzten 14 Jahre so weit es geht zu verteidigen und die Demagogie der CSU, deren Steuerreformpläne die Lage der Kommunen noch weiter verschlechtern würden und die im Bundesrat „Hartz IV“ zu Lasten der Kommunen verändert hat, zu bekämpfen.

Will die Bundes-SPD die einst starke Position der Sozialdemokratie in den Kommunen zurückgewinnen bzw. wenigstens den weiteren Vormarsch der CDU stoppen, muss sie den Kommunen bei „Hartz IV“ entgegenkommen und ihre ursprünglichen Versprechen einhalten. Dies wird der Härtesten der Bundesregierung aus Sicht der Kommunen sein. Besteht sie und die Bundesratsmehrheit ihn nicht, wird sich der Uhrzeiger der Kommunen, der hinsichtlich der Finanzlage jetzt bereits auf 5 nach 12 Uhr steht, noch weiter in die falsche Richtung drehen. Die strukturelle Schiefelage der Kommunalfinanzen würde im worst case verschärft. Die kommunale Selbstverwaltung wäre dann tatsächlich nur noch eine leere Hülle. Die politische Intelligenz der SPD-Parteiführung sollte groß genug sein, um dies zumal vor den bevorstehenden Kommunalwahlen z.B. in Nordrhein-Westfalen zu erkennen.

Aber selbst ein best case für die Kommunen würde deren Finanzprobleme nur etwas lindern, nicht lösen. Notwendig ist in der SPD eine Grundsatzdiskussion zum immer wieder aktuellen Thema, was für Gestaltungsmöglichkeiten wir für Staat und Gemeinden wollen und wie sie finanziell ausgestattet werden sollen. Eine weiterer wirtschafts- und finanzpolitischer Kurs, der den privaten Reichtum (allerdings mit starker sozialer Schiefelage) fördert und den Staat finanziell im Vergleich dazu schwächt (Rückgang der Steuerquote am BIP), wäre schwer mit bisherigen sozialdemokratischen Grundwerten vereinbar und auch wohl wahlpolitisch wenig erfolgreich. Denn nur reiche BürgerInnen können sich einen armen Staat und arme Gemeinden leisten.

Die Diskussion zum neuen Grundsatzprogramm der SPD bietet die Chance, zu den wieder einmal sehr aktuellen Fragen „Was für einen Staat wollen wir SozialdemokratInnen“ und „Was ist uns kommunale Demokratie wert?“ innerhalb der Partei und mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen einen Diskurs zu führen. Dies wäre eine Chance für eine demokratische Streitkultur innerhalb und außerhalb der SPD.

Serbien kommt nicht zur Ruhe

Von Dušan Reljic

Am 13. Juni wird Serbien zum dritten Mal seit Dezember 2001 einen neuen Präsidenten wählen. Die bisherigen Versuche scheiterten am Desinteresse der Bevölkerung sowie den Querelen innerhalb der sehr bunten politischen Koalition, der es am 5. Oktober 2000 gelungen war den Alleinherrscher Slobodan Milošević zu stürzen. Diesmal wird es sicher einen Präsidenten geben – schon, weil in der Zwischenzeit die erforderliche Mindestbeteiligung von 50 Prozent der Wahlberechtigten abgeschafft wurde.

Das war die erfreuliche Nachricht. Die betrübliche lautet, dass der Kandidat der extremistischen nationalistischen Serbischen Radikalen Partei (SRS), Tomislav Nikolic, die besten Aussichten hat in der ersten Wahlrunde die meisten Stimmen an sich zu ziehen. Ob dann zwei Wochen später, bei der erwarteten Stichwahl, die Parteien des so genannten demokratischen Lagers so viel Vernunft aufbringen werden, um einen gemeinsamen Kandidaten zu unterstützen, ist offen. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei (DS), Boris Tadic, der jugendhafte Nachfolger des ermordeten Hoffnungsträgers Serbien, Zoran Djindjic, sticht unter den Kandidaten hervor. Um zu siegen, braucht Tadic jedoch die Stimmen der Anhänger der rechts-konservativen Demokratischen Partei Serbiens (DSS), die vom Premier Vojislav Koštunica angeführt wird. Für Koštunica ging es bis jetzt darum, wie er sich ausdrückt, Äquidistanz zu der Radikalen Partei und der Demokratischen Partei zu bewahren – sieht er sich doch gerne in der Rolle des über den Niederungen des politischen Alltags schwebenden und nur das Wohlergehen der Nation und des Staates vor den Augen habenden Moralisten.

Koštunicas Gegner werfen ihm aber vor, trotz seiner Bekundungen den Anschluss Serbiens an die Europäische Union als »Schicksalsfrage« aufgefasset zu haben, im Grunde eine Re-Legitimierung der nationalistischen Ausschließlichkeit zu betreiben. Jedenfalls steht fest: Sollte er nicht tatkräftig den weiteren Aufstieg der Radikalen Partei verhindern helfen, wird er, nicht nur in Augen vieler Bürger Serbiens, sondern auch im Ausland, zum Hauptschuldigen für die politische Katastrophe, die dem Land nach einem eventuellen Sieg Nikolics bevorstehen wür-

de. Die unvermeidliche erneute internationale Isolation und das Wegfallen weiterer wirtschaftlicher Hilfe würde Serbien vor schwierigste sozioökonomische Probleme stellen. Die größte Gefahr würde jedoch für den inneren Frieden entstehen, denn Nikolics Radikale Partei, früher engst verbündet mit Milošević, hat bisher ohne Vorbehalte ihre antidemokratische, ja sogar antizivilisatorische Einstellung auf den Tag gelegt. Nikolic als Staatspräsident kann Serbien zwar nicht in eine Diktatur verwandeln, aber er kann die politische Krise derart zuspitzen, dass weitgehende Verwerfung, einschließlich Gewalt gegen Andersdenkende, möglich wäre.

In wenigen Wochen wird zu sehen sein, in wie weit dieses Schreckensszenario gerechtfertigt war. Aber auch wenn die demokratischen Kräfte mit Tadic einen Sieg erringen, bleibt offen wie lange die »Kohabitation« mit Premier Koštunica andauernd, und wie Serbien zu einer stabilen und reformorientierten Regierung finden könnte. Denn wirtschaftlich erreicht das Land nicht einmal die Hälfte des Sozialproduktes aus dem Jahr 1989, vor dem Beginn der jugoslawischen Nachfolgekriege. Im Vorjahr wuchs das Brutto-sozialprodukt um 1,5 Prozent (nach 3,3% in 2002) – notwendig wäre ein sechsfaches Tempo, um bis zum Ende dieses Jahrzehntes zumindest wieder dort zu sein, wo das Land vor 15 Jahren war.

Das verpuffte Wirtschaftswunder

Im Bericht der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung für 2002 hieß es, Serbien und Montenegro (damals Bundesrepublik Jugoslawien) hätten, im zweiten Jahr in Folge, die deutlichsten Fortschritte unter den 27 Einsatzländern der Bank verzeichnet. Von dieser Aufbruchatmosphäre ist in 2004 nicht viel übrig geblieben. Derzeit beobachten Ökonomen Fortschritte fast ausschließlich im privatisierten Bereich, während der nach wie vor umfangreiche staatliche Sektor größte Kosten verursacht.

In den letzten drei Jahren sind in Serbien etwa 1100 Unternehmen privatisiert worden. Dafür hat Staat etwa 1,3 Milliarden Euro kassiert – davon ca. 715 Millionen Euro von ausländischen Investoren. Privatisiert wurden bisher nur Firmen im so genannten »gesellschaftlichen« Eigentum – d.h. Unterneh-

men, die nach wie vor nominell von den Beschäftigten verwaltet wurden. Es handelt sich um einen Rest der jugoslawischen »Selbstverwaltung«, eines Modells mit dem Josip Broz Tito den Staatssozialismus zu überwinden hoffte, ohne jedoch Privateigentum über Produktionsmittel im relevanten Ausmaß zuzulassen.

Etwa 500-700 staatliche Unternehmen in Serbien warten noch auf ihre Privatisierung. Das sind zum Großteil verlustbringende Firmen, die jedoch viele überschüssige Beschäftigte auf ihren Gehaltslisten führen, wenn auch zu Hungerlöhnen. Sollten sie »abgewickelt« werden, würde die Arbeitslosigkeit, jetzt nominell bei etwa 25 Prozent, noch weiter steigen. Allerdings gibt es Berechnungen, wonach in Serbien etwa die Hälfte des Brutto-sozialproduktes zusätzlich in der Schattenwirtschaft erzielt wird, und die reale Arbeitslosigkeit unter 15 Prozent liegt. Nichtsdestoweniger lebt ein Drittel der Bevölkerung in Armut, wobei aus westlicher Perspektive auch die Beschäftigten – mit einem Durchschnittseinkommen von netto 174 Euro im Januar 2004 – als einkommensschwach zu bezeichnen sind.

Premier Koštunica verspricht vor der Privatisierung der staatlichen Unternehmen keine weiteren Entlassungen im großen Stil einzuleiten. Vielmehr sollen Beschäftigungsprogramme aufgestellt werden, um die Folgen der Privatisierung abzufedern. Damit versucht die neue Regierung den gewachsenen Widerständen gegen die Folgen der »Transition« beizukommen. In den bisher privatisierten 1100 Firmen waren etwa 200.000 Menschen beschäftigt. Etwa 40.000 haben ihre Jobs verloren, wobei weitgehend betriebsbedingte Entlassungen vermieden und mehr auf Abfindungen und andere Anreize gesetzt wurde. Es handelt sich jedoch um Unternehmen, z.B. in der chemischen Industrie, Nahrungsmittelherstellung, Pharmazie und anderen Bereichen, die zum Besten gezählt wird, was Serbien ökonomisch anzubieten hatte. Die nächste Privatisierungswelle betrifft weitaus weniger konkurrenzfähige Unternehmen mit weitaus mehr Beschäftigten, z. B. die Kfz-Werke in Kragujevac oder die Elektronische Industrie in Niš. Ob das Tempo der bisherigen Privatisierung durchgehalten wird, ist auch politisch fraglich – im neuen serbischen Parlament ist die Mehrheit keinesfalls freundlich gegenüber neoliberalen Transitionskonzepten. Ohne stärkeres wirtschaftliches Wachstum werden sich aber die überaus komplizierten politi-

schen Probleme des Landes kaum bewältigen lassen können.

Nach einer Analyse des Belgrader Instituts für Marktforschung hinkt die durchschnittliche Ausrüstung der serbischen Unternehmen 19 Jahre hinter der üblichen Ausstattung von EU-Unternehmen her. Um die Wirtschaft zu modernisieren, und sie somit international wettbewerbsfähig zu machen, sind, zusammen mit der weiteren Privatisierung, gewaltige Finanzspritzen aus dem Ausland notwendig. Das Land ist aber mit etwa 14,3 Milliarden US-\$ Ende des letzten Jahres schon stark verschuldet. Jeder Bürger des Landes schuldet derzeit dem Ausland etwa 1900 US-\$. Dazu kommt noch der enorme Fehlbetrag von etwa 4,3 Milliarden US\$ in der Handelsbilanz 2003.

Einer der weiteren Gründe für den stetigen Zuwachs des serbischen Schuldenbergs kommt davon, dass ein Großteil der langfristigen Verpflichtungen gegenüber ausländischen Banken aus Zinsen und Zinseszinsen für Kredite von etwa 2,4 Milliarden US\$ besteht, die während der Milošević-Zeit nicht zurückbezahlt werden konnten, da Serbien mit internationalen Sanktionen belegt wurden. Die privaten Gläubiger, versammelt im so genannten Londoner-Klub, denken jedoch nicht daran diesen Teil der Schulden abzuschreiben, oder zumindest durch günstigere Konditionen erträglich zu machen. Es war aber der Regierung des am 12. März 2003 bei einem Attentat ermordeten Ministerpräsidenten Zoran Djindjic am Anfang ihrer Amtszeit gelungen, günstige Bedingungen für die Rückzahlung der Auslandsschulden gegenüber öffentlichen Gläubigern (Staaten und internationalen Finanzinstituten) zu erreichen. Die Gunst der Stunde ergab sich weil der Westen von der Entschlossenheit der Regierung Djindjic beeindruckt war, mit der sie, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, die Reformen anging.

Das „kleine serbische Wirtschaftswunder“ (so der damalige Notenbankchef und jetziger Finanzminister Mladan Dinkic) hatte jedoch nicht lange Bestand. Noch unter Djindjic nahmen die Streitigkeiten innerhalb der Regierungskoalition DOS (Demokratische Opposition Serbiens – die weiterhin diesen Namen trug, obwohl sie 2000 Milošević von der Macht verdrängen konnte) zu. Dies führte zu einer weitgehenden Lähmung des Parlaments, Ausschaltung vieler anderer staatlichen Institutionen, zum Stillstand der Reformen und gewaltiger Machtkonzentration in den Händen Djindjics. Nach seiner Ermordung am 12. März 2003 vermochten die Nachfolger, vor allem der neue Premier Zoran Zivkovic nicht den roten Faden der Reformen wieder aufzugreifen. Das Land versank in eine Serie von Korruptionsskandalen innerhalb der DOS, die vor allem von der Partei G 17 Plus ans Tageslicht gefördert wurden. Diese neue Kraft besteht im Grunde aus Abtrünnigen der Demokratischen Partei, die

von Djindjics oft prinzipienlosen Pragmatismus abgestoßen waren und nach seinem Tod eher ein Bündnis mit Koštunica anstrebten, als in die Selbstheilungskräfte der Demokratischen Partei zu vertrauen. Zivkovic wurde schließlich im Spätherbst 2003 zur Ausrufung vorgezogener Neuwahlen gezwungen, als ersichtlich wurde, dass der Regierung innerhalb weniger Tage der Sturz bevorstand.

Koštunica im Labyrinth

Es war eine sich sozialdemokratisch nennende Zwergpartei um den früheren Journalisten Slobodan Orlic, die Zivkovic ihre Unterstützung entzog und dadurch Neuwahlen erzwang. Orlic konnte seine Partei nur durch die finanzielle Unterstützung seines früheren Arbeitgebers Bogoljub Karic, dem Besitzer von Banken, des Fernsehsenders BK, und anderen Beteiligungen im In- und Ausland, am Leben erhalten. (Karics Leute versuchten, nach der Aufhebung der internationalen Sanktionen gegen Belgrad 1997/1998, wiederholt bei der SPD Miloševićs Ehefrau, die Soziologin Dr. Mirjana Markovic, als »fortschrittliche Autorin« salonfähig zu machen.). Karic, einer der wichtigsten Unterstützer des Regimes Milošević, war im Krieg mit den Reformern der DOS-Regierung, weil sie seine Machenschaften entblößten, eine seiner Banken schließen und seine Unternehmensgruppen mit einigen Dutzend Millionen Euro Steuern auf Extra-Profiten belegen ließen. Karics Intimfeind Dinkic ist zwar unter Koštunica Finanzminister geworden, aber das Oberste Gericht Serbiens hat Karic seine Euro-Millionen zurückerstattet, da das Vorgehen der Behörden formell nicht einwandfrei war. Karic und andere serbische „Oligarchen“, die wesentlich zum Sturz der DOS-Koalition beigetragen haben, erhoffen sich unverhohlen mehr Einfluss auf die Regierung Koštunica. Ob Dinkic sein Versprechen erfüllen kann, die an Karic zurückerstatteten Millionen wieder in die Staatskasse einzutreiben, wird viel über die realen Machtverhältnisse im jetzigen Serbien aussagen.

Es ist schwierig die aktuellen Machtverhältnisse in Serbien genau einzuordnen. Das serbische Parlament wählte am 3. März 2004, nach sechswöchigen Koalitionsverhandlungen eine neue Regierung mit Koštunica an der Spitze. Die Mehrheit verdankt der Pre-

mier der Duldung durch die Sozialistische Partei Serbiens (SPS), deren nomineller Chef, der frühere Alleinherrscher Serbiens, Slobodan Milošević, vor dem Haager Kriegsverbrechertribunal steht. Sie stellen nur noch 22 der 250 Abgeordneten. Aber dank ihrer neuen Rolle als Mehrheitsbeschaffer für Koštunicas Mitte-rechts-Regierung ist diese Gruppe wieder politisch relevant geworden.

Koštunicas Koalitionspartner sind die liberale Partei G17 Plus mit dem neuen Vizepremier Miroljub Labus an der Spitze (Finanzminister Dinkic ist sein Parteivize), sowie das politisch unberechenbare Gespann Vuk Draškovic (Chef der monarchistischen Serbischen Erneuerungsbewegung SPO) und Velimir Ilic (Vorsitzender der Regionalpartei Neues Serbien und bisheriger Bürgermeister der maroden Industriestadt Cacak). Ilic, bekannt dafür, dass er unerwünschte Journalistenfragen auch mit Faustschlägen quittiert, ist zum Superminister für „Kapitalinvestitionen“ avanciert. Draškovic erklimmte auf Grund der Koalitionsvereinbarung endlich seinen Traumjob – er wurde im April 2004 Außenminister von Serbien und Montenegro. Gleichzeitig wurde zum neuen Verteidigungsminister von Serbien und Montenegro Prvoslav Davinic (G17 Plus) ernannt, ein lang gedienter UN-Diplomat, dem gute Verbindungen nach Washington nachgesagt werden.

Die Oppositionsbänke füllen die extremistische Serbische Radikale Partei (SRS – mit 82



Zoran Djindjic

Abgeordneten die stärkste Partei im Parlament), deren Chef Vojislav Šešelj ebenfalls im Haager Gefängnis sitzt, sowie die zentristische Demokratische Partei (DS), die bis zu den Neuwahlen Ende 2003 die Regierung führte.

Eine Teilnahme der DS an der neuen Regierung und somit die Festigung eines Mehrheitskabinetts wurde von Koštunica bisher kategorisch abgelehnt, obwohl seine wichtigste Koalitionspartner G17 Plus andauernd auf eine Regierungsbeteiligung der DS pocht. Koštunica bezeichnet sie als Verursacherin aller Verwerfungen nach dem Sturz Miloševićs – vor allem mangelnder Rechtsstaatlichkeit, Ausbreitung der organisierten Kriminalität, selbst bis hin zur Ermordung des Premiers Zoran Djindjić.

Im derzeitigen politischen Labyrinth Serbiens ist am wenigsten wahrscheinlich, dass eine handlungsfähige Regierung längere Zeit entschlossen, die dringenden wirtschaftlichen und politischen Reformen fortsetzt. Die Instabilität ist ein schwerwiegendes Handikap, wenn es darum geht, die zwei wichtigsten Ursachen der Staatskrise zu überwinden: die ungelöste Zukunft der staatlichen Union mit Montenegro und die Statusfrage von Kosovo.

Der März-Pogrom in Kosovo

Der Pogrom am 17. und 18. März gegen die serbische Minderheit hat fünf Jahre internationale Friedenspolitik in einen Scherbenhaufen verwandelt. Nach Angaben der UN-Polizei beteiligten sich über 50.000 Albaner an gewalttätigen Demonstrationen. Die Berichte über die Opfer unterscheiden sich – es ist von bis zu 28 Toten die Rede, über 800 Menschen sind verletzt worden. Etwa 30 serbische Kirchen, davon einige Gotteshäuser aus dem 14. Jahrhundert, die von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt waren, sind angezündet und zerstört worden. In der geteilten Stadt Kosovska Mitrovica, deren nördlicher Teil zu einem Gebiet gehört, in dem noch etwa 100.000 Serben leben, gelang es den internationalen Friedenstruppen KFOR nur mit äußerstem Einsatz größere Zusammenstöße zu verhindern, als albanische Demonstranten über die Ibar-Brücke in den serbischen Teil der Stadt drängten. Die zentrale Region der Provinz, um die Hauptstadt Priština, ist einen wesentlichen Schritt weiter auf dem Weg, um „serbenfrei“ zu werden. Die neuesten Vertreibungen löschten die wenigen „Tupfen“ anderer Ethnien in dieser Gegend aus. Schon 1999, nach dem Ende des Kosovo-Kriegs, flüchteten vor den Augen der NATO und UN 230.000 Nicht-Albaner aus der Provinz.

Mit der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates vom 10. Juni 1999 wurde die Kontrolle über Kosovo der UN übertragen. Der Kosovo Force (KFOR), der von der NATO geführten

Truppe, vertraute die UN die Sicherstellung des Friedens in der völkerrechtlich nach wie vor zu Serbien gehörenden Provinz. Ihre faktische Ausgliederung aus dem serbischen Staat mündete bisher nicht in der formellen Unabhängigkeit Kosovos, sondern in der Herstellung eines UN-Protectorats. Die Regierung Kosovos und andere „provisorische Organe der Selbstverwaltung“ können nichts unternehmen, ohne dass der westliche Prokonsul (der Hohe Vertreter der UN) darüber richtet – und in der Regel wurden bisher alle Beschlüsse der albanisch dominierten Behörden aufgehoben, wenn sie der Herstellung der Unabhängigkeit dienen sollten.

Die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates bekräftigt die „Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien“ und gewährt Kosovo „substantielle Autonomie und tatsächliche Selbstverwaltung“. Als im Vorjahr die Bundesrepublik Jugoslawien in die staatliche Union „Serbien und Montenegro“ umgewandelt wurde, unterschrieb der Außenpolitische Vertreter der EU, Javier Solana, das Abkommen mit. Es sieht vor, dass im Falle einer Auflösung der „staatlichen Union“ Serbien die völkerrechtliche Sukzession antritt, wobei die UN-Resolution 1244 namentlich genannt wird.

Da trotz aller Versprechen ihrer politischen Führer die Kosovo-Albaner kaum Anzeichen einer baldigen Unabhängigkeit und des Zusammengehens mit Albanien erkennen können, verwandeln sich in ihrem Wahrnehmen zunehmend UNMIK und KFOR zur Besatzungsmacht – so wie man früher den serbischen Staat betrachtete. Zudem starben zum ersten Mal im März auch Albaner unter den Schüssen der sich verteidigenden Friedenssoldaten.

Wer sind aber die Drahtzieher des neuesten Gewaltausbruchs? Immer wieder ist von Seilschaften der offiziell aufgelösten „Befreiungsarmee Kosovos“ (UÇK) die Rede. Zu Massendemonstrationen gegen die politischen Verhandlungen mit Belgrad haben im Vorfeld der März-Explosion Schattenorganisationen wie die „Volksbewegung Kosovos“, die „Befreiungsbewegung Kosovos“ oder die „Nationale Bewegung für die Befreiung Kosovos“ ausgerufen. Alle diese Organisationen haben ihre historische Wurzeln in einem eigenartigen Verschnitt von albanischem Nationalismus mit Ideen aus dem maoistischen ideologischen Repertoire, angereichert mit den Gedanken des verstorbenen kommunistischen Despoten Albanien, Enver Hoxha. Oft werden sie in der westlichen Presse mit organisierter Kriminalität in der Region – vor allem Drogen- und Menschenenschmuggel – in Zusammenhang gebracht. Manche westliche Amtsträger in der UNMIK und KFOR sprechen sogar von weitgehender „Personalunion“ zwischen den Chefs der organisierten Kriminalität und führenden

politischen Akteuren in der Region. Die Finanzierungswege führen in die Schweiz, nach Deutschland und andere westliche Staaten, wo albanische Wirtschaftsmigranten, selten ganz freiwillig, regelmäßige Geldspenden für das „Vaterland“ aufbringen müssen.

Nur die Dauerkrise steht fest

Kosovos Ministerpräsident, Bajram Rexhepi, hat angekündigt, dass die Albaner der Provinz im September 2005 eine eigene Volksbefragung veranstalten und die Unabhängigkeit ausrufen werden, falls der Westen bis dann keine für die Albaner annehmbare Regelung erreicht. Darauf hin versprochen die serbischen Politiker Kosovos ebenfalls ein eigenes Referendum über die Loslösung der nördlichen Gemeinden Kosovo im Falle einer Unabhängigkeit der Provinz. Die 1991 mit der Sezession von Slowenien und Kroatien begonnene Fragmentisierung Südosteuropas scheint weiter zu gehen.

Je unsicherer es in Kosovo wird, desto lauter droht auch der Premier Montenegros, Milo Đukanović, mit dem Austritt „seiner“ Republik aus der staatlichen Union mit Serbien, die nur unter heftigstem Druck der EU Anfang 2003 errichtet wurde. Dabei besagen neueste Meinungsumfragen, dass Đukanović keine Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich hat: Die Stimmen für und gegen die Sezession halten sich bei etwa 40 Prozent die Waage, ein Fünftel der Bevölkerung ist unentschieden. Eine Mehrheit der Titularnation will die Abspaltung nicht – es sind die Angehörigen der albanischen und muslimischen Minderheiten, die zum harten Kern der Befürworter der Loslösung zählt, während bei der jüngsten Volkszählung die Zahl der Einwohner Montenegros, die sich ethnisch als Serben versteht, sprunghaft auf 40% gestiegen ist.

Wo immer man in Serbien und Montenegro, aber auch Bosnien und Herzegowina sowie Makedonien, näher hinschaut, lassen sich bedrohliche ungelöste Probleme erkennen. Dabei ist durch die jüngste Erweiterung der EU dieser Teil Südosteuropas überhaupt nicht mehr der Hinterhof Europas – der „Westbalkan“ ist zum „weichen Bauch“ der EU geworden! Ist die EU fähig im Rahmen ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mit diesem Brocken fertig zu werden? Wird das europäische Integrationsvorhaben am Balkan das Ende seiner Ausdehnung erreichen? Wie vor hundert Jahren, vor dem Ersten Weltkrieg, ist die Region, in dessen Mittelpunkt Serbien liegt, zum Stolperstein für den Kontinent geworden. Ob die Europäer genügend aus der Geschichte gelernt haben, werden sie bei der Bewältigung der Krise in und um Serbien auch in den kommenden Jahren zeigen können.

Polnischer Spagat

Warschauer außenpolitischer Weg zwischen NATO und Europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)

Von Katrin Münch

Das neue EU-Mitgliedsland Polen steht in seiner Außen- und Sicherheitspolitik am Scheideweg. Eine pro-atlantische Ausrichtung mit einer breiten Zustimmung zur NATO waren bisher feste Bestandteile polnischer Außen- und Sicherheitspolitik. Seine Unterstützung für die USA bewies Polen jüngst als Mitglied der „Koalition der Willigen“, mit der Entsendung eines Truppenkontingentes von 2500 Soldaten in den Irak. Mit dem Beitritt zur Europäischen Union steht Polen nun umso dringender vor der Frage, wie es sich zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) positioniert. Um in Europa an Einfluss zu gewinnen muss sich Polen nun auch in die europäische Debatte um eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik einbringen und Position beziehen.

Außenpolitik bleibt trotz Regierungskrise konstant

Unmittelbar nach dem EU-Beitritt am 1. Mai 2004 gab der polnische Ministerpräsident und Wegbereiter der polnischen EU-Mitgliedschaft, Leszek Miller (SLD), seinen Rücktritt bekannt. Er zog damit die Konsequenz aus der Regierungskrise, die zu großem Vertrauensverlust in der Bevölkerung und zur Abspaltung einer neuen Linkspartei geführt hat. Der Unmut der Bevölkerung resultierte vor allem aus einer Reihe von Bestechungsskandalen, einer Arbeitslosenquote von 20 Prozent und einer desolaten Situation im Gesundheitswesen. Die Neugründung der Sozialdemokratie Polens (SDPL) und der damit verbundene Austritt von 22 Abgeordneten aus der regierenden Demokratischen Linksalianz (SLD) trug zusätzlich zur Instabilität der polnischen Regierung bei. Neuer vorübergehender Ministerpräsident des Landes ist der parteilose Marek Belka. Der frühere Finanzminister war zuletzt in der amerikanischen Zivilverwaltung im Irak für den Aufbau der irakischen Wirtschaft zuständig. Belka kündigte bereits an, dass er die wichtigsten Minister der alten Regierung, so auch

Außenminister WB odzimierz Cimoszewicz, übernehmen will und den bisherigen außenpolitischen Kurs des Landes weiterverfolgen wird. Die sicherheitspolitischen Einstellungen der Regierung zur NATO und zur ESVP waren bisher immer parlamentarischer Konsens und werden somit auch nach Millers Rücktritt weitergeführt werden. Gemäß der polnischen Verfassung musste Belka 14 Tage nach seinem Amtsantritt im Parlament letzte Woche die Vertrauensfrage stellen. Dabei erlitt er im polnischen Parlament eine große Niederlage, nur 188 Abgeordnete sprachen sich für ihn als zukünftigen Ministerpräsidenten aus, 262 Abgeordnete votierten dagegen. Sollte dem Ministerpräsidenten erneut das Vertrauen verweigert werden, wären vorgezogene Neuwahlen bis spätestens Anfang August die Folge.

Die NATO – Garant der polnischen Sicherheit für Polen, dass seit 1999 Mitglied der NATO ist, nimmt die Eingliederung in das atlantische Bündnis einen ganz besonderen Stellenwert ein. Welche Bedeutung die NATO-Mitgliedschaft für Polen hat, erklärt sich unter anderem durch die enge transatlantische Bindung zwischen Polen und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die pro-atlantische Einstellung Polens ergibt sich vor allem aus den geschichtlichen Erfahrungen des Landes im Zweiten Weltkrieg. Sicherheitspolitisch hat Polen aus dem Trauma des Zweiten Weltkriegs die Konsequenz gezogen, dass allein die Präsenz der USA in Europa Polen vor den europäischen Nachbarstaaten schützen kann. Die nordatlantische Sicherheitsorganisation garantiert dabei zum einen die enge militärische Verbundenheit mit den USA und zum anderen sichert sie den politischen Einfluss der USA in Europa. Auf der Regierungserklärung im Januar dieses Jahres unterstützte der polnische Außenminister WB odzimierz Cimoszewicz den übergeordneten Stellenwert der NATO in der polnischen Sicherheitskonzeption erneut durch folgende Worte: „Die NATO bleibt die grundlegende Ebene der transat-



lantischen Zusammenarbeit. Das Nordatlantische Bündnis ist Garant der Sicherheit Polens. Die Festigung seiner Geschlossenheit und seiner Bedeutung stellt unabänderlich das vorrangige Ziel unserer Politik dar.“

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) der EU existiert seit den Entscheidungen der EU-Gipfeltreffen in Köln und Helsinki im Jahr 1999. Die europäischen Staats- und Regierungschefs vereinbarten die Schaffung von verteidigungspolitischen Institutionen und den Aufbau von europäischen Krisenreaktionskräften. Seitdem geht die Entwicklung der ESVP institutionell, aber auch militärisch stetig voran. Neben der Forderung nach einem Europäischen Außenminister, wurde in der EU-Verfassung vor allem der militärische Teil der ESVP ausgebaut. Die militärische Entwicklung der ESVP wurde zuletzt im Februar 2004 von Frankreich, Großbritannien und Deutschland weiter voran getrieben. In einer gemeinsamen Initiative vereinbarten die Länder die Einrichtung von „battle groups“ als schnelle und kleine Eingreiftruppen vor allem für internationale Friedenseinsätze. Die Zunahme eines militärischen Gewichts innerhalb der ESVP ist dabei stark zu kritisieren. Besonders gefährlich dabei ist, dass im Bereich der Europäischen Sicherheitspolitik eine parlamentarische Kontrolle durch das Europäische Parlament bisher gänzlich fehlt. Dennoch bietet die ESVP Vorteile gegenüber der NATO, weil sie auch zivile Aspekte des Krisenmanagements berücksichtigt. Diese Instrumentarien müssten allerdings in Zukunft größere Beachtung finden und weiter ausgebaut werden.

Misstrauen gegenüber Europa

Die Bewertung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) hat sich in den letzten Jahren unter dem politischen Druck einer EU-Mitgliedschaft gewan-

Katrin Münch, Jahrgang 1980, Studentin der Politikwissenschaft, von September 2003 bis März 2004 Auslands-Studium an der Universität Wrocław, Polen, studentische Hilfskraft in der Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP), Forschungsgruppe Sicherheitspolitik (Prof. Dr. Helga Haftendorn)

delt. Ihre anfangs ausgesprochen ablehnende Haltung gegenüber der ESVP hat Polen mittlerweile modifiziert, ohne jedoch das Primat der NATO und der USA immer wieder zu betonen. In Polen befürchtet man, dass der Entwicklungsprozess der ESVP eine zunehmende Rivalität zwischen den USA und Europa erzeugen wird, unter der Polen zu leiden hätte. Polen versteht die Schaffung von europäischen Sicherheits- und Verteidigungsinstitutionen als Konkurrenz zur NATO und fürchtet deshalb, dass die ESVP-Entwicklung langfristig das nordatlantische Bündnis schwächt. Das unmittelbare Interesse Polens, die Präsenz der USA in Europa aufrechtzuerhalten, wäre dann durch eine starke ESVP gefährdet. Für die polnische Regierung ist es deshalb von besonderer Bedeutung, dass die NATO nicht durch ein Europäisches Sicherheitssystem ersetzt oder abgelöst wird. Weiterhin hat Polen Zweifel an der Glaubwürdigkeit Europas als Sicherheitsgaranten. Die Handlungsfähigkeit und der Handlungswillen der EU im Bereich der Außenpolitik wird von Polen kritisiert und mit Skepsis beäugt. Das aus der historischen Erfahrung resultierende Misstrauen Polens gegenüber den westeuropäischen Nachbarstaaten erschwert hierbei eine neutrale Bewertung. Im Kosovo-Konflikt

wurde vom polnischen Staatspräsidenten Kwasniewski beispielsweise eine Parallele zwischen dem Verhalten westeuropäischer Staaten im Balkan-Konflikt und im Zweiten Weltkrieg gezogen. Das zögerliche Einschreiten der europäischen Alliierten in Sarajewo verglich er mit dem Verhalten der Europäer im Zweiten Weltkrieg. Wie die europäischen Alliierten nicht bereit waren für Danzig zu sterben, so waren sie heute nicht bereit für Sarajewo zu sterben, so die Schlussfolgerung Kwasniewskis. Dieses tiefe Misstrauen gegenüber der Handlungsbereitschaft der europäischen Nachbarstaaten im Krisenfall, ist ein weiterer Grund für die polnischen Zweifel an der Glaubwürdigkeit einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Polen unterstützt die ESVP nur eingeschränkt

Trotz der genannten Zweifel engagiert sich Polen bereits bei der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. So hat sich Polen bereiterklärt, die schnelle Eingreiftruppe der EU mit einer bis zu 2500 Mann starken Brigade zu unterstützen. Nach einer aktuellen Meinungsumfrage der Europäischen Kommission befürworten sogar über dreiviertel der befragten Polen

die Einrichtung einer Europäischen Armee. Polen favorisiert allerdings ein ganz eigenständiges Modell einer zukünftigen ESVP. Wichtig ist Polen vor allem, dass eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht in Konkurrenz zur NATO tritt. Militärische Strukturen in Europa sollen nach polnischen Vorschlägen eher die NATO unterstützen, statt diese zu verdoppeln oder sogar zu ersetzen.

Polen hat, nicht zuletzt durch den EU-Beitritt, ein unmittelbares Interesse an einem gemeinsam handelnden Europa und an einer eigenständigen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Unbegründet bleibt somit die Befürchtung, die Aufnahme der neuen ost- und mitteleuropäischen Staaten würde die EU in einen europäischen und einen atlantischen Teil spalten. Polen wird die Entwicklungen der ESVP nicht boykottieren, sondern eher fördern. Allerdings wird sich Polen, ähnlich wie Großbritannien, in der Debatte um die Zukunft der ESVP weiterhin für das Primat der NATO stark machen. Somit ist es falsch und polemisch, Polen als das trojanische Pferd der USA zu bezeichnen. Viel mehr muss im Bezug auf Polen von einem europäischen Atlantiker gesprochen werden, der den Diskurs um die Zukunft der ESVP neu gestalten wird.

spw 3 / 2004

Die SPÖ und die Zusammenarbeit mit der FPÖ in Kärnten

Interview mit Jürgen Hirsch

spw: Lieber Jürgen, wie geht es einem Linken in der SPÖ, wenn er miterleben muss, dass seine Partei Jörg Haider zum Landeshauptmann von Kärnten macht?

Jürgen Hirsch: Grundsätzlich schlecht. Und die isp (initiative für eine sozialistische politik in der spö) hat unter anderem mit einem offenen Brief gegen die „technische“ Zusammenarbeit und den „lockeren“ Umgang mit der FPÖ protestiert.

spw: Alfred Gusenbauer hat vor den Wahlen verkündet: Noch ehe der Hahn drei mal gekrählt hat, werden die Bürgerlichen Haider zum Landeshauptmann gewählt haben! Jetzt sind es die Sozialdemokraten, die Haider den Steigbügel halten. Offiziell wird das

„Arbeitsabkommen“ damit gerechtfertigt, dass es um Kärnten geht. Was sind deiner Meinung nach, die tatsächlichen Gründe?

Jürgen Hirsch: Die Gesamtantwort ist leider etwas schwieriger. Das Bundesland Kärnten hat verfassungsmäßig eine Konzentrationsregierung a la Schweiz. Konkret heißt das: alle Parteien sind immer – prozentual gemäß ihres Wähleranteils – in der Landesregierung personell vertreten. Sie müssen zusammenarbeiten. Die Haider-FPÖ (42%) ist durch den übermäßigen Verlust (Stand derzeit nur mehr 9,8%) wieder zur stärksten Partei geworden. Die SPÖ steht bei 38%, das bedeutet einen enormen Zuwachs von fast 5,8%, hat aber gemeinsam mit den Grünen (10%) keine Mehrheit.

spw: Peter Ambrozy spricht von der „zweitbesten Lösung, damit wir Kärnten Haider nicht allein überlassen“. Warum kam keine Koalition mit ÖVP und Grünen zustande?

Jürgen Hirsch: In der ÖVP selbst – die mit der FPÖ in der Bundesregierung steckt – sind nach der Wahl alle ehemaligen Haidergegner zurückgetreten worden. An ihre Stelle sind die Befürworter einer FPÖ/ÖVP-Zusammenarbeit gekommen. Damit gibt es keine Mehrheit links von der FPÖ. SPÖ, ÖVP und Grüne sind deshalb keine Option mehr. Die SPÖ selber wird Haider nicht aktiv wählen. Sie hat aber mit der Haider-FPÖ – um offensichtlich mehr Einfluss auf die Gestaltung der Landespolitik zu nehmen als ehemals unter der FPÖ/ÖVP-Landesregierung – ein „Arbeitsübereinkommen“ geschlossen.

spw: Haiders Erfolg lag sicher auch an der Schwäche seiner Gegner. Die ÖVP-Spitzenkandidatin Elisabeth Schwucher hat von vorneherein ausgeschlossen Haider zum Landeshauptmann zu wählen. Übrigens gegen den expliziten Willen des großen ÖVP-

Jürgen Hirsch ist langjähriger Funktionär der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, Leiter der SPÖ-Sektion /Abteilung 9 in Wien/Meidling sowie seit 1997 Mitarbeiter der initiative für eine sozialistische politik der spö.

Das Interview führte am 20. März 2004 für spw Klaus Störch, 43, Sozialwissenschaftler, er lebt in Flörsheim am Main(D) und Bregenz (A).

Vorsitzenden und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel. Dem liegt viel daran, dass Haider in Kärnten bleibt?

Jürgen Hirsch: Die SPÖ in Kärnten hatte vor der Wahl festgelegt, dass die stärkste Partei den Landeshauptmann stellen soll. Es war sicher eine Fehleinschätzung, dass die SPÖ selber dieses Ziel erreicht. Sie hatte die Hoffnung damit ehemalige Wähler zurück zu bekommen. Es gingen aber mehr Wähler von der ÖVP zur FPÖ, sodass der SPÖ-Zuwachs, der enorm war, trotzdem nicht reichte... Für Schüssel selbst wäre ein „arbeitsloser“ Haider ein unerwünschter Störenfried im weiteren politischen Umbau für seine neoliberal ausgerichtete Bundesregierung...

spw: Auf der Homepage der SPÖ ist viel über das Pensionsvolksbegehren und die anstehenden Präsidentschaftswahlen die Rede. Wird die Causa SPÖ-FPÖ totgeschwiegen?

Jürgen Hirsch: Nein wird sie nicht. Es gibt genug inner- und außerparteiliche Diskussion darüber. Außerdem sorgt schon die bürgerliche Presse kräftig dafür, dass der laufende Stimmungsumschwung zugunsten der SPÖ, in dessen positiven Sog die Präsidentschaftswahlen und das Pensionsvolksbegehren stattfinden, negativ gestört wird. Haben doch die Länder- wie auch die Arbeiterkammerwahlen etc. ständig positive Ergebnisse für die SPÖ gebracht.

spw: Gusenbauer schweigt zu all dem? Welche Argumente wird er in Brüssel vor dem Kongress der Parteiführer der europäischen Sozialdemokraten und Sozialisten anführen?

Jürgen Hirsch: Er selbst hat in der Causa Kärnten – bei aller Ablehnung zu Haider und der FPÖ – nur begrenzten Einfluss auf die SPÖ-Landesparteiführung in Kärnten. Gusenbauer gilt, als langjähriger SJ-Vorsitzender, als grundsätzlicher Gegner der FPÖ. Er kann allerdings eine regionale „Arbeitsregierung“ (nicht zu verwechseln mit einer Koalition) nicht verhindern...

spw: Die französischen Sozialisten wollen die österreichischen Sozialdemokraten sanktionieren?

Jürgen Hirsch: Bei den französischen Genossen scheint einiges an verfassungsmäßigem Unwissen über Österreichs Länderverfassung emotional durchzuschlagen. Die SPÖ könnten in Kärnten gar nicht aus der Regierung „gehen“, weil dieses verfassungsmäßig nicht möglich ist. Was übrigens von der Gesamtbevölkerung Kärntens nicht positiv, sondern als „Arbeitsverweigerung“ goutiert werden würde.

spw: Ist die „Ausgrenzung Haider“ für die Sozialdemokraten in Österreich ein auslaufendes Modell? Erst essen Haider und Gusenbauer Spargel, und jetzt trinken Haider und Ambrozy Chianti?

Jürgen Hirsch: Hier wirkst und läuft viel mit bürgerlicher Schlagwortpolemik ab, ohne dass die sozialpolitischen Zusammenhänge der Republik – und einer zutiefst neoliberalen

Regierung, die eine „Reformpolitik“ betreibt, die nicht unähnlich der in Deutschland durchgesetzten ist – bekannt sind. Die „Selbstaussgrenzung“ der FPÖ-Haider, durch rechtsradikale Politikeinschätzungen, wurde von der neoliberal-konservativen ÖVP „erfolgreich“ durch die Regierungskoalition aufgehoben. Sie verändern und privatisieren Österreich relativ „erfolgreich“: Vom Solidarstaat zum neoliberalen Spekulationsstaat. Mit Haider und der FPÖ, die ihr Wählerpotenzial in den letzten zwei Jahren in allen Bereichen (Länder-, Gemeinde-, Arbeiterkammer- und Gewerkschaftswahlen) um mehr als die Hälfte, nur nicht in Kärnten, reduziert hat, ist kein Solidarstaat sozialdemokratischer Vorstellungen zu machen.

spw: Ist das Ende der Ausgrenzung ein Signal für die Bundeswahlen 2006? Werden alle Optionen für eine rote Mehrheit offen gehalten?

Jürgen Hirsch: Die „Selbstaussgrenzung“ der Haider-FPÖ bleibt praktisch bestehen. Gegenteilig ist – fiktiv gedacht – eine Kooperation mit der SPÖ politisch nicht durchsetzbar.

spw: Rot-Schwarz in Salzburg, Schwarz-Blau im Bund... Und jetzt eben Blau-Rot in Kärnten?

Jürgen Hirsch: Rot-Schwarz in Salzburg ist ein Mehrheitskonzept der Bevölkerung. Schwarz-Blau im Bund ein kapitalistisches Konzept – mit freundlicher Unterstützung der Industriellenvereinigung – des österreichischen Neoliberalismus. Blau-Rot-Schwarz in Kärnten ist ein regionales „Arbeitskonzept“. Mehrheitsfähig wird Haider deshalb nicht.

spw: Wenn der Westen Putin und die Europäische Union Berlusconi locker nimmt, dann werden Österreichs Sozialdemokraten auch mit einem Jörg Haider dürfen?

Jürgen Hirsch: Der Vergleich ist schon allein von der politischen Möglichkeit und Wirkung unstatthaft und polemisch. Haider bleibt ein rechts-nationaler politischer „Vorstadtkasperle“ eines Kleinstaates, dessen po-

litische Kraft gegen Ende geht; ohne relevante EU-Macht und Einfluss.

spw: Was ist jetzt für die Linken und die Initiative für sozialistische Politik in der SPÖ zu tun?

Jürgen Hirsch: Es ist sicherzustellen, dass die politischen Grundsätze der SPÖ nicht einer Taktik „zum Opfer fallen“ und dementsprechend unverantwortlich kontraproduktiv wirken. Und dass das aufgebaute notwendige Glaubwürdigkeitskonzept der SPÖ nicht nachhaltig, wie auch die Hoffnung einer solidarischen Wählergemeinschaft, beschädigt wird. Dass ein umfassend solidarisches Gegenkonzept der SPÖ mit den Wählerinnen und Wähler entworfen und durchgesetzt wird und nicht durch ein taktisches Kurzkonzept Wählerinnen und Wähler aus Enttäuschung einer anderen – oder keiner – Partei sich zuwenden „müssen“. Deshalb fordern wir einen Widerruf jeglicher paktierenden, taktisch-technischen Zusammenarbeit mit der Haider-FPÖ.

spw: Das klingt sehr abstrakt, was meinst du konkret?

Jürgen Hirsch: Das aufgebaute solidarische Glaubwürdigkeitskonzept der SPÖ bedarf nun verstärkt einer – auch bei den eigenen Funktionären – inhaltlichen theoretisch-praktischen Verfestigung. So versteht sich doch die isp vor allem als innerparteilicher Motor einer grundsätzlichen kapitalistischen Systemkritik. Dazu befassen wir uns gerade auch mit den Themenkonferenzen und Arbeitspapieren etc., auch im Zusammenhang mit ATTAC und den Gewerkschaften; mit der umfassenden gesellschaftlichen Zerstörung durch infrastrukturellen Privatisierungen. Erschwerend kommt aber hinzu, dass wir es bis jetzt nicht geschafft haben, wie auch die Parteien der SPE insgesamt, jenseits nationaler Ansätze ein gemeinsames EU-Solidarkonzept, u.a. gegen Auflösung und Flexibilisierung der Sozialstrukturen bei Steuerdumping, zu verfestigen.

spw: Vielen Dank für das Gespräch. spw: 3/2004



Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung

Kurz, kompetent, kompakt: Monatlich das Wichtigste über Globalisierung, Nord-Süd-Politik und internationale Ökologie

12 W&E-Informationsbriefe und ca. 6 W&E-Sonderdienste pro Jahr mit orientierenden **Kurzanalysen**, informativen **Fachartikeln** und Beiträgen zur **Strategiediskussion** der Zivilgesellschaft. **W&E-Update** und **W&E-Infospiegel** mit Kurzinfos, Lesehinweisen und ausführlicher Terminvorschau.

Jahresabo für Einzelpersonen 30,- €, für Institutionen, Organisationen und Medien 60,- €, jeweils zzgl. Versandkosten.

Abos und kostenlose Probeexemplare: WEED, Torstr. 154, D-10115 Berlin, Tel. 030/27582163, Fax 27596928, e-mail: weed@weed-online.org, Internet: www.weed-online.org

In diesem Heft setzt die spw-Redaktion die Reihe zur Geschichte der Sozialdemokratie fort. Mit diesem Artikel analysiert der Historiker Gerd-Rainer Horn, der in Großbritannien arbeitet und lebt, die Einheitsbestrebungen in der europäischen Arbeiterbewegung der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts. Er legt dar, welche Rolle die Sozialdemokratie bei der theoretischen Entwicklung und der praktischen Realisierung von Einheits- und Volksfrontbündnissen eingenommen hat, deren Entstehung in der Geschichtsschreibung zumeist der alleinigen Initiative der Kommunisten zugeschrieben wird.

1934 – Eine fast schon vergessene Linkswende der europäischen Sozialdemokratie

Von Gerd-Rainer Horn

Es war einmal eine Sozialdemokratie, die sich nicht dazu auserkoren fühlte, sich dem herrschenden Konsens, der ja nur allzu oft der Konsens der Herrschenden ist, zu unterwerfen oder ihn gar zu fördern. Es war einmal eine Sozialdemokratie, die sich dem stetigen Drang zur Mitte widersetzte und sich, anstatt dessen, nach links bewegte. Es war einmal eine Sozialdemokratie, die sich als experimentierfreudig, innovativ, fundamentaloppositionell und radikal links erwies. Und damit sind nicht die Akteure und Jahrzehnte des klassischen Sozialismus vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges gemeint.

Die Linke und der aufkommende Faschismus

Vor genau siebzig Jahren standen (nicht nur) in Europa die Zeichen auf Sturm. Die kurzzeitige Demokratisierungswelle der ersten Nachkriegszeit, eine Phase der Konzessionsbereitschaft weiter Teile des Bürgertums und der in weiten Teilen Ost- und Südeuropas ebenfalls dominanten postfeudalen Agrarelite, begann mit der Ernennung Mussolinis zum Premierminister Italiens am 1. November 1922 abzuebben, und spätestens zeitgleich mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise in ihr Gegenteil umzuschwappen. Die politische Mitte, in vielen Ländern bis in die späten zwanziger Jahre hinein regierungsfähig, zerbröckelte innerhalb weniger Jahre bis fast hin zur Bedeutungslosigkeit. Sozialdemokraten, sich selbst noch vor kurzem als staatstreues Fundament der neugewonnenen bürgerlichen Demokratie feiernd, fanden sich auf einmal weithin isoliert, steuerlos hin- und herrudernd. Als Hitler, ohne maßgeblichen Widerstand nicht nur die Macht übertragen bekam, sondern sie innerhalb weniger Monate dazu benutzte, mühsam erworbene demokratische und soziale Rechte hinwegzufeigen, brach für viele Sozialdemokraten eine Welt zusammen. Nicht nur in Deutschland. Der ehemalige Menschewik, Alexander Schiffrin, brachte im Dezember 1933 die Schockwirkung der deutschen Tragödie auf einprägsame Weise zum Ausdruck: „Deutsch reden“ – das bedeutete in der internationalen Arbeiterbewegung vor dem Kriege den Aufbau der zentralisierten politischen Massenorganisation, die Legalität und den Kampf um die Demokratie. „Deutsch reden“ – bedeutete in der Nachkriegszeit eine sach-

lich erfolgreiche praktische Aufbauarbeit und den Einbau der Arbeiterbewegung in den demokratischen Staat. „Deutsch reden“ – bedeutet heute das Martyrium der Konzentrationslager...“¹

Aber wie es weitergehen sollte, blieb erst einmal höchst unbestimmt. Dass der bisherige Kurs in Sackgassen enden würde, wurde vielen klar. Doch was war die Alternative? In vielen Ländern befand sich die Sozialdemokratie in der misslichen Lage, dass sich die von ihr bisher hofierte politische Mitte regelrecht auflöste, dass sich aber der einzig andere potentielle Partner für gemeinsame Politik, der moskauerhörige kommunistische Block, weiterhin auf ‚sozialfaschistischer‘ Linie befand – für gemeinsame Aktionen also kaum zu haben war, selbst wenn sich die Sozialdemokratie zu solchen Initiativen durchgerungen hätte.

Der österreichische Schutzbundaufstand

Ungefähr ein Jahr lang dauerte diese Periode der Orientierungslosigkeit. Dann geschahen zwei Ereignisse an ein- und demselben Tag, die große Teile der europäischen Linken

aus ihrer passiven Haltung herauszulösen begannen, und die eine der interessantesten und vielversprechendsten Umbruchperioden des zwanzigsten Jahrhunderts eröffneten.

In den frühen Morgenstunden des 12. Februar 1934 kam es aus Anlass einer polizeilichen Hausdurchsuchung der Parteizentrale der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) im oberösterreichischen Linz zum bewaffneten Widerstand der Linzer Abteilungen des paramilitärischen Schutzbundes. Innerhalb weniger Stunden sprang die unvorhergesehene militante Reaktion der Linzer Schutzbündler auf andere Industriestandorte Österreichs über.

Um die Mittagsstunde gab der SPÖ-Partei-vorstand in Wien, dessen Vermittlungsversuch von der Dollfuß-Regierung abgeblitzt worden war, dem spontan ausgebrochenen Schutzbundaufstand seinen Segen und rief gleichzeitig zum Generalstreik auf.

Die ganze Welt befindet sich in Aufruhr, neue, ungeahnte Formen des Kampfes und der Organisationen steigen auf, fast täglich ändern sich im Weltmaßstab die Konstellationen und Bündnisse, alte Bindungen lösen sich und neue, unerwartete Bindungen treten in Erscheinung, alles fließt und das Tempo der Entwicklung hat alle gewohnten Maßstäbe hinter sich gelassen – nur einige Apparate leben noch im Altenteil der früheren Vorstellungen und zehren von den Wunschträumen der Vergangenheit.
Revolutionäre Sozialisten Deutschlands (1935)

Dr. Gerd-Rainer Horn, Historiker an der University of Warwick (Großbritannien), arbeitet u.a. zur Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung, u.a. Autor des Buches *European Socialists Respond to Fascism. Ideology, Activism and Contingency in the 1930s*. New York/Oxford 1996.

Zeitgleich, doch ohne jegliche direkte Verbindung zur österreichischen Aktion, fand am gleichen Tag in Paris eine ebenfalls von Sozialdemokraten initiierte Handlung statt, die, gemeinsam mit dem Schutzbundaufstand, eine qualitativ nicht zu unterschätzende Kurskorrektur der europäischen Linken nach sich zog. Als Reaktion auf eine von rechtsextremen Kräften initiierte, gewaltsame Bedrohung demokratischer Freiheiten in den Straßen von Paris am 6. Februar, riefen die französischen Sozialisten am Morgen des 7. Februar für den 12. Februar zu einer Massendemonstration gegen Rechts auf. Als sich am Vortage der Demonstration die französischen Kommunisten dazu durchdrangen, ebenfalls für diese Aktion zu mobilisieren, wenn auch in getrennten Aufmärschen, wurde manchen Beobachtern bereits klar, dass ein neuer Wind zu wehen schien.

Trotzdem herrschte Ungewissheit darüber, ob nicht doch die alten Animositäten zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten auf dem Pflaster von Paris zum offenen Ausbruch kommen würden. Als sich aber entgegen aller Befürchtungen die sich der Place de la Nation nähernden, getrennten Demonstrationszüge beim Aufeinandertreffen in gemeinsamem Freudentaumel und Umarmungen auflösten, wurde klar, dass eine neue Stunde geschlagen hatte.

Der österreichische Schutzbundaufstand endete mit einer Niederlage und brachte die kurze Periode der ersten österreichischen Republik nach Monaten des schleichenden Demokratieabbaus zum bitteren Ende. Doch allein die Tatsache, dass militanter Widerstand geleistet worden war, erzielte ungeahnte Reaktionen auf Seiten europäischer Sozialdemokraten. Der flämische Sozialist, Herman van der Goes, resümierte einige Monate später: „Wien bedeutet das Ende der passiv akzeptierten Zerstörung des europäischen Sozialismus. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten haben Arbeiter bis zum bitteren Ende Widerstand geleistet.“² Im Zusammenhang mit der französischen Kurskorrektur begann sich eine neue Handlungsstrategie herauszukristallisieren.

Schon im Laufe des Jahres 1933 zeichnete sich innerhalb der europäischen Sozialdemokratie eine nicht zu übersehene Tendenz zur Radikalisierung heraus. Innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, ab dem Frühsommer nur noch im Untergrund und Exil operierend, zeichnete sich ein wachsender Widerwille gegen die bisherige Führungsriege und deren überkommenen Demokratieverständnis ab. „Eine Genossin aus Unterbaden“ richtete Ende September ein Schreiben an den SPD-Parteivorstand in Prag, das u.a. folgende Passage enthielt: „Die Genossen im Ausland müssen sich über eines klar sein. In Deutschland diskutiert kein Marxist, ob Kommunist oder Sozialdemokrat, über die Frage Demokratie oder Diktatur. Hier herrscht nur eine Meinung, Gewalt ist nur

analysen, fakten & argumente
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e. V.



isw-report 57
 April 2004
 3,00 EUR + Vers.

„Die ökonomische Umstrukturierung des EU-Wirtschaftspotenzials, die Osterweiterung, die EU-Verfassung mit ihren supranationalen Staatsstrukturen und der Ausbau der EU zur Militärmacht sind keine isoliert voneinander verlaufenden Vorgänge ...“

Fakten u. Argumente zu den Stichworten: Sozialprodukt, Produktivität, Preise, Außenhandel, Einkommensverteilung, Löhne, Vorstandsbezüge, Gewinne/Profite, Steuern, Investitionen, Staatsverschuldung, Reichtum/Vermögen, Armut/Schulden, Arbeitslosigkeit, Fusionen/Pleiten, Renten/Betriebsrenten, Gesundheit



isw-wirtschaftsinfo 36
 April 2004
 4,00 EUR + Vers.

Bestellungen Gesamtprogramm isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
 Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München.
 fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

mit Gewalt zu brechen. Und das heutige Regime zu stürzen um den gewesenen demokratischen Staat wieder aufzurichten, dafür rührt aber auch wirklich niemand in Deutschland nur einen Finger. Hier gehen also die Meinungen nicht mehr auseinander, und das wird insofern klar, als Kommunisten und Sozialdemokraten sich heute als Genossen bereits zusammengedehnt fühlen...“³ Dieser Umschwung fand ein Echo in vielfältigen Erneuerungsbestrebungen (nicht nur) innerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Neue linke Oppositionsfraktionen erstarkten zusehends, wie die Revolutionären Sozialisten Deutschlands oder Neu Beginnen, und der SPD-Parteivorstand sah sich genötigt Ende Januar 1934 ein neues programmatisches Dokument zu veröffentlichen, das unter dem Namen ‚Prager Manifest‘ bekannt wurde, und dessen eigentlicher Titel – ‚Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus‘ – den Tenor des Inhalts verriet.

Einheitsfront- gegen Volksfrontkonzept

Nach der Niederlage des Schutzbundes im Februar 1934 kam es zu ähnlichen Missfallenskundgebungen österreichischer Sozialisten gegenüber der austromarxistischen Parteiführung. Und auch im österreichischen Untergrund kam es, ebenso wie in Deutschland, zu punktueller, oft auch kontinuierlicher, lokaler Zusammenarbeit mit Kommunisten. Was sich in Deutschland und in Österreich nur unter den tristen Umständen der Illegalität und des Exils als Hoffnungsträger auftrat, wurde durch die französischen Massendemonstrationen am 12. Februar, die auch in Provinzstädten ähnlich einheitsfreudig abliefen, als neuer Kurs auch für noch bestehende Demokratien für jedermann sichtbar. Erst aber dauerte es noch einige Monate,

bevor diese halbspontane Einheitsdynamik die allerhöchsten Parteiebenen von der Notwendigkeit einer konsequent durchgezogenen Strategiewende überzeugte.

Zum allerersten formalen Einheitsfrontabkommen kam es allerdings aus regionalpolitischen Gründen in Katalonien, und zwar schon am 10. Dezember 1933. In Katalonien jedoch hielt sich die wichtigste Fraktion der dortigen lohnabhängigen Arbeiterschaft, die anarcho-syndikalistische Nationale Arbeiterkonföderation (CNT), fern von dieser neuen Verbindung. Zur ersten Einheitsfront, die prinzipiell alle Hauptakteure einer zumindest regional stark verankerten Linken beinhaltete, kam es dann Ende März 1934 im nordspanischen Asturien, einem Industrie- und Bergbauzentrum.

Der Hintergrund für diese (auch im internationalen Rahmen) bahnbrechende Arbeiterallianz, wie diese Einheitsfront genannt wurde, war zum einen eine (im Vergleich zu Katalonien) weniger sektiererisch argumentierende und handelnde CNT, aber vor allen Dingen eine dynamisch operierende und von der Notwendigkeit einer Einheitsfrontpolitik überzeugte Sozialdemokratie, die ihre regionale Tageszeitung, *Avance*, de facto in ein Kampfforgan der asturischen Arbeitereinheitsfront umfunktionierte.

Im Juli 1934 kam es dann zur massenhaften Übernahme des Einheitsfrontgedankens auch nördlich der Pyrenäen, zuerst im damals noch demokratischen Saargebiet, dann in Frankreich, Österreich und anderswo. Ab dem Sommer 1934 begann so die kurze Periode der Hoffnung auf magische Erfolge der Einheitsfront, eine Wende, die meist von sozialdemokratischer Seite initiiert, auf unterster Ebene halbspontan praktiziert, und schließlich unter Druck auch von

www.sozialismus.de



Joachim Hirsch: »Reformstau«; Robert Castel: »Reformen« im Widerstreit; Ingo Schmidt: Alternativen zur Bereicherungskultur; Marcel Schaller: Die SPD nach Schröder; Joachim Bischoff: »Das ewige kleinere Übel« ohne Alternative?; www.wahlalternative.de; Thomas Händel: Eine andere Politik ist machbar; Harald Neubert: PDS und Europa-Wahlen

Christoph Lieber: Die gute Regierung – »Führe dich selbst!« Politische Ökonomie der »Gouvernementalität« und »Responsibilisierung« der Arbeit als Schlüssel zum Neoliberalismus

Richard Lauenstein: Geht's nicht auch preiswerter? LehrerInnengehälter; Axel Germtke: CDU/CSU – Schlimmer geht's immer! Gerhard Manthey/Sybille Stamm: Eine Bilanz des Arbeitskampfes der RedakteurInnen

Martin Beckmann: Umbau der Renten – Triebkraft der Transformation Europas; Klaus Dräger: EU-Arbeitszeitrichtlinie – Aushöhlen, bis kaum was übrig bleibt; Armando Fernández Steinko: Spanien nach Terroranschlag und Wahlen; Klaus Willkomm-Wiemer: Vermögensverteilung und -bildung in Schweden

Fabio de Masi: Good-bye Sweezy!
Marion Fisch: »Gegen die Wand« (Filmkritik)

Supplement: Robert Brenner,
Neuer Boom oder neue Bubble?

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)
Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax 040/280 505 68
e-Mail: redaktion@sozialismus.de

Moskau akzeptiert und bald allseits propagiert wurde. Befürworter dieser neuen Strategie erwarteten von dieser Kurswende eine neue, dynamisierende Offensive gegen die seit Jahren siegreich von Erfolg zu Erfolg marschierende radikale Rechte im nationalen wie auch im internationalen Rahmen.

Im November 1934 veranschaulichte der Führer der französischen Sozialisten Léon Blum den psychologischen Effekt dieses neuen Kurses mit folgenden Worten auf einer wichtigen Tagung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI): „Wir alle wissen ganz genau, wie die Atmosphäre war, wenn wir in der Vergangenheit vor großen Menschenmengen Ansprachen hielten, und wie sich die Dinge in der Zwischenzeit geändert haben. Bisher endeten solche Veranstaltungen unweigerlich in hasserfüllten Polemiken, die einen merkwürdigen Beigeschmack der abgrundtiefen Spaltung mit sich brachten, der in die Hände unserer Feinde spielte; heute finden anstatt dessen Massenversammlungen statt, wo der gemeinsame Wunsch der französischen Arbeiterschaft in zweierlei Hinsicht Ausdruck findet: den Faschismus mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen, und uns auf die kommende sozialistische Gesellschaft vorzubereiten.“⁴

Einheitsfronten entstanden als Abwehrmittel gegen die damals in der Tat international operierende faschistische oder zumindest diktatorische Rechte. Da sie prinzipiell nicht-proletarische Organisationen von diesen Bündnissen ausschlossen, ergab sich eine tendenziell ungebrochene, und für viele zeitgenössische Beobachter subjektiv als unwiderstehbar angesehene Dynamik in Richtung fundamentalem gesellschaftlichen Wandel. Ein erfolgreicher Antifaschismus stand so in unmittelbarem Zusammenhang mit einer ebenso notwendigen Überwindung des Kapitalismus schlechthin. Nach Jahren der Passivität und einer Kette von Niederlagen stand auf einmal der Sozialismus quasi auf der Tagesordnung.

Niemand kann mit Gewissheit sagen, ob solch ein eklatanter politischer, ökonomischer und sozialkultureller Wandel wirklich eingetroffen wäre, wenn es zu einer konsequenten internationalen Anwendung der Einheitsfrontstrategie gekommen wäre. Denn zu solch einer internationalen – und eben nicht nur nationalen oder regionalen – Anwendung der neuen Wunderwaffe kam es nie. Viele Gründe könnten hierfür genannt werden. Nur einer, aber ein enorm wichtiger, soll hier kurz besprochen werden.

Die maßgeblich von sozialdemokratischer Seite in die Wege geleitete Einheitsfrontstrategie wurde im Laufe des Frühsommers 1934 von den höchsten Instanzen der Komintern unter dem Druck der Ereignisse akzeptiert und wurde daraufhin zur generellen Anwendung nicht nur freigegeben, sondern sie wurde zur neuen Komintern-Strategie

schlechthin. Renitente nationale Sektionen, wie insbesondere die Kommunistische Partei Deutschlands, wurden im Laufe der nächsten neun Monate auf Vordermann gebracht. Was allerdings für die Komintern nur eine Frage der Zeit war, bewahrheitete sich für die SAI als weitaus schwieriger und letztendlich unmöglich. Denn die SAI hatte bedeutend weniger interne Machtmittel zur Verfügung um egal welchen Kurs generell für alle Sektionen vorzuschreiben, selbst wenn die SAI-Spitze eine für alle verbindliche Kurskorrektur beschlossen hätte. Und die SAI blieb in dieser Frage zutiefst gespalten.

Der von Blum für Frankreich zitierte Paradigmenwechsel fand nicht überall in Europa statt. Der österreichische und italienische Sozialismus machte hier zwar mit, doch waren diese Bataillone, einstmals zahl- und einflussreich, nur mehr im Untergrund und Exil aktiv. In Deutschland war die objektive Lage ähnlich, doch hier verstand es die Exilführung, das höchstwahrscheinlich für sie ungünstige Kräfteverhältnis im Exil und Untergrund zu ignorieren, und einen einheitsfeindlichen Kurs konsequent als sozialdemokratische Politik schlechthin zu verkaufen.⁵ In Belgien kam es nur zu Einheitsfrontabkommen auf Seiten der Arbeiterjugendorganisationen. Eine Variante der Einheitsfrontabkommen, der Planismus von Hendrik de Man, entwickelte hier eine interessante Eigendynamik mit internationalem Widerhall, die in diesem Rahmen aber nicht näher berücksichtigt werden kann.⁶ Aber selbst in Spanien, das sozialpolitische Laboratorium, in dem sich die allerersten Einheitsfronten in ganz Europa entwickelten, kam es nie zu einer nationalen Herausbildung dieser Aktionsbündnisse. Andere Befürworter eines Einheitsfrontkurses, wie der polnische Bund oder die russischen Menschewiki, verfügten zwar über moralischen Einfluss, doch zählten ihre Stimmen relativ wenig innerhalb der immer noch mitgliederstarken SAI.

Was diesem heterogenen ‚Linksblock‘ innerhalb der SAI die größten Schwierigkeiten bereitete war die Existenz eines numerisch stärkeren ‚Rechtsblocks‘, bestehend aus den weiterhin legal operierenden Sektionen in den Niederlanden, Großbritannien, Skandinavien und der Tschechoslowakei. Dieser Rechtsblock – wegen der Dominanz der britischen Labour Party auch oft als ‚Pfundblock‘ bezeichnet – weigerte sich konstant, die Einheitsfront als neue SAI-Strategie zu akzeptieren, eine Haltung, die natürlich unter anderem in der völlig andersartigen innenpolitischen Situation dieser Länder begründet lag. Aufgrund dieser Pattsituation – wäre es innerhalb der SAI-Exekutive zu einer Kampfabstimmung gekommen, hätte der Rechtsblock eine Mehrzahl der Stimmen hinter sich vereinigt – verstanden es die Wortführer des Linksblocks bald, nicht auf einen Mentalitätenwandel des Rechtsblocks

zu hoffen, sondern die nationale Autonomie der jeweiligen Sektionen zu verteidigen, um zumindest die real existierenden Einheitsfronten auf nationaler und regionaler Ebene aufrechterhalten zu können.

Vermittlungsversuche zwischen SAI und Komintern

Die eigentliche Tragik dieses Unentschiedens auf SAI-Ebene war allerdings auf einer ganz anderen Ebene angesiedelt. Denn ab September 1934 wurde klar, dass die Komintern, nachdem sie sich mühsam dazu durchgerungen hatte, ihren Sozialfaschismuskurs aufzugeben, nicht nur davon überzeugt war, dass die Einheitsfrontstrategie notwendig sei, sondern sie setzte nun alles daran, diese Art Bündnis auch auf internationaler Ebene umzusetzen. Wiederholt bemühten sich leitende Komintern-Funktionäre darum, die zögerliche Sani-Mehrheit in gemeinsame Aktionen einzuspannen. Zweimal kam es sogar zu persönlichen Treffen von Komintern-Abgeordneten und Spitzenfunktionären der SAI, einmal im mondänen Jugendstilhotel Metropole in der Brüsseler Innenstadt, das andere Mal in Léon Blums Pariser Privatwohnung. Die SAI-Linke, der Linksblock, versuchte alles, um diesen Bemühungen Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Als es immer deutlicher wurde, dass der Rechtsblock sich in dieser Hinsicht nicht in die richtige Richtung bewegen ließ, ergriffen führende Vertreter des Linksblocks schließlich die Eigeninitiative.

Allen voran das Zweigespann Otto Bauer und Theodor Dan begann ab Oktober 1935 eine Reihe von persönlichen Kontakten mit der Komintern-Spitze aufzunehmen, die zu zahlreichen quasi-konspirativen Treffen von Vertretern beider Seiten, meist außerhalb der Sowjetunion, führte. Einmal reiste ein persönlicher Vertreter Otto Bauers sogar zu einem Treffen mit Dimitri Manuilski nach Moskau. Diese wiederholten Versuche, die gegenseitigen Hindernisse, die einer Verständigung von Komintern und SAI entgegenstanden, aus dem Wege zu räumen, hielten bis zum Sommer 1936 an. Im Rahmen dieser vertraulichen Gespräche kam es noch im März 1936 zu einem persönlichen Treffen zwischen Otto Bauer und Nikolai Bucharin in Prag. Doch kam es letztendlich auch auf diese Weise zu keiner Kurskorrektur auf Seiten der SAI-Mehrheit.

Sicherlich muss man sich die Frage stellen, inwiefern die Komintern genuin an einer effektiven Zusammenarbeit im Rahmen eines Einheitsfrontabkommens mit der SAI interessiert war. Frühere und nachfolgende Kurschwankungen der Komintern mögen hier Zweifel an der Aufrichtigkeit derartiger Offerten aufkommen lassen. Doch ist nicht von der Hand zu weisen, dass sich die Sowjetunion – und damit die Komintern-Führung – während fast ihrer gesamten Existenz aus gutem Grund international isoliert fühlte, sich um Bündnispartner bemühte, und

hierbei keinerlei Grenzen setzte. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Komintern-Führung in den Monaten nach dem Frühjahr 1934 in konsequent und international durchgeführten Einheitsfrontabkommen einen Ausweg aus ihrer vertrackten Lage sah, und dass daher ihre Offerten in dieser Hinsicht ernst gemeint waren.

Dafür spricht auch die Haltung von Persönlichkeiten der SAI-Linken, die in kaum einer Hinsicht des Philokommunismus bezichtigt werden können, wie nicht zuletzt der altgediente Menschewik Theodor Dan. Das abschließende Zitat des engsten Weggefährten Otto Bauers zu dieser Zeit mag einen Einblick in die Hoffnungen und in die Möglichkeiten dieser Monate zu vermitteln. Theodor Dan schrieb am 28. Januar 1936, als sich immer klarer am Horizont abzeichnete, dass sich der Pfundblock nicht bewegen würde:

„Desto schlimmer für uns, wenn wir die zweijährige Periode der Einheitsaktion nicht dazu auszunützen verstanden haben, um diese schwierige und komplizierte Frage, wenn nicht zu lösen, so wenigstens der Lösung um einige Schritte näher entgegenzubringen. Das Unmögliche bleibt doch unmöglich, und wenn wir weiter mit der ganzen Leidenschaft an dem Einheitswerk arbeiten wollen, so bleibt uns nichts anderes, als unsere Niederlage zu registrieren, ihre Ursachen durchzudenken, um in der nächsten Etappe die Verwandlung des heute Unmöglichen in das morgen Mögliche vorzubereiten.“⁷ Aber auch dazu kam es leider nicht, denn die nächste Etappe ging in die genau entgegengesetzte Richtung

Denn, ebenso wie die Einheitsperiode im Grunde als Produkt real existierender sozialer Bewegungen analysiert werden kann und muss, genauso veränderte sich das Strategieverständnis der europäischen Linken, insbesondere der SAI-Linken, auch weiterhin in rascher Abfolge als Reaktion auf historische Ereignisse und Entwicklungen. Der erste große Test der Arbeiterallianz fand im Oktober 1934 statt, als die asturische Linke, mittlerweile in der Tat das gesamte Spektrum der nordspanischen Linken abdeckend, dem Beispiel der österreichischen Schutzbündler folgend, einen bewaffneten Aufstand gegen die drohende Faschisierung Spaniens begann. Als nationaler Widerstand konzipiert, von der sozialdemokratischen Führung in Madrid initiiert, blieb der eigentliche Aufstandsversuch auf Asturien und andere Orte Nordspaniens begrenzt, was zwangsweise eine blutige und nachhaltige Niederlage nach sich führte, die später einen Teil der Verbitterung spanischer Innenpolitik in Bürgerkriegszeiten ausmachte.

Die Einheitsfrontstrategie scheitert

Die blutige Unterdrückung der asturischen Kommune bedeutete zwar keineswegs das rasche Ende der Einheitsfront Hoffnungen, weder in Spanien noch anderswo, doch kann

man im Nachhinein ohne Weiteres die ersten Keimzellen der nachfolgenden Abschwächung radikaler Tendenzen in ganz Europa auf diesen Rückschlag zurückdatieren. Denn erst ab Oktober 1934 wurden die ersten Führer in Richtung Volksfrontpolitik ausgestreckt. Und Volksfrontpolitik, ganz im Gegensatz zum herkömmlichen Geschichtsverständnis der dreißiger Jahre, beinhaltete gravierende qualitative Unterschiede zur vorhergehenden Periode der Ausrichtung auf Einheitsfronten.

Während Einheitsfronten zwar aus der Defensive gegenüber antidemokratischen Tendenzen erwachsen, nahmen sie rasch prinzipiell antikapitalistische und nicht nur antifaschistische Züge an. Das explizite Fernhalten nichtproletarischer Organisationen, insbesondere nichtproletarischer politischer Parteien, war hierbei eine wichtige und logische Vorbedingung. Volksfronten wurden dagegen von vornherein als Bündnisse zwischen verschiedenen Klassen betrachtet, inklusive bürgerlichen politischen Parteien, die naturgemäß kein Interesse an irgendwelchen Spielarten von Antikapitalismus hatten, obwohl sie – und dies machte sie natürlich zum Hoffnungsträger auch für die sozialistische Linke – durchaus für antifaschistische Bündnisse zu haben waren.

Und darin genau bestand das wachsende Interesse der linken europäischen Öffentlichkeit an Volksfront- anstatt Einheitsfrontbündnissen. Als die Mystik der Einheitsfrontstrategien allmählich schwächer wurde, als die asturische Kommune sich als Sackgasse erwies, und es keiner der zahlreichen anderen Einheitsfronten gelang, den Faschismus abzuwehren, geschweige denn den Spieß in Richtung Sozialismus umzudrehen, als die Einheitsfront im Saargebiet sich ebenfalls als unfähig erwies, den Aufwind der extremen Rechten selbst unter optimalen Wahlbedingungen zu stoppen; zu diesem Zeitpunkt war es kein Wunder, dass die Aufmerksamkeit der europäischen Linken sich auf breitest mögliche Volksfronten zu konzentrieren begann.

Ab Mai/Juni 1935 gewann die Volksfrontstrategie die Oberhand – zuerst in Frankreich und dann in Spanien. Auch bei dieser Wende standen wichtige Teile der europäischen Sozialdemokratie Pate. Die philokommunistische Geschichtsschreibung schiebt die (Wahl-)Erfolge der Volksfrontstrategie oft bedenkenlos den Komintern-Sektionen zu. In Wirklichkeit wäre es ohne die sozialdemokratische Wegbereitung dieser neuerlichen strategischen Wende weder in Frankreich und schon gar nicht in Spanien zu Volksfrontkoalitionen gekommen. Erst nach den Wahlerfolgen in Frankreich und Spanien gelang es den kommunistischen Parteien disproportionalen Einfluss über die Politik und die Wirklichkeit von Volksfronten auszuüben.

Doch zu diesem Zeitpunkt war schon vieles zu spät. Die interne Dynamik von Volksfrontbündnissen war der Einheitsfronttaktik fast

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN254 Widerstand
und Erinnerung

»Wer sich zur Geschichte seiner Bewegung verhält, wie jemand, der sich an nichts erinnert«, heißt es bei Lenin, »kann kein klassenbewusster Arbeiter sein.« Der Satz gilt nicht nur für die Arbeiterbewegung. Mutatis mutandis mögen die ändern emanzipatorischen Bewegungen ihre Erfahrung in diesem Satz wiedererkennen, was immer sie sonst von Lenin halten. Die jeweils Regierenden aber setzen, umrahmt von offizieller Geschichtsrepräsentation, auf die Vergesslichkeit der Völker. [...] Sich widerständig zu erinnern, ist kein Zustand, sondern eine aktive Haltung, die zur verändernden Kraft wird, wenn sie sich sozial mitteilt und zum massenhaft vollzogenen Eingedenken steigert. Dies im Rückblick aufs 20. Jahrhundert zu leisten und damit einem neuen sozialen Aufbruch den Weg zu bahnen, ist kein literarisches Werk geeigneter als Peter Weiss' *Ästhetik des Widerstands*. Seiner Rückholung ins Gedächtnis der Linken widmen wir den Schwerpunkt dieses Hefts.«

(aus dem Editorial)

Robert Cohen: Brief an Uwe Timm**Fredric Jameson:** Ein Monument radikaler Momente. Für eine neue Lektüre von Peter Weiss' *Ästhetik des Widerstands***Roger I. Simon:** Beharrlichkeit des Vergangenen. Pädagogik und öffentliches Erinnern**Nils Zurawski:** Nordirland. Terror als symbolischer Alltag**Klaus Weber:** Erinnerter Aus- und Eingrenzungserfahrungen**Außerdem:** Interview mit **Clyde Barrow** über die Zukunft des us-amerikanischen Superstaats; **Michael Heinrich** antwortet auf W.F. Haug in der Debatte um Historisches/Logisches; **Julia Reuter** zur Materialität des Performativen bei Erving Goffman und Judith Butler.Werden Sie Abonnent/in für 52,50
Euro pro Jahr, Studierende 39 Euro.Argument-Redaktion
Reichenberger Strasse 150, 10999 Berlin
T: 030 - 61 14 182, F: 030 - 61 14 270
versand@argument.de
www.argument.de

entgegengesetzt. Das Hinüberwachsen antifaschistischer Mobilisierungen in antikapitalistische Massenbewegungen war von vornherein ausgeschlossen, und die konsequentesten Vertreter dieser neuen, breiteren Bündnisse waren logischerweise genau diejenigen Kräfte, die antikapitalistischen Bestrebungen enge Schranken auferlegten: zuallererst die bürgerlichen Parteien und dann die kommunistischen Bündnispartner in enger Zusammenarbeit mit moderaten Kräften innerhalb der Sozialdemokratie. blieb es in Frankreich beim verordneten Abwürgen von halbspontanen Massenstreikbewegungen, kam es in Spanien zur gewaltsamen Zurückdrehung weit verbreiteter Kollektivierungstendenzen.

Das Resultat war jedoch das gleiche. Der Ansporn für einen konsequent antifaschistischen, persönlichen Einsatz breiter Bevölkerungsschichten, für viele immanent verbunden mit der Hoffnung auf eine bessere, sozialistische Welt anstelle des Beharrens auf dem *status quo (ante)*, schwand allmählich dahin. Die französische Volksfront befand sich schon ein knappes Jahr nach ihrem Wahlerfolg im Prozess der fortschreitenden Auflösung. In Spanien nahm diese Phase der Politik der dreißiger Jahre ein nur allzu bekanntes blutiges Ende. Sechs Monate nach dem Sieg Francos begann – offiziell – der Zweite Weltkrieg. Die allerletzten Hoffnungsschimmer der europäischen Linken schmolzen dahin.

Herkömmliche Interpretationen der politischen Geschichte der dreißiger Jahre in Europa zeichnen nicht zu Unrecht das Bild eines schier unaufhaltsamen Siegeszuges faschistischer und anderer Diktaturen. In der Tat gibt die Geschichte dieser Zeit, wenn man sie so betrachtet, wie sie denn gewesen ist, keinen Anlass zu Optimismus oder gar Euphorie. Doch besteht Geschichte nicht nur aus Siegen sondern auch aus Verlierern und, was in diesem Zusammenhang noch wichtiger ist, für viele Teilnehmer an diesen verlorenen Kämpfen galt die Niederlage keinesfalls als vorprogrammiert. Spätestens nach Einsetzen der Schockwirkung der Hitlerschen Machtübernahme setzte ein Prozess der Umorientierung all jener Kräfte ein, für die der Sozialismus nicht nur mit utopischen Plänen und Wunschträumen in Verbindung gebracht werden konnte, für all diejenigen, denen eine kampfbare Niederlage als schlimmeres Schicksal erschien als eine Niederlage im Kampf.

Und gerade in diesem Spektrum der europäischen Öffentlichkeit erwiesen sich wichtige Teile der Sozialdemokratie – insbesondere die SAI-Linke – als bahnbrechende Wegbereiter und intellektuelle Vordenker einer ganzen Generation. Während sich der Pfundblock weigerte, sich den Umständen entsprechend nach neuen Strategien umzusehen, während die Komintern sich von einer zentral festge-

legten Strategie nur mühsam und unter Ausschluss selbst ihrer eigenen Mitgliedschaft fortbewegte, um sich dann, einmal zu einem Entschluss gekommen, ganz der jeweiligen neuen Strategie zu widmen, war es letztlich von allen Parteien mit Masseneinfluss einzig und allein der SAI-Linksblock, der sich flexibel den Realitäten dieser Welt widmete, um dort anzusetzen, wo Veränderung möglich schien. Otto Bauer, Friedrich Adler und Theodor Dan, so unterschiedlich auch ihre jeweiligen Charaktere oder persönlichen Präferenzen, erwiesen sich als die intelligentesten und innovativsten Sozialisten mit Massenanhang der gesamten Zwischenkriegszeit, trotz mancher Unstimmigkeiten und unvermeidbarer Widersprüche.

Interessanterweise liegt bis heute keine umfassende Biographie auch nur einer dieser drei Sozialdemokraten vor, genauso wenig wie es bisher eine konsequente, zusammenfassende Aufarbeitung der verschiedenen Interventionen dieser enorm wichtigen SAI-Linken gibt. Das internationale Kommunikationsorgan dieses Linksblocks, die von der österreichischen Exilsozialdemokratie editierte Monatszeitschrift *Der Kampf*, ist weithin in Vergessenheit geraten. In Zeiten eines neuen Paradigmenwechsels in der Weltpolitik wäre eine eingehende Beschäftigung mit diesem Themenbereich sicherlich nicht ohne mögliche positive Folgen auch auf die (heutige) sozialdemokratische Tagespolitik.

spw 3 / 2004

Anmerkungen:

- 1 Alexander Schiffrin, „Revolutionäre Sozialdemokratie“, *Zeitschrift für Sozialismus*, Jg. 1, Nr. 3, Dezember 1933, S. 82
- 2 Herman van der Goes, „Geweld – Macht – Overwinning“, *Het Liga Sinjaal*, 21.07.1934, S. 7.
- 3 Brief unterzeichnet mit „Eine Genossin aus Unterbaden“ mit dem handschriftlichen Vermerk versehen: „übermittelt am 28. Sept. Reinbold.“ Georg Reinbold war Sopade-Grenzsekretär für Südwestdeutschland. Indizien weisen darauf hin, dass dieser Brief im September 1933 verfasst wurde – Archiv der sozialen Demokratie (AsD) [Bonn], Sopade, Mappe 90.
- 4 Zitiert in einem internen Tagungsbericht eines spanischen Delegierten, Alvarez del Vayo, „A la Comisión Ejecutiva del Partido Socialista“, 23. 11. 1934 – Fundación Pablo Iglesias [Madrid], AH-22-22.
- 5 Ein Überblick über die wahrscheinlichen Kräfteverhältnisse an der SPD-Basis wird vermittelt in Gerd-Rainer Horn, „Radicalism and Moderation Within German Social Democracy in Underground and Exile, 1933-1936“, *German History* 15 (Spring 1997), S. 200-220, sowie in Gerd-Rainer Horn, „The Social Origins of Unity Sentiments in the German Socialist Underground“, in David E. Barclay und Eric D. Weitz (Hrsg.), *Between Reform and Revolution: Studies in the History of German Socialism and Communism from 1840 to 1990* (New York: Berghahn, 1998), S. 341-355.
- 6 Nähere Hinweise über den Planismus Hendrik de Mans finden sich in Gerd-Rainer Horn, *European Socialists Respond to Fascism: Ideology, Activism and Contingency in the 1930s* (New York: Oxford University Press, 1996), Kapitel 5: „The Promise of the Plan“, S. 74-95, und Gerd-Rainer Horn, „From 'Radical' to 'Realistic': Hendrik de Man and the International Plan Conferences at Pontigny and Geneva, 1934-1937“, *Contemporary European History* 10 (2001), S. 239-265.
- 7 Brief Theodor Dans an Otto Bauer, 28.01.1936, S. 9 – Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis [Amsterdam], Otto Bauer, Mappe 5, Theodor Dan.

Länger arbeiten? Der falsche Weg!

Von Steffen Lehndorff

Trotz des in der jüngsten Metall-Tarifrunde gefundenen Kompromisses wird in der veröffentlichten Meinung mit unverminderter Hartnäckigkeit gefordert, die Arbeitszeiten der Deutschen müssten verlängert

land tatsächlich sind, bevor über die Zweckmäßigkeit oder Schädlichkeit ihrer Verlängerung gestritten wird.

Eine solche Bestandsaufnahme ist nicht zuletzt deshalb angebracht, weil in der aktu-

getragen (OECD 1998). Es ist jedoch zu bezweifeln, dass mit den Forderungen nach Arbeitszeitverlängerung auf einen Abbau von Teilzeitarbeit abgezielt wird. Deshalb sollten die Arbeitszeitvergleiche seriöserweise auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Vollzeitbeschäftigung beschränkt werden.

Tabelle 1: Durchschnittliche tarifvertragliche Arbeitszeiten in der EU

B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	P	A	FIN	S	UK	EU
39	37	37,7	40	38,5	35,7	39	38	39	37	39	38,5	39,3	38,8	37,2	38,5

Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe (vgl. auch European Commission 2003: 143)

Tabelle 2: Durchschnittliche tatsächliche Arbeitszeiten von Vollzeit-ArbeitnehmerInnen in der EU (2002)

EU	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
40	39,3	39,1	39,9	41	40,4	37,7	39,5	38,5	39,5	38,9	40,1	40,3	39,2	39,9	43,3

Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe (vgl. auch European Commission 2003: 143)

werden. Gegenwärtig konzentriert sich diese Auseinandersetzung auf den öffentlichen Dienst. Im Unterschied zur Privatwirtschaft wird hier jedoch in dankenswerter Offenheit darauf hingewiesen, dass Arbeitszeitverlängerungen dazu dienen, den Personalabbau zu beschleunigen. Insofern ist das Für und Wider einer Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst im Grunde eine Debatte um die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen – und sollte am besten auch so geführt werden. Da die öffentlichen Dienstleistungen ein besonders wirksamer und nachhaltiger Motor für Dienstleistungsbeschäftigung in Deutschland werden könnten, ist eine solche Debatte überfällig (vgl. Bosch/Wagner 2003).

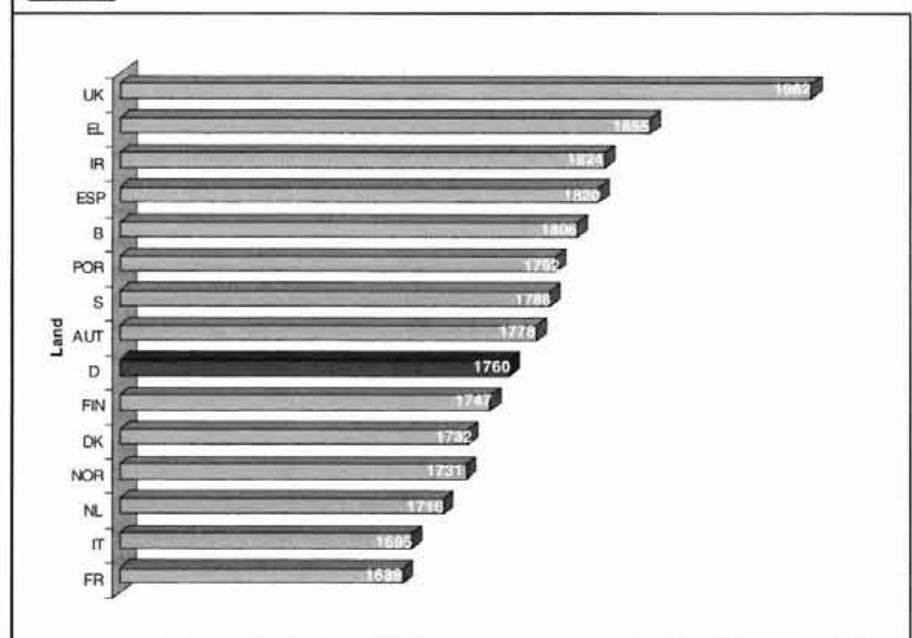
Mit Blick auf die Privatwirtschaft wird jedoch etwas anderes behauptet: Dort sollen Arbeitszeitverlängerungen zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit unabdingbar sein und somit Arbeitsplätze sichern oder vermehren. Dabei ist nicht klar, was eigentlich gefordert wird: Geht es um die Verlängerung der tarifvertraglichen Arbeitszeiten? Dann darf nicht von der Branche mit den kürzesten Arbeitszeiten – der westdeutschen Metallindustrie mit ihrer 35-Stunden-Woche – auf die gesamte Wirtschaft geschlossen werden. Oder geht es um die Verlängerung der tatsächlich gearbeiteten Stunden? Dann darf nicht einfach unterstellt werden, diese seien ebenso lang oder kurz wie die in den Tarifverträgen vereinbarten Arbeitszeiten. Vielmehr sollte zunächst einmal geklärt werden, wie lang die Arbeitszeiten in Deutsch-

ellen Debatte gelegentlich mit Durchschnittszahlen operiert wird, die die Arbeitszeiten von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten umfassen (vgl. z.B. iwd 2003). Zwar hat die

Die tatsächlichen Arbeitszeiten sind wieder länger geworden

Zunächst ein Blick auf die *tarifvertraglichen* Arbeitszeiten. Zunächst hatte es in Westdeutschland im Zeitraum Mitte der 80er bis Mitte der 90er Jahre deutliche Verkürzungen des tarifvertraglich vereinbarten Niveaus von 39,6 auf 37,4 Wochenstunden gegeben. In Ostdeutschland gingen die durchschnittlichen tarifvertraglichen Arbeitszeiten Anfang und Mitte der 90er von 40,2 auf 39,1 Wochenstunden zurück. Mitte der 90er Jahre war jedoch das vorläufige Ende dieser Serie tarifvertraglicher Arbeitszeitverkürzungen

Abbildung 1: Gewöhnliche Jahresarbeitszeiten abhängig Vollzeit-Beschäftigter, 2002 (in Stunden)



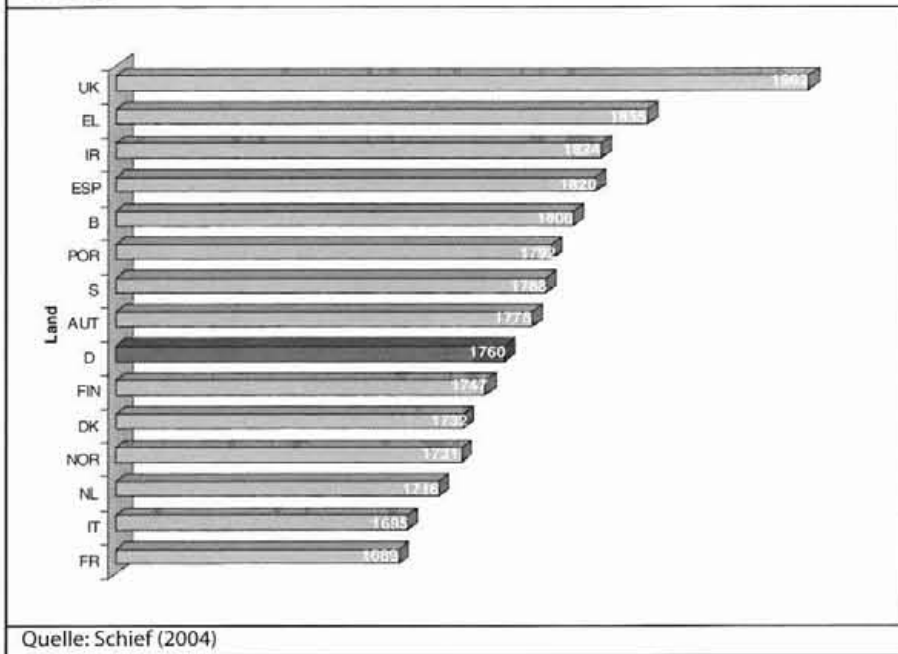
Quelle: Schief (2004)

Zunahme der Teilzeitarbeit seit den 70er Jahren in bedeutendem Maße zum Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit bei-

erreicht. Seitdem liegen die tariflichen Arbeitszeiten im gesamtdeutschen Durchschnitt unverändert bei 37,65 Wochenstunden (BMWA 2003: 50). Im EU-Vergleich liegt Deutschland damit rund eine Wochenstunde unter dem Durchschnitt (Tabelle 1).

In der Debatte um Arbeitszeitverlängerungen wird häufig auf diese tarifvertragliche Arbeitszeitdifferenz – sei es auf Wochen-

Abbildung 2: Gewöhnliche Jahresarbeitszeiten abhängig Vollzeit-Beschäftigter, 2002 (in Stunden)



oder auf Jahresstundenbasis – Bezug genommen. Dabei wird gewöhnlich verschwiegen, dass die *tatsächlichen* Arbeitszeiten länger sind. Dies zeigt eine Analyse der Daten des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes sowie der u.a. auf dem Mikrozensus aufbauenden Europäischen Arbeitskräftestichprobe. Die folgenden Daten zu den tatsächlichen Arbeitszeiten beruhen auf den Angaben der Befragten zur Selbsteinschätzung ihrer „normalerweise“ pro Woche gearbeiteten Stunden. Der Mikrozensus ist die umfangreichste repräsentative Haushaltsbefragung, in der regelmäßig Fragen zur Arbeitszeit der erwerbstätigen Haushaltsmitglieder gestellt werden. Da diese Art von Erhebung in allen EU-Ländern harmonisiert durchgeführt wird, bietet sie zudem eine Basis für internationale Vergleiche. Die folgenden Ausführungen basieren auf Auswertungen des Mikrozensus durch Alexandra Wagner (Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt, Berlin) und der Europäischen Arbeitskräftestichprobe durch Sebastian Schief (Forschungsschwerpunkt Arbeitszeit und Arbeitsorganisation im IAT).

Die Analyse der amtlichen Statistik ergibt eine Differenz zwischen tarifvertraglicher und tatsächlicher Arbeitszeit in Deutschland von im Schnitt zwei bis zweieinhalb Wochenstunden. Ein Blick auf die Arbeitszeitveränderungen in den 80er und 90er Jahren zeigt außerdem, dass diese Differenz in Westdeutschland im zurückliegenden Jahrzehnt größer geworden ist (Abbildung 1). In den 80er Jahren waren die Arbeitszeiten mit dem Beginn des Wirtschaftsaufschwungs zunächst angestiegen, folgten dann aber den tarifvertraglichen Arbeitszeitverkürzungen wie an einem allmählich län-

ger werdenden Gummiband. Diese Verkürzungstendenz hielt während der gesamten Periode wirtschaftlichen Wachstums einschließlich des so genannten Vereinigungsbooms 1990 bis 1992 an. Nach Überwindung der Rezession von 1993 begannen die tatsächlichen Arbeitszeiten – wie in derartigen Situationen zunächst üblich – wieder anzusteigen. Im Unterschied zur Wachstumsphase der 80er Jahre hielt jedoch dieser Anstieg in der zweiten Hälfte der 90er Jahre an, obwohl die wirtschaftlichen Wachstumsraten deutlich schwächer waren als in den 80ern. Eine gewisse Verkürzung der tatsächlichen Arbeitszeiten trat erst mit dem Erlahmen des Wirtschaftswachstums in 2001 ein, parallel zum Rückgang der Beschäftigtenzahlen. Diese – wenn auch geringfügige – Arbeitszeitverkürzung ist für wirtschaftliche Stagnations- und Rezessionsphasen typisch und kommt auch in einem leichten Rückgang der bezahlten Überstunden zum Ausdruck (Bach et al. 2002).

In Ostdeutschland blieben die tatsächlichen Arbeitszeiten in der zweiten Hälfte der 90er Jahre weitgehend stabil, nachdem sie zu Beginn der 90er Jahre im Gefolge der tarifvertraglichen Arbeitszeitverkürzungen zunächst gesunken waren. Im Ergebnis näherten sich bis zum Ende der 90er Jahre die westdeutschen Arbeitszeiten dem höheren ostdeutschen Niveau an.

Diese „U-Kurve“ bei der Entwicklung der tatsächlichen Arbeitszeiten in den 80er und 90er Jahren ist zunächst einmal im Zusammenhang mit der konjunkturellen Entwicklung zu sehen. Am Beginn von Aufschwungsphasen halten sich die Unternehmen gewöhnlich mit Neueinstellungen zurück, bevor sie sich bei einer Stabilisierung des Auf-

schwungs mit Neueinstellungen die Teilnahme am weiteren Wachstum sichern. Deshalb greifen sie zunächst auf zusätzliche Überstunden zurück, die im weiteren Verlauf der Wachstumsphase wieder zurückgehen. Dies war in den 80er Jahren gut zu beobachten (Stille/Zwiener 1997). Das Neue in den 90er Jahren bestand jedoch darin, dass die für den Beginn der Wachstumsphase typische Arbeitszeitverlängerung über die gesamte Wachstumsphase des Zyklus hinweg fortgesetzt wurde. Damit korrespondierte der geringe Beschäftigungszuwachs in diesem Zeitraum. Anders als in dem davor liegenden Wirtschaftsaufschwung setzte diesmal die tarifvertragliche Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften der Verlängerung der tatsächlichen Arbeitszeiten nichts mehr entgegen. Erst mit dem Beginn der gegenwärtigen wirtschaftlichen Stagnationsphase sind die tatsächlichen Arbeitszeiten wieder leicht zurück gegangen. In dieser konjunkturellen Situation wird nun die Forderung nach Arbeitszeitverlängerungen erhoben. Dies provoziert die Frage, ob damit etwa intendiert ist, die Arbeitszeiten „gegen den Markt“ zu verlängern. Da die in der längeren individuellen Arbeitszeit zusätzlich erzeugten Güter angesichts der Binnenmarktschwäche keine Abnehmer fänden, wäre die marktkonforme Reaktion auf Arbeitszeitverlängerungen nichts anderes als eine weitere Zunahme der Arbeitslosenzahlen. Auch Einkommensreduzierungen pro Arbeitsstunde, die auf dem Umweg über Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich angestrebt werden (Sinn 2003), würden an dieser Problematik nichts ändern.

Die Notwendigkeit von Arbeitszeitverlängerungen wird des Weiteren mit dem Verweis auf die vermeintlich besonders kurzen Arbeitszeiten Deutschlands im EU-Vergleich begründet. Wie verhält es sich nun damit?

Die tatsächlichen Arbeitszeiten in Deutschland liegen im EU-Durchschnitt

Wie die Europäische Arbeitskräftestichprobe ausweist, entsprachen die durchschnittlichen tatsächlichen Arbeitszeiten der abhängig in Vollzeit Beschäftigten in Deutschland mit 40 Wochenstunden in 2001 und 39,9 Wochenstunden in 2002 exakt dem EU-Durchschnitt (Tabelle 2).

Dies wird auch durch einen Vergleich der Jahresarbeitszeiten bestätigt, der in den Medien gewöhnlich unter grob irreführender Verwendung einer OECD-Statistik vorgenommen wird (Schief 2004). Verwendet man für den Vergleich – anders als die OECD dies tut – nach einheitlicher Methode erhobene Ausgangsdaten und rechnet die Teilzeitarbeit aus den eingangs genannten Gründen heraus, dann bleibt von den Standard-Gewissheiten über die „Freizeitweltmeister“ nichts mehr übrig (Abbildung 2).

Während also die deutschen Jahresarbeitszeiten im unteren Mittelfeld der EU 15 liegen, haben andere Länder mit einer hoch-

gradig leistungs- und wettbewerbsfähigen Wirtschaft wie Frankreich oder die Niederlande deutlich kürzere Arbeitszeiten als Deutschland. In Großbritannien dagegen mit seinen enorm langen Arbeitszeiten ist die Arbeitsproduktivität wesentlich niedriger als in den Ländern mit kurzen Arbeitszeiten (Abbildung 3).

Die Gegenüberstellung von Arbeitszeiten und Arbeitsproduktivität provoziert eine zugespitzte Schlussfolgerung: Kurze Arbeitszeiten wirken als „Produktivitätspeitsche“, während lange Arbeitszeiten offenbar Anlass zur Zeitverschwendung geben. Auch mit Blick auf die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist deshalb der Sinn längerer Arbeitszeiten in Deutschland nicht nachvollziehbar.

Bei der Debatte um Arbeitszeitverlängerungen geht es aber im Kern auch gar nicht um Arbeitszeitpolitik, sondern um eine Senkung der Arbeitseinkommen pro Stunde über den Umweg von Arbeitszeitpolitik. Dabei wird übersehen, dass Arbeitszeitpolitik ein äußerst ungeeignetes Instrument für Einkommensumverteilungen ist. Darauf verweisen bereits – mit umgekehrtem Vorzeichen – die Erfahrungen der tarifvertraglichen Arbeitszeitverkürzungen in den 80er Jahren, die im Ergebnis verteilungsneutral waren und faktisch aus dem Produktivitätsfortschritt finanziert wurden. Falls heute der Versuch glücken würde, diesen Spieß gewissermaßen umzudrehen, gäbe es mit hoher Wahrscheinlichkeit erneut einen Produktivitätseffekt – allerdings zu Lasten der Unternehmen: längere Arbeitszeiten bei verlangsamtem Wachstum der Arbeitsproduktivität pro Stunde.

Zweckentfremdung der Arbeitszeitpolitik behindert Reformen

In der gegenwärtigen Debatte um Arbeitszeitverlängerungen findet eine Zweckentfremdung von Arbeitszeitpolitik statt. Dies ist um so bedauerlicher, als es erheblichen Reformbedarf bei den Arbeitszeiten gibt (Lehndorff 2001). Dieser Reformbedarf wird besonders deutlich durch eine Kontrastierung mit dem modischen Vorschlag einer „demografischen Arbeitszeit“: Qualifizierte Beschäftigte sollen in jungem Alter, in dem sie als besonders leistungsfähig gelten, deutlich länger arbeiten, als es die vertragliche Norm bislang vorsieht. Die dadurch entstehenden Guthaben auf Langzeitkonten könnten dann für Sabbatical, Ehrenamt oder den Surf-Urlaub in Australien genutzt werden, längerfristig für einen vorgezogenen Ruhestand. Diese Hochglanz-Modelle setzen allerdings unausgesprochen voraus, dass Arbeitszeitguthaben ausgerechnet in einer Lebensphase aufgebaut werden sollen, in der viele Paare (sollte man hinzufügen: noch?) kleine Kinder haben. Hier kommt durch die Hintertür das alte Modell der Rollenverteilung zwischen Männern und Frau-

en, der Vorrang der männlichen Erwerbsbiographie wieder ins Spiel. Die Frage, wie die Lebensarbeitszeit so gestaltet werden kann, dass Männer und Frauen eine gleichrangige Erwerbsperspektive bekommen, wird gar nicht erst gestellt.

Einen Hinweis auf die Richtung der stattdessen erforderlichen Reformen geben die Arbeitszeitwünsche von Frauen. Sie tendieren besonders häufig zu einer 30-Stunden-Woche (Bosch/Wagner 2002), also einer Art „kurzer Vollzeit“. Als Faustregel gilt (für Frauen noch ausgeprägter als für Männer): Vollzeitkräfte wollen im Schnitt kürzer, Teilzeitkräfte dagegen länger arbeiten. In der Praxis dagegen bleibt Frauen in Deutschland häufig nur die Alternative zwischen klassischer Vollzeit- und Teilzeitarbeit – wenn sie nicht sogar wegen fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten zeitweilig ganz aussteigen müssen. Teilzeitarbeit aber ist in Deutschland immer noch gleichbedeutend mit begrenzten Entwicklungsmöglichkeiten im Beruf und mit einem längerfristig niedrigeren Einkommen (mit Konsequenzen für die Rente). Solange es in Deutschland in der Praxis wie im Denken eine chinesische Mauer zwischen Vollzeit- und Teilzeitarbeit gibt und solange es faktisch kaum möglich ist, die Arbeitszeit selbst zeitweilig zu reduzieren, ohne im Beruf zurückstecken zu müssen, ist dies auch für Männer unattraktiv.

Eine moderne, reformorientierte Arbeitszeitpolitik wäre darauf gerichtet, diese starren Strukturen aufzubrechen, wie dies vor allem in Schweden, z.T. auch in den Niederlanden begonnen wurde. Im Schnitt würden die Arbeitszeiten dadurch kürzer, eine Arbeitsumverteilung zugunsten mehr Beschäftigungsmöglichkeiten würde gefördert. Die

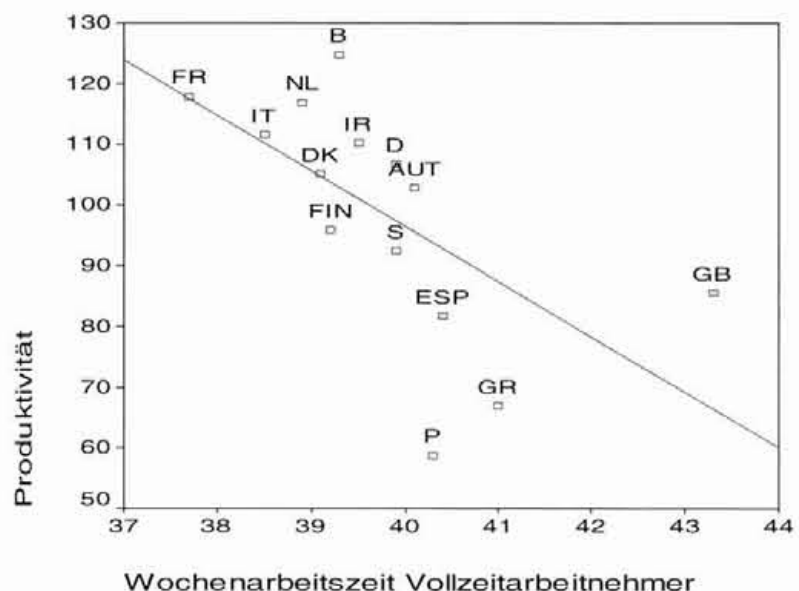
aktuelle Debatte um Arbeitszeitverlängerungen dagegen trägt nur dazu bei, alte Strukturen zu konservieren und die betrieblichen Arbeitsmärkte vom externen Arbeitsmarkt abzuschotten.

spw 3/2004

Literatur

- Bach, Hans-Uwe/ Koch, Susanne/Magvas, Emil/Pusse, Leo/Spitznagel, Eugen (2002): Der Arbeitsmarkt in den Jahren 2001 und 2002 mit Ausblick auf 2003. MittAB, Heft 1, S. 7-36
- BMWA (2003): Tarifvertragliche Arbeitsbedingungen im Jahr 2002. Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
- Bosch, Gerhard/Wagner, Alexandra (2002): Konvergenz der Arbeitszeitwünsche in Westeuropa. IAT-Report 2002-01; vgl. auch Bielenski, Harald/Bosch, Gerhard/Wagner, Alexandra (2002), Wie die Europäer arbeiten wollen. Erwerbs- und Arbeitszeitwünsche in 16 Ländern. Frankfurt/New York: Campus
- Bosch, Gerhard / Wagner, Alexandra, 2003: Dienstleistungsgesellschaften in Europa und Ursachen für das Wachstum der Dienstleistungsbeschäftigung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55, S. 475-499
- European Commission (2003): Employment in Europe 2003. Recent Trends and Prospects. Luxemburg
- lwd (2003): Arbeitszeitverlängerung – Wieder in die Hände spucken. Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Nr. 25, 19. Juni 2003
- Lehndorff, Steffen (2001): Weniger ist mehr. Arbeitszeitverkürzung als Gesellschaftspolitik. Hamburg: VSA
- OECD (1998): Employment Outlook. Paris
- Schief, Sebastian (2004): Jahresarbeitszeiten als Standortindikator? Hintergründe zur fragwürdigen Nutzung internationaler Vergleiche. Gelsenkirchen: Inst. Arbeit und Technik. IAT-Report, Nr. 2004-03
- Sinn, Hans-Werner (2003): Wieder 42 Stunden arbeiten. Um das deutsche Lohnkostenproblem zu beheben, muß die Wochenarbeitszeit angehoben werden. FAZ, 23. Juli, S. 11
- Stille, Frank/Zwiener, Rudolf (1997): Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Berlin: DIW-Sonderheft

Abbildung 3: Arbeitszeit und Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde in der EU 15 (2001; Kaufkraftparitäten; EU 15 = 100)



Quelle: Eurostat Strukturindikatoren; eigene Darstellung

„Flexible Arbeit, Prekarisierung und Ausgrenzung“

Von Gudrun Hentges und Jörg Flecker

Seit Beginn der 1990er-Jahre tauchte im Kontext der Rechtsextremismus- und Rechtspopulismusforschung immer wieder die Frage auf, ob und in welchem Maße Veränderungen in der Arbeitswelt (Internationalisierung der Produktion, Verlagerung von Produktionsstätten, Flexibilisierung, Prekarisierung, Massenerwerbslosigkeit) für die Erklärung rechtsextremistischer Konjunkturen von Bedeutung sind. In der Diskussion trafen zwei einander widersprechende Einschätzungen aufeinander: Einerseits wurde argumentiert, dass rechtsextreme Orientierungen (Ideologien der Ungleichwertigkeit und Gewaltakzeptanz) das Ergebnis sozialer Marginalisierung und Desintegration seien (Wilhelm Heitmeyer). Andererseits wandten Kritiker/innen ein, dass die Erfahrungen in der Arbeitswelt in dieser Hinsicht keine große Rolle spielten, sondern rechtsextreme Einstellungen und Meinungen vor dem Hintergrund der politischen Kultur und Sozialisation zu erklären seien – ein Ansatz, der in der Diskussion unter dem Stichwort „Dominanzkultur“ (Birgit Rommelspacher) firmierte. Die Diskussionen der 1990er-Jahre wurden in der Fachwissenschaft, in sozialen Bewegungen und politischen Initiativen engagiert und polarisiert geführt, zeichneten sich jedoch mitunter durch einen Mangel an empirischem Material aus. Seit drei Jahren befassen sich nun zwei Projekte mit der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Umbrüchen in der Arbeitswelt, politischen Bewusstseinsformen und rechtspopulistischen Tendenzen: Seit Herbst 2001 beschäftigt sich ein internationales Team, an dem Forscher/innen aus acht Ländern beteiligt sind, mit dem Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischen Veränderungen und der Anziehungskraft der extremen Rechten (nähere Informationen unter www.siren.at); seit Frühjahr 2002 geht das Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation an der Ruhr-Universität Bochum der Frage nach, welche Auswirkungen Flexibilisierung und Prekarisierung auf die Beschäftigten haben. Längst

überfällig war ein erster Austausch über die Projektergebnisse, welcher in Recklinghausen bei einem gemeinsamen Workshop stattfand.

Das vom FIAB durchgeführte Projekt „Prekäre Beschäftigungsverhältnisse – Ursache von sozialer Desintegration und Rechtsextremismus“, dessen Ergebnisse von Klaus Dörre und Klaus Kraemer vorgestellt wurden, orientiert sich am Zonenmodell von Robert Castel. Befragt wurden Personen aus der „Zone der Integration“, der „Zone der Entkoppelung“ und der „Zone der Prekarität“. Bei den Interviewpartner(inn)en handelt es sich u.a. um Beschäftigte im IT-Bereich einer großen in Frankfurt am Main ansässigen Bank und um Leiharbeiter einer großen Zeitungsfirmen. In ihrer Vorstellung der Projektergebnisse problematisierten Klaus Dörre und Klaus Kraemer (beide: FIAB) das Castel'sche Zonenmodell. Unter Einbeziehung der Selbstwahrnehmung und subjektiven Deutung der Befragten sei, so ihr Fazit, feststellbar, dass es auch Desintegrationsprozesse in der „Zone der Integration“ und Integrationsprozesse in der „Zone der Prekarität“ gebe. Bei den Leiharbeitern beispielsweise wirke das desintegrierende Potenzial nicht in gleicher Weise desintegrierend, während Beschäftigte der IT-Branche in ihren Interviews zum Ausdruck brachten, dass vor dem Hintergrund betrieblicher Umstrukturierungen die Prekarisierung in die „Zone der Integration“ Einzug halte. Im Spannungsfeld von Erwerbsbiografie, Arbeitserfahrungen und individuellen Integrationsvorstellungen entstehe, so ihre These, der „Problemrohstoff“, der unter bestimmten Voraussetzungen zu rechtspopulistischen Orientierungen führen könne.

In eine ganz ähnliche Richtung wiesen auch die Ergebnisse des EU-Projekts SIREN. Jörg Flecker, Manfred Krenn (beide: FORBA, Wien) und Gudrun Hentges (Universität Köln) stellten die Ergebnisse der qualitativen europäischen Studie vor sowie die in Deutschland und Österreich durchgeführten Länderstu-

dien. Im Rahmen dieses interdisziplinär ausgerichteten europäischen Projekts wurden Personen interviewt, die a.) beruflich erfolgreich sind, b.) einen sozialen Abstieg erfahren haben (oder diesen befürchten) und die c.) in prekarierten Beschäftigungsverhältnissen tätig sind. Die Anlage des Gesamtprojekts sah eine breite Branchenverteilung vor, wobei ein Schwerpunkt im Bereich der nunmehr privatisierten ehemaligen Staatsbetriebe sowie im Bereich der Informationstechnologien lag. Darüber hinaus wurden innerhalb einer jeden sozialen Gruppe Personen mit und ohne Affinität zum Rechtspopulismus interviewt. Wie die qualitative Studie zeigt, lässt sich kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Lebenslage und der Übernahme rechtspopulistischer Ideologien feststellen. Vielmehr konnten die Forscher/innen eine Typologie präsentieren, in der sowohl der Rechtspopulismus der Selbstständigen und beruflich Erfolgreichen erfasst wird, aber auch jener der Arbeiter/innen, die sich in einem hohem Maße mit ihrem Status und den von ihnen erbrachten Leistungen identifizieren und im Gegenzug Anerkennung und Protektionismus einfordern. Herausgearbeitet wurde auch der spezifische Zugang von Frauen zum Rechtspopulismus, deren Lebensalltag durch die „doppelte Vergesellschaftung“ (Regina Becker-Schmidt) geprägt ist und die von Seiten des Staates Schutz, Anerkennung und soziale Absicherung erwarten. Soziale Marginalisierung, Ausgrenzung, Armut, Entwertung ihrer Qualifikation, das Gefühl von Bedrohung, kultureller Enteignung und sexueller Belästigung wurden in ihren Deutungsmustern ursächlich mit Einwanderung, Migration und dem Aufeinandertreffen der Kulturen verknüpft; soziale Probleme wurden somit ethnisiert.

Die These, dass man sich bei Erforschung der Entstehungsbedingungen rechtspopulistischer Bewusstseinsformen keineswegs auf die sog. Modernisierungsverlierer konzentrieren darf, bestätigt auch die im Rahmen des Projekts durchgeführte repräsentative Untersuchung (5.800 Befragte), als deren Ergebnis festzuhalten ist, dass sowohl Gewinner der Umstrukturierungsprozesse als auch Verlierer auf jeweils unterschiedliche Weise dem Rechtspopulismus anhängen können. Nicht zuletzt ist bei der Erforschung des Phänomens die politisch breite Angebotspalette in den verschiedenen Staaten zu berücksichtigen.

Dr. Gudrun Hentges und Jörg Flecker arbeiten im Projekt SIREN am Seminar für Sozialwissenschaften (Abteilung für Politikwissenschaft) der Universität zu Köln. Bericht vom Workshop „Flexible Arbeit, Prekarisierung, Ausgrenzung – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen?“, Recklinghausen, 16./17. April 2004, veranstaltet vom Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation (FIAB an der Ruhr-Universität Bochum) und

sichtigen, die in jeweils unterschiedlicher Weise und mit spezifischer Akzentuierung auf verschiedene gesellschaftliche Probleme Bezug nimmt und z.T. widersprüchliche Lösungsangebote präsentiert.

Vertieft wurden diese Fragestellungen in weiteren Beiträgen: Martin Kronauer (FHW Berlin) diskutierte in seinem Beitrag die Verhältnisbestimmung zwischen Erwerbsarbeit und sozialen Rechten – insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die nach dem 2. Weltkrieg vollzogene Integration in den Arbeitsmarkt – die faktische Vollbeschäftigung – mit den daraus abgeleiteten sozialen Rechten der Beschäftigten eine historisch einmalige Situation war. Die neue Herausforderung, vor der die Demokratie heute steht, mache es erforderlich, über die Erweiterung der Kriterien von Teilhabe und Ausschluss nachzudenken. Kronauer arbeitete in seinem Beitrag heraus, dass Erwerbsarbeit und soziale Rechte aufeinander verweisen und eng miteinander verknüpft sind. Vor dem Hintergrund der Umbrüche in der Erwerbsarbeit werden zwar die Bürgerrechte nicht entzogen, aber sie verlieren an Substanz. Kronauer warf die Frage auf, ob sich Erwerbsarbeit und soziale Rechte auf neue Weise miteinander verbinden lassen. Kritisch diskutierte er das Modell der Grundsicherung, das seiner Meinung nach jedoch keinen Sinn ergibt, da neben dem Aspekt der über Erwerbsarbeit vermittelten materiellen Absicherung Erwerbsarbeit in unserer heutigen Gesellschaft nach wie vor das zentrale gesellschaftliche Integrationselement ist. Die Diskussion über „Soziale Exklusion und Prekarisierung“ – so der Vortragstitel – drehte sich um die Frage, ob eine (relative) Abkopplung der Erwerbsarbeit von der Teilhabe an sozialen Rechten nicht die adäquate Antwort auf die gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft sein könne.

Christoph Butterwegge (Universität Köln) wandte gegen Dörres These vom „reaktiven Nationalismus“ ein, dass Nationalismus – abgesehen von wenigen historischen Ausnahmen – immer abwehrend und damit reaktiv aufgetreten sei. Butterwegge vertrat in seinem Vortrag die These, dass bedingt durch Globalisierung, oder präziser: aufgrund der neoliberalen Modernisierung, neben den völkisch-traditionalistischen Nationalismus ein Standortnationalismus trete. Diese an die neuen Bedingungen angepasste Ideologie legitimiere die technologische Aufrüstung und werte den eigenen Wirtschaftsstandort auf. In der Ideologie eines modernisierten Nationalismus bildeten nicht mehr Volk, Führer und Vaterland die rechte Wertetrias; diese werde abgelöst durch Markt, Profit und Konkurrenzfähigkeit des jeweiligen Industriestandortes.

Die hier von Butterwegge vertretene These provozierte eine lebhafteste Debatte und berührte die Kernfragen: Welche Rolle spielen Konkurrenz, Wettbewerb und die Verteidi-

gung des eigenen Standorts bei der Herausbildung des Rechtspopulismus? Legt das Prinzip der Konkurrenzfähigkeit des jeweiligen Industriestandortes rechtsextreme Denk- und Handlungsweisen nahe? Unter welchen Bedingungen wird die Konkurrenz zwischen den Standorten unter Rekurs auf rechtsextreme Ideologien ausgetragen?

Ursula Birsl (Universität Göttingen) stellte ein vor kurzem abgeschlossenes Projekt vor, welches (anti)egalitäre Gesellschaftsbilder und Einstellungen von deutschen, britischen und spanischen Industriebeschäftigten zum Gegenstand hatte. Diese empirische Studie, die u.a. in der deutschen Automobilindustrie durchgeführt wurde, kam zu dem Ergebnis, dass zur Erklärung der Entstehung von Gesellschaftsbildern weitere Faktoren wie öffentlicher Diskurs oder politische Partizipationschancen einbezogen werden müssen, um einen Zusammenhang zwischen Gesellschaftsbildern und der Verarbeitung von Arbeits- und Lebenserfahrungen herstellen zu können. Insbesondere mit Blick auf die in Spanien und Großbritannien geführten Interviews wurde deutlich, so Birsl, von welcher Bedeutung öffentliche Diskurse und die gesellschaftstypische Einbindung von politischen Einstellungen sind.

Anknüpfend an die von Birsl geäußerte Feststellung, dass sich Fremdenfeindlichkeit nicht oder allenfalls nur schwer in den Interviews erheben und mit Arbeitserfahrungen verknüpfen lasse, stellte Susanne Lang (Forschungsstelle für interkulturelle Studien, Universität Köln) die von ihr durchgeführte qualitative Studie zur sozialen Repräsentation von Jugendlichen vor. Ausgangspunkt dieser Studie war die Evaluation eines Antirassismusprojekts, das im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit durchgeführt wurde. Sie gelangte in ihrer Untersuchung (Gruppendiskussionen, teilnehmende Beobachtung) zu dem Ergebnis, dass keine klassenspezifische Artikulation des Rassismus zu erkennen sei. Die von ihr befragten Jugendlichen leugneten die Hierarchisierungen und Abgrenzungsbewegungen innerhalb der Ausbildungsgruppen. Diese Leugnung ging jedoch, so die Feststellung von

Lang, damit einher, dass die Jugendlichen bei der Selbst- und Fremdbeschreibung auf Mythen rekurrierten, z.B. auf den Mythos des barbarischen Fremden.

Ferdinand Sutterlüty (Institut für Sozialforschung, Frankfurt am Main) fragte in seinem Beitrag nach den „Tiefendimensionen sozialer Ungleichheit“ und stellte kategorial-exkludierende Klassifikationsmuster bzw. Ungleichheitssemantiken vor, die zwischen Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft und Migrant(inn)en eine Rolle spielen. Seine Ausführungen basierten auf einer ethnographisch ausgerichteten Studie, die in einem Stadtteil des Ruhrgebiets durchgeführt wird, der dadurch zu charakterisieren ist, dass die vorwiegend türkischen Migranten u.a. durch Immobilienbesitz gesellschaftlich aufgestiegen sind und als „avancierte Fremde“ von der Mehrheitsbevölkerung wahrgenommen werden. Diese Ungleichheitssemantiken beruhen, so das Ergebnis seiner Untersuchung, auf einer Semantik der ethnischen Zugehörigkeit nach Blutsverwandtschaft und auf der Vorstellung von „dreckig sein, sauber sein“.

Abschließende Beiträge befassten sich mit Gegenstrategien: Angelo Lucifero (Ver.di Landesbezirk Thüringen) berichtete von Beispielen aus der Praxis: Die Bürgerinitiative gegen „Billiglohn und Sozialabbau – für Gleichbehandlung“ sorgte beispielsweise für Furore, als sie den Norma Lebensmittelfilialbetrieb (Zweigbetrieb Mittelhausen) mit der „Goldenen Nase“ auszeichnete. Diese Auszeichnung wurde dem Filialleiter über-

SoZ Sozialistische Hefte für Theorie und Praxis

Sonderhefte der SoZ – Sozialistische Zeitung · 44–52 Seiten · 5 EUR

Nr. 6 (Mai 2004): Bewegung braucht Strategien



Daniel Bensaïd über das Verhältnis von Bewegung und politischer Formierung

Sam Gindin über die Notwendigkeit einer strategischen Alternative

Christian Zeller über die Perspektiven gesellschaftlicher Aneignung

Alex Callinicos plädiert für einen revolutionären Sozialismus

Angela Klein über die Grundlagen eines neuen Übergangsprogramms

Werner Imhof und **Christoph Junke** streiten über die Umverteilung des Reichtums

John B. Foster über die herrschende Umweltpolitik

Nr. 5 (Dezember 2003): Neuer Antikapitalismus in Europa?

François Vercammen über die Rückkehr der radikalen Linken in Europa · **Hening Böke** über Italiens Rifondazione Comunista · **Bernhard Schmid** über die radikale Linke in Frankreich · **Alex Callinicos** über die Chancen sozialistischer Neugruppierung · **Klaus Dräger** über programmatische Grundlagen einer neuen europäischen Linken · Außerdem: **Perry Anderson** über **Eric Hobsbawm**

Bestellung an (gegen Vorkasse)

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · 50674 Köln · Fon (02 21) 9 23 11 96
Fax (02 21) 9 23 11 97 · redaktion@soz-plus.de · www.soz-plus.de

reicht, weil die Beschäftigten dazu gezwungen sind, von Montag bis Samstag die Verkaufsstellen alleine zu betreiben und sich demnach keine Pausen leisten können. Ohne jede Kompensation absolvieren sie eine Wochenarbeitszeit, die häufig 50 Stunden überschreitet.

Für heftige Kontroversen sorgte der Beitrag von Malte Meyer (Universität Köln), der sich mit rechtsextremen Tendenzen auf deutschen Baustellen befasste. Meyer kritisierte in seinem Vortrag insbesondere die IG Bauen – Agrar – Umwelt (bzw. tonangebende Strömungen innerhalb dieser Gewerkschaft), die – so seine Einschätzung – aufgrund der von ihr gemeinsam mit der Polizei durchgeführten Razzien und der von ihr protegierten protektionistischen Zuwanderungspolitik rechtsextremen Tendenzen eher Vorschub leiste, als sie wirkungsvoll zu bekämpfen. Er forderte abschließend, dass die IG BAU – statt Kollegen am rechten Rand zu organisieren – den politischen Kontakt zu Initiativen wie „Kein Mensch ist illegal“ suchen und illegalisierte organisieren sollte, um wirksam deren Interessen vertreten zu können. Die sich daran anschließende grundsätzliche Debatte drehte sich um das Verständnis von Ge-

werkschaften. Ist es ihre originäre Aufgabe, wie Bodo Zeuner (FU Berlin) anmerkte, die Einhaltung des Tarifvertrags zu sichern, oder ist gewerkschaftliche Politik nur dann zukunfts-fähig, wenn sie sich als internationalistische versteht und als solche agiert?

Der abschließende Diskussionsblock befasste sich mit der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Michaela Dälken (DGB Bildungswerk, Bereich Migration), Julika Bürgin (DGB-Bildungswerk Thüringen) und Petra Wlecklik (IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel) stellten die entsprechenden Institutionen und Aktivitäten des DGB und der IG Metall vor und reflektierten vor dem Hintergrund der Debatte die Bedeutung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit. Als Antwort auf die Frage, wie man Kontinuität in der antirassistischen Bildungsarbeit schaffen könne, schlug Petra Wlecklik vor, Antirassismus und Interkulturalität nicht (nur) in gesonderten Seminaren zu behandeln, sondern diese Themen zu einer Querschnittsaufgabe zu machen, um sie in allen Seminaren thematisieren zu können, beispielsweise auch in jenen Angeboten, die sich mit Konflikten am Arbeitsplatz befassen. Julika Bürgin verwies auf den soeben (in 2. überarbeiteter Auflage) erschienenen „Baustein zur nicht-rassisti-

schen Bildungsarbeit“, der die Bildungsarbeit des DGB in den letzten Jahren maßgeblich geprägt hat. Sie erinnerte daran, dass antirassistische Bildungsarbeit – und auch ihre Akteure – oft die problematischen Bedingungen vergessen, unter denen Bildungsarbeit betrieben wird, und plädierte für einen emanzipatorischen Bildungsbegriff. Man könne mit den Teilnehmer(inne)n diskutieren, müsse jedoch den Anspruch aufgeben, sie durch diese Bildungsarbeit zu verändern. Im Mittelpunkt dürften nicht die Teilnehmer/innen als Problem stehen, vielmehr deren Probleme. In der Bildungslandschaft beobachtete sie zwei Wendungen der politischen Bildung: Einerseits die konstruktivistische Wende – das Reden darüber, wie Menschen die Wirklichkeit deuten, nicht wie die Verhältnisse wirklich sind – und die modernistische Wende, die nur noch oder fast ausschließlich gewerkschaftliche Bildungsarbeit im Kontext von Management-Strategien („Diversity Management“) sieht. So sehr es auch zu begrüßen sei, dass antirassistische Bildungsarbeit über Programme wie ENTYMON gefördert worden sei, so müsse man jedoch kritisch festhalten, dass zeitgleich die Mittel für politische Bildung erheblich reduziert wurden.

spw 3 / 2004

Eurospot

Von Detlev von Larcher

Nun ziehen die KandidatInnen für das Europaparlament wieder durch das Land und werben für sich und die Europawahl. Warum nur, sind sie so weit von uns weg? Sicher, ihre Wahlkreise sind so groß, dass sie während einer Legislaturperiode höchstens ein- oder zweimal bei uns auftauchen. Aber das ist nur die eine Seite. Die andere: hören wir im Radio oder Fernsehen von Europa, so ist immer vom Ministerrat oder vom europäischen Gipfel die Rede. Kaum jemals hören oder sehen wir etwas vom Europaparlament. Nur wenn wieder ein Missbrauch anzuprangern ist, dann hören wir von unseren Abgeordneten in Brüssel. Wir wissen, dass sie wichtig sind, wichtige Aufgaben haben, aber erfahrbar ist das nur mittelbar. Und doch sollen wir sie wählen? Die Plakate sind inhaltsleer, auf Wahlveranstaltungen müssen sie angesichts der miserablen Politik und Lage der SPD über Innenpolitik sprechen.

Fragen wir sie doch nach der Europäischen Verfassung und nutzen wir den Wahlkampf für eine Kampagne für die Tobin-Steuer! Lassen wir sie uns erklären, warum sie der Meinung sind, dass das Gezerre um die Verfassung ein Fortschritt ist und warum sie glauben, mit der Verfassung das Modell des sozialen Europas gegen die neoliberale Politik fast aller europäischen Regierungen retten zu können!

Und legen wir ihnen folgende Erklärung zur Unterschrift vor: *Erklärung zur Unterstützung einer Devisentransaktionssteuer zur Verhinderung von spekulationsbedingten Finanzkrisen, zur Einnahme von Geldern zur weltweiten Armutsbekämpfung und zur Verbesserung der demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte*

Angesichts der Tatsache, dass

- Der weltweite Handel mit Währungen sich mittlerweile auf über 1000 Mrd. Euro täglich beläuft.
 - Eine sehr kleine Abgabe auf den Handel mit Währungen (eine Tobin Tax – benannt nach dem Nobelpreisträger James Tobin, der diesen Vorschlag entwickelt hat) hohe Einnahmen bringen würde, die zur weltweiten Bekämpfung der Armut wesentlich beitragen könnten.
 - Die Devisentransaktionssteuer deutlich erhöht werden könnte, falls spekulative Attacken auf eine Währung stattfinden, so dass schwere Krisen verhindert werden können, wie sie in Mexiko (1994), Ostasien (1997), Russland (1998), Brasilien (1999) und Argentinien (2001) beobachtet werden konnten.
 - Die Initiative sich mittlerweile der Unterstützung zahlreicher Regierungen auf der ganzen Welt erfreut: So hat das französische Parlament bereits 2001 ein Gesetz zur Einführung einer Devisentransaktionssteuer verabschiedet (unter der Voraussetzung, dass die Steuer in absehbarer Zeit sämtliche Euro-Geschäfte erfassen wird); im belgischen Parlament ist ein entsprechendes Gesetz gerade auf dem Weg.
- erkläre ich, dass ich als Kandidat/in zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 die Einführung einer Devisentransaktionssteuer auf alle europäischen Währungsgeschäfte zur Erzielung von Einnahmen für eine nachhaltige globale Entwicklung und zur Stabilisierung des Finanzsystems unterstützen werde.

Diejenigen, die diese Erklärung unterschreiben, können wir unterstützen.

Bildungsdiskurs in spw

Von Ulf Banscheraus

In der letzten Ausgabe der spw haben wir aus Anlaß des „Innovationsjahres 2004“ einen Bildungsdiskurs begonnen. Den Auftakt haben Tobias Gombert mit einem Beitrag zum Thema Weiterbildung und Sonja Staack mit einem Artikel zur Frage des Praxisbezuges im Hochschulstudium gemacht. Die aktuelle Ausgabe steht ganz im Zeichen der Schulpolitik. Katja Pelizäus und Christoph Ehmann beschäftigen sich mit zwei sehr unterschiedlichen Fragestellungen: Christoph Ehmann beleuchtet das Phänomen des „Schulschwänzens“, das aus seiner Sicht in Politik und Öffentlichkeit zu sehr verharmlost wird, weil sich hinter dem scheinbaren Kavaliersdelikt schwerwiegende Folgen verbergen können. Häufig bildet das „Schulschwänzen“ in der Grundschule den Beginn für einen späteren sozialen Ausschluß. Ehmann fordert deshalb den Staat auf, die Einhaltung der Schulpflicht durchzusetzen und so einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit zu leisten. Der Beitrag von Katja Pelizäus kommentiert dagegen die aktuell in Nordrhein-Westfalen stattfindende Diskussion um das Zentralabitur. Hinter der vorgeblichen Diskussion um die Qualität von schulischen Leistungen stehen ihrer Sicht nach aber deutlich weitergehende Fragen wie die nach den Folgen für individuelle Förderansätze und alternative Lehr- und Lernformen. Pelizäus fordert deshalb eine der Zukunft zugewandte Debatte um diejenige Schulstruktur, die geeignet ist, das Ziel der Chancengleichheit zu erreichen. SPD-Bildungsexperte Eckart Kuhlwein setzt sich kritisch mit den Weimarer Leitlinien zur Bildungspolitik auseinander, die der SPD-Parteivorstand am 6.1.2004 beschlossen hat und bemängelt, dass zwar viele richtige Fragen gestellt, aber kaum die angemessenen Antworten gegeben werden. Wir werden die Debatte in den nächsten Heften fortsetzen.

Ein erkämpftes Recht

Vom leichtfertigen Umgang mit der Schulpflicht in Deutschland

Von Christoph Ehmann

Hat bislang in den Schulverwaltungen wirklich niemand zur Kenntnis genommen, dass rund 90 Prozent aller Insassen in Jugendhaftanstalten notorische „Schulschwänzer“ waren, bevor sie straffällig wurden, Schulversäumnisse also ein deutliches Warnsignal sind?

Mit welchen der Kriegsdienstverweigerung auch nur annähernd vergleichbaren Gründen kann man von „Schulverweigerern“ reden?

Wie ernst nimmt man die gesetzliche Schulpflicht, wenn ihre Nichterfüllung zwar mit bis zu 5000 € oder sechs Monaten Gefängnis (für Eltern und Ausbilder) bedroht wird, tatsächlich aber kein Gericht jemals eine höhere Strafe als 200 € verhängt hat?

Ist die Erkenntnis, dass Schulversäumnisse größeren Umfangs möglicherweise des Erreichen eines Schulabschlusses gefährden, wirklich eine der Berliner Schulverwaltung vorbehalten Einsicht geblieben?

Schulschwänzen – ein Kavaliersdelikt?

Das nordrhein-westfälische Schulministerium antwortete auf eine Kleine Anfrage nach dem Zusammenhang von Schulversäumnissen und Schulerfolg am 16. Januar 2001: „Für ein verstärktes Schulversagen auf Grund schulischen Absentismus gibt es keine Anhaltspunkte.“ Allerdings hatte sie wenige Wochen zuvor mitgeteilt, dass sie die Abwe-

senheit in den verschiedenen Schulformen nicht systematisch ermitteln wolle. Sie weiß zwar nicht, was in den Schulen vorgeht oder wer überhaupt hingehet. Dafür sind die Behauptungen umso unbefangener.

Was aber an der Aussage – die so nicht nur in NRW, sondern ebenso in Schleswig-Holstein und einer Reihe anderer Länder zu finden ist – so eindrucksvoll ist, ist die Schlussfolgerung, dass ein pflichtgemäßer Schulbesuch sich eigentlich nicht auf den Schulerfolg auswirkt. Denn wie anders soll man den Satz lesen, dass für ein „verstärktes Schulversagen“ das Fehlen kein Anhaltspunkt ist, Abwesenheit sich also nicht signifikant auf den Schulerfolg auswirkt? Es kann dann auch nicht mehr verwundern, wenn der Leiter einer Schulabteilung in einem Länderministerium, mit offensichtlichem Stolz auf seine pädagogische Leistung, berichtet, er habe seinem Sohn in die Schultüte drei undatierte Entschuldigungen getan, die er benutzen könne, wenn er mal keine Lust habe zur Schule zu gehen.

Schulschwänzen als Kavaliersdelikt.

Wer so redet und handelt, verkennt die Ursachen und Wirkungen der Schulversäumnisse in den verschiedenen sozialen Milieus. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die drei – oder auch vier – Schulfehltag des Sohnes des Schulabteilungsleiters dessen Schulerfolg

gefährden. Daraus aber die Schlussfolgerung zu ziehen, „Schulschwänzen“ habe es zu allen Zeiten gegeben, gehöre daher zum Schülerstatus und sei als „transitorisches“, sprich: pubertäres Delikt zu vernachlässigen, ist ein Mittelschichtdenken.

Schulpflicht – ein hart erkämpftes Recht

Rein theoretisch gab es die Schulpflicht in Preußen seit etwa 1700. Faktisch wurde sie nicht durchgesetzt. Kinder wurden zunächst zur Arbeit in der Landwirtschaft, später dann auch in Fabriken benutzt. Selbst der geringste Verdienst war für die Familien ein wichtiger Beitrag zum Überleben. Erst im Nachgang zur gescheiterten 1848er Revolution sah sich der preußische Staat veranlasst, den Kindern das Recht auf Bildung zu sichern. In der preußischen Verfassung von 1850 heißt es in Artikel 21: „Eltern und deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die öffentlichen Volksschulen vorgeschrieben ist.“

Die Durchsetzung dieser Pflicht gelang im wesentlichen dadurch, dass zum einen in den 50er und 60er Jahren des 19. Jahrhunderts öffentliche Schulen gebaut wurden und zum zweiten 1888 das Schulgeld für den Besuch der Volksschulen abgeschafft wurde. Bei den Musterungen zählte man zu Anfang des 20. Jahrhunderts eine „Analphabetenquote“ von deutlich weniger als 1 Prozent. In der Weimarer Reichsverfassung von 1919 wurde dann aus dieser Unterrichtspflicht eine „allgemeine Schulpflicht“ (Artikel 145), deren generelle Durchsetzung jedoch erst nach 1945 gelang.

Christoph Ehmann, Tätigkeiten beim Deutschen Bildungsrat, Fernuniversität Hagen, Bundesinstitut für Berufsbildung, 1986-1994 Leiter des Amtes für Berufs- und Weiterbildung der Schulbehörde Hamburg, 1994-1997 Staatssekretär im Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern

Foto: Christian Kiel (Berlin)



auch nahe liegend, in wessen Interesse solche Unterrichtsausschlüsse liegen.

Wer geht nicht zur Schule?

Es gibt in Deutschland nur eine belastbare Untersuchung zu Schulversäumnissen, die im Winterschulhalbjahr 2001/2002 in Berlin durchgeführt wurde. Alle anderen Zahlen, insbesondere jene, die sich auf Deutschland insgesamt beziehen, sind frei erfunden. Die Berliner Zahlen machen allerdings nachdenklich und legen nahe, ernsthafter mit dem Problem umzugehen. Sie besagen im Einzelnen:

- Schulversäumnisse beginnen in den letzten Jahren der Grundschule, die in Berlin die 5. und 6. Klasse einschließt.
- In absoluten Zahlen ähneln die längeren Schulversäumnisse (über 20 Prozent der Schultage) in der Grundschule denen in den Haupt- und Sonderschulen in den höheren Klassen (7 und 8); das spricht für die Annahme, dass sich Schulversäumnisse und damit die Gefahr des schulischen Scheiterns früh ankündigen.

- Es gibt keinen Unterschied zwischen Jungen und Mädchen und zwischen Schülerinnen und Schülern deutscher oder nicht-deutscher Muttersprache.

- Die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss und die Zahl derjenigen mit hohen Schulversäumnissen liegen nahe beieinander.

Bei der Berliner Untersuchung wurde auf eine Differenzierung „entschuldigt“ und „unentschuldigt gefehlt“ verzichtet. Es ist für den Schulerfolg unerheblich. Zudem gelingt es vielen Jungen und Mädchen, von ihren Eltern „Entschuldigungen“ zu erhalten, falls nicht diese selbst das Fehlen veranlasst haben.

Fazit

Es ist deshalb notwendig, Schulpflicht als Recht der Kinder auf Erziehung und Bildung wieder ernst zu nehmen. Schulversäumnisse sind ein Phänomen, das in jenen sozialen Schichten besonders gravierend wird, die ohnehin am unteren Bildungsrand leben. Die Vernachlässigung der Wahrnehmung dieses Phänomens durch die Mittelschichten geprägten Schulverwaltungen ist ein Vergehen an den Kindern aus den sozial schwachen Schichten. Die Aktionen der Nürnberger Polizei, Kinder aufzusammeln und wieder in die Schulen zu bringen, die bundesweit Schlagzeilen gemacht haben, weil ein law-and-order-Innenminister sie für sich zu nutzen versuchte, sind in der Realität eine außerordentliche sozialpädagogische Hilfestellung für Kinder, denen Schulen und Schulverwaltungen nicht helfen wollten.

Literaturhinweis:

Christoph Ehmann/Hermann Rademacker: Schulversäumnisse und sozialer Ausschluss. Vom leichtfertigen Umgang mit der Schulpflicht in Deutschland. W. Bertelsmann-Verlag Bielefeld 2003, 140 S.

An diesem Erfolg haben die Sozialdemokraten einen hohen Anteil. Für sie war die konsequente Durchsetzung der Schulpflicht und der kostenlose Schulbesuch von Beginn an eine zentrale Forderung. Die Verankerung der Schulpflicht in Verfassungen und Gesetzen war für sie nicht eine Zwangsmaßnahme zur Indoktrination der Kinder, sondern es war die rechtliche Form, wie man den Kindern das Recht auf Bildung gegen andere Ansprüche von Eltern und Arbeitgeber sichern konnte.

Die Ausdehnung der Schulbesuchszeiten galt nach 1945 als eines der wichtigsten bildungspolitischen Ziele. So wurden erst das 9., danach das 10. Schuljahr durchgesetzt. In der Berufsschule wurde nach dem einen auch der zweite Schultag Wirklichkeit. Weltweit gilt die Zahl der Jahre, die Kinder zum Schulbesuch verpflichtet sind, als ein wichtiger Indikator für die Zukunftschancen der nachwachsenden Generation in den jeweiligen Staaten.

Schulpflicht – ein Relikt?

Seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts hat die Schulpflicht zwei Gegner.

Zum einen ist die staatliche Schule ins Gerde gekommen. Schon bei dem OECD-Länderexamen 1970 bekam das deutsche Bildungswesen die Note „mangelhaft“, eine Bewertung, die die PISA-Erhebung dreißig Jahre später uneingeschränkt bestätigte. Verpflichtet zu werden, in Schulen zu gehen, die so schlecht bewertet werden, musste Widerstand hervorrufen. So forderte die Alternative Liste in Berlin, der Vorläufer der „Grünen“ in den frühen 80er Jahren denn auch – kurzzeitig – die Abschaffung der Schulpflicht. Die Bildung der Kinder sollte den Eltern überlassen bleiben, die sich den geeigneten Ort suchen sollten oder schaffen konnten. Wenn

sie konnten. Ganz offensichtlich ist eine solche Freiheit nur von jenen nutzbar, die sich in Bildungsfragen für Entscheidungskompetenzen halten. Deshalb hat sich zu Recht diese politische Forderung auch nicht lange halten können.

Zum zweiten wird die Durchsetzung von jenen bedroht, die eigentlich für ihre Einhaltung zu sorgen hätten, nämlich den Schulverwaltungen und den Schulen und zwar in mehrfacher Weise.

a. Auf jedem Zeugnis gab es – und gibt es mittlerweile wieder – ein Rubrik, in der die Fehltage, getrennt nach entschuldigten und unentschuldigten Fehltagen, eingetragen wurden bzw. werden. In den 80er Jahren war man in einer Reihe von Bundesländern dazu übergegangen, auf jenen Zeugnissen, mit denen sich Schüler und Schülerinnen um eine Lehrstelle bewarben, diese Rubrik wegzulassen. Das Signal war für die Schüler und Schülerinnen kaum miss zu verstehen.

b. In den 70er Jahren wurden die Schulgesetze in einschneidender Weise geändert. Zwar blieb es bei der Androhung von hohen Strafen, wenn man Kinder und Jugendliche nicht zur Schule schickte. Aber nun erhielten die Schulen das Recht, Jungen und Mädchen den Schulbesuch zu verweigern, sie vom Unterricht auszuschließen. So etwas hatte es immer gegeben: Wenn Kinder Läuse hatten oder ansteckende Krankheiten, konnte die Schule sie ausschließen, um die anderen Schüler und Schülerinnen nicht zu gefährden. Nun aber konnten auch Ausschlüsse vom Unterricht als disziplinarische Maßnahmen erfolgen: Das Recht auf Bildung wurde den Kindern zeitweise entzogen. Man muss nur genügend stören, dann bekommt man schulfrei. Vor 1970 musste man dafür nachsitzen, also länger in der Schule bleiben – unter der Aufsicht eines Lehrers oder einer Lehrerin. Es ist denn

Bildungschancen NRW – Zauberformel Zentralabitur?!

Von Katja Pelizäus

Die Diskussionen rund um unser Bildungssystem sind nichts neues. Auch nicht neu ist der Aufschrei nach Handlungszwängen im Zuge von internationalen Vergleichen. Ein weiteres Erbe von PISA & Co ist die aktuell in Nordrhein-Westfalen geführte Debatte über die Einführung von zentralen Abschlussprüfungen – in den Jahrgangsstufen 10 und 13 – und der Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren.

Die Grundlagen der Debatte

PISA, TIMMS und IGLU haben der Debatte um das deutsche Bildungssystem neuen Nährboden gegeben. Nachdem der erste Schock um die Ergebnisse der PISA Studie überwunden war, kamen schnell Rufe nach Veränderungen auf, allesamt mit dem Ziel, Deutschland im internationalen Vergleich „bildungstechnisch“ wieder an die Spitze – oder wenigstens in ihre Nähe – zu bringen. Das Zauberwort: zentrale Abschlussprüfungen. Und damit nicht genug. Eine allgemeine Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf regulär zwölf Jahre soll gewährleisten, dass auch deutsche AkademikerInnen bzw. junge Menschen, die ihre Berufsausbildung beendet haben, früher der freien Wirtschaft zur Verfügung stehen, so, wie es in anderen Ländern üblich ist und dem einzelnen Absolventen zum Vorteil gereicht. Dass ein Handlungsdruck zur Reform besteht, kann und darf nicht bezweifelt werden. Jedoch kann und sollte bezweifelt werden, ob durch die Umsetzung der genannten Vorschläge erstens das Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler auch wirklich gesteigert werden kann und ob zweitens den bereits in den 60er und 70ern angegangenen Reformen der Bildungsexpansion und dem damit verbundenen Ziel der Chancengleichheit nicht in Wirklichkeit entgegen gewirkt wird. Die damaligen Reformvorschläge der Bildungsexpansion verfolgten mehrere Ziele, die sich mit folgendem Anspruch begründen lassen: Bildung ist ein Bürgerrecht (Dahrendorf 1965, zitiert bei Hackett). So lässt sich festhalten, dass vor allem emanzipatorische und sozialpolitische Ziele einen breiten Raum eingenommen haben. Die bestmögliche freie Entfaltung, eine auf das Handeln der Menschen und nicht nur auf Fachwissen

bezogene Bildung sollten den Weg zu diesen Zielen ebnen.

Herkunftsbedingten Nachteilen sollten kompensatorische Maßnahmen innerhalb des Systems entgegen wirken. Die Streichung von Eingangsprüfungen an Gymnasien und Realschulen und die Einführung einer Orientierungsphase in der Sekundarstufe I sollten den Zugang zu höheren Qualifikationschancen bzw. höheren Bildungsabschlüssen erleichtern. Zugleich wurden Curricula entfrachtet, um Schwellenängste beim Zugang zu einem höheren Bildungswesen zu mindern. Eingereicht in konkrete Forderungen, das formale Ziel der Chancengleichheit zu erreichen, hat sich konsequenterweise eine Steigerung der Bildungsausgaben (siehe Abb.1). Doch schon bald wurden diese wieder gesenkt und bleiben auch heute noch weit unter dem Niveau der sechziger und siebziger Jahre zurück.

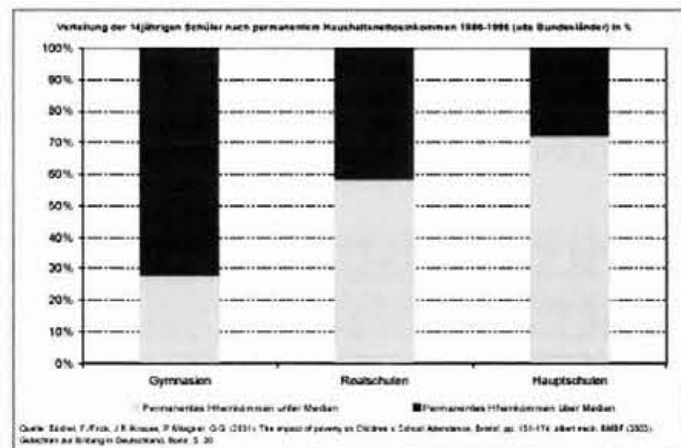
Zauberformel wirkungslos?!

Heute zeigt der internationale Vergleich stärker als je zuvor, was seit Jahren von der Kanzel gepredigt worden ist. Höhere Abschlussquoten beim Abitur reichen nicht aus, um dem Ziel der Chancengleichheit gerecht zu werden. Der Handlungsbedarf besteht unumstritten in der Verbesserung der Qualität, des integrativen Ansatzes und einer früh beginnenden Förderung von Fähigkeiten und Talenten. Das derzeitige deutsche Bildungssystem reproduziert hingegen immer noch die Bildungsbiographien der Eltern. Kinder aus bildungsfernen Schichten haben bislang wenig von den Effekten der Bildungsexpansion profitieren können. Der immer noch existierende Zusammenhang zwischen dem Schulbesuch der Kindern und den Schulabschlüssen

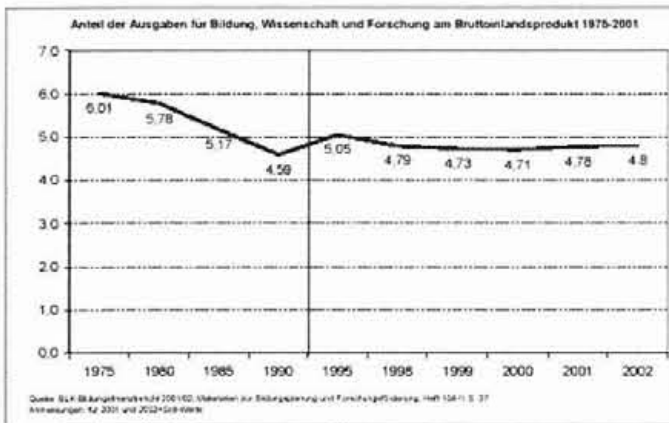
der Eltern besteht weiterhin wie in Abbildung 2 zu sehen ist.

Die Selektion setzt sich also weiter fort und das Ziel von mehr Durchlässigkeit ist immer noch kein elementarer Faktor unseres Bildungssystems – jedenfalls lassen sich in diesem Bereich keine Erfolge in der Umsetzung beobachten. Viele Kritiker betonen immer noch, dass die selektiven Aussonderungsprozesse unseres Systems viel zu früh greifen.

Zentrale Prüfungen, als Lösung des Problems von hohen Abschlussquoten, aber mangelnder Qualität in Diskussionen oft auf dem silbernen Tablett serviert, tragen dagegen wenig zu einer grundlegenden Verbesserung bei. Realistisch betrachtet verschärfen sie dieses Problem nur noch weiter und führen den Teufelskreis weiter fort. Denn zentrale Prüfungen schließen nicht nur die Möglichkeit einer individuellen Förderung aus, weil u.a. ein verständnisvolles, „erlebendes“ Lernen durch die oberflächliche Abgrasung großer Wissensbereiche – wofür zwangsläufig stupides Auswendiglernen erforderlich ist – nicht möglich ist. In Frage zu



stellen ist hierbei auch, ob stur auf zentrale Qualitätsüberprüfungen abzielende Curricula noch den dringend benötigten Spielraum lassen, „schlechtere“ SchülerInnen zu fördern und gleichzeitig schnellere LernerInnen nicht zu unterfordern. Individuelle Potentiale jenseits einschränkender Fächervorgabe und das Konzept des dialogischen Lernens werden zumindest eingeschränkt. So hat die Platzierung von Schleswig-Holstein im Rahmen von PISA- E gezeigt, dass die Zauberformel Zentralabitur beispielsweise



in den naturwissenschaftlichen Bereichen auch ohne Wirkung bleiben kann. Auch die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt dürfen sich in diesem Kontext mit ihren einheitlichen Prüfungen hinten anstellen.

Fasst man die Debatten und die daraus gezogenen Konsequenzen zusammen, muss man zu dem Ergebnis kommen, dass das Zentralabitur an der falschen Stellschraube greift. IGLU hat gezeigt, dass der integrative Ansatz in der Grundschule zu besseren Ergebnissen führt. Auch wenn es gerade nicht en vogue ist: die integrative Ganztagschule ist nicht nur ein verstaubtes Relikt aus den ideologischen Debatten der siebziger Jahre, sondern eine sinnvolle Alternative, um dem sozialen Aspekt der Chancengleichheit gerecht zu werden. Sie befördert die kompensatorische Wirkung, in dem nicht schon in frühen Jahren der zukünftige Bildungsweg und die spätere Erwerbsbiografie vorgezeichnet werden. Sie fördert im Gegensatz zu selektiven Ansätzen die Integration der Risikogruppen.

sicherlich viele Chancen, sie birgt aber genauso Risiken, die es abzusichern gilt. Im Zuge der Dezentralisierung kann natürlich weit aus weniger sichergestellt werden, dass bestimmte Leistungsstandards erfüllt werden können. Schulen in Hünxe müssen aber das gleiche Leistungsniveau erreichen können, wie Schulen in Köln. In der Debatte um das Zentralabitur bzw. über zentrale Abschlussprüfungen in NRW gewinnt auch dieser Aspekt an Bedeutung. Mit den Prüfungen soll sicher gestellt werden, dass es in der Umsetzung der Schulautonomie nicht zu Gewinnern und Verlierern kommt. Die Auslegung des Zentralabiturs in NRW, stellt zwar die Erfüllung, besser die Überprüfung, von Leistungsstandards sicher, jedoch wird der genannte Risikofaktor nicht berücksichtigt. Ein erst kurz vor dem Schulabschluss greifendes Instrument der Leistungsstandards wirkt nicht präventiv und schließt damit die Möglichkeit aus, frühzeitig erkannten Schwächen entgegen zu wirken. Eine Art „Qualitätskontrolle“ in der jeweiligen Stufe würde hingegen sowohl prä-

Neue Selbständigkeit erfordert auch neue Regeln

In Nordrhein-Westfalen kommt zudem noch ein weiterer Aspekt hinzu: Im Zuge des Modellversuchs „Selbstständige Schule“ wird den Schulen mehr Handlungsspielraum eingeräumt.

Die neu erworbene Autonomie der Schulen, eröffnet

ventiv als auch aktiv in die Bildungs“ kraft“ eingreifen, anstatt, wie bei zentralen Abschlussprüfungen, lediglich (ob nun mit oder ohne Druck) aufzuzeigen, wieviel in den ersten Jahren der Bildungsvermittlung falsch gelaufen ist.

Zukunftsfähig weiter denken

Wie bereits oben festgestellt: zentrale Prüfungen, eine schnellere Ausbildung und die damit einhergehende Beschränkung auf bloßes Fachwissen können nicht den Ausweg aus der Bildungsmisere ebnen.

Ein umfassendes Programm muss her: Sicherlich ist es wichtig und richtig die Investitionen in Bildung zu steigern, jedoch kann auch hier festgehalten werden, dass damit das „Spiel“ nicht gewonnen werden kann. Die zuständigen MinisterInnen, FachpolitikerInnen und bildungspolitischen Akteure müssen endlich wieder den Mut aufbringen, da anzupacken, wo es nötig ist: Die Debatte um die Schulstruktur muss neu begonnen und endlich anders gestaltet werden werden. Flickschusterei bringt uns weder heute noch langfristig weiter.

spw 3 / 2004

Literatur:

- Baumert, Jürgen/ Schümer Gundel (2001), Familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb, in: Deutsches PISA-Konsortium (Hg.), PISA 2000, Opladen, S. 323-397.
- Bildungskommission NRW (1995): Zukunft der Bildung Schule der Zukunft, Neuwied/Kriftel/Berlin
- Hackett, Anne u.a. (2001), Am unteren Ende der Bildungsgesellschaft, in: Barlösius, Eva/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hg.), Die Armut der Gesellschaft, Opladen, S. 97-130.
- Klemm, Klaus (2001), Bildungsexpansion, Erfolge und Mißerfolge sowie Bildungsbeteiligung, in: Böttcher, Wolfgang/ Klemm, Klaus/ Rauschenbach, Thomas (Hg.), Bildung und soziales in Zahlen, Weinheim/München, S. 331-338.

Späte bildungspolitische Erkenntnisse – und halbherzige dazu

Die „Weimarer Leitlinien“ sind noch keine Strategie

Von Eckart Kuhlwein

Wenn der „Genus Loci“ ihn doch nur beflügelt hätte. Dann hätte der Parteivorstand das „Jahr der Innovation“ Anfang dieses Jahres im klassischen Weimar

mit einer hinreißenden Kampagne einläuten können und alle unsere frustrierten Wählerinnen und Wähler wüssten, dass es mit den Sozialdemokraten nicht

nur den Umbau des Sozialsystems, sondern auch eine Perspektive für eine bessere Zukunft gibt. So aber erschöpfte sich das öffentliche Echo auf die „Weimarer Leitlinien“ in der falschen Behauptung, die SPD habe jetzt endlich auch die „Elite“ entdeckt und löse sich von lieb gewonnenen Konzepten der Gleichmacherei. Sieg der „Modernisierer“ über die „Traditionalisten“ also. Dafür ein Flop bei der Stamm-

Eckart Kuhlwein war MdB von 1976-1998, 1994 bis 1998 Sprecher der PL, verschiedene bildungspolitische Funktionen in Regierung und Fraktion, parlamentarischer Staatssekretär, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung Wissenschaft, lebt in Ammersbek

kundschaft, die als Konsequenz aus dem PISA-Desaster wenigstens deutliche bildungspolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit erwartet hatte.

Dabei ist es ja lobenswert, dass 35 Jahre nach dem Start der ersten Bildungsreform (Willy Brandt stellte 1969 die Bildung an die Spitze seiner ersten Regierungserklärung) eine sozialdemokratische Regierungspartei im Bund Bildung und Wissenschaft als zentrale Aktionsfelder wiederentdeckt. Das kommt zwar ziemlich spät, aber vielleicht nicht zu spät. Leider hat es in diesem Bereich 20 Jahre lang mehr oder weniger Stagnation gegeben. Und die Versäumnisse lassen sich nicht allein bei Helmut Kohl abladen. Da waren immer auch sozialdemokratische Kultusminister dazwischen, die alles vergessen zu haben schienen, was die eigenen Bildungsreformer in den Regierungen Brandt/Schmidt von Klaus von Dohnanyi über Helmut Rohde, Jürgen Schmude bis zu Björn Engholm zur Förderung der Chancengleichheit und Aktivierung der „Bebungreserven“ entwickelt hatten.

Das gilt nicht nur für den über die Jahre geschwundenen Mut zur Gesamtschule, das gilt auch für den Dornröschenschlaf der Ganztagschule, die erst 2001 durch Kurt Beck in einer erfolgreichen Landtagswahlkampagne wieder aufgeweckt wurde. Und das gilt für eine ganze Reihe anderer „Innovationen“ (z.B. die „autonome Schule“ des Deutschen Juristentags, die „Schlüsselkompetenzen“ der ab Ende der 70er novellierten Ausbildungsordnungen im Dualen System, die Öffnungspolitik für die Hochschulen, den Einsatz von Sozialarbeitern in der Schule), deren pädagogische und gesellschaftliche Wirksamkeit längst erwiesen war, ohne dass sich davon die Kultusministerkonferenz hätte bewegen lassen.

Seit Weimar befinden wir uns im Jahr der Innovation. Damit verknüpft war die strategische Überlegung, dass „weichere Themen“ im öffentlichen Diskurs die „Hardware“ des Umbaus der Sozialsysteme ablösen sollten. Dabei stimmt es gewachsene Bildungspolitiker nicht besonders fröhlich, dass die Semantiker der Modernisierung vor allem den ökonomischen Output im Kopf haben, wenn sie von verstärkten Bildungsanstrengungen reden. Das tun auch die Weimarer Leitlinien. Aber immerhin wird eingeräumt, Bildung sei „auch ein eigenständiger Wert“. Denn: „Möglichst viele und gut ausgebildete Menschen sind das *Grundkapital* für eine innovationsfähige Gesellschaft.“ Da hat wohl der Computer den schrecklichen Begriff *Humankapital* verweigert, mit dem in den letzten Jahren vielfach der Mensch und die Entwicklung seiner Fähigkeiten für den Standort Deutschland und für

wirtschaftliches Wachstum instrumentalisiert worden sind.

Konzentrieren wir uns auf den in den Weimarer Leitlinien beschriebenen Zusammenhang zwischen Bildung und Innovation. Das geht vom Vorschulalter bis zu Hochschule und Forschung. Für die Kleinen sollen die Möglichkeiten erweitert werden, bereits vor der Schule Benachteiligungen durch die soziale Herkunft auszugleichen. Am besten durch Qualitäts- und Bildungsstandards. Wir erinnern: Der erste Bildungsgesamtplan 1973 sah bereits vor, dass der „Elementarbereich“ Bestandteil des Bildungswesens sein sollte. Damals wurde sogar formuliert, dass deshalb der Elternbeitrag „zu überprüfen“ sei. Die Weimarer Leitlinien drücken sich um das Thema, wie auch materiell Chancengleichheit für Kinder aus unterschiedlichen Einkommenschichten hergestellt werden kann. Wäre es doch eigentlich eine logische Schlussfolgerung, dass Vorschulerziehung, die Bildung ist, wie andere Bildung auch (z.B. der Schulbesuch), „öffentliches Gut“ sein sollte und deshalb kostenlos zur Verfügung gestellt werden müsste. Werden wir auf diese Konsequenz auch wieder 30 Jahre warten müssen?

Spät kommt auch die Erkenntnis, dass noch immer zehn Prozent der Jugendlichen die Schule ohne jeden Abschluss verlassen. Diese Gruppe ist seit vielen Jahren unverändert groß, gestiegen ist allerdings der Anteil der Migrantenkinder. Rezepte zur Beseitigung des Problems sind seit langem bekannt. Die Weimarer Leitlinien sagen nichts darüber, wo denn jetzt mit Hilfe des Bundes oder verstärktem Einsatz der Länder angesetzt werden soll.

Der Bereich der Weiterbildung steht spätestens seit Ende der 70er Jahre auf der Agenda der Sozialdemokratie und ebenso lange hat es keinen wirklichen Durchbruch gegeben. Es wäre schade, wenn auch die Weimarer Leitlinien eher den bekannten Sonntagsreden gleichen würden, die in der Praxis der von rechts proklamierten Arbeitszeitverlängerung schnell wieder den angeblichen betrieblichen Notwendigkeiten untergeordnet werden. Von politischer Erwachsenenbildung übrigens ist überhaupt nicht mehr die Rede. Auch die Weiterbildung degeneriert zum bloßen ökonomischen Standortfaktor. Es ist nur folgerichtig, wenn für den Hochschulbereich die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer als strategischer Ansatz „für mehr qualifizierte Arbeitsplätze in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung“ genannt werden. Geistes- und Sozialwissenschaften kommen in den Weimarer Leitlinien nicht vor, ihre Fragen und Antworten für die Zukunft interessieren offenbar zu wenig.

Folgerichtig reduziert sich das „Innovationsprogramm Deutschland“ auf technologische Veränderungen, auf das Internet, den Automobilbau und Verkehrstechnologien, auf die elektronische Patientenkarte und die Brennstoffzellentechnologie. Das sind alles nützliche Pfade für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, aber das Programm vernachlässigt Fragestellungen nach der Strategie für eine nachhaltige Entwicklung (Stichwort: Bildung für Nachhaltigkeit), dem Zusammenhalt der Gesellschaft, nach dem notwendigen verstärkten Dialog der Kulturen in der Einen Welt, nach den Grenzen quantitativen wirtschaftlichen Wachstums oder auch nach der Zukunft der Erwerbsarbeitsgesellschaft.

Und beantwortet wird auch nicht die Frage, wie denn zusätzliche Anstrengungen in Bildung und Wissenschaft finanziert werden sollen. Der dürre Hinweis auf eine „verfassungskonform neu geregelte Erbschaftssteuer“ (die Initiative dazu soll nach bisheriger Lesart noch immer von den Ländern kommen) genügt als Antwort ebenso wenig wie der Vorschlag von Gerhard Schröder, die bei einer Streichung der Eigenheimzulage frei werdenden Mittel dafür zu verwenden oder die Goldreserven der Bundesbank flüssig zu machen. Die Praxis sieht jedenfalls eher nach weiteren Belastungen für Familien mit Schulkindern aus – Abschaffung der Lernmittelfreiheit in einer Reihe von Ländern, Elternbeiträge zum Schülerverkehr – die Sanierung der kommunalen Haushalte kümmert sich wenig um die neuen Paradigmen der sozialdemokratischen Bildungspolitik. Der Kommentar von Weimar zu solchen Sünden ist richtig: „Marode Schulgebäude, zu große Klassen und Unterrichtsausfall sind bei wachsendem privaten Reichtum auch ein Ausdruck mangelnder gesellschaftspolitischer Innovationsfähigkeit.“ Aber die überzeugende Antwort fehlt.

Immerhin haben wir es seit dem Berliner Parteitag am 21. März schriftlich, dass der Staat die Aufgabe behält, „durch die Finanzierung ausreichender Öffentlicher Güter und die Bereitstellung von Mitteln Chancengleichheit und Sozialstaat zu gewährleisten“. Nach den Steuersenkungen der letzten Jahre, die nicht immer hinreichend gerecht verteilt waren, ist dieser Anspruch nur schwer einzulösen. Aber die Erkenntnis nimmt zum Glück auch in der SPD zu, dass der Rückzug des Staates und der Marsch in Deregulierung und Privatisierung ein Irrweg gewesen sein könnte. Jetzt fehlt nur noch eine Strategie, wie die finanzielle Handlungsfähigkeit der Politik in den wichtigsten gesellschaftlichen Feldern wiederhergestellt werden kann. Und darüber wird es sich in der Partei zu streiten lohnen.

www.dampfboot-verlag.de



Thomas Atzert/ Jost Müller (Hrsg.)
Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität
 Analysen und Diskussionen zu Empire
 2004 - 292 Seiten - € 24,80
 ISBN 3-89691-545-2



Christian Zeller (Hrsg.)
Die globale Enteignungsökonomie
 2004 - 315 Seiten - € 24,80
 ISBN 3-89691-549-5

Werner Rügemer
Cross Border Leasing
 Ein Lehrstück zur globalen Enteignung der Städte
 2004 - 196 Seiten - € 19,90
 ISBN 3-89691-568-1

Worldwatch Institute (Hrsg.)
Zur Lage der Welt 2004
 Die Welt des Konsums
 In Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung
 und GERMANWATCH
 2004 - 292 Seiten - € 19,90
 ISBN 3-89691-570-3

Willi Hoss
Komm ins Offene, Freund
 Autobiographie
 herausgegeben von Peter Kammerer
 2004 - 256 Seiten - € 19,90
 ISBN 3-89691-562-2

Dagmar Baatz/Clarissa Rudolph/
 Ayla Samiltis (Hrsg.)
Hauptsache Arbeit?
 Feministische Perspektiven
 auf den Wandel von Arbeit
 (Arbeit-Demokratie-Geschlecht Band 1)
 2004 - 281 Seiten - € 24,80
 ISBN 3-89691-572-X

Willi Hoss
„Komm ins Offene, Freund“
 Autobiographie
 herausgegeben von Peter Kammerer
 2004 - 256 Seiten - € 19,90
 ISBN 3-89691-562-2

Verlag Westfälisches Dampfboot
 Hafenweg 26a - D-48155 Münster
 Tel.: 0251 39 00 48 0 - Fax: 0251 39 00 48 50
 info@dampfboot-verlag.de



Im Herzen Arabiens

Michael Lüders, *Im Herzen Arabiens – Stolz und Leidenschaft – Begegnung mit einer zerrissenen Kultur*, Herder Verlag 2004 – 224 Seiten

Der Politologe und Islamwissenschaftler Michael Lüders hat in seinem Buch Erfahrungen von Reisen in arabische Staaten in den letzten zehn Jahren verarbeitet (u.a. Ägypten, Algerien, Marokko, Syrien – seine letzte Reise führte ihn im Sommer 2003 in den Libanon).

Zuerst erinnert sich Lüders an seine Kindheitslektüre „Durchs wilde Kurdistan“ – an die Faszination, die die Exotik des Unbekannten und Sinnlichen des Orients bei ihm auslöste. In dem Kapitel „Die Gehenkten von Damaskus“ wirft er einen Blick auf seine Erlebnisse, die er als Student vor zwanzig Jahren an der Universität Damaskus hatte, als er arabische Geschichte und Literatur studierte. Damals wird er Zeuge einer Hinrichtungsszene. „Warum tue ich mir das alles an, frage ich mich täglich“, fragt er in diesem Kontext. „Die Leichen drehten sich langsam im Wind, nicht unähnlich fernöstlichen Bambusrohren.“

Arabien sei ein literarisch geprägter, klärt er den Leser auf: dem Englischen entlehnter Begriff aus dem 19. Jahrhundert, der damals wie heute in erster Linie eine mythische Landschaft beschreibt, „die Sehnsucht nach einem weiten Land, nach Wüste und Romantik irgendwo hinter Suez. Geographisch aber existiert kein Arabien ...“

Er erzählt über die Facetten einer anderen Kultur: Beduinische Mentalitäten prägen auch heute noch die Alltagskultur. „Das ist zum Beispiel an der Art und Weise abzulesen, wie sich Araber begrüßen. Im Idealfall gelingt die Synthese aus Philosophie und Schauspiel.“ Er versucht, die befremdliche Rolle der Geste zu begreifen: „Wahrscheinlich wäre derjenige, der zum Festmahl einlädt, entsetzt, wenn sein gegenüber sagen würde: Aber gerne Freund.“ Verhaltensmuster, die das Gegenteil von dem meinen, was sie vorgeblich ausdrücken: Dazu erzählt er eine Anekdote: Nach einer Taxifahrt fragt er, was er zu zahlen habe. „Nichts“, sagt er. Du bist ein Freund. Na ja, das sagen Taxifahrer gerne und berechnen anschließend den doppelten Preis.“ Besonders spannend sind die „Nahaufnahmen“ über vier Frauen: beispielsweise die der Shirin Hamani, die in London und New York studierte und bewusst in Saudi Arabien als Unternehmensberaterin lebt. Lüders berichtet über Bereiche, in denen es große Veränderungen gegeben hat – Beispiel Marokko: dort gibt es eine Geburtenkontrolle, seit 1992 sitzen Frauen sogar im marokkanischen Parlament, vier Frauen wurden zu Staatssekretären berufen.

Sein Hauptanliegen ist es, seinen Lesern im Westen klar zu machen, dass es Gewalt es in allen Religionen gegeben habe. Die Ursache der Gewalt läge jedoch nicht fatalistisch aus den religiösen Offenbarungstexten abzuleiten sei. Entscheidend sei vielmehr die Art und Weise, wie sie gelesen werden. „Dogmatisch oder allegorisch, sinnbildlich oder wortwörtlich.“ Er betont, dass die Verbreitung des Islam mit Waffengewalt und

zur Verteidigung oder Vergrößerung des islamischen Herrschaftsgebietes laut Koran zwar eine der Grundpflichten der muslimischen Gemeinschaft sei. „In der islamischen Geschichte jedoch war der Dschihad über Jahrhunderte eine ruhende Pflicht. Um den Frieden zu wahren, wurde nach nichtkriegerischen Lösungen gesucht.“ Der Dschihad gehöre zwar zum Grundkonzept aller militanten islamistischen Gruppierungen. In der islamischen Welt finde jedoch selbst ein Kampf um die Deutungshoheit des Glaubens statt. Lüders zitiert eine Frau aus Marokko: „Diese Leute (gemeint sind die Islamisten, Ingo Zander) reden, als wäre der Islam ihr Eigentum. Doch die Religion gehört niemandem. Ich selber bin Muslimin und lasse mich nicht ausgrenzen. Die für Marokko entscheidende Frage lautet, welchen Islam wir leben wollen: einen Islam des Obskurantismus und der Intoleranz oder aber einen Islam, der für Offenheit und Humanismus steht.“

Lüders ist überzeugt davon, dass der Westen – wenngleich auch ungewollt – die islamistischen Kräfte durch eine falsche Politik stärke: durch die Förderung korrupter pro-westlicher Regimes, durch kulturellen Hochmut und durch eine säkulare Variante des Fundamentalismus westlicher Kulturkämpfer. „Nach dem 11. September schlug einmal mehr die Stunde der Lordsiegelbewahrer des christlichen Abendlandes, die sich in ihren Vorurteilen rundum bestätigt sahen... Als krasses Beispiel möchte ich die italienische Autorin Oriana Fallaci zitieren, deren Buch *Die Wut und der Stolz* (München 2002) in mehreren europäischen Ländern zu einem Bestseller wurde... Am liebsten würde Fallaci & Co. die Religion des Propheten (mit allen Religionen?) im Sack des Fundamentalismus verschwinden lassen.“

Lüders warnt also vor der Einteilung der Welt in „Gut“ und „Böse“. „Wer sich dieser Logik entzieht, gilt als Gegner der Zivilisation oder sieht sich dem Vorwurf des islamistischen Totalitarismus konfrontiert. Mit anderen Worten: Wir schaffen uns unsere Feinde auch selbst.“ Dem Autor wirbt stattdessen für eine andere kulturelle Grundhaltung: immer wieder neugierig sein, die fremde kulturelle Welt der arabischen Länder verstehen zu wollen und als Bereicherung zu nehmen. Das impliziert, nicht mehr fest daran zu glauben, dass nur unser Pfad der Moderne der richtige sein könne. „Kurzum, ich kenne nur zwei Möglichkeiten, wie Europäer oder Amerikaner auf ‚Arabien‘ reagieren. Entweder mit Neugierde und Faszination oder aber mit Ablehnung und Misstrauen, wenn nicht Verachtung und Hass.“ Die letzte Antwort bewirke, dass islamistische Kräfte bestärkt würden. Die amerikanische Irak-Politik illustriert, wie der von Lüders kritisierte Bestärkungsprozess fundamentalistischer Kräfte funktioniert. Dieser Politik setzt Lüders seine Auffassung entgegen, dass es letztendlich darum geht, „Brücken zu bauen. Die Alternative wäre die Logik der Extremisten, hier wie dort.“

Ingo Zander (Kerpen)

Weltverbesserer: „Ein Mensch in (der) Bewegung“

Willi Hoss, *Komm ins Offene, Freund. Autobiografie* herausgegeben von Peter Kammerer, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2004, 19,90 Euro

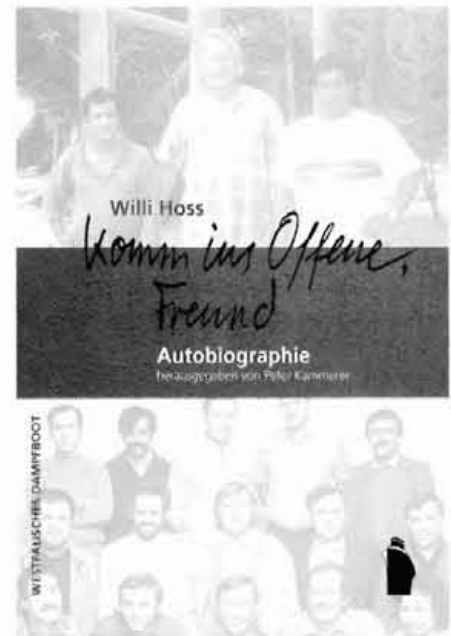
Im Jahr nachdem Willi Hoss im Alter von 73 Jahren an Krebs verstarb, gab es im Deutschen Theater in Berlin eine Gedenkveranstaltung mit dem Titel „Ein Mensch in (der) Bewegung“. Zwei Schauspielerinnen – seine Frau Heidemarie Rohwedder und seine Tochter Nina Hoss – lasen Passagen aus seiner kurz zuvor erschienenen Autobiografie. Gezeigt wurde ein Dokumentarfilm über Hoss und danach diskutierten Elmar Altvater und Oskar Negt über zentrale Aspekte des Lebens und Wirkens dieses außergewöhnlichen Menschen, die mit prinzipiellen Fragen linker Politik wie Globalisierung, Betriebsarbeit, parlamentarisches Wirken und zivilgesellschaftliches Engagement eng verknüpft sind.

Beim Lesen dieser Autobiografie, von Hoss erzählt und von Kammerer herausgelockt und aufgeschrieben, fällt auf, dass die Lebensabschnitte ein extrem breites Spektrum umfassen: Hitlerjugend, KPD-Aktivist, Landarbeiter, Schweißer, IG-Metaller, Plakatgruppe bei Daimler, Friedensbewegung, Mitbegründer der Grünen, Bundestagsabgeordneter, Entwicklungsarbeit in Brasilien. Auffällig ist zugleich, dass es dieser Mensch trotz aller Widrigkeiten und teilweise massiver Widerstände oder Trickereien geschafft hat, seinen „aufrechten Gang“ zu gehen, aus Fehlern zu lernen, Praxis und Theorie miteinander zu nutzen, die richtige Mischung von Prinzipientreue und Pragmatismus zu praktizieren, und vor allem immer offen zu sein und dazu zu lernen – für die Realisierung von Menschenwürde und humanen Arbeits- und Lebensbedingungen. Und er gab durch sein Engagement unzählige konstruktive und progressive Impulse, gerade weil er fundiert argumentierte, weil er sich auf Prinzipien bezog, weil er das Halbgare und Schiefe der Gegner entlarvte, weil er die Interessen und konkreten Utopien artikuliert und ihre Umsetzung betrieb – und er riskierte mehr als viele Andere, ging immer einen Schritt weiter, überwand Grenzen des Üblichen, wie z.B. bei seinen gewaltfreien Aktionen in der Türkei und Südafrika.

Kammerer skizziert am Ende seines Vorworts Fragen, die Willi Hoss mit seinem Wirken implizit oder explizit aufwarf: „Wie läßt sich ein Wissen erwerben, das dazu befähigt, angesichts der von der Menschheit verursachten Katastrophen zu han-

deln? Wie arbeiten die Menschen, was stellen sie her, was passiert Neues in den Produktionsstätten? Wer trägt dafür Verantwortung? Können die Arbeiter mit ihrer Bewegung und die Bürger mit ihren Parteien noch etwas anfangen? Wie ausbrechen aus dem Gefängnis des Betriebs, aus der komfortablen Enge professioneller Politik? Welcher Freundlichkeit bedarf es, um miteinander Politik machen zu können? Wie läßt sich der Amoklauf durch die Natur stoppen, der Raubbau umkehren in Zusammenleben, 'daß der Erde Grün von neuem Euch glänzt?'“ (S.17) Hoss beschreibt seine differenzierte und wohlüberlegte Haltung zu Fragen gewerkschaftlichen und betrieblichen Engagements, der Tätigkeit im Bundestag, der außerparlamentarischen Opposition, schildert die Arbeit des Untersuchungsausschusses zur Flick-Spendenaffäre, erzählt von seinen Begegnungen mit führenden Grünen wie Rudi Dutschke, Rainer Trampert, Rudolf Bahro, Joschka Fischer, ausländischen Persönlichkeiten wie Lula, Boff, Mandela. Und immer wieder vermeidet er Illusionen über die Möglichkeiten der jeweiligen Handlungsebenen, denkt er weiter und tiefer, als die meisten KollegInnen in der jeweiligen Organisation, in der er gerade wirkt: denkt über mehr Mitbestimmung, andere Produkte, über die Wirkungszusammenhänge der umweltzerstörenden Produktion und des Konsums nach, entwickelt eine dezidierte globale Perspektive – bei gleichbleibender ehrlicher Leidenschaft für die Menschen und die Unterstützung bei der Verbesserung ihrer Existenzbedingungen. Und er eckt und regt immer wieder an, treibt die Denkhorizonte weiter, z.B. in seiner IG Metall (in den Grünen wird er der „Vorzeigarbeiter“): „Nach der Energiekrise und der Schließung von Borgward in Bremen fragten wir uns nicht nur nach den Auswirkungen auf die Beschäftigung, sondern prinzipieller: Wie viele Autos verträgt unsere Gesellschaft überhaupt. Dahinter steht das Problem des Widerspruchs zwischen der Natur und der entfalteten Warenproduktion im Kapitalismus. Das Gewinnstreben nimmt keine Rücksicht auf die Natur. Die Masse der in den industrialisierten Ländern erzeugten Waren wird zu einer Gefahr für den Planeten.“ (S. 115)

Durch die Zeilen schimmert das positive, liebende, sorgende Wesen dieses Weltverbesserers durch: Vertrauen, Verlässlichkeit, Ernsthaftigkeit, Leidenschaft, Disziplin und eine Portion Naivität. Seine Bescheidenheit legt er nicht ab, freut sich riesig über die Erteilung der Ehrenprofessoren der Bundesuniversität in Belém, über das Bundesverdienstkreuz, und ist doch ergriffen bei der Ehrung durch die Ka'apor-Indianer Amazoniens: sie nahmen ihn in einem



archaischen Ritual als Ehrenhäuptling in ihren Stamm auf. Kammerer charakterisiert Hoss im Gespräch mit dessen Frau und dessen Tochter im abschließenden Kapitel: „Das Großartige war doch, dass er gelernt hatte, sich auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen zu bewegen und immer er selbst zu sein.“ (S. 217)

Nicht zuletzt wegen des Ineinanderverwobenseins seiner Lebensphasen mit zahlreichen wichtigen Stationen der emanzipatorischen Bestrebungen in der BRD, seines Habitus inklusive seines Interesses an Kultur läßt sich bei ihm ein ähnlicher radikal-emanzipatorischer Humanismus aufspüren, wie ihn Peter Weiss' in seinem lesens- und beherzigenswerten Klassiker „Ästhetik des Widerstands“ so meisterhaft in seiner historischen Bewegung beschrieben hat. Der Erzählfluss des Buches ist einfach, und lädt zum Schmökern ein. Wenngleich die ein oder andere Schilderung etwas simpel daherzukommen scheint: der aufrichtige Stil reproduziert in seiner Gesamtheit eine Haltung des ernsthaften besser machen wollens. Das Buch wird sinnvoll abgerundet durch zahlreiche Fotos, eine Liste mit wichtigen lebens- und zeitgeschichtlichen Daten, und eine Auswahlbibliografie.

Wie wertvoll Menschen wie dieser Willi Hoss sind, zeigt sich gerade in diesen geschichtsvergessenen Zeiten, in denen die rosa-grünen Parteien zwar Alternativen zum „Weiter so“ aufzeigen müssten, aber – obzwar dauernd vollmundig aber ohne Herz und Hirn von Innovationen reden – vor wirklichen (strukturellen) Alternativen und deren Verwirklichung zurückschrecken. Auch hieran erweist sich, was ein Einzelner – hier Willi Hoss – zu leisten/bewirken vermag. Kommt ins Offene, Freunde/Freundinnen!

Edgar Göll (Berlin)

25 Jahre spw – jetzt abonnieren und zugreifen!

Wer jetzt spw abonniert, erhält als Prämie eines dieser Bücherpakete!

Paket 1

Perspektiven rot-grüner Politik



Edelmet Richter
Eine zweite Chance? Die Sozialdemokratie unter dem Druck der „Globalisierung“
300 S., EUR 15.50, sFr 27.80,
VSA-Verlag 2002

Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 3

Sozialistische Politik und Wirtschaft



Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug (Hrsg.)
Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden
256 Seiten, EUR 8,-; SFR 14,40

Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Detlev von Larcher (Hrsg.)
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 2

It's the economy, stupid!



Beck, Stefan; Caglar, Gülay; Greven, Thomas (Hrsg.)
Nach der New Economy – Perspektiven der deutschen Wirtschaft
233 S., EUR 15,30 - SFR 27,80, Verlag Westfälisches Dampfboot 2002

Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 4

Sparen wir uns zu Tode?



Joachim Vockel
Kreislauf und Krise - Wirtschaftstheorien im Überblick. Eine illustrierte Skizze zur Einführung in die Volkswirtschaftslehre
PapyRossa
Hochschulschriften 40
131 Seiten, EUR 15,- SFR 26,-

Detlev von Larcher (Hrsg.)
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Abo unter www.spw.de oder per eMail an verlag@spw.de